



Die „woken“ Hausfrauen des Silicon Valley

Sie spenden Millionen für Amerikas Linksradike
SEITE 10-11

George Floyd ersetzt NS-Opfer

Das Auswärtige Amt tilgt den Namen des Juden Bernhard Weiß
SEITE 19



Purim – der fröhlichste Tag im Jahr

Ein Fest für die ganze Familie
SEITE 48



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, nur einige Tage hinter uns liegen der 88. Jahrestag der Nazi-Machtergreifung und der 76. Jahrestag der Befreiung des von der Nazi-Barbarei errichteten unbeschreibbaren Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Dieser Tag dient auch dem Gedenken an die Schoah und damit an 6 Millionen bestialisch ermordete unschuldige jüdische Kinder, Frauen und Männer.

„Es ist ein Weinen in der Welt, als ob der liebe G'tt gestorben wär, und der bleierne Schatten, der niederfällt, lastet grabeschwer“, schrieb die jüdische Dichterin Else Lasker-Schüler, die in diesem Februar 152 Jahre alt geworden wäre.

Mit Mühe und Not konnte sie 64-jährig im April 1933, nach tätlichen Angriffen und angesichts der Bedrohung ihres Lebens durch die soeben an die Macht gelangten Nazis nach Zürich flüchten, wo die Trägerin des ebenso an sie wie zuvor an Zuckmayer, Brecht, Musil und Arnold Zweig verliehenen bedeutsamen Kleist-Preises für Literatur von der mit Hitlers Judenpolitik überdeutlich sympathisierenden Schweiz prompt ein Arbeitsverbot erhielt. Nachdem ihr 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen worden ist und ihr die Schweiz in williger Kollaboration mit den Nazis nach einem Palästina-Aufenthalt die Wiedereinreise verweigert hat, verbrachte sie ihre letzten Jahre in Jerusalem, wo sie am 22. Januar 1945 nur wenige Tage vor der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz verstarb, ohne noch den Untergang Nazi-Deutschlands und das Ende der unbeschreiblichen Gräueltaten und des Genozids an den europäischen Juden erlebt zu haben.

Im Jahre 2021, nur 76 Jahre später, sollten eine weltweite, angstfreie, unbehinderte Entfaltung jüdischen Lebens, das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel und seiner historisch legitimierten, ungeteilten Hauptstadt Jerusalem in gesicherten Grenzen, frei von Terror und territorialer Bedrohung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des angesichts der Nazi-Barbarei unvorstellbaren geschichtlichen

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 3,50 €



Der Internet-Putsch: Amerikas Internet-Oligarchen löschen die Meinungsfreiheit

Von Stefan Frank

- Der Twitter-Account von Donald Trump, dem amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, wurde gesperrt.

- Donald Trumps Facebookseite wurde ebenfalls gesperrt

- Apple und Google, die mit iOS und Android ein De-facto-Duopol bei Betriebssystemen für Mobiltelefone und Tablets haben, haben den Twitter-Nachahmer Parler, der damit wirbt, keine Zensur zu betreiben, aus ihren Appstores entfernt, damit Trump sich auch dort nicht äußern kann.

- Amazon Web Services (AWS), der größte Cloudspeicheranbieter der Welt, hat Parler offenbar vertragswidrig die Geschäftsbeziehung aufgekündigt. Parler ist nun vorerst im Internet nicht mehr existent.

- Die E-Commerce-Firma Shopify will Trump und seinen Unternehmen keinen Internethandel mehr ermöglichen.

- Banken, unter ihnen die Deutsche Bank, wollen Berichten zufolge die Geschäftsbeziehungen zu Trump und seinen Unternehmen abbrechen.

Der Twitter-Konzern hatte schon Mitte Oktober in den Wahlkampf eingegriffen, indem er den Account der „New York Post“ zwei Wochen lang gesperrt hatte, nachdem die Zeitung über die Korruptionsvorwürfe gegen Joe Bidens Sohn Hunter Biden im Zusammenhang mit dessen Ukraine-Geschäften berichtet hatte. Auch die Internetunternehmen Reddit, Snap und viele weitere Konzerne beteiligen sich an dem Boykott. Trump sei nun auf „fast allen sozialen Netzwerken dauerhaft gesperrt“, resümiert die Wiener Tageszeitung „Der Standard“.

Um das alles zu rechtfertigen, werden die absurdesten Analogien herangezogen, um den Hausfriedensbruch im Kapitol zu beschreiben: Für Nancy Pelosi, die Mehrheitsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, war es ein „Aufstand“. Für den Schauspieler und ehemaligen kalifornischen Gouverneur Arnold Schwarzenegger war es die „Reichskristallnacht“. Für Chuck Schumer, den Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, war es „Pearl Harbor“. Bietet jemand mehr? Stalingrad? Hiroshima und Nagasaki? Auschwitz?

Dass ein Mob ins Kapitol eingedrungen und die Abgeordneten, wie man annehmen muss, in Todesangst versetzt hat (wer weiß im Vorhinein, welche Absichten Eindringlinge hegen?), muss von beiden Parteien verurteilt werden – und



Die Internet-Oligarchen Jeff Bezos (Amazon, oben links), Jack Dorsey (Twitter, oben rechts), Sundar Pichai (Google, unten links) und Tim Cook (Apple, unten rechts)

genau das ist auch von Anfang an passiert. Nun ist es an der Justiz, die Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen – vor allem die noch unbekannt Person, die dem Polizisten Brian Sicknick einen Feuerlöscher an den Kopf warf, wodurch Sicknick so schwer verletzt wurde, dass er den Verletzungen später erlag.

Privatjustiz der Konzerne

Dass nun aber Konzerne eine Selbst- bzw. Privatjustiz üben und alle möglichen außerjuristischen Sanktionen gegen Trump und andere Personen verhängen, steht auf einem anderen Blatt und lässt sich nicht rechtfertigen. Wer meint, dass jemand gegen Gesetze verstoßen hat, der soll Strafanzeige stellen und sehen, was dabei herauskommt. Jemand, der nicht gegen Gesetze ver-

stoßen hat, der soll auch nicht von Twitter, Facebook oder der Deutschen Bank sanktioniert werden. Die USA sind ein Rechtsstaat. Würden die Sanktionswüteriche der Cancel Culture glauben, dass Trump, Parler oder wer auch immer Gesetze übertreten hätten, dann könnten sie in Ruhe den Gang rechtsstaatlicher Verfahren abwarten. Das tun sie nicht.

Nicht etwa, weil die juristische Schuld derer, die nun bestraft werden sollen, so offensichtlich wäre, sondern weil die Sanktionswüteriche selbst nicht glauben, dass die Vorwürfe einer richterlichen Untersuchung standhalten. Richter werden alle Schuldigen, die man ermitteln kann, nach den Gesetzen verurteilen, die dafür geschrieben wurden: Die, die Hausfriedensbruch verübt haben,

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Der Internet-Putsch: Amerikas Internet-Oligarchen löschen die Meinungsfreiheit

Die von niemandem kontrollierten linkslastigen Internetgiganten müssen heute keine Bücher mehr verbrennen – sie starten stattdessen eine beispiellose Säuberungswelle im Internet. Facebook, Google, Twitter, Apple und Amazon wollen in ihrer nahezu uneingeschränkten Machtfülle aller Welt zeigen, dass sie es sind, die als Meinungswächter frei entscheiden können, wer sich im Internet äußern darf – und wer nicht. Erstmals in der Geschichte machte diese Zensur nicht einmal vor einem amtierenden US-Präsidenten und seinen 90 Millionen Followern Halt.

werden entsprechend bestraft werden; die, die Widerstand gegen Polizeibeamte begangen haben, werden entsprechend bestraft werden; die, die Sachen beschädigt haben, werden entsprechend bestraft werden und werden der Staatskasse Schadensersatz zu leisten haben; der Mörder von Brian Sicknick wird hoffentlich ebenfalls ermittelt und entsprechend den Gesetzen bestraft werden. Aber das reicht den Sanktionswüterichen nicht. Sie wollen, dass alle bestraft werden, die ihnen seit Jahren auf die Nerven gehen. Die größtmöglichen Vorwürfe sind gerade recht: Revolution und Anzetteln eines Weltkriegs. Dafür sollen sie von der Bildfläche verschwinden, für immer. Weil sich kein Richter finden wird, der das genauso sieht, errichten sie ihr eigenes Tribunal und verhängen ihre eigenen Strafen.

Erinnerung an Staatsstreich

Die konzertierte Aktion, mit der das alles geschieht, weckt tatsächlich Erinnerungen an einen Staatsstreich. Wenn Putschisten in einem Land die Macht übernehmen wollen, dann besetzen sie als erstes die Rundfunkstationen, damit die Regierung sich nicht mehr ans Volk wenden kann. So verfuhr Hauptmann Gaddafi am 1. September 1969 in Libyen, so tat es die Militärjunta in Argentinien am 24. März 1976, so machten es unzählige andere Putschisten der Welt. Es ist ein bewährtes Mittel. Aber heutzutage braucht man sich nicht mehr in einen Jeep zu setzen, braucht keine Wachmänner zu bedrohen, Türen aufzubrechen oder jemanden zu erschießen.

Die gesamte Internetkommunikation – oder zumindest diejenige, an der der Durchschnittskonsument sich ohne Umstand beteiligen kann – wird von einer Handvoll von Konzernen kontrolliert.

Das ist bekannt, darüber wird seit vielen Jahren debattiert. Darum reichen ein paar Mausclicks aus, um eine Person, Gruppe, Zeitung oder Partei aus den maßgeblichen Orten des Internets verschwinden zu lassen und damit aus der Öffentlichkeit. Die Internet-Tyrannen wähen sich sicher. Kaum eine Zeitung berichtet über den Blackout gegen den amerikanischen Präsidenten, ohne den Schritt zu verteidigen. Gerechtfertigt wird er mit einem angeblichen Aufruf Trumps zur Gewalt, den es nie gegeben hat. Als eine von wenigen Zeitungen wagt das „Wall Street Journal“ zwischen den Zeilen noch ganz leise Kritik:

„Die Bemühungen von Silicon Valley, Präsident Trump aus den sozialen Medien zu entfernen, sind eine Demonstration der Macht ... Innerhalb weniger Tage haben Twitter und Facebook – Mr. Trumps wichtigste Social-Media-Megaphone – Maßnahmen ergriffen, um die ihm gewidmeten

persönlichen Konten oder Online-Communities des Präsidenten zum Schweigen zu bringen, unter Verweis auf Regeln, die gewalttätige Inhalte verbieten. ... Die Aktionen gegen Trump und Parler veranschaulichen mehr denn je den Einfluss der Unternehmen auf die Online-Konversation – und den politischen Charakter ihrer Entscheidungen. Während der Rauswurf des Präsidenten und einiger seiner Unterstützer von vielen gelobt wurde, machte er andere wütend, die sagten, es handele sich um Zensur ... Es zeigt auch die politische Natur der Entscheidung darüber, welche Inhalte entfernt, welche Inhalte zugelassen und welche verstärkt werden.“

Terrororganisation PFLP bleibt auf Facebook

Dass die Begründung für den Blackout an den Haaren herbeigezogen ist, lässt sich leicht zeigen. Erstens hatte Trump nicht

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Versagens der nicht-jüdischen Umwelt längst zum unverrückbaren Axiom politischen Handelns unseres Landes und aller Staaten des freiheitlich-demokratischen Abendlandes geworden sein.

Leider haben gerade die neueren bedenklichen Entwicklungen, besonders auch die von Amerika nach dem Amtsantritt Joe Bidens, deutlich gemacht, dass die tägliche Wirklichkeit erheblich davon abweicht.

Wieder erstarkte Relikte eines tradierten, ewiggestrigen Antisemitismus und der von unserer Islam-affinen links-doktrinären politischen Führung und ihren Claqueuren von noch linkerer und grüner Seite seit Jahren praktizierte entseelte Einlass gewalttätigen islamischen Judenhasses sowie die in unseren Mainstream-Medien zwischenzeitlich nur allzu selbstverständlich und allzu häufig gewordene Praxis der tendenziellen, Israel-feindlichen und damit auch gegen die wirklichen Interessen unserer freiheitlich-demokratischen Lebensweise gerichteten Berichterstattung aus Tatsachenverdrehungen, Falschgewichtigungen und Verschweige-Usancen haben in unserem Lande, in Frankreich, in Belgien, in Schweden, in Großbritannien und in anderen Teilen Westeuropas längst zu einer wachsenden Verunmöglichung würdigen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry geführt.

Keinerlei Abhilfe gegen diese für jeden anständigen Menschen unerträgliche Tatsache schaffen auch die alljährlichen Gedenktags-Rituale unserer Politik für gute, weil tote Juden und die zu inhaltsleerer Routine gewordenen hingeheuchelten Krokodilstränen nebst dem eingeübten „Never Again“-Geschwafel für bestenfalls einen Tag, während die lebenden Juden als Tribut an eine vermeintliche Diversität zugunsten einer atavistischen, rückschrittlichen Unkultur täglich ein Stück mehr aus diesem Land und Westeuropa gedrängt und ihre Kinder vor den Augen einer untätigen Lehrerschaft und Schulbehörde und kaum noch von un-

serer Politik und deren Gesinnungsmedien thematisiert zusehends von zumeist islamischen Schülern aus den Schulen gemobbt und sogar geprügelt werden.

Gedenk-Heuchelei und Atombeschaffungshilfe

Gestern noch vollmundige „We Remember“-Holocaust-Gedenk-Heuchelei, und heute freuen sich die EU samt dem zuverlässigen deutschen UNO-Israel-Verurteiler Heiko Maas und seiner offensichtlich nur in Deutschland für den atomaren Ausstieg plädierenden Heuchel-Regierung mit Hilfe des unter mehr als fragwürdigen Wahlumständen ins Amt gelangten neuen US-Präsidenten den Antisemiten, Israelhassern,

republikanischen Demokratie und des restlichen bislang noch freiheitlichen Westeuropas hinweisen müssen.

In diesem Zusammenhang beklagte ich – viel gescholten und in eine falsche politische Ecke gestellt oder als Corona-Leugner diffamiert, der ich nicht einmal ansatzweise bin – neben dem Höhenflug der gerade in der Corona-Zeit usurpierten Machtfülle und in den meisten Fällen nicht nachzuvollziehenden Willkür einer durch und durch unfähigen Regierung, ebenfalls schon in früheren Kolumnen den vorsätzlich-fahrlässigen, nicht selten gezielt angeordneten Verzicht unserer Politik und unserer, trotz vermeintlicher grundgesetzlich geregelter Gewaltenteilung, häufig

Schatten gestellt und die Richtigkeit unserer Kritik mehr als bestätigt.

Politik und Exekutive überbieten sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen und dokumentieren doch alle gemeinsam nur den nahezu totalen Bankrott der bisherigen Islam-Appeasement-Politik, natürlich ohne auch nur ansatzweise wirklich konsequente Schlüsse daraus ziehen zu wollen.

Vieles an islamischer Gewalt und Frauenentrechtung bleibt ebenso ungesühnt wie die ebenfalls seinerzeit in Anwesenheit der Polizei durch vornehmlich islamische Judenhasser auf unseren bundesrepublikanischen Straßen skandierten „Juden-ins-Gas“-Hass-Tiraden.

Links-grüne Welt-Verschlechterer

Es ist schon ein desaströses Bild, das die gegenwärtige suizidale, unsere hart und opferreich erkämpfte freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zumindest fahrlässig zerstörende, von einer jedem Bedenken unzugänglichen Kanzlerin geführte, und von den links-grünen Welt-Verschlechterern beklatschte Innenpolitik unseres Landes ihren fassungslos verunsicherten Bürgern und dem ungläubig staunenden – selbst in den diese Politik belachenden und verachtenden islamischen Nutznießer-Ländern – liefert.

Dazu kommt das immer offensichtlicher werdende Versagen dieser sich für besonders effizient haltenden Regierung bei der Versorgung der Menschen mit Impfstoff. Genau genommen ist es ein Rücktrittsgrund für alle gegenwärtig verantwortlichen Politakteure.

Es ist einfach unfassbar: Die Regierung hatte tatsächlich – wenn man es genau nimmt – nur eine wichtige Aufgabe in der Pandemie und zwar, für eine schnelle und gut koordinierte Impfung der Bürger zu sorgen, um so viele Menschen wie nur irgend möglich vor dem mit der Impfung in vielen Fällen vermeidbaren Tode zu retten.

Fortsetzung auf Seite 6 ▶▶

„ Die in Deutschland für den atomaren Ausstieg plädierende Heuchel-Regierung freut sich den Antisemiten, Israelhassern und Holocaust-Vorbereitern aus dem Iran bei dem Bau der Atombombe behilflich sein zu können. “

Holocaust-Leugnern und Holocaust-Vorbereitern aus dem Iran bei dem Bau der Atombombe für die angedrohte Vernichtung Israels und des jüdischen Volkes behilflich sein zu können. Und das mal ganz abgesehen davon, dass diese Atombeschaffungshilfe so gar nicht zu dem selbstherrlich gegen jede Ratio entschieden Merkel-grünen Atomausstiegs-Theater passt, das von unserer klimahysterischen Politik in unserem ach so schrecklich Tsunami- und Vulkanausbruchbedrohten Lande täglich durch Krieg gegen jede Vernunft veranstaltet wird.

Bereits in vorangehenden Kolumnen habe ich auf den teilweise bereits erbarmungswürdigen Zustand unserer ursprünglich beispielgebenden bundes-

politisch gesteuerten Justiz auf Strafverfolgung und die Anwendung rechtstaatlicher Gesetze – vornehmlich gegenüber islamischen Straftätern.

Als ich auch schon früher die erkennbar schwindende öffentliche Sicherheit und immer größer werdenden No-Go-Areas für Juden in unseren deutschen und europäischen Städten und von dem Vertuschungs- und Einzelfall-Kleinredungs-Bemühen unserer Medien sprach, war uns nur ein Teil der nahezu tägliche Islam-generierten Gewalt auf unseren Straßen bekannt. Zwischenzeitlich haben die Geschehnisse mit ihrer Wirklichkeit selbst die schlimmsten von uns geäußerten Befürchtungen zur Politik und Berichterstattung weit in den

Laschet, der Medwedew der Angela Merkel

Sieg für Merkel und ihren Platzhalter: Armin Laschet wird neuer CDU-Chef



Michael Sohn, AFP

Von Boris Reitschuster

Merkeliger als Merkel: Armin Laschet

Viel spricht dafür, dass es die wichtigste Wahlentscheidung im Jahr 2021 war, sogar noch vor der Bundestagswahl: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich auf dem CDU-Parteitag durchgesetzt und mit Armin Laschet ihren Wunschnachfolger durchgesetzt. Mit der Installation eines Platzhalters hat sie ihren Machtanspruch nach 15 Jahren nochmal zementiert. Und viele merken das nicht einmal oder wollen es nicht merken. Die geschickte Taktikerin der Macht agiert frei nach dem Motto von Franz Josef Strauß: Es ist mir egal, wer unter mir Kanzler ist. Jetzt kann sie selbst dann an der Macht bleiben, wenn sie offiziell gehen sollte.

In meinen Augen ist der 16. Januar 2021 damit ein weiterer schwarzer Tag in der Geschichte der Bundesrepublik: Mit Friedrich Merz hätte es eine klare Alternative zur Alternativlosigkeit der Kanzlerin und der weitgehenden Abschaffung der politischen Kontrolle gegeben. Eine Mehrheit der gut 1000 Delegierten auf dem virtuellen Parteitag lehnte diese Perspektive ab und entschied sich für ein „Weiter so“: Eine Fortsetzung des Kurses Richtung Abgrund. Aus Angst, aus den gut gepolsterten Sesseln mit der Sitzheizung auszusteigen. Denn die Parteitagsdelegierten sind vor allem Funktionäre. Hätte die Basis der CDU abstimmen können, wäre Merz ein Sieg wohl kaum zu nehmen gewesen. Und es hätte zumindest einen Reanimierungsversuch für die alte, noch nicht von Merkel auf rotgrünen Kurs gebrachte CDU gegeben. Mit offener Erfolgsaussicht.

Mit Laschet dagegen setzt sich das Prinzip Merkel nun fort: Die Kanzlerin, selbst die Verkörperung des Mittelmaßes, hat um sich herum alle Konkurrenten weggebissen, die auch nur etwas heller strahlten als sie selbst – wozu

nicht viel gehört. Oft genug tauchte zum passenden Zeitpunkt kompromittierendes Material auf, etwa in Sachen Doktorarbeiten wie bei Karl-Theodor zu Guttenberg. Auch bei Merz bzw. dessen Konzern rückten schnell die Steuerbehörden an und es gab seltsame Schlagzeilen über angebliche Undankbarkeit gegenüber einem Obdachlosen, die von den Medien hochgebauscht wurde.

Journalisten sprangen Merkel gegen Merz zur Seite

Der unter Merkel weitgehend gleichgetaktete politisch-mediale Komplex hat im Vorfeld des Parteitags aus allen Rohren gegen Merz gefeuert. Es wurde ein Schreckensbild an die Wand gemalt. So dass man fast den Eindruck bekam, unserem Land würde mit dem Konservativen Merz ein Rückfall in die Barbarei bevorstehen. Der Widerstand war so riesig, weil Merz die rotgrüne Hegemonie und ihr Meinungsmonopol hätte einschränken können. Für die rotgrünen Ideologen hätte eine Wahl von Merz wirklich zur politischen Katastrophe werden können. Denn sie hätte Chancen aufgetan, dass die Politik und der Meinungsstreit nach Deutschland zurückkehren. Ohne Erfolgsgarantie. Aber es wäre zumindest ein Versuch gewesen. Nun jubeln die großen Medien und die rotgrünen Vorkämpfer in den Foren über die Niederlage von Merz. Sie haben Grund dazu.

Merkel und ihre Büchsenpanzer taten hinter den Kulissen alles, um eine Alternative in Form von Merz zu verhindern. Auch vor bösen Fouls wurde nicht zurückgeschreckt. Da gab es schon mal eine Phantom-Abstimmung in Parteigliederungen. Und Jens Spahn nutzte die Fragerunde auf dem Parteitag, um eine Empfehlung für den blassen Laschet abzugeben. Ohne eine

Frage zu stellen. Ein klarer Bruch des Reglements. Doch die Parteitagsregie duldete es. Die Unterstützung war bitter nötig, weil Laschet ganz getreu dem Merkelschen Herrschaftsprinzip allzu offensichtlich der Unscheinbarste und Schwächste der Kandidaten war. Und dies wurde auch in seiner Parteitags-Rede allzu deutlich. Die erinnerte eher an die Ansprache eines Arbeiterwohlfahrts-Kreisvorsitzenden denn an einen künftigen Kanzler – auch wenn sie viele Medien hochjubelten. Der Mann mit dem Karnevals-Charisma, von Spöttern Angela Laschet oder Angelas Prinzregent genannt, steht für eine Fortsetzung von Merkels rotgrünem Kurs und für eine Anbiederung an die Wettbewerber, die einmal links der Partei standen. Da der NRW-Jecke und sein Seilschaft-Bruder Spahn kaum kanzlertauglich sind, und Corona-Napoleon Markus Söder nördlich des Weißwurst-Äquators schwer vermittelbar, steigen damit die Chancen, dass Angela Merkel als „Retterin in der Not“ im Kanzleramt in die Verlängerung geht. Söder werden da auch kaum Unterwerfungsgesten helfen, wie seine Beteuerung, „Merkels Erbe“ müsse gewahrt werden.

Viele Medien arbeiten bereits an einer Heldengeschichte. Etwa der „Focus“. Das Büro von dessen Verlag in Berlin leitet der Ehemann von Jens Spahn – der im Duo mit Laschet antrat. Hier die Schlagzeile von „Focus Online“: „Laschet streift sein Image ab und macht sich mit Rede seines Lebens zum neuen CDU-Chef“. Und dann: „Armin Laschet war wahrlich nicht der Favorit bei dieser CDU-Vorsitzendenwahl. Wer in den vergangenen Wochen seine Beliebtheitswerte in der Bevölkerung verfolgt hat, der weiß, dass es da mehrere andere Unionspolitiker gibt, denen das

Volk diese Rolle und auch die Rolle als Kanzlerkandidat eher zutraut als ihm.“ Bemerkenswert. Als ob die Beliebtheit bei der Bevölkerung eine Rolle gespielt hätte! Nicht Laschets Rede machte ihn zum Parteichef, sondern vor allem die massive Einflussnahme von Merkel.

Dass Laschet sich von Merkel emanzipiert, ist unwahrscheinlich

Ein Unions-Abgeordneter sagte mir vor kurzem in einem vertraulichen Gespräch: „Wenn es Laschet wird, fliegt uns in spätestens zwei Jahren hier alles um die Ohren, bei Merz bekommen wir mit etwas Glück noch ein paar zusätzliche Jahre“. Ich weiß: Keine erfreulichen Aussichten und nicht das, was man lesen will an einem Winter-Samstag im Lockdown. Wobei man mit Galgenhumor sagen könnte – ein paar Jahre hin oder her sind auch nicht entscheidend. Und dass jedes Land das politische Personal bekommt, das es verdient. Oder noch drastischer: Deutschland hat fertig.

Statt solchem Defätismus aber lieber noch eine hoffnungsvolle Note zum Schluss: Die Geschichte zeigt, dass oft vermeintlich willfährige Nachfolger nach der Installation massiv ihren Kurs wechseln und sich von ihren übergroßen Förderern abwenden. Doch so wenig Laschet aus so einem Holz geschnitzt zu sein scheint: Als Machtpolitiker sollte ihm klar sein, dass er sich irgendwann von Merkel absetzen muss. Man kann ihm und unserem Land nur wünschen, dass ein Wunder geschieht und er diesen Emanzipations-Prozess schafft. Wetten würde ich nicht darauf. Annegret Kramp-Karrenbauer lässt grüßen. Oder Dmitri Medwedew in Russland: Der war formell ganz oben – und in Wirklichkeit nie viel mehr als ein Platzhalter.

Danke, Donald!

Was Amerika am 20. Januar mit Präsident Trump verloren hat, werden viele Menschen leider erst in der Zukunft verstehen.

Von Daniel Kosch

Lieber Donald!

Aufgrund der Medienberichterstattung musst Du vermuten, dass Du nur wenige Freunde in Deutschland hast. Dem ist aber nicht so. Hasserfüllte deutsche Regierungspolitiker und Journalisten repräsentieren nicht die Deutschen, also diejenigen, denen das eigene Land noch am Herzen liegt. Wie in den USA seit dem 20. Januar macht der Staat hierzulande schon länger Politik gegen statt für seine Bürger.

Du hast in den vergangenen vier Jahren als einer von ganz wenigen Politikern weltweit ausnahmsweise für Dein Volk gearbeitet und Wahlversprechen tatsächlich gehalten. Das brachte gegnerische Journalisten und Politiker zur Weißglut. Du hast die von Obama ruinierten Beziehungen zu Israel wieder repariert, die niedrigste Arbeitslosenquote seit 50 Jahren erreicht, das transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP beerdigt, Obamas gescheitertes Krankenversicherungsprojekt reformiert, hast wie Dein Freund Netanjahu die Corona-Impfungen rechtzeitig angeschoben, die Panikmache im Zusammenhang mit dem aus China eingeschleppten Coronavirus als einziger westlicher Staatenlenker immer hinterfragt, mehrere Kriege und Konflikte beendet statt neue zu beginnen, hast die Grenzen gegen illegale Einwanderung gesichert und die Einreise von Terroristen verhindert.

Im Gegensatz zu Angela Merkel hast Du bewiesen, dass man Grenzen schützen und schließen kann. Durch ähnliche Maßnahmen wie in den USA hätte man in Deutschland, dem Herkunftsland Deiner Großeltern, viel Leid verhindern können. Im Juli 2016 zündete beispielsweise ein unzureichend kontrollierter syrischer Asylbewerber im bayerischen Ansbach eine Bombe. Im Dezember 2016 überfuhr ein Tunesier mehrere Besucher des Berliner Weihnachtsmarktes an der Gedächtniskirche. Im Oktober 2020 erstach ein Syrer einen homosexuellen Mann im Zentrum von Dresden. Deutschland bezahlt seine seit Jahren offenen Grenzen mit zunehmender Schwerestrafkriminalität. So stieg die Zahl der Vergewaltigungen in der Bundesrepublik nach Angaben des Bundeskriminalamtes von 36.532 im Jahr 2015 auf 57.616 im Jahr 2019 – also um rund 60 Prozent. 2018 wurden allein durch Asylbewerber mindestens 16 Vergewaltigungen pro Tag begangen! Das sind nur die aufgeklärten Fälle und das ist noch längst nicht die Gesamtzahl aller täglichen Vergewaltigungen durch Bewohner mit Migrationshintergrund. Da deutsche Medien über diese Tatsachen kaum oder oft falsch berichten, machtest Du die Welt auf den Kriminalitätsanstieg hierzulande mit einem eigenen Tweet aufmerksam.

Der Nahe Osten wurde durch Trump ein friedlicherer Ort

Gerade die Juden weltweit sind Dir besonders dankbar. Du hast Dich als größter Freund Israels im Weißen Haus seit vielen Jahrzehnten erwiesen. Der Nahe Osten wurde durch Dich ein friedlicherer Ort. Nur Du allein hast versucht, die israelhassende iranische Diktatur in ihre Schranken zu weisen und ihre militärische Expansion zu verhindern. Nur Du allein hast die Weltöffentlichkeit darauf hingewiesen, dass moslemische Staaten den UN-Menschenrechtsrat als Mittel zur Diffamierung Israels instrumentalisieren,



Unter Axel Springer wäre Europas größte Zeitung dem israelfreundlichsten Präsidenten der US-Geschichte nicht in den Rücken gefallen.

und bist aus dem Gremium ausgetreten. Durch Deine Bemühungen wurde der Status Jerusalems als Hauptstadt Israels gefestigt und der schon lange geplante Umzug der US-Botschaft dorthin endlich realisiert. Unwissende deutsche Politiker haben Dich dafür verurteilt. Aber glücklicherweise ließest Du Dich nicht beirren. Du hast dem US-Militär die richtigen Anweisungen und Freiräume zum Sieg über den grausamen Islamischen Staat (IS) gegeben, dessen Entstehung Barack Obama weitgehend tatenlos zusah. Du hast epochale Friedensverträge zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko ausgehandelt. Der Friedensnobelpreis wurde Dir für diesen einzigartigen Erfolg verweigert, weil der Jury nicht der Frieden am Herzen liegt, sondern nur linke Ideologie. Barack Obama hingegen bekam den Preis nachgeschmissen – und zwar für nichts.

Axel Springer hätte das nicht zugelassen

Durch Deine hervorragenden Leistungen, Deine Hartnäckigkeit, Deine Unbeirrtheit und Deinen Mut zur Wahrheit hast Du die Doppelmoral Deiner Gegner maskiert. Wer übertrieben viel von Frieden, Toleranz, Fairness, Ehrlichkeit und Moral faselt, verkörpert meist genau das Gegenteil dieser Ideale. Wenn ein Blatt wie die „Bild“, das fast täglich Hass und Angst schürt, einen der größten Freunde Israels in seiner Ausgabe vom 8. Januar als „Mr. Hass“ bezeichnet, fragt man sich, ob Axel Springer den Verantwortlichen für diese Schlagzeile nicht umgehend aus dem Verlag geworfen hätte. Zeitungsrund der Springer war dem Heiligen Land noch wirklich eng verbunden. Die heutigen diesbezüglichen Solidaritätsbekundungen des Axel-Springer-Verlags wirken nur noch künstlich und aufgesetzt. Warum macht die „Bild“ eigentlich Dich für das „Stürmchen“ auf das Kapitol verantwortlich, aber nicht Biden für die linksradikalen Feuerstürme in Portland und anderen US-Städten im vergangenen Sommer? Du hast Dich schnellstmöglich von den

Eindringlingen distanziert und nie zur Erstürmung des Kapitols aufgerufen. Biden distanzierte sich hingegen nicht von den linken Plünderern, Mördern und Brandstiftern der letzten Monate.

Die Beispiele für Doppelzüngigkeit und Unehrlichkeit der Presse Dir gegenüber ließen sich noch lange fortsetzen. Ich will jedoch nur ein weiteres davon nennen, von dem Du in Washington wahrscheinlich gar nichts mitbekommen hast: Die „Bild“ warf Dir mehrfach vor, Lügen zu erzählen, verbreitete am 15. März 2020 allerdings wie viele andere deutsche Zeitungen selbst das Lügenmärchen, dass Du versucht hättest, Wissenschaftler der Tübinger Impfstoff-Firma CureVac mit hohen finanziellen Zuwendungen nach Amerika zu locken, um deren Forschungsergebnisse exklusiv für die USA zu sichern. Die Aussage war: Der böse egoistische Trump denkt nur an sein Land und will den Rest der Welt verrecken lassen. Für diese Falschmeldung hat sich die „Bild“ nie entschuldigt. Obwohl Bill Clinton eine schutzbefohlene Praktikantin im Weißen Haus missbrauchte, Obama die Telefone von Angela Merkel sowie anderer deutscher Politiker abhören ließ und Joe Biden Parteispender aus iranischen Quellen annahm, wurden und werden sie weiter von „Bild“ & Co. glorifiziert.

Nervenstark gegen die Rufmord-Industrie

Lieber Donald, es ist bewundernswert, wie gelassen Du die hasserfüllten und unfairen Angriffe der Medien erträgst und Dich von Deinem Kurs nicht abbringen lässt. Jeder andere wäre schon eingeknickt.

Gericht stoppte Biden

Mit dem Einzug Joe Bidens ins Weiße Haus erwarten uns nicht nur langweilige, sondern auch düstere Zeiten. Der ältere Herr versprach zwar bei seiner Amtseinführung großmäulig die Amerikaner zu einen statt zu spalten, aber nur wenige Stunden danach unterzeichnete er Anweisungen zum Nachteil der Einheimischen

und zum Vorteil illegaler Einwanderer. Ein Gericht musste bereits einen gefährlichen Erlass Bidens stoppen, mit dem der neue US-Präsident illegale Immigranten gesetzeswidrig vor einer Abschiebung bewahren wollte. Selbsterstörung und Sozialismus werden die kommenden vier Jahre prägen. Die Demokraten wollen alles, was ihre Vorfahren erkämpft und aufgebaut haben, worauf man stolz sein könnte, was den Menschen Identität und Gemeinschaftsgefühl gibt, demontieren. Dabei nehmen sie sich ein Beispiel an europäischen Regierungen. In Europa gilt bereits seit langem der Grundsatz: „Nur ein schlechtes Gewissen ist ein gutes Gewissen!“.

Wer beim sozialistisch-selbsterstörerischen Theater nicht mitspielen will, der wird diffamiert und bekommt sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung entzogen – wahlweise von linken Politikern, linken Journalisten oder linken Unternehmern. Das musstest Du gerade erst hinsichtlich Twitter und Facebook erfahren.

Die jetzige Corona-Zeit wird von den meisten sozialistisch gesinnten Regierungen genutzt, um den Aktionspielraum, die Vernetzung und das Demonstrationsrecht von Kritikern einzuschränken. Andererseits werden gleichzeitig genehme Organisationen mit Geld überschüttet, damit sie im öffentlichen Raum für ihre Ideologien werben können. In Deutschland gehören zu den Geldempfängern zum Beispiel Anetta Kahane, Leiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung, die Juden für die SED-Stasi ausspionierte oder die DKP- und DDR-nahe „Naturfreunde“-Bewegung. Die so harmlos wirkenden „Naturfreunde“ durften erst kürzlich zur Jahreswende großflächige Propagandaplakate und Werbebanner im Berliner Bahnhof Alexanderplatz aufhängen – gemeinsam mit dem ebenfalls selbstzerstörerisch agierenden Verein „Seebrücke“, der von zahlreichen Experten als Schleuserorganisation angesehen wird. Bernd Koch, bei der Deutschen Bahn zuständig für die Bahnhöfe, unternahm gegen die Propaganda aus Kreisen, die schon mehrmals in Verfassungsschutzberichten auftauchten, nichts.

Biden ist ein langweiliger Berufspolitiker

Du, Donald, bist das personifizierte Gegenteil von Sozialismus und wolltest die Freiheit Deiner Bürger während der Corona-Pandemie möglichst wenig beschränken. Das haben die Amerikaner auch honoriert und Dir bei der Wahl im November 2020 über 10 Mio. Stimmen mehr als noch 2016 gegeben. Am Wahlsieg Bidens bestehen noch immer Zweifel. Sie wurden bislang nicht ausgeräumt, sondern nur ignoriert. Das macht Deine Anhänger verständlicherweise wütend. Deine Beliebtheit ist weiterhin groß. Der von den Medien so hochgejubelte Biden hat bei Twitter nur magere 32 Mio. Follower. Du hingegen hattest vor Deinem Twitter-Bann die vierfache Zahl an Fans, nämlich insgesamt 122 Mio. (Stand: Anfang Januar 2021). Twitter und sonstige Online-Portale werden Dich als Garanten für viele Klicks vermissen.

Nutze Deine anhaltende Popularität für eine Rückkehr oder einen Neuanlauf! Wir würden uns auch über die Kandidatur eines Deiner Kinder freuen. Wir brauchen Dich! Wir zählen auf die Trumps!

Bis dahin kann ich nur sagen: „Dear Donald, thank you very much!“

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

dazu aufgerufen, ins Kapitol einzudringen oder Gewalt anzuwenden. Diejenigen, die zu Anti-Polizei-Demonstrationen aufrufen, werden nie für die Gewalt verantwortlich gemacht, die es im Zusammenhang mit diesen Demonstrationen häufig gibt. Zweitens, was Parler betrifft, so berufen sich Google, Facebook, Twitter & Co. selbst darauf, für Inhalte nicht verantwortlich zu sein. Sektion 230 des Communications Decency Acts (CDA) schützt sie davor, für Äußerungen ihrer Nutzer haftbar gemacht zu werden. Sie sind nur Überbringer, so, wie auch die Post nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, wenn jemand Drohbriefe, Pakete mit illegalem Inhalt oder Bomben verschickt. Und das soll nach ihrem Willen auch so bleiben – außer natürlich es geht um Parler. Es ist mehr als nur eine Ironie, dass eben die Konzerne, die seit Jahren beteuern, für die Inhalte der Nutzer nicht verantwortlich zu sein, nun eine Internetplattform abschalten, weil sie die für angebliche Aufrufe zur Gewalt verantwortlich machen.

Warum wurden Facebook, Twitter und der Facebook-Dienst WhatsApp noch nicht abgeschaltet, wo doch seit langem bekannt ist, dass Terroristen wie etwa die des Islamischen Staates (IS) diese Dienste nutzen? Im Falle des IS beteuern Facebook & Co., sie würden sich bemühen, deren Propaganda zu löschen. Das mag man glauben oder nicht. In jedem Fall unbehelligt bleiben terroristische Organisationen, die weniger im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. So hat die arabische Terrororganisation PFLP, die für zahlreiche Morde an Israelis verantwortlich und sowohl in den USA als auch in der EU verboten und als Terrororganisation eingestuft ist, eine offizielle Facebookseite. Facebook kann nicht behaupten, davon nichts zu wissen.

Demokraten seit 2017 auf „Kampfstation“

Ein anderer Fall macht vielleicht noch deutlicher, wie mit zweierlei Maß gemessen wird: Aus Hass auf Polizisten erschoss ein schwarzer Afghanistanveteran namens Micah Xavier Johnson am 7. Juli 2016 am Rande einer „Black-Lives-Matter“-Demonstration in Dallas fünf Polizisten und verletzte sieben weitere Beamte und zwei andere Personen. Außer für Johnson selbst und seine Opfer hatte die Tat für niemanden Folgen. Niemand machte „Black Lives Matter“ verantwortlich; niemand forderte, dass die Hetze gegen Polizeibeamte eingestellt werden müsse; niemandes Twitter- oder Facebook-Konto wurde gesperrt. Auch nicht die Accounts von Gruppen, die nachweislich zur Tötung von Polizisten aufgerufen und den Täter inspiriert hatten. So berichtete die britische Tageszeitung „The Guardian“, dass Johnson auf Facebook „schwarzen militanten Gruppen wie der „African American Defense League“ und der „New Black Panther Party“ folgte. Beide Gruppen waren offenbar Stichwortgeber für das Massaker von Dallas. Das Southern Poverty Law Center (SPLC), das Extremismus dokumentiert (und dabei meist eine linke Position einnimmt) urteilt:

„Die New Black Panther Party ist eine rassistische und antisemitische Organisation, deren Führer Gewalt gegen Weiße, Juden und Strafverfolgungsbeamte fördern.“

Die „African American Defense League“ besteht aus Militanten, die in Uniformen auftreten und ist mit Louis Farrakhan, dem berüchtigten antisemitischen Führer der rechtsextremen Organisation „Nation of Islam“ (NOI) verbunden. Farrakhan hat Hitler als „sehr großartigen Mann“ und Juden als Termiten bezeichnet. Er prophezeit, Gott werde alle Juden töten und „in Öfen stecken“. Fünf Jahre nach dem Blutbad von Dallas ist „New Black Panther



Das neue zensurfreie Soziale Netzwerk „Parler“ konnte von Amazon einfach abgeschaltet werden, weil Amazon über dessen Server verfügte.

Party“ immer noch auf Facebook (wie übrigens auch Farrakhans NOI), die „African American Defense League“ immer noch auf Facebook und Twitter.

Als es bei der Amtseinführung von Präsident Donald Trump am 21. Januar 2017 Ausschreitungen in Washington gab – Geschäfte wurden zerstört, Autos angezündet, Polizisten verletzt –, machte da jemand die Anti-Trump-Demokraten verantwortlich, die zu Protesten aufgerufen hatten? Und als im Herbst 2020 zwei Trump-Anhänger von Trump-Hassern ermordet wurden, wurden da Konsequenzen gefordert? Einer der mutmaßlichen Mörder, Michael Reinhoehl, war ein bekannter Antifa, der andere, Matthew Dolloff, ein nicht lizenziertes Personenschützer des Fernsehsenders NBC. Wurde NBC geschlossen? Dolloff wurde am 3. November – dem Tag der Präsidentschaftswahl! – gegen Zahlung einer Kaution von 500.000 Dollar auf freien Fuß gesetzt.

Trotz der Morde an Trump-Anhängern gab es keine Aufrufe an die Trump-Gegner, friedlich zu sein und die Hetze einzustellen. Keinem Trump-Hasser wurde das Social-Media-Konto gesperrt. Niemand warnte vor einem Staatsstreich.

Die „New York Times“ schrieb im Januar 2017 angesichts der Ausschreitungen bei der Amtseinführung Trumps:

„An einem Tag, der traditionell ein Fest der nationalen Einheit ist, das über die Parteipolitik hinausgeht, nehmen die Demokraten Kampfstationen ein, um gegen den neuen Oberbefehlshaber zu opponieren.“

Das war der Geist und zeigte, warum es von Anfang an ging: Kampfstationen – wie in einem Krieg. Damals schon begann der blindwütige Boykott, der mit unbelegten Vorwürfen einer russischen Manipulation der US-Präsidentschaftswahlen zugunsten Trumps einherging und nun in der jetzigen Säuberung kulminiert. Jetzt trifft es Parler, damals wurde die Website Breitbart boykottiert, der vorgeworfen wurde, zu Trump-freundlich zu berichten. Wie die „New York Times“ in dem Zitat von Januar 2017 haben immer wieder Politiker der Demokraten und politische Kommentatoren der großen Medienkonzerne unverblümt deutlich gemacht, dass sie die Auseinandersetzung mit Trump nicht bloß als eine ansehen, die über Wahlen, Parlamentsdebatten und Leitartikel ausgetragen wird, sondern

als einen Kulturkampf, einen Krieg, der mit der Vernichtung des Feindes enden müsse. CNN-„Star“-Moderator Jake Tapper drohte am 9. November 2020 auf Twitter, wer jetzt noch zu Trump stehe, solle sich überlegen, „wie zukünftige Arbeitgeber“ das beurteilen werden. Alexandria Ocasio-Cortez, die wegen ihres Antisemitismus umstrittene linke Abgeordnete im Repräsentantenhaus, rief zur gleichen Zeit auf Twitter dazu auf, Listen von Trump-Unterstützern anzulegen:

„Legt jemand Archive über diese Trump-Hofierer an, für den Fall, dass sie in Zukunft versuchen werden, ihre Mitschuld herunterzuspielen oder zu leugnen? Ich sehe eine große Wahrscheinlichkeit, dass in Zukunft viele Tweets, Schriften und Fotos gelöscht werden.“

Rick Klein, der politische Direktor des Fernsehsenders ABC News in Washington twitterte am 7. Januar:

„Trump wird in 13 Tagen ein Ex-Präsident sein. Tatsache ist, dass es der einfache Teil war, Trump loszuwerden. Die Säuberung der Bewegung, die er befiehlt, ist eine andere Sache.“

Kamala Harris forderte schon im Oktober 2019, Twitter möge doch bitte Trumps Account sperren. Das ist nun geschehen.

Kamala Harris' Ärger mit der Presse

Es ist aber nicht so, als hätte Harris vollständige Kontrolle über die Medien, wie in einer Diktatur. Der Beweis ist die derzeitige „Vogue“-Affäre: Kamala Harris posiert auf dem Titelblatt der Februar-Ausgabe von „Vogue“ – aber das Foto

ist nicht genau so, wie von ihr erwartet. CNN berichtet:

„Das heiß diskutierte Bild, das Harris in einem schwarzen Blazer und Converse-Turnschuhen zeigt, war nicht das, von dem sie erwartet hatte, dass es auf der Vorderseite der Printausgabe erscheint. Eine mit den Diskussionen vertraute Quelle sagte, Harris' Team hatte geglaubt, dass sie auf dem Cover in einem hellblauen Anzug vor einem goldenen Hintergrund posieren würde.“

Den Quellen von CNN zufolge habe Harris erwartet, dass das „eher legerere“ Foto im Inneren des Hefts gedruckt werden würde. Harris verlangte von „Vogue“, das Titelfoto zu ändern, doch das ging nicht, weil das Heft bereits gedruckt war. Was für eine Dreistigkeit gegenüber einer zukünftigen Vizepräsidentin. Von CNN zitierte „Kritiker“ monieren zudem, dass Harris' Haut auf dem Titelblatt „ausgeblieben“ aussehe – zu hell. CNN zitiert den Dramatiker und Juristen Wajahat Ali, der auf Twitter schrieb, die „Vogue“-Chefredakteurin habe offenbar „nicht viele schwarze Freunde und Kollegen“. Die „Washington Post“ kritisierte, zwar sei „nichts wirklich verkehrt an diesem Foto“, doch indem Vogue das „legerere“ Foto für das Titelblatt gewählt habe, habe es „Harris ihrer Rosen beraubt“.

„Ein bisschen Ehrfurcht hätte dem Magazin bei seinen Coverentscheidungen gute Dienste geleistet. Nichts auf dem Cover sagte: ‚Wow‘. Und manchmal ist das alles, was schwarze Frauen wollen, ein bewunderndes und feierliches ‚Wow‘ über das, was sie erreicht haben.“

Wow.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.



Die Väter der Europäischen Einigung, de Gaulle und Adenauer, würden ihr eigenes Projekt heute unter Ursula von der Leyen kaum noch wiedererkennen.

Hier hat sie schlichtweg vollkommen versagt und setzt noch einen drauf, indem sie die deutsche Vorgehensweise noch dazu als berechtigt und richtig bezeichnet.

Die Kanzlerin verhöhnt ihre Bürger mit dem aberwitzigen Versprechen eines bis in den Spätsommer hinein verspäteten zugesagten Impfangebots, das die vielen von ihr und ihrem Politikversagen verschuldeten Todesopfer, die es bis dahin ungeimpft geben wird, einfach ausblendet und für die sie samt ihres gesamten Impfversprechens ganz sicher die Verantwortung ebenso weit von sich weisen wird wie für die von ihr und ihrer politischen Entourage zu verantwortenden sinnlos ermordeten unschuldigen Opfer vom Berliner Weihnachtsmarkt.

Bezeichnend, dass es diese Probleme gerade in den Ländern, die unserer links und grün jeden Anstandes agierenden Politik ein Dorn im Auge sind, gar nicht oder zumindest nicht annähernd in diesem Ausmaß gibt:

Die Administration des täglich mit Kübeln von Dreck beworfenen, wegen seiner vermeintlichen Pandemie-Ineffizienz verhöhnten und belachten Donald Trump hatte schon in seiner Amtszeit und lange vor dem Biden-Desaster massiv dafür vorgesorgt. Boris Johnsons Großbritannien hat sich rechtzeitig und wirksam um Impfstoff bemüht und Israel impft seine Menschen bereits mit der zweiten Auffrischimpfung. Israel geht eben anders mit Daten um, sagt die Kanzlerin zu dem schnellen Impffortschritt in Israel, womit sie natürlich insinuiert, dass Israel weniger Demokratie praktiziert als das von ihr so vorbildlich an den Rand des immer sichtbarer werdenden Abgrunds geführte Deutschland. Aber was soll's, das ist ja immerhin noch viel freundlicher als die Diktion ihrer noch linkeren politischen Weggesellen, die sofort eine Bevorzugung unter Juden zwischen der Pfizer-Führung und Israel unterstellen, um ihr eigenes Versagen zu bemängeln.

Das alles vermag letztendlich nicht wirklich zu verwundern. Nicht nur wegen des vor allem auch von linker Seite bestehenden antijüdischen Sentiments. War doch mit der Beschaffung des Impfstoffes unter anderem auch die von unserer Kanzlerin in den EU-Präsidentensitz gehievte Merkel-Favoritin Ursula von der Leyen befasst, die zwar gern das Klima durch übermäßiges Oft-Fliegen im Privat-

flieger schützt und schon als zuständige Ministerin weniger durch die Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr auffiel, sondern eher durch Plagiatsaffären ihrer Doktorarbeit und dubiose Beraterverträge, die bis heute wegen eines unerklärten Verschwindens von Mail-Unterlagen nicht aufgeklärt werden konnten.

Überhaupt ist es in unserer Republik von heute ganz offensichtlich kein Problem zum Parteivorsitzenden einer ehemaligen Volkspartei gekürt zu werden, auch wenn man gerade mit Steuergeldern und mit Hilfe seines Sohnes, sozusagen en famille, ohne Ausschreibung nutzlose Schlafanzüge – pardon Schutzanzüge – einer bekannten Luxusmodefirma in nicht geringer zweistelliger Millionenhöhe gekauft hat. Auch darf man vermutlich wegen der Vorbildfunktion Familienministerin bleiben, obwohl es kaum noch Zweifel daran gibt, dass man sich den wohl auch für das berufliche Fortkommen missbrauchten Titel durch ein handfestes Plagiat der Doktorarbeit ergattert hat.

Absetzung eines Ministerpräsidenten durch die Kanzlerin

Herr Kemmerich, der rechtmäßig und Mehrheitlich gewählte FDP-Ministerpräsident von Thüringen, musste jedenfalls sein Amt sofort wieder aufgeben. Aber der hatte sich ja auch nichts zuschulden kommen lassen und hatte die Kanzlerin gegen sich.

Inzwischen werden die auch wegen der ausbleibenden Impfung steigenden Corona-Verzweiflungs-Suizide und die wachsende häusliche Gewalt nach Kräften ausgeblendet und die verschobene Insolvenzanmeldungs-pflicht von unserem Wirtschaftsminister dazu missbraucht, uns darzulegen, die Zahl der Insolvenzen sei nicht gewachsen. Das entspricht der Umbenennung von Dingen, die angeblich dann auch gleichzeitig das ganze Problem verschwinden lässt, wie etwa die arabische Clan-Kriminalität, die dadurch verschwindet, dass sie nicht mehr so genannt werden soll.

Finanzielle Verstrickungen von Akteuren oder deren Familienangehörigen und Freunden in dem Bereich, der für uns alle wohl der zurzeit wichtigste ist, tun ein Übriges. Dabei geht es uns allen, bis auf die privilegiert Staatsbesoldeten und einige wenige Andere nicht zuletzt wegen der Politik-ursachten späten

Impfung nicht nur psychisch täglich schlechter. Die Einschläge in Form von Bekannten, die existenzielle Not leiden, rücken immer näher. Aber der Gesellschaft scheint es in ihrer Gesamtheit noch ziemlich gleichgültig zu sein. Darauf spekulieren auch die politischen Dilettanten, die in diesem wichtigen Wahljahr sogar noch mit Stimmenzuwächsen trotz ihres Versagens in fast allen Bereichen rechnen. Das wird sich im letzteren Fall wohl erst dann ändern, wenn das eigene Bett brennt. Schlaflosigkeit haben inzwischen trotzdem schon sehr viele.

Unsere fehlgeleitete Regierungspolitik gefährdet auch bis zum Einsturz das gesamte über die Nachkriegsjahrzehnte erbaute europäische Haus. Jedenfalls hätten sich Adenauer und DeGaulle, die Verteidiger der originären Aufklärungs- und Revolutions-geläuterten abendländischen Kultur Europas gegen die Nazi-Barbarei, ganz gewiss die durch Frau Merkel und Herrn Macron gelebte Pervertierung ihrer europäischen Idee und deren offensichtliche Submission gegenüber dem Atavismus des Islam verboten.

Wieviel charakterliche Deformierung und wieviel besorgniserregender Unverstand müssen da wohl unsere Politik bewegen.

Ermöglicht der deutsche Wähler eine schwarz-grüne Regierung?

Wird der deutsche Wähler tatsächlich – wie Umfragen befürchten lassen – dahingehend versagen, eine schwarz-grüne Regierung zu ermöglichen, dürfte sich dieser Unverstand fortsetzen und sich die bislang wohlhabende Bundesrepublik dazu noch dank ihres Vernunft-verlassenen Krieges gegen ihre eigene Autoindustrie und ihrer Islam-Anbiederung in absehbarer Zukunft von einem wohlhabenden Land zu einem islamisch-sozialistischen Drittweltstaat mit adaptierten Scharia-Regeln, etwa im Hinblick auf die Legalisierung von Zwangsehen mit Minderjährigen wandeln.

Auch was die Regierung an Vorab-Anbiederung an die neue Biden/Harris-Administration und die rassistisch anti-weiße BLM-Bewegung verzapfen, ist kaum zu ertragen. So hat kürzlich das Außenamt in seiner Hauspostille unkommentiert und unkritisch das Foto eines aus Solidarität für BLM überklebten Berliner Straßenschildes veröffentlicht, auf dem der Name des von den Nazis abgesetzten jüdischen Polizei-

präsidenten Bernhard Weiß dem Namen des bei einer Polizeiaktion in den USA unglücklich zu Tode gekommenen afroamerikanischen Multistraftäters George Floyd weichen musste. Die Erinnerung an verfolgte Juden gilt also im Hause des linken Israel-UNO-Verurteilers von der SPD nicht wirklich viel.

Wichtiger als die Vermeidung ihres antijüdischen Vorbehalts ist für unsere linken Politiker, dass man sie nicht mit dem „Kriegstreiber“ Netanjahu und dem ehemaligen US-Präsidenten in einen Topf bringt. So etwas schadet der linken Reputation und verprellt die besonders für die SPD immer mehr an Bedeutung zunehmenden islamischen Wählerstimmen. Diese wählen in Deutschland nämlich bevorzugt links, damit sie beispielsweise in der Türkei, dank Doppelpass ungestört den rechten Panislamisten und Hitler-Verschnitt Erdogan wählen können.

Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage besonders nach der wieder Freiräume für linke Antisemiten schaffenden Amtsübernahme der US-Präsidentschaft durch Joseph Biden auch kaum noch in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur.

Die Freunde Israels saßen in der Trump-Administration, der als erster US-Präsident bereit war sich der Delegitimierung des jüdischen Staates wirkungsvoll entgegenzustellen und einen neuen Frieden in der Region zu initiieren.

Aber auch nach dem Weggang Trumps wird die Zahl der Freunde Israels jenseits der ohnehin nicht nur durch den beneidenswerten Brexit an Bedeutung abnehmenden EU zunehmend größer. Der Staat Israel ist wirtschaftlich erfolgreich und führend im IT-Bereich.

Unsere Redaktion und ich wünschen dem Staat Israel, dem ganzen jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden auch in diesem soeben begonnenen Jahr ein schnelles Ende der Corona-Bedrohung, Gesundheit, Sicherheit, Erfolg und Wohlergehen!

Am Israel Chai!

*Ihr
Dr. Rafael Korenzecher*

i.A. Simon Akstinat

Joe Bidens schon in der Vergangenheit rassistisch auffällig gewordene Bürgerrechts-Beauftragte lud antisemitischen Autor ein

In ihrer Funktion als Präsidentin der „Black Students Association“ lud Kristen Clarke den jüdenfeindlichen Autor Tony Martin zu einem Vortrag nach Harvard ein und verbreitete krude Thesen zur Überlegenheit der Schwarzen über die Weißen.

Von Kevin Daley (Washington Free Beacon / Mena Watch)

Kristen Clarke, die von Präsident Joe Biden ausgewählte Leiterin der Abteilung für Bürgerrechte des Justizministeriums, vertrat als Studentin der Harvard-Universität pseudowissenschaftliche Theorien über die rassistische Überlegenheit der Schwarzen und organisierte eine Veranstaltung mit einem berühmten Antisemiten.

Clarke und ein Koautor behaupteten 1994 in einem Brief an die Redaktion der Harvard-Studentenzeitung, in dem sie das umstrittene Buch „The Bell Curve“ des Politikwissenschaftlers Charles Murray kritisierten, „genetische Unterschiede zwischen Schwarzen und Weißen“.

Der von ihnen genannte genetische Unterschied, der in einem unterschiedlichen Melaninwert zwischen Weißen und Schwarzen bestehe, sei verantwortlich für unterschiedliche kognitive Fähigkeiten, körperliche Kraft und sogar Spiritualität. Die sogenannte Melanin-Theorie hat keine wissenschaftliche Grundlage.

„Melanin stattet Schwarze mit größeren mentalen, physischen und spirituellen Fähigkeiten aus – etwas, das nicht nach euro-

zentrischen Maßstäben gemessen werden kann“, schreiben Clarke und ihr Koautor damals. (...)

Clarke geriet auch in die Kritik jüdischer Studenten, nachdem sie in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der „Black Students Association“ den antisemitischen Akademiker Tony Martin auf den Campus eingeladen hatte.

Martin, damals Professor für Afrika-Studien am Wellesley College, verbreitete falsche Theorien, die eine jüdische Verschwörung beim weltweiten Sklavenhandel behaupteten, und veröffentlichte im Selbstverlag ein Buch mit dem Titel „The Jewish Onslaught“ (Der jüdische Angriff), nur ein Jahr bevor er auf Clarks Bitte hin Harvard besuchte. Eine Mehrheit von Martins Fakultätskollegen verurteilte das Buch als antisemitisch, wie eine Kolumne im „Boston Globe“ von 2001 berichtet.

Anmerkung Mena-Watch: Auf der Harvard-Veranstaltung beschuldigte Martin das jüdische Volk ein „Monopol“ auf die Vorstellung afrikanischer Minderwertigkeit zu haben, und erklär-



Kristen Clarke schrieb, dass Schwarze den Weißen überlegen seien.

menschliche Intelligenz korreliere mit dem sozialen Umfeld und sei ein Prädiktor für persönlichen, finanziellen und anderweitigen Erfolg, beispielhaft für den Rassismus der Juden sei. (Quelle: Biden nominee for Justice Department invited anti-Semite to Harvard University)

„Professor Martin ist ein intelligenter, versierter schwarzer Intellektueller, der seine Informationen auf unbestreitbare Fakten stützt“, antwortete Clarke damals auf die Kritiker von Martins Besuch. Obwohl die Ansichten Clarke als harmloser Hochschul-Radikalismus entschuldigt werden könnten, haben Senatoren aus beiden Parteien bei den Ernennungsanhörungen Trump Kandidaten wegen harmloserer Aussagen in die Mangel genommen.

(Aus dem Artikel „Biden Pick For Civil Rights Chief Promoted Racism and Anti-Semitism at Harvard“, der bei Washington Free Beacon erschienen ist.)

te die „sogenannten Weisen“ des babylonischen Talmud seien die ersten Rassisten in der Geschichte gewesen.

Martin erklärte auch, dass das Buch „The Bell Curve“, das argumentiert,

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbearbeitung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Wird Nikki Haley 2024 für das Präsidentenamt kandidieren?

Die ehemalige UNO-Botschafterin der USA, Nikki Haley, ist bis heute eine treue politische Weggefährtin von Donald Trump. Die Hinweise verdichten sich, dass die engagierte Freundin Israels sich bereits jetzt auf den in vier Jahren anstehenden Kampf um das höchste politische Amt im Staat vorbereitet.



Von Sarah Ben-Nun
(Jerusalem Post)

Nikki Haley mit Präsident Trump

Kürzlich kamen Gerüchte auf, dass Nikki Haley, ehemalige US-Botschafterin bei der UNO, für das Präsidentenamt kandidieren wird.

Aber warum kamen diese Gerüchte überhaupt auf? Am Mittwoch startete Haley ein Political Action Committee (PAC) namens Stand for America.

Die „Washington Post“ und „Courier Columbia“, eine lokale Nachrichtenagentur in South Carolina, sagte, dass ein Teil dessen, was das PAC tun wird, Wahlkampf für Kandidaten ist. Haley müsste dafür reisen, was sie mehr der Öffentlichkeit aussetzen wird, und um GOP-Verbündete vor einer 2024-Kandidatur fürs Weiße Haus zu finden.

Auf Twitter schreibt Haley:

„Wir werden konservative Kandidaten unterstützen, die Amerikas Gründungsprinzipien verteidigen: Freiheit; Gelegenheiten für alle; freie Rede; begrenzte Regierung; Kapitalismus; die Einhaltung der Gesetze; und eine starke nationale Verteidigung. Besuchen Sie uns unter:

www.standforamericapac.com“

Am 3. Dezember, nachdem er seine

Wiederwahlkampagne verloren hatte, startete Trump sein eigenes PAC, genannt „Save America PAC“, in dem Bemühen, seine Wählerschaft zu sammeln, um die Wahlergebnisse anzufechten. Haleys Sprecherin erklärte gegenüber „The Hill“, dass der Zweck des PACs darin besteht, politisch konservative Stimmen und Figuren zurück ins Repräsentantenhaus und den Senat zu bringen.

Der Senat wurde in einer historischen Abstimmung am 5. Januar 2021 blau, als die Demokraten Jon Ossoff und Raphael Warnock die Sitze in Georgia gewannen. „The Hill“ stellte auch fest, dass der Schatzmeister des PAC derselbe Mann ist, der bereits der Schatzmeister für die Präsidentschaftskampagne von US-Präsident Donald Trump im Jahr 2016 war. Die Website des PAC merkt an, dass es sich auf die Unterstützung von Kandidaten konzentrieren wird, die sich entschieden gegen bestimmte politische Entscheidungen stellen, einschließlich der Rückgängigmachung der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und des Wiedereintritts in das Atomabkommen mit dem Iran.

Schon im August 2020 warnte Haley, dass Bidens Sieg eine Rückkehr zum Iran-Atomabkommen bedeuten würde. Dann, vor kurzem, im Dezember 2020, sagte sie, „es wäre verheerend und ein massiver Schritt zurück“, wenn die Vereinigten Staaten zum iranischen Atomabkommen, so wie es ursprünglich formuliert wurde, zurückkehren würden.

Andere politische Entscheidungen, gegen die sich das PAC ausspricht, sind die Einführung eines sozialistischen Gesundheitswesens, die Streichung von Mitteln für die Polizei und das Militär und die „Untergrabung der Heiligkeit des Lebens“.

In einer E-Mail an ihre Unterstützer erklärte Haley, dass das PAC „als Bollwerk gegen die linken Agenden von Joe Biden, Kamala Harris, Chuck Schumer, und Nancy Pelosi“ dienen wird, wie „The Hill“ berichtet.

Auf Twitter schreibt sie weiter: „Biden hat angekündigt, wirtschaftliche Erleichterungen zu priorisieren, die teilweise auf Rasse und Geschlecht beruhen. Die Pandemie hat die Schaffung von Arbeitsplätzen auf breiter

Front dezimiert. Jedes kleine Unternehmen verdient gleiche Behandlung, um zu überleben. Biden sollte keine Gewinner und Verlierer anhand der Hautfarbe auswählen.“

Forbes machte auf eine aktuelle Umfrage aufmerksam, die die Präferenzen für die republikanische Vorwahl für 2024 untersuchte. Haley platzierte sich an sechster Stelle auf dieser Liste und sammelte 5 % der ersten Wahl der Befragten.

Haley diente in ihrer zweiten Amtszeit als Gouverneurin von South Carolina, als Trump sie im Januar 2017 zur US-Botschafterin bei der UNO ernannte. Sie blieb in dieser Position bis Dezember 2018.

„Das Stand For America PAC wurde geschaffen, um prinzipientreue Konservative zu unterstützen, die sich uns in dieser Mission anschließen werden“, heißt es auf der Website.

Mitarbeiter der „Jerusalem Post“ haben zu diesem Bericht beigetragen.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Der „Arabische Frühling“ – ein Jahrzehnt später

Die 10 Jahre des sogenannten „Arabischen Frühlings“ haben nicht nur die arabischen Länder an den Rand des Abgrunds geführt, sondern auch den benachbarten Kontinent Europa an die Grenzen seiner Belastbarkeit und des kulturellen Untergangs gebracht. Das Schlimmste könnte aber noch bevorstehen, wenn US-Präsident Joe Biden die längst ausgediente Politik im Interesse des iranischen Mullah-Regimes wiederbelebt.

Von Dr. Mordechai Kedar

Am 17. Dezember 2010 zündete sich in einer kleinen Provinzstadt in Tunesien ein junger Mann namens Mohamed Bouazizi aus Protest gegen eine Ohrfeige an, die er von einer Polizistin erhalten hatte, weil er einen nicht genehmigten Gemüsestand betrieb, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Seine Freunde starteten Demonstrationen gegen die korrupte Regierung von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali und diese Proteste breiteten sich schnell auf die Hauptstadt Tunis aus. Der TV-Sender Aljazeera übertrug die Demonstrationen nonstop, was immer mehr Tunesier dazu veranlasste, sich den Demonstranten anzuschließen und so die Protestwelle zu vergrößern. Nach etwa einem Monat massiver Proteste floh der Präsident mit seiner Frau und seinen Kindern ins politische Exil nach Saudi-Arabien.

Ab Januar 2011 breiteten sich die Demonstrationen auf Ägypten, Jemen, Libyen, Syrien, Bahrain, Algerien, Jordanien, Marokko, Irak, Sudan, Kuwait, Libanon, Mauretanien und sogar Saudi-Arabien und Oman aus. In den meisten dieser Staaten klangen sie ab oder wurden durch ausländische Interventionen, wie die Saudi-Arabien in Bahrain, unterdrückt. In Syrien, Libyen und dem Jemen hingegen dauern die blutigen innenpolitischen Auseinandersetzungen bis heute an und zogen bewaffnete ausländische Interventionen nach sich.

Ägypten hat große Regimewechsel erlebt – einschließlich eines Jahres unter der Herrschaft der Muslimbrüder – und diese Veränderungen haben die ohnehin schon kränkelnde Wirtschaft weiter in Mitleidenschaft gezogen. Tunesien schwankt zwischen gegensätzlichen Kräften, vom politischen Islam bis hin zum europäisch geprägten Liberalismus.

Aljazeera und die Muslimbruderschaft

Das Hauptziel der Demonstranten war zunächst die Abschaffung der Unterdrückung und Korruption der herrschenden Regimes, Arbeitslosigkeit, Armut, fehlende Bildung, soziale Ausgrenzung und die allgemeine Verachtung der Bürger durch die staatlichen Behörden. Die bittere Realität in den meisten arabischen Staaten stand in krassem Gegensatz zu den Verhältnissen in den Golfmonarchien, Europa und Amerika, von denen die Massen dank der Medien, Satellitenkanäle und sozialen Medien, allen voran Facebook, nun erfuhren.

Der Nachrichtensender Aljazeera, der Ende 1996 ins Leben gerufen wurde und zu einem medialen Dschihad-Outlet der Muslimbruderschaft geworden war, verbreitete die Heftigkeit der Demonstrationen und den Aufstand gegen die Behörden von Land zu Land. Die arabische Welt war Ende 2010 wie ein Pulverfass, in dem Aljazeera überall Funken schlug. Bouazizi war der Funke, der die Massen entflammte.

Länder, die viele Jahre lang an der Spitze des Panarabismus standen – Syrien, Libyen und der Irak (wo die Unruhen 2003 begannen) – versanken im Bürgerkrieg, und ihre heterogenen Bevölkerungen kämpften bis heute ums Überleben. Die Arabische Liga, die Organisation, die einst die „arabische Nation“ in der Welt vertrat und gleichzeitig eine versöhnende und vermittelnde Rolle innerhalb der arabischen Do-



Auf Unrechts-Herrscher wie den gestürzten Gaddafi (Libyen) folgten in der arabischen Welt Machthaber wie beispielsweise Mursi (Ägypten), die nun zuvor unbefähigte Minderheiten bedrängten oder ihre Länder ins Chaos stürzten.

mäne spielte, ist in eine totale Handlungsunfähigkeit verfallen.

Wenn Regimes nicht mehr funktionieren und Anarchie herrscht, fliehen alle, die können, so schnell wie möglich. Millionen von Arabern sind in irgendein Land der Welt ausgewandert, das sie aufgenommen hat. Akademiker, Ingenieure, Ärzte und Angehörige anderer Berufe sind ins Ausland gegangen, um eine ruhige, sichere Umgebung für sich und ihre Familien zu finden. Millionen von Auswanderern gingen in die Türkei, nach Europa und in viele andere Länder, und verließen ihre Heimatländer, ohne die Möglichkeit, ihr Land wiederaufzubauen.

Gleichzeitig traten nun die gefährlichsten Akteure aus der Versenkung, nämlich die radikal-islamischen Organisationen, die aus den Koranschulen der Muslimbruderschaft hervorgegangen waren, insbesondere al-Qaida und ihre Ableger. Sie verschafften sich Legitimität, indem sie Erbarmungslos gegen die grausamen, korrupten Regimes kämpften – das heißt, den Dschihad gegen sie führten.

Der Islamische Staat

Im Jahr 2014 erreichten sie mit der Gründung des Islamischen Staates im Irak und Syrien (ISIS / IS) ein entscheidendes Ziel. Dieser Staat säte mit grausamen Formen des Mordens auf der ganzen Welt Angst und Schrecken und führte zu einem internationalen Konsens über die Notwendigkeit einer ausländischen Intervention, insbesondere seitens Russlands und der USA. Die Zerschlagung des IS hat jedoch die radikale Ideologie, auf der er basierte, nicht ausgerottet, sondern diese Ideologie hat sich einfach neue Felder gesucht und ist jetzt lebendig und mordet auf dem Sinai, in Algerien, Afrika, Europa und überall dort, wohin die IS-Terroristen geflohen sind. Immer wieder werden Terroranschläge verübt. Erst kürzlich sahen wir in Frankreich IS-Messer in Aktion.

Die großen Verlierer des „Arabischen Frühlings“ sind die unglücklichen Massen, die mit völlig berechtigten Forderungen auf die Straße gingen, aber auf brutale Gewalt und das ohrenbetäubende Schweigen internationaler Apathie gegenüber dem zu-

gelassen Blutvergießen stießen. Die blanke Heuchelei des UN-Menschenrechtsrates wurde entlarvt, als er genau den Staaten Sitze gewährte, die massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wurden.

Die Tragödien des „Arabischen Frühlings“ haben auch das „palästinensische“ Problem zu einem Randthema gemacht. Viele arabische Politiker haben begriffen, dass sich dieses Problem nicht in Richtung einer Lösung bewegt, hauptsächlich weil Israel sich nicht dem Narrativ unterwirft, das von den Terrorgruppen ausgeheckt wurde – von der Fatah und den „Front“-Organisationen über die Hamas und den Islamischen Dschihad. In Saudi-Arabien wurde kürzlich sogar behauptet, die im Koran erwähnte al-Aqsa-Moschee befindet sich auf der arabischen Halbinsel und nicht in Jerusalem, was den religiösen Anspruch der „Palästinenser“ auf das drittheiligste Heiligtum des Islam und damit auf Jerusalem und Palästina in Frage stellt.

Gewinner des „Arabischen Frühlings“

Die großen Gewinner des „Arabischen Frühlings“ sind die Staaten der Arabischen Halbinsel (mit Ausnahme des Jemen), die von den Auswirkungen verschont blieben. Länder, die bis vor einem Jahrzehnt noch am Rande der arabischen Welt standen, weit weg vom regionalen und internationalen politischen Rampenlicht, sind nun wichtige Akteure in der internationalen Politik des Nahen Ostens.

Die Umwälzungen im Nahen Osten haben es nicht-arabischen Kräften – sowohl in der Region als auch im Ausland – ermöglicht, nach Belieben in die Gegend vorzudringen. Russland rettete das Assad-Regime in Syrien und übernahm im Gegenzug den westlichen Teil des Landes und die riesigen Erdgasvorkommen im Meeresgrund des Mittelmeers, die zu Syrien gehören. Der Iran hat durch seine Stellvertreter und Kampftruppen die Kontrolle über den Irak, Zentral- und Ostsyrien, Libanon, Jemen und Gaza erlangt. Erdoğan's Türkei übernimmt die Kontrolle über Teile von Syrien und Libyen. In der Zwischenzeit verlängert Israel

– das in der Vergangenheit als „Messer im Herzen der arabischen Nation“ bezeichnet wurde – die Liste der arabischen Staaten, die seine Existenz akzeptiert, es anerkannt und Frieden mit ihm geschlossen haben, immer weiter.

Äthiopien fühlt sich im Verhältnis zu Ägypten stark genug, dass es einen Staudamm am Nil gebaut hat, der einen verheerenden Wassermangel für Ägyptens 100 Millionen Einwohner verursachen könnte. Der Sudan hat sich in zwei Länder gespalten, den Südsudan und den Sudan, und dieser Prozess könnte sich über den Sudan hinaus in anderen arabischen Staaten fortsetzen.

Die 10 Jahre des „Arabischen Frühlings“ – das letzte davon ist das Jahr von COVID-19 – haben viele arabische Länder an den Rand des Abgrunds gebracht. Die Nahrungsmittelknappheit, die nicht enden wollenden Kriege in Libyen, Syrien, Irak und Jemen, die iranische Expansion und die globale Gleichgültigkeit haben die Notlage des Nahen Ostens noch verschlimmert.

Das Schlimmste von allem droht in naher Zukunft: die neue US-Regierung, die zum Atomdeal von 2015 zurückkehren und die Sanktionen gegen den Iran aufheben will. Diese Schritte werden Teherans Fähigkeit verbessern, sich in arabischen Ländern einzumischen und Tod und Zerstörung zu säen. Ein Ergebnis könnte eine weitere Welle der Auswanderung (oder genauer gesagt, Flucht) von Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten in andere Länder sein, in denen sie sich ein neues Leben aufbauen können, das durch den „Arabischen Frühling“ zerstört wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass genauso groß wie die Hoffnungen, die mit dem „Arabischen Frühling“ verbunden waren, auch die Ernüchterung ist, die er hinterlassen hat.

Oberstleutnant (a.D.) Dr. Mordechai Kedar ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat Center for Strategic Studies. Dies ist eine bearbeitete Version eines Artikels, der am 11. Dezember 2020 in Makor Rishon veröffentlicht wurde.

Übersetzung Audiatur-Online.

Die „woken“ Hausfrauen des Silicon Valley

Die mit dem neuen Modebegriff bezeichneten gelangweilten Ehefrauen milliardenschwerer Internet-Investoren spenden in Champagner- und Kaviarlaune aus ihrem luxusstrotzenden Elfenbeinturm heraus Millionensummen an linksradikale Organisationen mit dem Ziel der Zerstörung der bürgerlichen amerikanischen Gesellschaft.

Von Daniel Greenfield

Als sich kalifornische Ladenbesitzer an die Wähler wandten, um erneut mit Gesetzesvorschlag 20 Ladendiebstahl zu kriminalisieren, hatten sie kaum eine Chance, nachdem Patricia Quillin 2 Millionen Dollar gegen sie in die Waagschale geworfen hatte.

Als Quillin 1 Million Dollar zur Unterstützung von Gesetzesvorschlag 16 zahlte, protestierten asiatisch-amerikanische Gegner des Gesetzesvorschlags, der rassistische Diskriminierung gegen sie in Form von „Affirmative Action“ legalisieren würde, vor dem Arbeitsplatz ihres Mannes. Ihr Mann ist der CEO von Netflix.

Netflix

Netflix muss sich keine Sorgen um Ladendiebe machen und kümmert sich nicht um die Geschäfte, die das tun. Quillin und ihr Ehemann Reed Hastings, beide von weißer Hautfarbe, müssen sich auch nicht um College-Zulassungen kümmern. Quillins „Meadow Fund“ hat Geld in verschiedene Formen der Verbrechensbekämpfung gesteckt und die Frau des Netflix-CEOs behauptet, sich sehr für „Rassengerechtigkeit“ zu engagieren.

Obwohl Quillin und ihr Mann in Santa Cruz leben, hat sie 1,5 Millionen Dollar in die Kampagne zur Wahl von George Gascon gesteckt, einem von Soros unterstützten kriminalitätsfreundlichen Staatsanwaltskandidaten in Los Angeles – zusammen mit weiteren 4,5 Millionen Dollar, die für die Finanzierung verschiedener zerstörerischer Vorschläge ausgegeben wurden, die den Kaliforniern schaden.

Patricia Quillin ist Teil eines Fundraising-Phänomens: die woken Hausfrauen des Silicon Valley.

Amazon

MacKenzie Scott, die Ex-Ehefrau von Amazon-CEO und „Washington Post“-Besitzer Jeff Bezos, ließ sich von ihm scheiden, als sein Betrugsskandal aufgedeckt wurde, und kassierte eine riesige Abfindung. Dieses Geld, das daher stammte, dass Lagerarbeiter dazu gebracht wurden, in Becher zu pinkeln, machte sie zu einer der reichsten Frauen der Welt, und sie wurde woke und begann, alle anderen dazu zu bringen, woke zu werden.

Jedes Mal, wenn ein anderes kleines Unternehmen untergeht, wird Scott durch ihre Amazon-Aktien noch reicher. Und dieses Geld wird verwendet, um eine radikale politische Agenda zu finanzieren. Oder, wie Scott es im unvermeidlichen Medium-Beitrag ausdrückt: „Gelegenheiten, die sich aus dem bloßen Zufall der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts oder der Postleitzahl ergeben haben, können zu Ressourcen führen, die mächtige Hebel für Veränderungen sein können.“

Trotz ihrer Ambitionen mag Scott eine schreckliche Autorin sein, aber sie konnte 1,7 Milliarden Dollar in Richtung radikaler Gruppen werfen, einschließlich der „Movement for Black Lives“, eine Dachgruppe, die das gewalttätig-rassistische „Black Lives Matter“-Netzwerk umfasst, das hinter landesweiten Unruhen steckt und BDS



MacKenzie Scott, die milliardenschwere Ex-Frau von Amazon-Boss Jeff Bezos

unterstützt.

Scott finanzierte die rassistische Bewegung, die kleine Unternehmen zerstörte und sie selbst reicher machte.

Wie Quillin ist Scott von den negativen Folgen ihres politischen Aktivismus abgeschirmt, aber nicht von den positiven. Die Zerstörung von kleinen Unternehmen hat wenig Einfluss auf eine Streaming-Plattform wie Netflix und ist ein Netto-Nutzen für Scott und ihre Amazon-Aktien. Jedes Mal, wenn ein weiteres Geschäft in Flammen auf-

Migranten bis hin zu indianischen Organisationen abdecken, keine einzige Gruppe für Arbeiterrechte finanziert, deren Kampf sich auf Amazon, seinen Aktienkurs und ihr Vermögen auswirken würde.

Apple

Eine andere der größten woken Hausfrauen des Silicon Valley war schon vor digitalen Parvenüs wie Netflix und Amazon da. Laurene Powell, die Witwe von Apple-Chef Steve Jobs, hat

gulierungen und der Lehrgewerkschaften in die Pfanne haute und ihm sagte: „Sie werden nur eine Amtszeit haben.“ Powell gibt das kreative Kapital ihres Mannes nicht für ihn aus, sondern für ihre eigene linke Politik.

Nach dem Tod ihres Mannes, der angeblich ein Reagan-Wähler gewesen war, brachte Powell eine Schar von Obama- und Clinton-Agenten und -Mitarbeiter hinzu und begann eine radikale politische Maschine aufzubauen, goss Millionen in politische Operationen der Democrats wie „Emerge“ und „Priorities USA“.

Sie ist ein wichtiger Geldgeber des pro-crime „Marshall Projects“ und hat Leitartikel geschrieben, in denen sie sich für illegale Einwanderer einsetzt, die, ähnlich wie Apples China-Produktion, den Amerikanern die Arbeitsplätze wegnehmen.

Nichts davon wird Powell betreffen, die eine Villa aus dem 19. Jahrhundert für 16 Millionen Dollar in San Francisco Russian Hill gekauft hat (nachdem ihr 60-Millionen-Dollar-Anwesen Paradise Cove in Malibu abgebrannt war), und die eine weitere Villa im Silicon Valley im Bau hat.

Powells große Ecke vom Himmel sind die Medien, sie kauft „The Atlantic“ und finanziert linke Publikationen wie „Mother Jones“. Ihr „Emerson Collective“, eine „Organisation für sozialen Wandel“, investiert in „Axios“ und finanziert die „Now This“-Spam-Fabrik, deren linker Agitprop in den sozialen Medien allgegenwärtig ist. Und sie scheint sogar noch expliziter in das Fake-News-Spiel eingestiegen zu sein, indem sie Geld zu „ACRONYM“ geleitet hat, dessen Fake-News-Site-Betrieb sogar bei den Linken umstritten ist wegen seiner schätzbaren Strategie, lokale Sites zu erstellen, die vorgeben, lokale Nachrichtenorganisationen zu sein.

Tesla

Während Quillin, Scott und Powell Milliardärinnen sind, können nicht alle woken Hausfrauen des Silicon Valley über Milliarden verfügen. Einige, wie



Karla Jurvetson

Karla Jurvetson, sind lediglich Millionärinnen.

Als der demokratische Dot-Com-Spender Steve Jurvetson in Gerüchte über außereheliche Affären und sexuelle Belästigung verwickelt war, verließ Karla den Tesla-Vorstand und Theranos-Unterstützer und steckte ihr Geld in mi-

„ Wie Quillin ist Scott von den negativen Folgen ihres politischen Aktivismus abgeschirmt, aber nicht von den positiven. “

ging, expandierte das Imperium ihres Ex-Mannes und ließ sie mit mehr Geld und Macht zurück.

Die woken Hausfrauen des Silicon Valley, ob sie nun tatsächlich dort leben oder nicht, haben enormen Reichtum angehäuft mit wenig Verantwortung oder Verständnis dafür, wie die Menschen, denen sie schaden, überhaupt leben.

Scott hat bei all ihren umfangreichen institutionellen Zuwendungen, die alles von Lesben-Rechten über illegale

vielleicht nicht so viel Geld zum Verbrennen wie Scott, aber ihr „Emerson Collective“ hat ein Vermögen von 1,8 Milliarden Dollar und ein „Woke“-Credo. „Ich mache das zu Ehren seiner Arbeit“, behauptete Powell über ihren Mann, aber Jobs hatte kein Interesse an oder Engagement in der Politik. Als Powell Jobs drängte, Obama zu treffen, zeigte dieser wenig Interesse, was zu einem fünftägigen protokollarischen Patt führte. Das eigentliche Treffen führte dazu, dass Jobs Obama wegen der Re-

litante Ferministen-Organisationen und die Elizabeth-Warren-Kampagne.

Im Jahr 2018 schaffte es Karla auf Platz 11 der Liste der Top-Spender auf Bundesebene, einen Platz vor Scotts Ex, Jeff Bezos. Sie spendete 5,4 Millionen Dollar in Baidu-Aktien, einer chinesischen Firma, die mit der Kommunistischen Partei verstrickt ist, an „Emily's List“ (eine Lobby-Gruppe für Schwangerschaftsabbruch). Am Ende finanzierte Karla Jurvetson Elizabeth Warrens Politisches Aktionskomitee mit 14,6 Millionen Dollar. (Sie erinnern sich vielleicht, dass Warren Politische Aktionskomitees angeblich hasst, aber das ist nur eine Erinnerung daran, kein einziges Wort von ihr zu glauben).

Während die Finanzierung von Warren eine Verschwendung von all dem Silicon-Valley-Reichtum war, investierte Karla über eine Million Dollar in Stacey Abrams' (Fraktionsvorsitzende der Democrats im Parlament von Georgia) Wählerbetrugsmaschine, die sich in Georgia auszahlt. Und Karla, als Staceys größte Spenderin, hat vielleicht mehr erreicht als Scott, Powell oder Quillin.

Karla Jurvetson lebt im Silicon Valley, nicht in Georgia, aber die eine Konstante der woken Hausfrauen des Silicon Valley ist, dass sie ihren massiven Reichtum nutzen, um andere Orte zugrundezurichten, Staaten, in denen sie nicht leben, und Gemeinden, die sie nicht besuchen, um sie für ihre politische Unkorrektheit zu schelten.

Weißer Frauen

„Wokeness“ ist eine Bewegung weißer Frauen, denen jegliches Gefühl für Sinn und Zweck fehlt. Ohne Religion und mit geringem Wert auf familiäre Bindungen leiten sie ihre Weltanschauung aus der Ersatzreligiosität der alten marxistischen Narrative über die Unterdrückten und die Unterdrücker ab, wobei sie sich abwechselnd über die Notlage illegaler Migranten und Krimineller aufregen und vor Empathie für transsexuelle illegale ausländische Serienvergewaltiger und „Black Lives Matter“-Randalierer bluten.



Steve Jobs' Witwe unterstützt mit ihrem geerbten Geld Hillary Clinton.

Währenddessen ignorieren sie sorgfältig die moralischen Fragen, die durch die Quellen ihres Reichtums aufgeworfen werden.

Interviewer wissen, dass sie MacKenzie Scott fragen können, wie schwer es ist, ein Schwarzer in Amerika zu sein, ein Thema, über das sie so viel weiß wie über die Topographie des Mars – aber nicht, wie es sich anfühlt, ein Amazon-Lagerarbeiter zu sein, der in einen Becher pinkelt, damit sie weitere zwanzig Milliarden Dollar scheffeln kann.

„Wokeness“ verzeiht eine Vielzahl von Sünden. Man werfe Milliarden Rassen-

krawallmachern und Kriminellen, illegalen Einwanderern und beliebigen „identitätspolitischen“ Vereinen zu, und schon man muss nie mehr allzu prüfend in den Spiegel schauen.

Im Gegensatz zu echter Religion erlaubt „Wokeness“ den linken Superreichen, sich einer moralischen Abrechnung mit ihren Sünden zu entziehen, indem sie den Rest des Landes als Sündenböcke benutzen und asiatisch-amerikanische Studenten, Ladenbesitzer, Familien, die am Rand oder in Ghettos leben, Arbeiter im Rust Belt, für ihre eigenen Verbrechen bestrafen.

Die woken Hausfrauen des Silicon Valley zerstören Amerika zwischen den Chardonnay-Pausen. Doch es gibt nicht genug Chardonnay oder genug Milliarden, um der moralischen Abrechnung mit den Trümmerhaufen, die sie hinterlassen, zu entgehen.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Schriftsteller, der sich auf die radikale Linke und islamischen Terrorismus fokussiert.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der gutgläubige deutsche „Tagesschau“-Michel kennt Präsident Donald Trumps Rede zum Capitol gar nicht – ist aber trotzdem aufs Äußerste empört

Dank Nachrichtenfilter und Medienschelte ist den meisten Deutschen nicht einmal bewusst, dass Donald Trump im Gegensatz zu den Democrats, die die BLM-Gewalt im Sommer 2020 mitausgelöst und angeheizt haben, keinesfalls zu irgendwelchen Gewalttaten im Capitol aufgerufen, sondern Gewalt ohne Wenn und Aber verurteilt hat.

Hier die Original-Rede von Donald Trump zu den Vorfällen im Capitol in deutscher Übersetzung.

Von Gerd Buermann

Da ich in keinem deutschen Medium, das Trump deutlich verurteilt hat, einen Verweis auf seine Stellungnahme gefunden habe, und auch die großen Plattformen von Facebook bis Twitter es dem Angeklagten durch Löschen von Profilen und Texten erschweren, sich zu erklären, habe ich die Stellungnahme von Donald Trump übersetzt, damit sie auch auf Deutsch wenigstens gelesen werden kann.

Nichts rechtfertigt einen medialen Prozess, in dem der Angeklagte mit diversen Vorwürfen überhäuft wird, aber nicht zu Wort kommen darf.

„Meine amerikanischen Mitbürger, ich möchte heute Abend mit Ihnen über die beunruhigenden Ereignisse der vergangenen Woche sprechen. Wie ich bereits gesagt habe, der Sturm des US-Kapitols hat das Herz unserer Republik getroffen. Es verärgerte und entsetzte Millionen Amerikaner im gesamten politischen Spektrum. Ich möchte ganz klar sagen, ich verurteile uneingeschränkt die Gewalt, die wir letzte Woche gesehen haben. Gewalt und Vandalismus haben absolut keinen Platz in unserem Land und keinen Platz in unserer Bewegung.

Amerika wieder großzumachen, bedeutete stets, die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, die Männer und Frauen der Strafverfolgung zu unterstützen und die heiligsten Traditionen und Werte unserer Nation zu wahren. Mob-Gewalt widerspricht allem, woran ich glaube und wofür unsere Bewegung steht. Kein wahrer Unterstützer von mir könnte jemals politische Gewalt befürworten. Kein wahrer Unterstützer von mir könnte jemals die Strafverfolgung oder unsere große amerikanische Flagge missachten. Kein wahrer Unterstützer von mir könnte jemals seine amerikanischen Mitbürger bedrohen oder belästigen. Wenn Sie eines dieser Dinge tun, unterstützen Sie unsere Bewegung nicht. Sie greifen sie an und Sie greifen unser Land an. Wir können das nicht tolerieren.

Tragischerweise haben wir im Laufe des vergangenen Jahres, das aufgrund von COVID-19 so schwierig wurde, politische Gewalt gesehen, die außer Kontrolle geraten ist. Wir haben zu viele Unruhen, zu viele Mobs, zu viele Handlungen der Einschüchterung und Zerstörung gesehen. Das muss aufhören.

Ob Sie rechts oder links sind, ein Demokrat oder ein Republikaner, es gibt niemals eine Rechtfertigung für Gewalt, keine Ausreden, keine Ausnahmen. Amerika ist eine Nation der Gesetze. Diejenigen, die letzte Woche an den Angriffen beteiligt waren, werden vor Gericht gestellt.

Jetzt bitte ich alle, die jemals an unsere Agenda geglaubt haben, über Möglichkeiten nachzudenken, um Spannungen abzubauen, die Gemüter zu beruhigen und den Frieden in unserem Land zu fördern. Es wurde berichtet, dass in den kommenden Tagen weitere Demonstrationen geplant seien, sowohl hier in Washington als auch im ganzen Land. Ich wurde vom US-Geheimdienst über die möglichen Bedrohungen informiert. Jeder Amerikaner verdient es, dass seine Stimme auf respektvolle und friedliche Weise gehört wird.

Das ist Ihr Recht vom ersten Verfassungs-



zusatz. Aber ich kann nicht klar genug betonen, dass es keine Gewalt, keine Gesetzesverstöße und keinerlei Vandalismus geben darf.

Jeder muss unsere Gesetze befolgen und die Anweisungen der Strafverfolgungsbehörden befolgen. Ich habe die Bundesbehörden angewiesen, alle notwendigen Ressourcen zur Aufrechterhaltung der Ordnung einzusetzen. In die Hauptstadt Washington entsenden wir tausende Mitglieder der Nationalgarde, um die Stadt zu sichern und sicherzustellen, dass ein Übergang sicher und ohne Zwischenfälle stattfinden kann. Wie Sie alle war ich letzte Woche schockiert und zutiefst traurig über das Unglück im Capitol. Ich möchte den hundert Millionen unglaublicher amerikanischer Bürger danken, die auf diesen Moment mit Ruhe, Mäßigung und Anmut reagiert haben. Wir werden diese Herausforderung wie immer meistern.

Ich möchte auch ein paar Worte über den beispiellosen Angriff auf die Meinungsfreiheit sagen, den wir in den letzten Tagen erlebt haben. Dies sind angespannte und schwierige Zeiten. Die Bemühungen, unsere Mitbürger zu zensurieren, zu canceln und auf eine schwarze Liste zu setzen, sind falsch und gefährlich.

Was wir jetzt brauchen, ist, dass wir einander zuhören und uns nicht gegenseitig zum Schweigen bringen. Wir alle können uns durch unsere Handlungen entscheiden, über uns hinauszuwachen und Gemeinsamkeiten und gemeinsame Ziele finden. Wir müssen uns darauf konzentrieren, die Interessen der ganzen Nation zu vertreten, die Wunderimpfstoffe zu liefern, die Pandemie zu besiegen, die Wirtschaft wiederaufzubauen, unsere nationale Sicherheit zu schützen und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten.

Heute fordere ich alle Amerikaner auf, die Leidenschaften des Augenblicks zu überwinden und sich als ein amerikanisches Volk zusammenzuschließen. Lassen Sie uns gemeinsam für das Wohl unserer Familien, unserer Gemeinschaften und unseres Landes vorankommen.

Vielen Dank. Gott segne Sie und Gott segne Amerika.“

Hat Trump die Demonstranten aufgestachelt? Lesen Sie selbst!

Diese Worte sprach Donald Trump, nachdem seine Profileseiten auf Twitter und Facebook blockiert wurden, während zur gleichen Zeit auf diesen und vielen anderen Portalen behauptet wurde, der amerikanische Präsident habe die Menschen, die das Capitol gestürmt hatten, mit seiner Rede in der Hauptstadt Washington zu den Taten aufgestachelt.

Die zur Diskussion stehenden Stellen in der Rede finden Sie hier ebenfalls in deutscher Übersetzung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie darin eine Aufwiegelung erkennen können:

„Danach gehen wir runter zum Kongress und ich bin bei Euch. Wir werden da runtergehen. Wir werden zum Capitol hinuntergehen und unsere tapferen Senatoren sowie Kongressabgeordneten anfeuern. Wir werden jedoch einigen von ihnen wahrscheinlich nicht so viel zujubeln, weil sie unser Land niemals mit Schwäche zurückerobert können. Man muss Stärke zeigen und man muss stark sein.

Wir sind gekommen, um zu fordern, dass der Kongress das Richtige tut und nur die

Wähler zählt, die rechtmäßig vorgesehen sind, rechtmäßig vorgesehen. Ich weiß, dass alle hier bald zum Kapitol marschieren werden, um friedlich und patriotisch ihre Stimmen zu Gehör zu bringen. Heute werden wir sehen, ob sich die Republikaner für die Integrität unserer Wahlen stark machen, ob sie für unser Land, unser Land, stark sind oder nicht. Unser Land ist seit langer Zeit belagert, viel länger als in diesem Zeitraum von vier Jahren. Wir haben es auf einen viel geraderen Weg gebracht, viel gerader, ich dachte vier Jahre, ich dachte, es wäre viel einfacher.

(...)

Unsere aufregenden Abenteuer und kühnsten Bemühungen haben noch nicht begonnen. Meine amerikanischen Mitbürger, für unsere Bewegung, für unsere Kinder und für unser geliebtes Land, sage ich, trotz allem, was passiert ist: Das Beste wird noch kommen.

Also werden wir die Pennsylvania Avenue entlanggehen, ich liebe die Pennsylvania Avenue, und wir werden zum Kapitol gehen und wir werden versuchen, was zu geben. Die Demokraten sind ein hoffnungsloser Fall. Sie stimmen niemals für irgendwas für uns, nicht einmal eine Stimme. Aber wir werden versuchen, unseren Republikanern, den Schwachen, etwas zu geben, weil die Starken unsere Hilfe nicht brauchen. Wir werden versuchen, ihnen den Stolz und die Kühnheit zu geben, die sie brauchen, um unser Land zurückzuholen.

Gehen wir also die Pennsylvania Avenue entlang. Ich möchte Euch allen danken. Gott segne Euch und Gott segne Amerika. Ich danke Euch allen, dass Ihr hier seid. Das ist unglaublich. Vielen Dank. Vielen Dank.“

Irans Terrornetzwerk reicht von Bangkok nach Buenos Aires

Nach der Tötung seines führenden Atombomben-Bauers Mohsen Fakhrizadeh im November 2020 bei Teheran steigt die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Angriffs des Iran gegen israelische Ziele.

Von Yaakov Lappin

Mohsen Fakhrizadeh, der 2013 Nordkoreas unterirdischem Atombombentest beiwohnte, war für die Bewaffnungsphase des iranischen Atomprogramms verantwortlich, früher bekannt als Amad. Während die Atomenergie-Organisation des Iran für die Lagerung von Uran zuständig ist, wurden Fakhrizadeh und sein Team vom iranischen Regime nach der Entscheidung, zu Atomwaffen überzugehen, herangezogen.

Der Oberste Führer Ayatollah Khamenei und das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) prüfen nun die Optionen und den möglichen Zeitpunkt für eine Vergeltung für die Tötung Fakhrizadehs, die Ende November erfolgte. Vermutlich wägen sie Möglichkeiten ab, empfindliche Angriffe zu starten, während sie versuchen, einen umfassenden regionalen Krieg zu vermeiden.

Um ein Bild davon zu bekommen, wie die Vergeltung des Regimes aussehen könnte, lohnt es sich, daran zu erinnern, wie es reagierte, als vier seiner Atomwissenschaftler zwischen 2010 und 2012 auf iranischem Boden ermordet wurden.

Mordversuch in Indien und Georgien

Im Februar 2012 versuchten iranische Attentäter innerhalb von zwei Tagen, israelische Diplomaten in Georgien, Indien und Thailand zu ermorden. Israel machte die iranische Elitetruppe Quds Force, die für Umsturzkampagnen jenseits der iranischen Grenzen sowie für die Bewaffnung und Aktivierung internationaler Terrornetzwerke verantwortlich ist, für die Durchführung dieser Anschläge verantwortlich.

In Neu-Delhi wurden die Frau eines israelischen Diplomaten und drei weitere Personen verletzt, als ein Angreifer auf einem Motorrad eine Magnetbombe an ihrem Fahrzeug befestigte. In Bangkok wurden zwei iranische Männer verhaftet und später ins Gefängnis gesteckt, nachdem eine enorme Explosion ein Haus, in dem sie sich aufhielten, zerrissen hatte. Bei der anschließenden Verfolgung durch die Polizei verlor einer der Verdächtigen seine Beine durch eine Explosion, nachdem er versucht hatte, einen Sprengsatz auf die thailändische Polizei zu schleudern.

Die thailändische Polizei sagte, die beiden gehörten zu einem Killerkommando, das israelische Diplomaten in Bangkok töten sollte. Ein dritter Iraner wurde nach seiner Flucht aus Thailand in Malaysia festgenommen und später ausgeliefert und inhaftiert.

Im November ließ Thailand die drei Männer als Teil eines Gefangenenaustausches frei, um die Freilassung der australisch-britischen Wissenschaftlerin Kylie Moore-Gilbert zu sichern, die seit zwei Jahren wegen Spionagevorwürfen in einem iranischen Gefängnis saß und von Teheran als Tauschobjekt festgehalten wurde.

Israels ehemaliger Botschafter in Thailand, Itzhak Shoham, reagierte wütend auf die Freilassung und sagte: „Es macht mich traurig, die Bilder zu sehen, wie [die Iraner] feiern, anstatt im Gefängnis zu schmoren.“

Während der Anschlagswelle im Jahr 2012 bemerkte ein Fahrer der israelischen Botschaft in der georgischen Hauptstadt Tiflis einen unter seinem Fahrzeug platzierten Sprengsatz, alarmierte die Behör-



Der iranische Agent Saedi Moradi wurde Opfer seines eigenen Sprengsatzes, den er 2012 gegen die thailändische Polizei einsetzen wollte. Sein eigentliches Ziel aber waren israelische Diplomaten.

den und verhinderte so einen Terroranschlag.

Hisbollah für Touristen-Morde zuständig

Der Modus Operandi des Irans ist eindeutig: Das Land zielt regelmäßig auf israelische diplomatische Einrichtungen in Übersee. Aber der Iran arbeitet auch eng mit der Hisbollah bei der Durchführung von internationalen Terroranschlägen zusammen. Wenn sich diplomatische Ziele als schwieriger erweisen als geplant, nimmt sich die schiitische Achse weiche Ziele vor: israelische Touristen.

Die Arbeitsteilung zwischen dem Iran und der Hisbollah hat sich in den letzten zehn Jahren ziemlich klar herauskristallisiert: Iranische Agenten zielen auf israelische Botschaften und Diplomaten, während die Hisbollah israelische zivile Ziele in Übersee angreift.

Im September 2020 verurteilte ein bulgarisches Gericht zwei mutmaßliche Hisbollah-Aktivisten in Abwesenheit für einen Busanschlag im Jahr 2012 in der Ferienstadt Burgos, bei dem fünf israelische Touristen und ihr bulgarischer Fahrer getötet wurden.

Dieses Muster ist nicht neu. Im Jahr 1992, einen Monat nachdem Israel den Hisbollah-Chef Abbas Musawi im Libanon mit einem Apache-Hubschrauberangriff ermordet hatte, griffen Bombenleger die israelische Botschaft in Buenos Aires, Argentinien, an. Neunundzwanzig Menschen wurden bei diesem Attentat ermordet und 250 verletzt. „Der Iran steht hinter diesem abscheulichen Angriff; der Iran konzipierte und plante den Angriff und führte ihn durch seinen Stellvertreter, die Hisbollah, aus“, erklärte damals das israelische Außenministerium.

Zwei Jahre später, 1994, griff ein Selbstmordattentäter mit einem Lastwagen das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires an, tötete 85 Menschen und ver-

letzte Hunderte. Der argentinische Staatsanwalt Alberto Nisman und sein Kollege Marcelo Martínez Burgos beschuldigten offiziell hochrangige Vertreter des iranischen Regimes, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein, und die Hisbollah, ihn ausgeführt zu haben. Im Januar 2015 wurde Nisman in seinem Haus in Buenos Aires tot aufgefunden, nur einen Tag bevor er vor einem argentinischen Kongressausschuss bezüglich seiner Anklage gegen die ehemalige argentinische Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner aussagen sollte, die von Nisman beschuldigt wurde, die Rolle des Irans beim AMIA-Anschlag zu vertuschen.

Ammoniumnitrat für die Welt

Das iranisch-schiitische Terrornetzwerk hat in den letzten Jahren keine Anzeichen einer Schwächung gezeigt, auch wenn es erfolgreiche Vereitelungen seiner Anschlagpläne gab. In den Jahren 2013 und 2014 versorgte die iranische Quds Force Hisbollah-Zellen weltweit mit Hunderten von Tonnen Ammoniumnitrat-Sprengstoff, um zukünftige Anschläge vorzubereiten.

Im September 2015 führte die britische Anti-Terror-Polizei eine Razzia auf vier Grundstücken in London durch und entdeckte dabei drei Tonnen Ammoniumnitrat, die in Tausenden von Kühlakus gelagert waren.

Im Jahr 2015 fand die zyprische Polizei 8,2 Tonnen Ammoniumnitrat in Eispackungen und verhaftete einen mutmaßlichen Hisbollah-Agenten, der Anschläge auf israelische Ziele auf der Mittelmeerinsel geplant hatte. Die Ermittlungen ergaben, dass der Sprengstoffvorrat seit 2011 an Ort und Stelle versteckt war und als „Exportpunkt“ für andere Ziele auf der ganzen Welt verwendet werden konnte.

Unterdessen bezeichnen immer mehr Länder weltweit und insbesondere in der EU die Hisbollah endlich als Terrororga-

nisation und erkennen damit ihre zentrale Rolle in einem globalen Terrornetzwerk an. Slowenien und Lettland haben die Organisation kürzlich verboten, ebenso wie die Tschechische Republik.

Die Betreibung von Terrorismus ist für das islamische Regime im Iran eine Selbstverständlichkeit, so sehr, dass es sogar dreist seine eigenen Diplomaten auf Bombenangriffe auf europäischem Boden geschickt hat. Ende November begann in Belgien ein Prozess gegen einen iranischen Diplomaten, der angeklagt war, einen Bombenanschlag auf eine iranische Oppositionskundgebung außerhalb von Paris geplant zu haben.

2018 verhafteten die belgischen Behörden ein belgisch-iranisches Paar in einem Fahrzeug mit 500 Gramm TATP-Sprengstoff und einem Zünder. Die Ermittlungen ergaben, dass der iranische Diplomat Assadollah Assadi, der als dritter Botschaftsrat an der iranischen Botschaft in Wien tätig war, das Komplott mit Unterstützung des iranischen Regimes organisierte. Das Ehepaar, Assadi und ein weiterer Mitverschwörer, sind derzeit alle vor Gericht.

„Der Angriffsplan wurde im Namen des Iran und unter dessen Führung konzipiert. Es war keine persönliche Initiative von Assadi“, sagte Jaak Raes, Leiter des belgischen Staatssicherheitsdienstes (VSSE), gegenüber Staatsanwälten im Februar 2020.

Frühere Operationen, die auf iranische Oppositionelle abzielten, wurden vom iranischen Geheimdienstministerium organisiert, das für Tötungs- und Entführungsmissionen zuständig ist. Vor einem Monat wurde ein oppositioneller iranischer Ahwahzi (eine arabische Gemeinschaft im Südwesten des Irans), der in Schweden lebte, von iranischen Geheimdienstagenten in die Türkei gelockt, wo er entführt und zurück in den Iran gebracht wurde.

Der Iran hat eindeutig mehrere Möglichkeiten, die er in Betracht ziehen kann, wenn er mit Vergeltung für die Tötung seines wichtigsten Atomforschers droht. Zu den Optionen gehört die Aktivierung von Terrorzellen, die in Südsyrien an der Grenze zu Israel stationiert sind, obwohl die Aktivitäten des Irans in Syrien stark von israelischen Militäraktionen abhängig sind. Der Iran könnte sogar versuchen, eine Terrorzelle innerhalb Israels zu aktivieren, eine Möglichkeit, vor der israelische Ex-Atomwissenschaftler Berichten zufolge gewarnt wurden.

Wie auch immer der Iran zu reagieren gedenkt, er wird weiterhin versuchen, ein globales schiitisches dschihadistisches Terrornetzwerk aufzubauen, das von der Quds-Truppe beaufsichtigt wird und Hisbollah-Agenten einschließt. Das Ziel des Netzwerks wird es sein, Angriffsmöglichkeiten gegen israelische und jüdische Ziele in Übersee zu etablieren. Wie eine israelische Sicherheitsquelle festgestellt hat, funktioniert das Netzwerk als eine vollständig koordinierte Achse in der mörderischen Ausübung des internationalen Terrorismus und macht keinen Unterschied zwischen Diplomaten und Touristen.

Yaakov Lappin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat Center for Strategic Studies. Dies ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der von „The Investigative Project on Terrorism“ am 16. Dezember 2020 veröffentlicht wurde. Übersetzung Audiatur-Online.

USA in der Sackgasse – wie man eine Gesellschaft an die Wand fährt

Die von den Democrats zum Schein propagierte sogenannte „Versöhnung“ des gesamten amerikanischen Volkes ist pure Heuchelei. Das Gegenteil ist der Fall: Viele Democrats fordern inquisitorische Rache gegen Trump-Anhänger und -Wähler.

Von Roger Letsch

D.C. war abgeriegelt, Straßen gesperrt, Hotels informierten ihre Gäste über die Unmöglichkeit der Anreise, der in Washington eh schon kaum geltende 2. Verfassungszusatz wurde noch stärker eingeschränkt, eine Ausgangssperre war bereits angekündigt...es war also zunächst fraglich, ob die für den 6. Januar angekündigte Trump-Ralley in der Hauptstadt überhaupt „wild“ hätte werden können, wie der Präsident es via Twitter angekündigt hatte. Es war jedoch nicht so, dass die Demonstranten sich dieses Datum ausgesucht hätten, wie etwa die „Welt“ in ihrem Livestream berichtete. Es war die Verfassung der Vereinigten Staaten, welche dieses Datum als „letzte Gelegenheit zum Widerstand“ vorgab.

„Nur eine Formsache“ („Welt“) sei der 6. Januar, an dem Senat und Repräsentantenhaus in gemeinsamer Sitzung den neuen Präsidenten küren. Die geradezu alberne Vorstellung, der Sitzungsleiter Mike Pence werde am Ende die Ergebnisse aus einer Handvoll Bundesstaaten einfach ignorieren und Trump im Amt bestätigen, konnte nur haben, wer die Ereignisse der letzten zwei Monate komplett ignorierte. Die Hoffnung stirbt zuletzt, sagt man. Am 6. Januar 2021 ist in Washington noch einiges mehr gestorben.

„Wild“ jedenfalls wurde es, wobei sich Secret Service, FBI und die Metropolitan Police schon die Frage gefallen lassen müssen, warum die Sicherheitsmaßnahmen rund um das Kapitol so erbärmlich schlecht sein konnten, wo doch die halbe Welt und die gesamte Presse für diesen Tag der „letzten Gelegenheit“ einen Putsch Trumps erwartete. Halb Staffage halb Einlasskontrolle sah die Polizei tatenlos zu, wie die Chaoten das schlecht gesicherte Gebäude stürmten, indem sie mühelos durch die einfach verglasten Fenster ins Innere vordrangen. Erst dort trafen sie auf Widerstand. Erst dort, in der Rotunde des Kongresses, endete schließlich der seltsame Gotensturm.

Die grotesken Verkleidungen einiger Eindringlinge unterstrichen den Charakter dieser sinn- und ziellosen Aktion. Denn wenn dies ein Putsch war, war es der planloseste der Menschheitsgeschichte. Was hätte denn nach dem „Sturm“ geschehen sollen? Wo waren die Forderungen, das Manifest, die Erklärung der Machtergreifung? Stattdessen Siegerposen, Selfies und bemalte Gesichter. Es zeigte sich mal wieder, dass man durch einen Putsch wohl einen Tyrannen und Diktator beseitigen, eine vielarmige und vielköpfige demokratische Republik jedoch nicht so leicht aus den Angeln heben kann. Das ist natürlich auch gut so! Andererseits – und das fällt nicht nur in den USA, sondern weltweit unangenehm auf – ist es auch extrem schwer, die Richtung zu korrigieren, in die sich moderne Demokratien entwickeln.

Brandstifter Trump

Millionen waren aufgerufen, am 6. Januar in D.C. eine Kundgebung zugunsten Trumps abzuhalten, gekommen waren zumindest einige Zehntausend, vielleicht mehr. Man sah allerlei Fahnen vor dem



Ihre Verachtung für den demokratisch gewählten Präsidenten Donald Trump brachte Nancy Pelosi mit dem öffentlichen Zerreißen von dessen Redemanuskript zum Ausdruck.

Kongress und auch Pommesbuden, die bei Machtergreifungen natürlich nicht fehlen dürfen. Für eine solche reichen aber eben auch einige tausend Vollidioten nicht, die die Treppen hinaufstürmten und gewaltsam ins Gebäude eindrangen. War es vielleicht Antifa? Oder Trump-Supporter, die so taten, als wären

den Rängen zu sehen waren) ebenso wie nun auch Demonstranten und Sicherheitskräfte in der Rotunde des Kongresses in der Bundeshauptstadt. Die Aufmerksamkeit der Medien ist längst nicht so gleichmäßig verteilt und statt dazu aufzurufen, endlich von diesem Karussell des Wahnsinns herunterzukommen,

nicht der Fall sein wird. Mir wäre wohler, wenn Gewalt auf keiner Seite geduldet oder verharmlost würde. Die Argumentationslinien gehen nämlich auf beiden Seiten nicht auf! Die letzte Konsequenz ist deshalb immer Gewalt – nun offensichtlich auch auf beiden Seiten. Weder die Politiker noch die Medien tun auch nur das mindeste, diese wechselseitige Eskalation zu durchbrechen.

„Doch die Randalierer in Portland können sich auf gutgefüllte Bail-Out-Töpfe und eine wohlwollende Presse verlassen, was in Washington D.C. nicht der Fall sein wird.“

sie Antifa, die sich als Trump-Supporter verkleidet hatten? Das kann man natürlich ad nauseam so weitermachen und weil jeder von der „anderen Seite“ nur das schlechteste annimmt, beschuldigt gerade jeder jeden, die Axt an die Fundamente des Staates gelegt zu haben. Das Gesetz der Plausibilität gibt die Verantwortung für die Vorfälle jedoch an Trump, denn es war nun mal seine Veranstaltung. Da nützt es am Ende wenig, dass der Präsident die Gewalt verurteilt hat. Es war seine Party, das zerschlagene Porzellan geht auf seine Kappe!

Tritt man aber einen Schritt zurück, um das größere Bild zu sehen, stellt man fest, dass die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft nun auf allen Ebenen als vollzogen gelten darf. Mitten hindurch geht der Riss und wird sichtbar auf allen Ebenen. So prügeln sich in der tiefsten Provinz Zuschauer eines drittklassigen Football-Spielles (weil MAGA-Caps auf

gießt man durch einseitige Berichterstattung immer weiter Öl ins Feuer.

Schauen wir uns an, was in Washington auf der strafrechtlichen Seite geschehen ist. Ein Bundesgebäude wurde angegriffen, erfolgreich in diesem Fall. Doch vergleichbares geschieht seit einem halben Jahr regelmäßig, beispielsweise in Portland, wo ein Gebäude des Bundesgerichts geradezu belagert wird. Niemanden interessiert das. Kein ARD-Korrespondent stand oder steht vor den nächtlichen Flammen oder interviewt verletzte Polizisten, während in D.C. aufgeregte Reporter das Mikrofon kaum noch aus der Hand legen. In beiden Fällen handelt es sich um Straftaten auf Bundesebene, in beiden Fällen wurde Gewalt angewendet, in beiden Fällen kam es auch zu Verhaftungen. Doch die Randalierer in Portland können sich auf gutgefüllte Bail-Out-Töpfe und eine wohlwollende Presse verlassen, was in Washington D.C.

Ihr hört uns nicht zu!

Bereits im Oktober begann der Streit. In Texas, Florida und anderen Staaten wurden Aktivisten mit versteckter Kamera dabei beobachtet, wie sie durchs Land fuhren und von Tür zu Tür tingelnd Stimmen für Biden kauften. Etwas Bargeld hier, ein Amazon-Gutschein dort... es ist erstaunlich, wie einfach es ist, politisch uninteressierte Bürger auf diese Weise zum „Wählen“ zu tragen. Die Berichte verpufften, weil die Medien sich weigerten, sie aufzugreifen. Aufgeklärt wurde nichts, angeklagt wurde niemand. Sowas habe es schon immer gegeben, das beeinflusse die Wahl nicht, hieß es. Als Bundesstaaten wie Pennsylvania noch kurz vor der Wahl unter Umgehung ihrer Legislative die Wahlgesetze änderten, bürstete man die Einsprüche damit ab, dass dafür nach der Wahl noch Zeit wäre. Als die Einsprüche nach der Wahl kamen, hieß es, dafür sei es nun zu spät. Man lief mit Einsprüchen und Beweisen also schon lange von Pontius zu Pilatus, was den Frustlevel gefährlich anschwellen ließ. Doch auch das wurde medial ignoriert. „Die werden sich schon damit abfinden“, doch das geschah nicht.

So gut wie alle Versuche, angezweifelte Wahlergebnisse juristisch beizukommen, wurden schlicht abgeburstet.

Entweder mit dem Hinweis auf Fristen oder mit der Erklärung der Nichtzuständigkeit. Reihenweise wurden Klagen abgewiesen, die wenigen, die Trump selbst anstrenge, fallen da kaum ins Gewicht. Man muss sich ja klar machen, dass im November nicht eine, sondern 50 Wahlen stattgefunden haben. Jede nach ihren eigenen Regeln, jede mit ihren eigenen Unzulänglichkeiten. Am Ende nützten jedoch alle forensischen Analysen, die kriminalistischen Ermittlungen und hunderte eidesstattliche Erklärungen von Zeugen nichts, weil man sich dazu entschlossen hatte, sie einfach zu ignorieren. Es mag sein, dass an all den Betrugsvorwürfen nichts dran ist, aber das hätten ehrliche und transparente Ermittlungen und Verfahren ergeben müssen, denen man sich jedoch verweigert hat.

Stattdessen ging man nach der Methode der „Faktenchecker“ auf Facebook vor und stellte Betrugsvorwürfen stets nur anderslautende Behauptungen entgegen. Am Ende legitimierte sich das Gesamtergebnis durch Zitat und Wiederholung statt durch Beweis und Widerlegung der Anschuldigungen. Welcher Präsident mag sein Amt auf so dünnem Eis antreten? Wir kennen die Antwort und „freuen“ und schon riesig auf vier schwache Jahre mit Väterchen Biden.

Dass die Betrugsvorwürfe nicht verschwinden, nur weil man sie hartnäckig ignoriert, wird Joe Biden, der nun offiziell gekürte Präsident der geteilten Staaten von Amerika, noch erkennen müssen. Ich kann bis heute nicht begreifen, dass er sich nicht schon am Tag nach der Wahl an die Spitze derer stellte, die Aufklärung und Ausräumung aller Anschuldigungen des Wahlbetrugs forderten.

Ihr hört nicht auf damit!

Stattdessen ignorantes Beharren, schlechte Verlierer und schlechte Gewinner. Wie zwei störrische Esel auf einer engen Hängebrücke standen sich Biden und Trump gegenüber und riefen „Du hast verloren!“ und „Du hast betrogen!“. Die Medien hatten ihren Esel schon vor Jahren gewählt und hörten auch nach der Wahl nicht auf, die Anhänger des anderen Esels mit Dreck zu bewerfen. Und wo es Trump an präsidentlicher Besonnenheit mangelte, um sich vielleicht Chancen auf eine erneute Kandidatur 2024 zu wahren, überlegte das Biden-Lager bereits, was man mit dem abgezogenen Fellen Trumps und seiner Anhänger machen werde. Von Schauprozessen und Umerziehungslagern wurde ganz offen gefaselt und die MAGA-Mützenträger und Fahnschwenker hatten wenig Grund zu zweifeln, dass dies ernst gemeint war.

Wie wenig Gewicht Joe Biden hier in die Waagschale werfen kann und wie schwach seine Präsidentschaft wahrscheinlich sein wird, zeigt bereits die Tatsache, dass alle seine zweifellos ernstgemeinten Appelle zur Versöhnung unbeachtet verhallen. Nein, Biden ist nicht der strahlende Versöhner, der das gesplante Land wieder zusammensetzen kann. Er ist der der stumme Keil, der von wütenden Hämmern auf beiden Seiten immer weiter ins Holz der Republik getrieben wird. Armer, machtloser Keil, bedauernswertes amerikanisches Holz!

Kein Vertrauen mehr, nirgends!

Es gibt in allen sogenannten „westlichen Demokratien“ ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen den verfügbaren Informationen über jede Ausprägung exekutiver Gewalt und dem Maß der bürgerlichen Mitbestimmung bei deren Ausübung. Die Demokratie hat ihren sakralen Zauber verloren, seit die Bürger bei den „demokratischen Gottesdiensten“ nicht mehr nur die in prächtige Gewänder



Widerstand über vier Jahre lang dem Hass und der von den Democrats betriebenen Spaltung des Landes: Donald Trump

gekleideten Rücken ihrer gewählten Polit-Priester betrachten, sondern auch sehen können, wie diese auf der abgewandten Seite in den Messkelch spucken.

Das Vertrauen, die Stimmabgabe alle vier oder fünf Jahre mache den Bürger

vier Jahren „Feuer!“ und als es schließlich brannte, lag nicht einmal eine nasse Decke zum Löschen bereit.

Die Wahl im November 2020 hat einige Missverständnisse beseitigt, die sich seit vier Jahren hartnäckig gehalten hatten.

natorensitze gingen an die Demokraten, weil die potenziellen Wähler lieber zuhause blieben oder zur Rallye nach D.C. aufbrachen, als ihre Stimme einer Partei zu geben, deren Politiker sie für Vertreter ihres Präsidenten halten. Das republikanische Partei-Establishment glaubte, Trumps stütze sich auf dessen Macht. In Georgia musste man nun lernen, dass es genau umgekehrt war.

Die amerikanische Gesellschaft scheint uns heute als in drei Teile geteilt. In der „Mitte“ eine politische Kaste aus Demokraten und Republikanern, die verzweifelt und ohnmächtig ihre Legitimität schwinden sieht. Links und rechts davon große populistische Lager, die mit allem, was sie haben, auf Privilegien und die angemaßte Heiligkeit der politischen Institutionen einschlagen. Ersetzt man „Heiligkeit“ mit „Alternativlosigkeit“, sieht man mühelos die Parallelen in Berlin oder Paris.

Eine verfahrenere Situation

Mit schlafwandlerischer Sicherheit scheinen in der Aufführung des Stücks „Präsidentschaftswahl 2020“ alle Beteiligten stets das zu tun, was gerade am wenigsten zu Entspannung und Vertrauensbildung beiträgt. Während „Team Biden“ die durchaus legitimen Anfechtungen der Wahlergebnisse auf dem Rechtsweg fälschlicherweise für illegitim erklärte, setzte sich nun „Team Trump“ durch blinde und sinnlose Gewalt ins Unrecht. Dabei spielt es für die Wirkung keine Rolle, dass die Proteste in D.C. größtenteils friedlich waren.

Die Unfähigkeit beider Seiten, in den vergangenen zwei Monaten den dringend nötigen Prozess der Vertrauensbildung einzuleiten, hat die Vereinigten Staaten in diese unmögliche Lage gebracht. Nach dem gewaltsamen Eindringen in den Kongress deutet leider nichts darauf hin, dass sich das Karussell des Misstrauens bald langsamer drehen wird. Man hatte auf der einen Seite auf die „Kraft der Massen“ und auf der anderen Seite auf die „Heiligkeit der Institutionen“ und die Legitimität jeder ihrer Handlungen vertraut. Beides hat sich als Illusion erwiesen, die der ganzen Welt noch teuer zu stehen kommen wird.

„ Von Schauprozessen und Umerziehungslagern wurde ganz offen gefaselt und die MAGA-Mützenträger und Fahnschwenker hatten wenig Grund zu zweifeln, dass dies ernst gemeint war. “

zum Souverän der Politik, ist vollständig aufgezehrt worden von der Tatsache, dass wir Tag für Tag erfahren, wie wenig wir die Konsequenzen unserer demokratischen Wahlentscheidung vorhersehen können. Die Lage in den USA nach der Präsidentschaftswahl ist nur ein extremes Beispiel. In Deutschland, Frankreich oder Spanien ist die Situation vergleichbar – Gewaltpotenzial inklusive! Weiter fortgeschritten ist der Prozess etwa in Italien oder Griechenland, wo die Menschen den Widerstand gegen ihre politische Kaste bereits aufgegeben und längst Absetzbegehungen in Form passiven Widerstands eingesetzt haben.

Das Establishment gewinnt – vorerst

In den USA wird es anders als in Berlin wohl keine Auszeichnung für drei Polizisten geben, die unbewaffnet den Sturm auf das Herz der Demokratie verteidigt haben. Denn während deutsche Politiker misstrauisch Mauern und Gräben um das Reichstagsgebäude errichten, wurde die politische Klasse in Washington von den Randalierern kalt erwischt. Auch hier offenbart sich eine Diskrepanz zwischen imaginiertem Trump-Gefahr und deren tatsächlicher Einschätzung. Hatte man nicht seit vier Jahren Trump zur faschistischen Erzplage und dessen Anhänger als willige Vollstrecker seiner Führerbefehle hingestellt? Hätte man nicht mit diesem „Marsch auf die Feldherrenhalle“ rechnen müssen? Stattdessen rief man seit

Nicht die Republikaner hatten 2016 die Wahl gewonnen, sondern Trump, der die Republikanische Partei als Wahlkampfplattform gekapert hatte. Spätestens 2018 hätte man das erkennen müssen, als die Reps die Zwischenwahlen verloren hatten. Die Bürger blieben dieser Wahl einfach fern, weil nicht Trump auf dem Wahlzettel stand. Nach dem prognostizierten Wahlsieg Bidens hatte es das republikanische Establishment denn auch sehr eilig, die Seiten zu wechseln und dem Spruch vom notorischen Polit-Establishment der „Dinos and Rhinos“ Substanz zu verleihen. Auf gut Deutsch: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Es geht längst nicht mehr um die „Sache“, sondern um die Macht. Jeder zeigt so gut er eben konnte, was er zu tun bereit ist, um an der (neuen) Macht zu partizipieren. Nancy Pelosi's „Spending Bill“ sah Sonderzahlungen von 600 Dollar für jeden Bürger vor, durch Trumps Veto wurde der Betrag nach zähen Verhandlungen auf 2.000 Dollar erhöht und es war Mitch McConnell, der republikanische Mehrheitsführer im Senat, der dafür sorgte, dass das Gesetz am Ende doch noch abgelehnt wurde. Die Botschaft war klar: Trump, du bist raus! Trump hat das verstanden und seine Wähler mitgenommen. Die schlagen sich zwar für ihn, rühren aber für die Republikanische Partei keinen Finger!

Dann kam am 5. Januar die Senatswahl in Georgia und es geschah genau das, was jeder hätte vorhersehen müssen: beide Se-

Ursula von der Leyen rettet das Klima vorzugsweise im Privatjet

Dieselbe Frau, die schon als Ministerin Millionen für dubiose Berater vergeudet und wesentlich den aktuellen Impfstoff-Mangel mitverantwortet hat, und jetzt mit einer Billion Euro vermeintlich das „Klima retten“ will, fliegt entgegen ihrer eigenen Klimaziele selbst oft und gerne zu Veranstaltungen von zweifelhafter Wichtigkeit.

Von Boris Reitschuster

Klima, Klima und nochmal Klima: Das schien lange Zeit die Prioritäten für viele deutsche Medien. Und selbst in der Corona-Krise ist ihnen das Thema immer noch sehr wichtig. Wehe, irgendjemand kommt in den Verdacht, ein Klima-Ketzler zu sein! Irgendjemand? Es gibt für unsere Medien offenbar Gleiche und Gleichere, wenn es um Klimafrevel geht. Während der gemeine Bundesbürger schon mit dem Autofahren oder gar mit einem Urlaubsflug verdächtig ist und mittlerweile auch immer öfter das Kinderkriegen als Klima-Frevel dargestellt wird, ist offenbar über jede Kritik erhaben, wer die nötige Nähe zur Bundeskanzlerin mitbringt und selbst zu den Mächtigen gehört.

Wie anders wäre es zu erklären, dass sich die deutschen Medien ausschweigen über Vorwürfe gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die im Moment in Großbritannien ein großes Thema sind. „Öko-Kriegerin Ursula von der Leyen nutzte Privatflugzeuge für fast die Hälfte ihrer Missionen“, titelt die „Daily Mail“ und redet von Heuchelei-Vorwürfen gegen die Christdemokratin, die Angela Merkel so nahesteht. Weiter schreibt das britische Blatt: „Eine Analyse von Daily Mail kommt zu dem Ergebnis, dass sie ‚Air Taxis‘ für sieben ihrer offiziellen Reisen seit Dezember letzten Jahres gebucht hat.“

Von der Leyen gilt als eine der lautesten Befürworterinnen eines „Green Deals“ zum Erreichen der Kohlendioxid-Neutralität der EU bis 2050. In ihrer Antrittsrede im EU-Parlament warnte sie vor den Gefahren des Klimawandels, der nach Ansicht von Befürwortern einer harten Linie gerade auch von Emissionen durch den Luftverkehr mitverursacht wird. Privatflugzeuge erzeugen bis zu 20-mal mehr Kohlendioxid pro Passagiermeile als normale Passagierflugzeuge und noch weitaus mehr als Züge.

Nach den Richtlinien der Kommission dürfen Privatjets nur in Erwägung gezogen werden, wenn keine passenden Passagierflüge zur Verfügung stehen. Aber von



Hält nicht viel von ihrer eigenen Umwelt-Moral: Ursula von der Leyen

der Leyen charterte etwa einen Privatjet nach England, um einen Vortrag an der „London School of Economics“ zu halten, bevor im Januar 2020 die Brexit-Verhandlungen begannen. Die Reise hätte mit dem Eurostar-Zug durch den Ärmelkanal-Tunnel nur zwei Stunden gedauert – und dieses Transportmittel hatte etwa der britische Handelsbeauftragte David Frost genutzt. Ein weiteres Mal wurde ein Privatjet gechartert für ein Treffen in der Nähe von Paris im früheren Haus von Jean Monnet, einem der Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen. Züge brauchen für die Strecke von Brüssel nach Paris 90 Minuten. Weitere Flüge führten nach Kroatien und an die griechisch-türkische Grenze. Zu den teuersten Flügen gehörte eine Fünf-Tages-

Reise nach Berlin zu einem Gipfel, zum Weltwirtschaftsforum nach Davos und nach Israel zum Besuch eines Holocaust-Memorials, so „Daily Mail“. Der Preis für diesen Flug betrug 66.800 Euro.

Ein Sprecher der Kommission sagte laut des britischen Blatts, von der Leyen habe aufgrund ihres engen Terminkalenders auf Privatflüge zurückgreifen müssen. Das kommentierte Andrew Bridgen, Mitglied der britischen Konservativen, wie folgt: „Das ist Heuchelei. Für die EU-Eliten gilt immer: ‚Tut, was ich sage, aber nicht, was ich selbst tue‘.“ Das Fazit der Zeitung: Großbritannien werde solche Reisen mit Privatjets nun nach der Übergangsperiode des Brexit nicht mehr mitfinanzieren müssen.

In dem Bericht wird auch geschrieben,

dass die Christdemokratin Interviews mit deutschen Medien als „Missionen“ deklarierte, und somit der Steuerzahler tausende Euros aufbringen müsse dafür, dass sie diese Interviews in Berlin gab. Das könnte man nun natürlich auch als einen der Gründe dafür aufzählen, dass die deutschen Medien die Enthüllungen der britischen Presse totschweigen. Wäre noch ein Mindestmaß an journalistischem Anspruch als „vierte Macht“ vorhanden, müsste das Flugverhalten der Klima-Kämpferin von der Leyen überall in den Schlagzeilen sein. Man erinnere nur an diverse Skandale aus früheren Zeiten. Aber heute – nichts als Schweigen. Was mindestens ein genauso großer Skandal ist wie das Flugverhalten der Merkel-Vertrauten.

Trotz 3.000 Kilometer Entfernung zu Israel: Pakistanische Mainstream-Partei veranstaltet hasstriefenden „Million Man March“ gegen Israel

In dem selbstverschuldeten Failed State und einzigen islamischen Atommacht Pakistan demonstrieren Hunderttausende gegen den jüdischen Staat, obwohl dieser weder ein unmittelbarer Nachbar noch jemals Kriegsgegner Pakistans war. Der Elendsstaat hat zahlreiche Probleme – aber Israel ist ganz sicher keines davon.

Von Redaktion Audiatur

In sozialen Medien kursierten am 21. Januar 2021 Bilder und Videos von einem sogenannten „Millionen-Mann-Marsch“ gegen Israel in der pakistanischen Stadt Karachi.

Die Massenkundgebung wurde von Jamiat Ulema-e-Islam-Fazl (JUI-F) organisiert, einer islamistischen Partei an der Spitze der politischen Opposition

des Landes, die sich gegen eine mögliche Normalisierung der Beziehungen Pakistans zu Israel wendet.

„Israel ist in den Völkermord an den Muslimen in Palästina verwickelt, und wir würden niemals zulassen, dass die Regierung diplomatische Beziehungen zu diesem Land aufnimmt“, sagte JUI-F-Führer Maulana Saleemullah Alwazi auf einer separaten Kundgebung, wie die pakistanische Zeitung „The News

International“ berichtete.

Im Dezember dementierten pakistanische Offizielle Gerüchte, dass sich das Land auf ein entsprechendes Abkommen mit Israel vorbereite, nachdem der jüdische Staat Normalisierungsabkommen mit Ländern wie Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten abgeschlossen hatte.

Aufnahmen des Marsches vom Donnerstag zeigen mehrere zehntausend

Demonstranten, mit den schwarz-weißen Flaggen der JUI-F Partei, die sich in den 1980er Jahren von ihrer Mutterpartei (Jamiat Ulema-e-Islam) abspaltete.

Parteichef Fazal-ur-Rehman – dessen Name der abtrünnigen Fraktion ihr „F“-Anhängsel gab – führte den Protest an. Fazal-ur-Rehman wurde kürzlich zum Chef einer möglichen Oppositionsregierung gegen Premierminister Imran Khan ernannt.

Eine Schande für Deutschland: Die SPD-Jugendorganisation Jusos verbrüdert sich mit der judenhassenden Fatah-Mordorganisation

Drei linke Bundestagsabgeordnete und die Jusos haben es immerhin auf Platz 7 der aktuellen Antisemitismus-Liste des Simon Wiesenthal Centers geschafft.

Von Dr. Marcus Ermler

Das Simon Wiesenthal Center hat am 29. Dezember 2020 seine Liste der zehn weltweit schlimmsten antisemitischen Vorfälle des Jahres 2020 veröffentlicht. Brisant für Deutschlands Linke: Auf Platz 7 unter dem Punkt „Deutsche Elite startet einen totalen Angriff zur Wiederlegitimierung des antisemitischen BDS“ werden nicht nur deutsche Kultureinrichtungen explizit erwähnt, sondern auch ein deutscher Diplomat aus dem sozialdemokratisch geführten Auswärtigen Amt, die Jugendorganisation Jusos der SPD, drei linke Abgeordnete des deutschen Bundestags sowie ein linksextemer BDS-naher Verein, in dem letztgenannte Politiker im Beirat wirken.

Auf der Liste des Simon Wiesenthal Center (kurz: SWC) erscheint demnach neben der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ deutscher Kultureinrichtungen, die sich erst unlängst gegen die BDS-Resolution des Bundestags von 2019 aussprach, auch Andreas Görge, der Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt, der dieses Plädoyer mit „Rat und Diskussionsbeiträge[n]“ unterstützte.

Zur Causa Görge ist ein Vorfall von Bedeutung, den Benjamin Weinthal aufdeckte. Besagter Görge, setzte im April 2020 mehrere Posts zugunsten von Achille Mbembe bei Twitter ab; also zugunsten jenes wegen Unterstützung der BDS-Kampagne kritisierten Mbembe. In der Folge gab es bereits damals Überlegungen des SWC, Görge in ihre Liste der Top 10 der schlimmsten Ausbrüche von Antisemitismus und Anti-Israellismus für 2020 aufzunehmen. Was nun vollzogen wurde.

„Organisation, die die Zerstörung des jüdischen Staates fördert“

Ebenso angeführt wird in der Liste des SWC die Jugendorganisation Jusos der deutschen Sozialdemokratie, die erst vor Kurzem eine mannigfaltig kritisierte „Solidaritätsresolution mit dem Jugendflügel der Fatah, der Hauptfraktion der PLO“, verabschiedete, sowie die drei Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, Omid Nouripour und Aydan Özoguz (von der Linkspartei, Grünen beziehungsweise SPD), die im Beirat des BDS-nahen Vereins Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (kurz DPG) sitzen, den das SWC ebenfalls auflistet.

Die DPG wird vom Jerusalem Center for Public Affairs, einem israelischen Forschungsinstitut, in einem Kapitelabschnitt über die Wurzeln von BDS und Kampagnen zur Delegitimierung Israels in Deutschland als linksextem, islamistisch sowie der Muslimbruderschaft zugehörig beschrieben. Rabbi Abraham Cooper, stellvertretender Direktor des Simon Wiesenthal Center, begründete im Oktober 2020 eine eventuelle Aufnahme der DPG in die Liste des SWC damit, dass die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft [...] eine Organisation [ist], die die Zerstörung des jüdischen Staates fördert“.

Da verwundert es nicht, dass der European Jewish Congress erst im Juli dieses



Jessica Rosenthal, neue Vorsitzende der SPD-Jusos, die die judenmordende Fatah zu ihren Freunden erklärt haben.

Jahres in Richtung der DPG-Beiratsmitglieder äußerte, dass Abgeordnete „einer Nation, die gute Beziehungen zum Staat Israel unterhält, nicht Organisationen angehören können, die das Ende des jüdischen Staates anstreben“. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie Holocaustüberlebende, forderte Anfang Juni 2020 in der „Jerusalem Post“ aufgrund dessen, dass „alle wahren Demokraten [...] den DPG-Beirat verlassen“ sollten.

„Die neue salonfähige Variante des Antisemitismus“

Der grüne Bundestagsabgeordnete Nouripour wurde nach Bericht von Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“ vom 9. Februar 2020 gleichsam zuvor massiv von Vertretern jüdischer Organisationen in Deutschland für seine Tätigkeit in der DPG kritisiert. So äußerte die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bonn, dass Nichtregierungsorganisationen wie Nouripours DPG eine „Schande für Deutschland“ seien, da mit der DPG der „Virus des Antisemitismus leider nie verschwindet, sondern mutiert“. So wäre der Antizionismus der DPG „die neue salonfähige Variante des Antisemitismus“.

Nouripour und SPD-Abgeordnete Özoguz sind laut der Erklärung des SWC „für das iranische Regime“. Bei Achgut.com berichtet Ansgar Neuhof über Özoguz' Verbindungen zum iranischen Regime:

„Die beiden Brüder Özoguz sind eng mit dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) und dessen Vorstandsvorsitzenden Ayatollah Reza Ramezani verbunden. Das IZH steht seit vielen Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes [...] In diesem IZH war die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz auf dem Iftar-Empfang der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) am 08.07.2014 Ehrengast und hielt dort eine

Rede. Redner war auch Ayatollah Ramezani.“

Eine „Fürsprecherin des internationalen Antisemitismus“

Das Kasseler „Bündnis gegen Antisemitismus“ indes nannte Linkspartei-Abgeordnete Christine Buchholz im Mai 2019 eine „Fürsprecherin des internationalen Antisemitismus“, da sie sich „in der Vergangenheit als Fürsprecherin der Hisbollah und [für] die Hamas“ ausgegeben und weiterhin „für die antisemitische Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) [...] stark“ gemacht habe. Denn in der Vergangenheit glänzte Buchholz bei parteiinternen Abstimmungen darüber, ob die BDS-Bewegung als antisemitisch eingestuft werden soll, mit Abwesenheit. Im Herbst 2006 äußerte Buchholz anlässlich einer Pro-Hisbollah-Demonstration:

„Die Dämonisierung der Hisbollah ist Teil der ideologischen Kriegsführung. Die Linke sollte dabei nicht mitmachen.“

Die DPG-Vizepräsidentin und grüne Lokalpolitikerin Ursula Mindermann konzipierte im Sommer 2020 eine Ausstellung, bei der ein Bild den antisemitischen Slogan „From the river to the sea, Palestine will be free“ enthielt. Diese Ausstellung wird im Begründungstext des SWC zur TOP-10-Liste angeführt. Seinerzeit berichtete die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Kreisverband Jena“ zuerst hierüber, international dokumentierte Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“ diese Causa:

„Eine schockierende neue Kunstaustellung, die die vollständige Auflösung des jüdischen Staates forderte, wurde von der Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft entworfen, in der drei Mitglieder des Bundestags im Beirat dieser Pro-BDS-Organisation einen Posten bekleiden.“

„Mitglieder der DPG gefährden damit das jüdische Leben in Deutschland“

Arye Sharuz Shalica, deutsch-persisch-israelischer Politologe sowie Mitarbeiter der israelischen Regierung, adressierte im Oktober 2020 eine Kritik an die genannten linken Abgeordneten in der DPG:

„Wenn deutsche Politiker unter einer Decke stecken mit Antisemiten, die ‚Jüdisches‘ boykottieren, dann erinnert das an die dunkelsten Tage der deutschen Geschichte und darf UNTER KEINEN UMSTÄNDEN toleriert werden. Punkt.“

Die Anti-BDS-Aktivistin Malca Goldstein-Wolf wurde bereits im Februar 2020 von Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“ mit den Worten zitiert:

„Diejenigen, die die antisemitische BDS-Bewegung in Zeiten unterstützen, in denen in Deutschland fast täglich Juden angegriffen werden, auch diejenigen, die dies nur tolerieren, tragen dazu bei, zu Hass auf Juden aufzuhetzen. Die Mitglieder der DPG handeln zumindest fahrlässig, wenn nicht absichtlich, und gefährden damit das jüdische Leben in Deutschland.“

Die übrigen neun Punkte der SWC-Liste der zehn weltweit schlimmsten antisemitischen Vorfälle des Jahres 2020 reflektiert Benjamin Weinthal in seinem Artikel „Anti-Jewish COVID theories top list of worst antisemitism outbreaks“ in der „Jerusalem Post“ vom 30. Dezember 2020. Bei „Glocalist“ geht Herausgeber Naftali Neugebauer detailliert auf die Rolle staatlich geförderter deutscher Kultureinrichtungen in dieser Causa ein.

Eine ausführliche Analyse zur Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. und zu ihren drei linken Beiratsmitgliedern Christine Buchholz, Omid Nouripour beziehungsweise Aydan Özoguz findet man in meinem Achgut.com-Artikel „Eine linke Israel-Boykott-Gruppe im deutschen Bundestag“.

Die islamkritische Uni-Professorin Susanne Schröter über die bedrohte Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen

Linke pro-islamische Studenten-Gruppen versuchen ähnlich wie in den USA nun auch hierzulande vermehrt Dozenten, die den Islam kritisch hinterfragen, mit Mobbing, Rassismusvorwürfen und Entlassungsforderungen einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Von Oliver Gierens
(Tichys Einblick)

Oliver Gierens: Frau Professor Schröter, warum halten Sie ein Netzwerk für notwendig, mit dem Sie Kollegen unterstützen wollen, die wegen ihrer Thesen unter Druck geraten sind?

Susanne Schröter: Wir erleben gerade, dass die Wissenschaftsfreiheit durch politische Akteure zunehmend unter Druck gerät. Die Wurzeln liegen in der sogenannten postkolonialen Theorie, die ursprünglich aus der Erfahrung kolonialistischer Unterdrückungsverhältnisse entstand, mittlerweile aber eine Ideologie ist. Das Zauberwort heißt strukturell. Nach dieser Vorstellung ist der Westen strukturell rassistisch, besonders alle weißen Männer. An den Universitäten geht es jetzt darum, Menschen aus vermeintlichen Tätergruppen zum Schweigen zu bringen und gegebenenfalls aus ihren Positionen zu vertreiben, aber auch darum, nur noch eine Sicht auf die Welt zuzulassen. Beleidigend gilt beispielsweise Kritik am Islamismus, an Missständen in nicht-westlichen Gesellschaften oder die Vorstellung, dass es Männer und Frauen gibt. Letzteres beleidigt Transsexuelle, meinen viele. An der Universität Köln hatte die Forschungsstelle für interkulturelle Studien den Satz „Das Kopftuch ist ein Zeichen der Unterdrückung“ als nicht legitime Aussage bezeichnet. Wenn wir Verhältnisse verhindern wollen, wie sie an Universitäten in den USA, in England, Kanada oder Australien herrschen, müssen sich Wissenschaftler in Deutschland zusammenschließen, um die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen.

Oliver Gierens: Wo haben Sie selbst schon erlebt, dass Sie wegen Ihrer Äußerungen innerhalb der Universität in Bedrängnis gekommen sind?

Susanne Schröter: Ich habe dies persönlich zum ersten Mal im Jahr 2016 erlebt, als ich anlässlich der sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht auf kulturell-patriarchalische Prägungen der Täter hinwies. Aus dem Kreis von Kolleginnen und Kollegen wurde daraufhin kolportiert, ich sei Rassistin. Diese Vorwürfe verstärkten sich nach einem Artikel, den ich nach dem Mord eines Mädchens aus Mainz durch einen Flüchtling schrieb. Ich hatte auf die Existenz frauenverachtender Normen in Gesellschaften hingewiesen, aus denen viele Flüchtlinge kommen und auch darauf, dass Aktivistinnen in diesen Ländern seit langem gegen diese Normen kämpfen. Wirklich in Bedrängnis geraten bin ich allerdings erst, als ich im Jahr 2018 Rainer Wendt, den Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, in meine Vortragsreihe einlud. Damals gab es eine Unterschriftenliste gegen mich, die von Wissenschaftlern und Studenten verfasst wurde.

Oliver Gierens: Eine anonyme Gruppe von Studenten forderte in den sozialen Netzwerken anschließend Ihre Entlassung. Damals haben sich sowohl die Uni-Leitung als auch der AstA mit Ihnen solidarisiert. Also kann doch von Existenzbedrohung in Ihrem Fall keine Rede sein?

Susanne Schröter: Ich bin Beamtin und leide daher nicht unter einer existenziellen Bedrohung. Das ist bei jungen Wissenschaftlern und denjenigen, die keine feste Stelle haben, anders. Bis zur festen Professur hat man gewöhnlich nur befristete Verträge, die zwischen einem und vier Jahren laufen. Wer den postkolonialen Mainstream nicht bestätigt, wird nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen oder bekommt keine Vertragsverlängerung. Wer sich nicht anpasst, läuft zudem Gefahr, dass die Doktorarbeit abgelehnt wird, dass Aufsätze nicht publiziert und Forschungsanträge abgelehnt werden.

Oliver Gierens: Sie forschen zum Thema Islam – das ist ein gesellschaftlich aufgeladenes Thema. Ist das ein Bereich, wo man in der Forschung schnell an die Grenzen des öffentlich Sagbaren gerät?

Susanne Schröter: Man wird sehr schnell der „Islamophobie“ oder des „antimuslimischen Rassismus“ bezichtigt. Weltweit werden diese Begriffe auch von Vertretern des Iran, der Islamischen Weltliga oder von Herrn Erdogan verwendet. Kritik am Islamismus oder an der Politik islamistischer Regierungen soll als rassistisch oder als krankhaft denunziert werden. Es gibt einen „European Islamopho-



bia Report“, dessen Herausgeber Erdogan nahestehen. In diesem Report, der übrigens sogar mit EU-Geldern gefördert wird, werden liberale Muslime wie Mouhanad Khorchide oder Erdogan-Kritiker mit Rechtsradikalen in einen Topf geworfen und als islamophob verurteilt.

Oliver Gierens: Wer sich kritisch zum Islam äußert, wird also schnell mit Etiketten wie „islamophob“ bedacht oder in die rechte Ecke gestellt. Woran liegt das aus Ihrer



Professorin Susanne Schröter übt Islamkritik und wird dafür angefeindet.

Sicht – schließlich stehen uns doch die Exzesse des radikalen Islam, angefangen von 9/11 über Terroranschläge wie in Paris bis zum Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt vor Augen?

Susanne Schröter: Es fällt auf, dass man rechtsextremen und islamistischen Terror mit zweierlei Maß misst. Bei rechtem Terror benennt man die Ideologie, bei islamistischem Terror behauptet man, dass habe nichts mit dem Islam zu tun. Da können die Täter noch so oft „Allahu akbar“ rufen und ihre Taten in einen islamischen Kontext stellen, man sucht die Schuld bei der Gesellschaft. Die Ursache ist schlicht die eingangs erwähnte linke Theorie, die Muslime als Opfer des Westens sieht. Wer Opfer ist, muss auch dann entschuldigt werden, wenn er Massaker begeht.

Oliver Gierens: Welche gesellschaftlichen Kräfte stehen hinter dieser Diskursverengung? Sind es Muslime, die eine Debatte über ihre Religion verhindern wollen, oder linke Kräfte, die die Schattenseiten einer multi-religiösen Gesellschaft nicht erkennen wollen?

Susanne Schröter: Es sind sowohl die Muslime als auch die Linken. Sowohl in Frankreich als auch bei uns können wir Allianzen zwischen islamistischen Kräften und Linken beobachten. Obwohl die beiden Gruppen eigentlich unterschiedliche Werte vertreten, haben sie ein Bündnis geschlossen, weil sie der Ansicht sind, im „Westen“ einen gemeinsamen Feind zu besitzen.

Oliver Gierens: Sie haben kürzlich die Kirchen in Deutschland kritisiert, weil sie Ihrer Meinung nach zu unkritisch das Gespräch mit konservativen Islamverbänden suchen und zu wenig auf liberale Muslime zugehen würden. Haben die Bischöfe ebenfalls die Sorge, in ein falsches Licht gerückt zu werden?

Susanne Schröter: Ich weiß nicht, was die Bischöfe bewegt, aber wenn sie sich einmal anschauen würden, wie Christen und Mitglieder anderer Religionen zurzeit in muslimisch geprägten Ländern behandelt werden, müssten sie meiner Meinung nach ins Grübeln kommen. Christen sind weltweit die am meisten unterdrückte Minderheit, und in vielen Weltregionen wurden sie mittlerweile fast vollständig eliminiert. Dafür sind Islamisten verantwortlich. Mit ihren Stellvertretern in Deutschland müsste sich eine Zusammenarbeit eigentlich verbieten.

Oliver Gierens: Häufig wird als Gegenargument geäußert, man würde mit Islamkritik „den Rechten“, insbesondere der AfD, in die Hände spielen. Ist das stichhaltig?

Susanne Schröter: Das ist Unsinn. Erstens ist Religionskritik als Erbe der Aufklärung in unserer Kultur fest verankert und kommt ursprünglich aus der politischen Linken. Zweitens haben diejenigen, die Islamkritik als „rechts“ diskreditieren, in der Regel nichts dagegen, die katholische Kirche zu kritisieren. Das ist nichts anderes als politisch motivierte Doppelmoral. Drittens geht es häufig gar nicht um Islamkritik, sondern um die Kritik am politischen Islam. Dabei handelt es sich um eine totalitäre und antidemokratische Spielart des Islam und daher letztendlich um eine rechtsradikale Bewegung.

Oliver Gierens: Was raten Sie Forschern, Politikern, Journalisten, die sich zum Thema Islam äußern – sollte man sich in dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima eher zurückhalten oder sich trotz aller Angriffe nicht einschüchtern lassen?

Susanne Schröter: Nach den letzten Anschlägen in Dresden, Paris, Nizza und Wien ist einiges in Bewegung geraten. Selbst aus den Reihen von SPD und Grünen gab es vereinzelt kritische Stimmen. Macron und Kurz wollen das Thema auf EU-Ebene besprechen, und beide trennen den Terror nicht von der islamistischen Ideologie und den gewaltbegünstigenden Milieus. Ich hoffe, dass es sich nicht um Sonntagsreden handelt. Dabei geht es nicht um Muslime oder den Islam, sondern um Islamismus und die Schattenseiten der Migration. Viele Muslime sehen das genauso und wünschen sich, dass die Tabuisierung des Themas endlich aufhört. Von islamistischer Gewalt sind sie nämlich noch stärker betroffen als Nichtmuslime.

Professor Susanne Schröter ist Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Direktorin im Cornelia Goethe Centrum für Geschlechterforschung an der Universität Frankfurt sowie Vorstandsmitglied des Deutschen Orient Instituts

Dieses Interview von Oliver Gierens mit Susanne Schröter erschien zuerst in „Die Tagespost“. Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur. Wir danken den Interviewpartnern und dem Verlag für die freundliche Genehmigung zur Übernahme.

Mehr von Susanne Schröter in „Politischer Islam. Stresstest für Deutschland.“ Gütersloher Verlagshaus, 384 Seiten, 25,00 €.

Wie das Auswärtige Amt Rassismus mit der Tilgung der Erinnerung an NS-Verfolgte bekämpfen will

Die Mitarbeiterzeitung des Auswärtigen Amtes „intern AA“ zeigt unkritisch das Foto eines mit „George-Floyd-Straße“ überklebten Straßenschildes, das eigentlich an den von den Nazis verfolgten jüdischen Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Weiß erinnern soll.

Von Elisabeth Lahusen

„internAA“ ist eine Zeitschrift von „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ des Auswärtigen Amtes. Jeden Monat hat sie einen anderen Themenschwerpunkt. Im Oktoberheft 2020 hieß es „Farbe bekennen“. Ab Seite 7 steht ein dreiseitiger Text über die Initiative „Diplomats of Colour“, geschrieben von ihrer Gründerin Tiaji Sio, einer jungen Diplomatin, die sich als „Schwarze Person“ gegen Rassismus engagiert. Tiaji Sio dient derzeit in Hanoi. Bebildert hat ihren Text das Auswärtige Amt. Auf Seite 8 sieht man unten links Außenminister Maas zwischen der Autorin und einer weiteren Aktivistin der DoC. Und über dem Text prangt das Foto eines überklebten Straßenschildes in Berlin. Aus der Bernhard-Weiß-Straße wurde die George-Floyd-Straße. Die Aktion war Teil der weltweiten Proteste gegen „weiße“ Staatsgewalt. Die Begriffe „Polizei“ und „Weiß“ reichten offenbar schon, um in ignoranten „Antirassisten“ den Wunsch zu wecken, den Namen des von den Nazis verfolgten kämpferischen jüdischen Demokraten zu tilgen. Das Referat 102 im Auswärtigen Amt in Berlin übernimmt das Bild unkommentiert und zeigt damit allen diplomatischen Vertretern Deutschlands, wie man am Werderschen Markt heute im Namen des Antirassismus die Erinnerung an einen unter den Nazis verfolgten Juden schändet.

Preußischer Jude – kämpferischer Demokrat

Am 30. Juli 1880 wurde Bernhard Weiß als drittes Kind des jüdischen Getreidegroßhändlers Max Weiß und seiner Frau Emma in Berlin geboren. Die Eltern kamen aus liberalen jüdischen Familien. Die Mutter hatte vor ihm noch zwei Mädchen das Leben geschenkt. Nach ihm kamen noch drei Brüder. Der Vater war Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Fasanstraße in Berlin und im Beirat der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Die Mutter starb schon mit 36 Jahren. Ab 1900 studierte Bernhard nach dem Abitur Rechtswissenschaften in Berlin, München, Freiburg und Würzburg. 1904 wurde er Doktor der Rechte und der Staatswissenschaften mit einer Arbeit über die Geschäftsordnungsautonomie des Reichstags. Nach dem Studium meldete sich der Patriot Weiß zum Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger in das Erste Chevaualegers-Regiment „Kaiser Nikolaus von Russland“ der bayerischen Armee. Denn in der preußischen Armee hätte Weiß als Jude keine Karriere machen können. Schon 1906 erhielt Bernhard Weiß bei den Bayern das Reserveoffizierspatent. 1908 wurde er Leutnant der Reserve.

So wie viele andere deutsche Juden dienten auch alle Söhne der Familie Weiß im Ersten Weltkrieg. Bernhard stieg dabei vom Zugführer einer Sanitätskompanie über den Oberleutnant zum Rittmeister auf und erwarb das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Eine atemberaubende militärische Karriere für einen Juden in der Kaiserzeit. Das wurde auch in Berlin bemerkt. Im Sommer 1918 bat der preußische Innenminister Bill Drews die Bayern, Weiß freizustellen

und setzte ihn als stellvertretenden Leiter der Kriminalpolizei im krisengeschüttelten Berlin ein. Schon 1925 wurde Weiß Chef der Kriminalpolizei und 1927 Polizeivizepräsident. Damit war er der ranghöchste Jude im Bereich der deutschen Strafverfolgung. Er war Mitglied der DDP und ein unermüdlicher Verteidiger der gefährdeten demokratischen Republik gegen Rechts- und Linksextremisten. Dabei blieb er immer seiner jüdischen Identität treu, während viele andere Juden sich taufen ließen, um im Staatsdienst aufsteigen zu können. Er diente im Vorstand des reformierten Rabbinerseminars der Stadt und war Mitglied des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, einer Organisation zur Verteidigung der Rechte. Weiß nutzte bei seiner Arbeit die neuesten technischen und medizinischen Erfindungen seiner Zeit. Er schuf das erste mobile Kriminallabor, den sogenannten Weiß-Wagen, der direkt zu Tatorten fahren konnte, um vor Ort forensische Analysen durchzuführen. Die Berliner Kripo konkurrierte so international mit Scotland Yard. Dabei verteidigte Weiß die Bürgerrechte in der Weimarer Republik auch gegen Willkür und Gewalt der Polizei und gegen politische Verbrechen.

Gegen Rechtsextremismus und Kommunisten – und gegen Goebbels

Weiß leitete erfolgreich die Jagd nach den Mördern des jüdischen Reichsaußenministers Walter Rathenau. Auch Fememorde durch völkische Rechtsextremisten und die Ermordung von Polizeispitzeln durch Kommunisten wurden unter seiner Leitung aufgeklärt. Der unscheinbar wirkende Mann wurde dabei in den 1920er Jahren zum Gesicht der Berliner Polizei. Er hielt Reden, gab ein Polizeimagazin heraus und plauderte sogar im Radio über berühmte Kriminalfälle.

Seine unbeirrbar Treue zum demokratisch legitimierten Rechtsstaat brachte Weiß dabei in direkten Konflikt mit dem Führer der aufstrebenden Nationalsozialisten in Berlin. Für Joseph Goebbels war Weiß das perfekte Hassobjekt – ein liberaler Jude, der nach einer Karriere in der Armee als hochdekoriertes Frontkämpfer auch noch eine zivile Machtposition erlangt hatte. Goebbels Hetzpostille „Der Angriff“ startete eine beispiellose Kampagne, um den populären stellvertretenden Polizeipräsidenten in Berlin zu delegitimieren. Er stellte Weiß als großnasigen Affen, Esel und Schlange dar und bezeichnete ihn stets als „Isidor“ Weiß, um seinen Lesern einzuhämmern, dass Weiß als Jude in Deutschland keine Rechte habe.

Goebbels fortgesetzter Propaganda-Terror gegen Weiß, insbesondere seine Verwendung des stigmatisierenden Namens „Isidor“, gilt heute noch als klassisches



Unkommentierte Abbildung aus dem Magazin „intern AA“, der Mitarbeiterzeitschrift des Auswärtigen Amtes (Ausgabe 10/2020, Seite 8)

Beispiel dafür, wie Stereotype benutzt werden, um andere Menschen zu verteufeln. Weiß verklagte Goebbels Dutzende Male wegen Verleumdung und gewann jeden Prozess. Aber Goebbels hatte genug Freunde, die jede Strafzahlung für ihn beglichen. 1927 ordnete Weiß wegen fortgesetzter Rechtsbrüche und Gewaltexzesse sogar die Schließung des Berliner Ablegers der NSDAP an und ließ im selben Jahr 500 ihrer Mitglieder der NSDAP wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation festnehmen, als sie von einer Kundgebung in Nürnberg zurückkehrten.

Eklat im Reichstag

Im Plenarsaal des Reichstages kommt es am 12. Mai 1932 zum Eklat. Vormittags hatten mehrere NSDAP-Abgeordnete den Journalisten Helmuth Klotz zusammengeschlagen, als dieser mit dem SPD-Vorsitzenden Otto Wels im Restaurant des Reichstages saß. Der ehemalige Marineoffizier Klotz war zunächst selbst Mitglied der Nazipartei gewesen, hatte sich dann aber der SPD zugewandt und betrieb unermüdlich Aufklärung gegen die Braunhemden. Im Artikel „Ehrenrangliste der NSDAP“ (Juli 1931) war Klotz den Angaben nationalsozialistischer Politiker zu ihrer Teilnahme am Ersten Weltkrieg nachgegangen und hatte jede Menge Lügen entdeckt: „Neben der Gruppe der Kriegsdienstverweigerer kann die nationalsozialistische Reichstagsfraktion also schon eine Gruppe der Kriegsordenschwindler aufmachen“, hieß sein Fazit. Nach der brutalen Rache der verachteten Nazi-Helden an Klotz erteilt Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) noch am selben Tag der Polizei die Befugnis zur Verfolgung der im Hause verübten Straftaten und schließt die vier NSDAP-Abgeordneten für 30 Tage von den Sitzungen des Reichstages aus. Als diese sich weigern, den Plenarsaal zu verlassen, bricht Löbe die Sitzung ab. Der im Reichstag anwesende Dr. Bernhard Weiß lässt den Plenarsaal durch die Polizei stürmen. Als „der Mann, der Göbbels jagte“ setzt der WDR Bernhard Weiß 2003 ein filmisches Denkmal. „Das Leben und Handeln des Bernhard Weiß sei der Beweis“, meint der Sender, „dass mit noch mehr Männern seines Schlages die Nazis

hätten gestoppt werden können.“ Leider waren es nicht genug.

1932 nach dem „Preußenschlag“ Papens verliert Weiß, wie die gesamte Regierung Preußens, sein Amt und wird gezwungen, schriftlich niederzulegen, dass er auf jede weitere Tätigkeit im Staatsdienst verzichtet. Zwei Monate nach Hitlers Machtergreifung 1933 ruft Hermann Göring den Juden Weiß zur Fahndung aus. Ein hohes Kopfgeld ist auf ihn gesetzt. Nazischergen stürmen seine Wohnung. Der ehemals berühmteste Polizist Deutschlands muss untertauchen und fliehen. Zusammen mit Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Heinrich Mann und vielen anderen steht Bernhard Weiß am 25. August 1933 auf der ersten Ausbürgerungsliste Hitlerdeutschlands. Über die Tschechoslowakei kommt er nach London, wo er ein kleines Geschäft aufbaut. Erst 1949 besucht Weiß wieder seine alte Heimat. Sein sehnlichster Lebenswunsch sei es, so sagt er, nach Berlin zurückzukehren. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ernst Reuter bietet ihm daraufhin ein Amt mit Beratungsfunktion im Polizeidienst an. Doch Weiß ist schon zu krank, um diesen Dienst antreten zu können. Am 29. Juli 1951 stirbt der preußische Jude Dr. Bernhard Weiß in einem Krankenhaus in London an Krebs. Nach seinem Tod kehrte seine Witwe Lotte nach Berlin zurück. Heute gilt der mutige Demokrat als einer der Gründerväter der modernen deutschen Strafverfolgung.

Zwei Gedenktafeln erinnern an den jüdischen Staatsdiener und der Bundeswehr (RjF) verleiht seit 2007 die Bernhard-Weiß-Medaille für Verständigung und Toleranz. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung residiert seit 2011 in der Bernhard-Weiß-Straße 6. Wer von dort aus zu Fuß zum Alexanderplatz geht und mit der U2 bis Nollendorfplatz fährt, kann unweit der Station in der Luitpoldstraße 41 auch den Namen seiner Schwester Lucie finden: einen Stolperstein. Dem deutschen Außenamt aber ist einer der treuesten Staatsdiener, die das demokratische Deutschland jemals hatte, noch nicht einmal eine Fußnote in seiner Mitgliederzeitung wert.

Wetter: Steuergeld fürs Tief „Ahmet“

Auch das Wetter soll jetzt divers und islamaffiner werden: Die „Neuen Deutschen Medienmacher*innen“ starten die „Kampagne #wetterberichtigung“

Von Boris Reitschuster

Die üppig mit Steuergeldern ausgestattete „Initiative Neue deutsche Medienmacher*innen“ setzt auch in Corona-Zeiten ihre Akzente in alter Manier: Während abertausende Deutsche um ihre Existenz kämpfen und die psychischen Folgen des Lockdowns immer mehr Tribut fordern, möchte der Verein jetzt auch beim Wetter für Vielfalt – neu-deutsch „Diversität“ – sorgen.

In einer Pressemitteilung verkündet die Initiative freudig: „Hatten wir 2020 noch ‚Hoch Willy‘ und ‚Tief Hermine‘, bringen uns im Januar ‚Tief Ahmet‘ und ‚Hoch Dragica‘ das Wetter. Die Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) haben 14 Wetterpatenschaften für die ersten Wochen 2021 gekauft. Mit anderen Worten: die Hochs und Tiefs haben jetzt migrantische Namen. Mit der Kampagne #Wetterberichtigung wollen wir die Vielfalt in der Bevölkerung sichtbar machen.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Bisher hatte unser Wetter fast nur typisch deutsche Namen. Dabei haben laut Statistischem Bundesamt rund 26 Prozent aller Menschen in Deutschland einen „Migrationshintergrund“. In Österreich sind es durchschnittlich 23 Prozent und in der Schweiz rund 38 Prozent. Unter jungen Menschen liegt ihr Anteil sogar noch höher. Trotzdem finden sich Migrant*innen und ihre Nachkommen in vielen Bereichen nicht wieder.“

„Das Wetter diverser zu machen, ist nur ein symbolischer Schritt“, erklärte NdM-



Vorsitzende Ferda Ataman laut der Pressemitteilung: „Wichtig ist, dass gesellschaftliche Vielfalt endlich Normalität wird.“ Weiter heißt es: „Bei mehr Sichtbarkeit und Teilhabe spielen vor allem Medien eine wichtige Rolle. Deshalb fordern die Neuen deutschen Medienmacher*innen gemeinsam mit den Neuen Schweizer Medienmacher*innen und Kolleg*innen aus Österreich“:

1. Medien sollten mit Diversity-Checklisten arbeiten und auch nicht-weiße Menschen zeigen. Bei jedem Thema, in jeder Sendung.

2. Medien sollten sich verpflichten, eine Quote für Journalist*innen aus Einwandererfamilien einzuhalten. Unser Vorschlag: 30 Prozent bis 2030.“

Auf gut Deutsch: Nicht nur bei der Besetzung der Redaktionen soll es künftig eine „Quote“ geben, sondern faktisch

auch bei Themen. „In jeder Sendung nicht weiße Menschen zeigen“ – das ist eine ziemlich weitgehende Forderung in einem Land, in dem immer noch die Mehrheit weiß ist. Auch wenn man es drehen und wenden will, wie man möchte – an diesen Tatsachen können auch die „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ nichts ändern.

Sie konstatieren das auch ein paar Sätze weiter in ihrer Pressemitteilung – offenbar, ohne sich des Widerspruchs bewusst zu werden – dass rund 26 Prozent der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben. In den Medien liege „der Anteil an Journalist*innen mit Migrationshintergrund“ aber nur „bei schätzungsweise 5–10 Prozent. Das zeigt: Guter Vorsatz allein reicht nicht. Deswegen arbeiten viele Medien und Produktionsfirmen in Ländern wie Eng-

land, Kanada und den USA mit selbstverpflichtenden Quoten und Checklisten. Auch bei uns sollte es Standard werden, Diversität immer im Blick zu haben. Auch unter Berücksichtigung weiterer marginalisierter Gruppen, wie Menschen mit Behinderung, LGBTQI*, Nicht-Akademiker*innen ...“

Was genau der Aufkauf der Namen beim Wetterdienst kostet, steht nicht in der Pressemitteilung. Interessant, wie etwa die Reaktion wäre, wenn eine konservative Gruppe sich altgermanische Namen dort kaufen würde?

Der Verein erhielt laut Medienberichten allein im Jahr 2020 folgende staatliche Gelder, wie die „Welt“ in einem Artikel unter der Überschrift „Journalistin Ferda Ataman: Antirassismus als Geschäftsmodell“ schilderte:

1.012.152 Euro vom Bundeskanzleramt (Integrationsbeauftragte der Bundesregierung)

191.896 Euro vom Familienministerium

89.882 Euro vom Innenministerium (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

70.199 Euro von der Bundeszentrale für politische Bildung

Sie sehen hier Ihr Steuergeld im Einsatz. Tatsächlich ist längst eine ganze Gruppe von als „Nichtregierungsorganisationen“ getarnten staatsnahen Verbänden entstanden, die auf Kosten der Steuerzahler faktisch im Auftrag der Bundesregierung bestimmte ideologische Sichtweisen durchdrücken und/oder Andersdenken diffamieren.

GEZ: Sparen am falschen Ende

Die Erhöhung der GEZ-Beiträge ist gescheitert. Daher meint der NDR nicht etwa die Luxusgehälter politisch affiner Spitzenverdiener einschränken zu müssen, sondern hat die Kommentar-Funktion für kritische Anmerkungen zu seinen Online-Beiträgen dauerhaft ausgeschaltet.

Von Ulrike Stockmann

Schon ein altes Sprichwort besagt, dass man sich gut überlegen sollte, was man sich wünscht, da es einem erfüllt werden könnte. Nun müssen wir Hochmütigen, die wir die Notwendigkeit einer GEZ-Erhöhung übersahen, erste schmerzliche Verluste beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk verkraften.

Einer aufmerksamen Achgut.com-Leserin war aufgefallen, dass unter den Online-Beiträgen der NDR-Homepage plötzlich keine Kommentarfunktion mehr angeboten wird. Sie fragte also beim Sender nach. Die Antwort des NDR lautet:

„Sehr geehrte Frau ***, vielen Dank für ihr Mail verbunden mit der Anfrage zur Kommentarfunktion.“

Der Anstieg bei der Zahl der Kommentare und die wachsende Zahl von Kommentaren, die gegen die Richtlinien verstoßen, hat den Moderationsaufwand enorm gesteigert.

Die vorhandenen Moderationskapazitäten reichen dafür inzwischen nicht mehr aus.

Der dafür nötige Ausbau der Kommentarmoderation hätte im Kontext der Sparmaßnahmen von 300 Millionen Euro bedeutet, an anderer Stelle im Programm zu kürzen.

Der NDR hat sich dafür entschieden, die Kommentarmoderation nicht auszubauen, sondern dort die Mittel zu streichen und damit auf Kürzungen im Programm in dieser

Höhe zu verzichten.

Insofern ist die zentrale Kommentarmoderation auf NDR.de einer von vielen Einschnitten, weil die für den NDR zu erwartenden Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag die allgemeinen Kostensteigerungen nicht auffangen können.

Mit freundlichen Grüßen“

Brigade von Kommentarmoderatoren

Ich bin entsetzt! Was muss das für eine unverschämte Leser-Meute sein, die den armen NDR unaufhörlich mit unangemessenen Kommentaren bombardiert? Dass die Leute nicht einfach mal mit ihrer eigenen Meinung hinterm Berg halten können! Wen interessiert das bitte?

Regelrecht erschrocken bin ich außerdem über den Umfang der Kommentare. Denn der NDR deutet schließlich an, dass er in der Vergangenheit eine regelrechte Brigade von Kommentarmoderatoren beschäftigen musste, um der Flut der geschmacklosen Pöbeleien Herr zu werden. Wie sonst ließe sich erklären, dass für den Ausbau der Kommentarmoderation „an anderer Stelle im Programm“ hätte gespart werden müssen und die Saläre der Kommentar-Verwalter bei den angekündigten Sparmaßnahmen von 300 Millionen Euro einen scheinbar entscheidenden Posten darstellen?



Kurzfristig fragte ich mich, warum überhaupt gespart werden muss, denn schließlich erhalten ja die Öffentlich-Rechtlichen nicht weniger Geld, sie wurden lediglich um eine erhoffte Erhöhung ihrer Mittel gebracht. Der letzte Satz des Schreibens bringt jedoch Klärung: Der NDR hat mit allgemeinen Kostensteigerungen zu kämpfen. In dieser Stellungnahme des Senders vom vergangenen Mai gibt es weitere Informationen über die Hintergründe der Sparmaßnahmen. Dort heißt es, dass wegen einer ausbleibenden Erhöhung der Rundfunkgebühren seit 2009 und einer Senkung im Jahre 2015 um 48 Cent gespart werden müsse. Der NDR habe auf Rücklagen zurückgegriffen, die

künftig nicht mehr zur Verfügung stünden. Woher die „Kostensteigerungen“ jedoch kommen, wird auch hier nicht näher erklärt. Man erhält lediglich den Hinweis, dass ein „durch Asbestfunde in Hamburg notwendig gewordener Neubau“ das Budget zusätzlich belastet. Im NDR-Fernsehen sollen Programm-Einsparungen vor allem im Bereich Unterhaltung erfolgen.

Ich bin jedenfalls froh, dass sich der NDR an den Bedürfnissen seiner Zuschauer orientiert und auf weitere „Kürzungen im Programm“ zugunsten einer Kommentarfunktion verzichtet hat. Auch wenn ich keinen Fernseher besitze, laufen dort bestimmt tolle Sendungen. Glaube ich.

Die Gedenkstunde zur Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 2021

Die beiden Gastrednerinnen Charlotte Knobloch und Marina Weisband betrachten im Deutschen Bundestag das Datum der Befreiung aus dem Blickwinkel unterschiedlicher jüdischer Generationen, kamen aber wenigstens in einem Falle trotz aller emotionaler Erlebnisvermittlung nicht ohne politisierende Relativierung des grauenvollen NS-Geschehens aus.

Von Filip Gaspar

Seit nunmehr 25 Jahren findet am oder um den 27. Januar im Bundestag eine Gedenkstunde zum „Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus“ statt. Der Anlass ist die Erinnerung an die Befreiung der Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee am 27. Januar 1945.

Eingeführt hatte diese 1996 der damalige Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog. Neben dem Bundespräsidenten nahmen auch der Bundesratspräsident, die Bundeskanzlerin und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts teil.

1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

In diesem Jahr stand die Veranstaltung unter dem Motto „321 – 2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Als Gastrednerinnen waren Dr. h. c. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und die Publizistin Marina Weisband geladen. Aufgrund der strengen Corona-Auflagen war die Gästetribüne im Gegensatz zu den Vorjahren mit wenig Gästen belegt. Der Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble eröffnete die Gedenkstunde um 11 Uhr mit einer Begrüßungsansprache im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin. Er sprach in seiner Rede von den 1.700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland und betonte, dass die deutsch-jüdische Geschichte wechselvoll und widersprüchlich gewesen sei. Das eindeutig dunkelste Kapitel sei gewesen, als man versuchte, die jüdische Geschichte aus der deutschen und der Weltgeschichte zu tilgen. Man gedenke und verneige sich 76 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor allen Opfern des Nationalsozialismus.

Nach Schäuble kam die erste Gastrednerin ans Pult, Charlotte Knobloch, geboren 1932. Sie schilderte teils sehr emotional, wie sich das Leben für Juden unter Hitler stetig verschlechterte, die Mutter sie mit ihrem Vater alleine zurückließ, weil sie als Konvertitin dem Druck nicht mehr standhielt und die junge Charlotte dann von ihrer Großmutter erzogen wird, die ihr auch die Grundlagen des Judentums näherbringt. Später wird diese Großmutter in Theresienstadt ermordet. Um seiner Tochter das Schicksal der Deportation zu ersparen, versteckt der Vater die Sechsjährige auf einem Bauernhof in Mittelfranken, wo sie den Holocaust überlebt. Der Vater, der Rechtsanwalt Fritz Neuland, muss Zwangsarbeit verrichten, die ihn schwer zeichnen wird. Weiter erzählt sie davon, wie sie 1951 den Schoah-Überlebenden und „die Liebe ihres Lebens“, Samuel Knobloch aus Krakau, heiratet. Die Familie Knobloch plante in die USA auszuwandern, doch dazu kam es dann doch nicht und sie blieben in ihrer Heimat Deutschland.

Natürlich durfte in der Rede kein politischer Bezug zur Gegenwart fehlen. Den lieferte sie, indem sie anfangs, von aktuellen Formen und Gefahren des Antisemi-



Marina Weisband spricht vor dem Bundestag

tismus zu sprechen und auch, dass manche heutzutage den Begriff „Jude“ durch „Israel“ ersetzt hätten. Und Knobloch hat Recht, wenn sie sagt, dass wer die heutigen Corona-Maßnahmen mit dem vergleichbar, was die Juden einst in Deutschland ertragen mussten, der verharmlose den antisemitischen Staatsterror der Nationalsozialisten und die Schoah. Sie hat aber ebenso Unrecht, wenn sie die AfD mit den Worten angreift, dass diese „ihren“ Kampf schon vor 76 Jahren verloren hätten und somit selbst den Staatster-



Charlotte Knobloch berichtet von ihren Erlebnissen aus der NS-Zeit.

ror der Nationalsozialisten verharmlost. Dies ist nicht nur in einer Gedenkstunde unwürdig. Wer Aleph sagt, muss auch Beth sagen und kann nicht eine Partei des politisch rechten Spektrums angreifen, deren parlamentarische Arbeit im Bundestag die israelfreundlichste ist – aus welchen Motiven auch immer – und gleichzeitig jene Parteien auslassen, die bei jeder Gelegenheit ihre Liebe zu toten Juden öffentlich zur Schau stellen, und auf der anderen Seite keine Gelegenheit auslassen, um den Staat Israel an den Pranger zu stellen oder israelhassende Staaten, wie den Iran, zu unterstützen. Soweit bekannt, hat Die Linke hat ihren Kampf 1989 verloren und die DDR ist nicht für ihre israelfreundliche Politik in die Geschichte eingegangen. Ihre Geschichte ist nicht nur eine jüdische, son-

dern auch eine deutsche Geschichte, die gehört werden sollte. Doch ihre Bemerkungen zum Schluss der Rede hin wirken fehl am Platze.

Marina Weisband

Die zweite Gastrednerin war Marina Weisband. 1987 in der Ukraine in eine jüdische Familie geboren, kam sie 1994 mit ihrer Familie als Kontingentflüchtling nach Deutschland. Die studierte Psychologin, und jetzt als Expertin für digitale Partizipation und Bildung tätige Weisband, sprach als Vertreterin der dritten Generation nach der Schoah. Die ehemalige „Piratin“, die nun in grünen Polit-Gewässern ihr Glück sucht, eröffnet ihre Rede, wie es sich gehört, mit den Worten „Sehr geehrte Menschen“. Somit konnte sich niemand ausgeschlossen fühlen, weder alte weiße Männer noch junge klimaretende Frauen.

Weiter berichtete sie davon, wie schwer es heute in Deutschland für Juden sei ein ganz normales Leben zu führen und „einfach nur Menschen“ zu sein. In der Ukraine trug die Familie nicht den Nachnamen Weisband und war sich sicher, dass sie ihr Jüdischsein in Deutschland nicht verstecken müssten. Doch leider ist dem nicht so. Vor dem Gebet müsse sie durch eine Sicherheitschleuse, was leider trauriger Alltag für Juden in Deutschland ist. Als sie während ihrer Studienzeit einen Stammtisch für jüdische Studenten ins Leben rufen wollte, riet ihr die Polizei dringend davon ab, Ort und Zeit in die Zeitungsannonce zu schreiben.

Musikalisch wurde die Gedenkstunde begleitet vom Violinisten-Professor Kolja Lessing, der Sängerin Yael Nachshon Levin (begleitet von Haggai Cohen Milo am Kontrabass) und dem Gitarristen Tomer Moked.

Sulzbacher Thorarolle

Nach den Reden sollte noch mit einer feierlichen Zeremonie die Sulzbacher Thorarolle fertiggestellt werden. Dazu wurde ein kurzer Film abgespielt, unter Beteiligung der Repräsentanten der Verfassungsorgane, der Gedenkrednerin Charlotte Knobloch, des Amberger Rabbiners Elias Dray und Dr. Josef Schuster, des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, bevor es im Andachtsraum des Bundestages im Reichstagsgebäude weiterging. Elias Dray und Rabbiner Shaul Nekrich sprachen die Begrüßungsworte. 1793 wurde die Sulzbacher Thorarolle für die dortige Synagoge in der Oberpfalz geschrieben. Sie zählt heute zu den besterhaltensten Thorarollen aus Süddeutschland. Sie überstand sogar einen Stadtbrand 1882, der die Sulzbacher Synagoge vollends zerstörte.

Als 1934 aus der Synagoge ein Heimatmuseum gemacht wurde, brachte man die Thorarolle nach Amberg. Kurz vor der Reichspogromnacht im November 1938 rettete Leopold Godlewsky, damaliger Gemeindevorstand, die Rolle, indem er sie Georg Döppl zur heimlichen Verwahrung im Heimatmuseum übergab, wo sie die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 unverehrt überstand. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstand in Amberg wieder eine jüdische Gemeinde, der die Sulzbacher Thorarolle zurückgegeben wurde, wenn auch erst auf Geheiß US-amerikanischer Besatzungseinheiten. Im dortigen Aron HaKodesh (Thoraschrein) geriet sie bis Mitte des letzten Jahrzehnts in Vergessenheit, bis sich Rabbiner Elias Dray ihrer annahm. Durch tatkräftige Unterstützung wurde die Thorarolle durch einen Sofer (Thoraschreiber) in Bnei Brak (Israel) restauriert. Nach der feierlichen Fertigstellung im Andachtsraum im Zuge der Gedenkstunde wird die Thorarolle wieder nach Amberg zurückgebracht werden.

Patrick Bahners, seines Zeichens Feuilletonist der „Frankfurter Allgemeinen“, hält israelbezogenen Antisemitismus für eine reine Erfindung

Der Journalist und Islamverharmloser Bahners beklagt larmoyant, dass Zionismuskritik trotz ihrer offensichtlichen Judenfeindlichkeit zu Unrecht skandalisiert werde.

Von Dr. Marcus Ermler

„Wer den ‚Zionismus‘ angreift, aber beileibe nichts gegen die ‚Juden‘ sagen möchte, macht sich und anderen etwas vor. Der Staat Israel ist ein Judenstaat. Wer ihn zerstören möchte, erklärtermaßen oder durch eine Politik, die nichts anderes bewirken kann als solche Vernichtung, betreibt den Judenhaß von einst und von jeher.“

Dies hat einmal der Literaturwissenschaftler Hans Mayer gesagt, der als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie 1933 aus Nazi-Deutschland floh und im Februar 1947 zu den Gründungsmitgliedern der „Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) gehörte. Man sollte annehmen, dass Hans Mayer jedem deutschen Feuilletonisten ein Begriff ist und seine Ansichten zum antizionistischen Antisemitismus bekannt sein sollten.

Patrick Bahners, seines Zeichens langjähriger Chef des Feuilletons der FAZ, heutiger Kölner Kulturkorrespondent der FAZ sowie manchem auch bekannt durch sein Buch „Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam“, ist Hans Mayers Feststellung offenkundig entgangen. Denn besagter Bahners behauptete am 20. wie 23. Dezember 2020 konträr zu Mayers Aussage:

„Im Übrigen ist der ‚israelbezogene Antisemitismus‘ (als angeblich häufigste Form des Antisemitismus) erfunden worden, um Kritik am Zionismus zu skandalisieren.“

(Tweet vom 20. Dezember 2020)

„Und daran halte ich fest: Das Konzept des ‚israelbezogenen Antisemitismus‘ wurde erdacht, publizistisch lanciert und diplomatisch durchgesetzt, um den Begriff des Antisemitismus gegenüber seinem evidenten Sinn auszudehnen.“

(Tweet vom 23. Dezember 2020)

„Der antizionistische Antisemitismus die aktuell bedeutendste Form der Judenfeindschaft“

An diesem Statement Bahners entfalte sich in der Folge eine breitgefächerte Kritik: Vom Politologen Arye Sharuz Shalichar und der Anti-BDS-Aktivistin Malca Goldstein-Wolf über Hanning Voigts, Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, und dem Nahost-Experten Alex Feuerherdt bis hin zum ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck und der Ökolinken Jutta Ditfurth meldete sich mannigfaltiger Widerspruch an.

Aus wissenschaftlicher wie nachrichtendienstlicher Sicht sind Bahners Aussagen nicht haltbar. So sind beim US-amerikanischen Think Tank „Foundation for Defense of Democracies“ sowie beim deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz im August 2020 Publikationen erschienen, die Patrick Bahners eindeutig widerlegen.

Diese Papiere dokumentieren respektive analysieren den israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland im Allgemeinen und den der BDS-Kampagne als dessen neuzeitliche Ausprägung im Besonderen.

So veröffentlichte zunächst das deut-

sche Bundesamt für Verfassungsschutz am 10. August 2020 das „Lagebild Antisemitismus“, gemäß dem „der antizionistische Antisemitismus die aktuell bedeutendste Form der Judenfeindschaft“ in Deutschland darstelle:

„Es sind vor allem drei miteinander zusammenhängende Aspekte, die diese Ausprägung so zentral machen. Zum ersten handelt es sich um die seit Jahren am häufigsten zu beobachtende Ausprägung des Antisemitismus, zum zweiten ist sie in allen extremistischen Phänomenbereichen feststellbar und zum dritten ist sie wie keine andere Erscheinungsform an aktuelle Debatten einer breiten Öffentlichkeit anchlussfähig.“

„Antizionistischer Antisemitismus im Rahmen der gegen Israel gerichteten sogenannten BDS-Kampagne“

Neben ihrer Manifestation im links- wie rechtsextremistischen Teil des politischen Spektrums, zu der wir gleich noch kommen werden, gäbe es nämlich noch ein weiteres vordringliches Fundament dieser israelbezogenen Form der Judenfeindlichkeit: So bei „säkularen extremistischen Palästinenser und der sogenannten BDS-Bewegung“ in Deutschland.

Deren Hauptanknüpfungspunkt sei „der durch die Etikettierung ‚Jude in Israel‘ definierbare Territorialkonkurrenz“, dem „allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem ‚Palästina‘ zugestanden“ wird. Die BDS-Bewegung spiele dabei eine besondere Rolle, sie bestehe

„aus einem (weltweiten) Zusammenschluss von 171 hauptsächlich palästinensischen Organisationen (unter ihnen auch die Terrororganisationen HAMAS und PFLP), die vermutlich im Jahre 2005 kurz nach Ende der zweiten Intifada ins Leben gerufen wurde [...] [So] spielt antizionistischer Antisemitismus im Rahmen der gegen Israel gerichteten sogenannten BDS-Kampagne säkularer Palästinenser eine überragende Rolle. Die Kampagne wird jedoch auch von palästinensischen Terrororganisationen unterstützt, die dem Islamismus zuzuordnen sind.“

Die PFLP (kurz für „Volksfront zur Befreiung Palästinas“) ist dabei eine „Palästinenser“-Organisation, die von den USA und der EU als Terrororganisation klassifiziert wird. Der Lagebericht des Verfassungsschutzes sagt zur PFLP, die sich „zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus“ bekennt:

„Die PFLP bestreitet somit das Existenzrecht Israels und propagiert offen den bewaffneten Kampf gegen Israel. Ihre antisemitische Agitation ist aufgrund ihrer Zielsetzung und der ideologischen Ausrichtung stark antizionistisch geprägt.“

Dieses Zusammenspiel von BDS-Bewegung und „palästinensischen“ Terroristen, die der Verfassungsschutz rekapituliert, ist dabei nicht aus der Luft gegriffen. So berichtete Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“ am 6. Juli 2020, dass deutsche Gruppen, die mit der PFLP und der BDS-Kampagne verbunden sind, vor dem Bundestag in Berlin gegen Israels Souveränität protestierten.



Der Journalist und Aktivist Patrick Bahners kämpft gegen Islamkritiker.

„Jüdischer Staat als Verkörperung des rassistischen Imperialismus“

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Lageberichts des Verfassungsschutzes, nämlich am 21. August 2020, publizierte Benjamin Weinthal bei der „Foundation for Defense of Democracies“, deren wissenschaftlicher Mitarbeiter er ist, eine Monographie über „Germany's Battle Against the Delegitimization of Israel“.

Hierin konstatierte Weinthal, dass es der BDS-Kampagne nicht nur gelungen ist, „eine Infrastruktur in Deutschland aufzubauen“, sondern mehr noch „von einer Reihe von Organisationen unterstützt [wird], die Israel als den Aggressor im israelisch-palästinensischen Konflikt betrachten, von denen viele von ganz links stammen“. Dabei besteht laut Weinthal

„eine bemerkenswerte Kontinuität zwischen der Rhetorik der deutschen Gegner Israels während des Kalten Krieges und der heutigen Rhetorik der BDS-Kampagne. Die antiisraelischen Deutschen lehnten sich stark an die sowjetische und arabische Sprache an und versuchten, den jüdischen Staat als Verkörperung des rassistischen Imperialismus zu betrachten. Sie stellten Juden als ein fremdes Volk dar, welches das Land der indigenen Palästinenser kolonisierte.“

Eine linke BDS-nahe Gruppe hat es sogar bis in den deutschen Bundestag geschafft, obwohl dieser sich erst im Mai 2019 dazu entschied, der BDS-Kampagne „entschlössen entgegen[zu]treten“ und ihren „Antisemitismus [zu] bekämpfen“.

So sind die Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, Omid Nouripour und Aydan Özoguz (von Linkspartei, Grünen beziehungsweise SPD) sowie der ehemalige Linkspartei-Bundesabgeordnete Norman Paech Mitglieder im Beirat der BDS-nahen Deutsch-Palästi-

nensische Gesellschaft e.V. (DPG), die vom „Jerusalem Center for Public Affairs“, einem israelischen Forschungsinstitut, in einem Kapitelabschnitt über die Wurzeln von BDS als linksextrem, islamistisch sowie der Muslimbruderschaft zugehörig beschrieben wird.

„Die Politik Israels mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleichsetzen“

Diese Analyse Weinthals, dass die „antiisraelischen Deutschen“ damals und die BDS-Kampagne heute ihre Sprache antiimperialistisch kodieren, konvergiert mit der Einschätzung des deutschen Verfassungsschutzes in Bezug auf Deutschlands politische Linke. Hier zeige sich nämlich ein israelbezogener Antisemitismus in besonderem Maße.

Sogenannte Antiimperialisten gingen dabei sogar so weit, sich zur Delegitimierung Israels auf den Nationalsozialismus zu beziehen. Im Lagebild des Verfassungsschutzes heißt es dazu weiter:

„[Es] werden zuweilen auch antisemitische Stereotype – u.a. die Begriffe ‚Apartheitsregime‘, ‚Holocaust‘, ‚Pogrom‘, ‚Vernichtungskrieg‘ und ‚Völkermord‘ – verwendet. Insofern setzen Antiimperialisten die Politik Israels mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleich. Vor diesem Hintergrund wird auch das Existenzrecht Israels negiert.“

Wenn „linksextremistische jüdenfeindliche Positionen [auch] auf dieselben Ressentiments und antisemitischen Bilder wie andere extremistische Erscheinungsformen zurück[greifen]“, würden hier „in erster Linie antizionistische Auffassungen ventiliert“.

Vorfälle aus diesem Jahr bezeugen die Richtigkeit der Analyse des Verfassungsschutzes wie der Weinthals. So rief in Frankfurt am Main das „Palästina-Forum Nahost Frankfurt“ zu einer Kund-

gebung „Nein zur Annexion, Stopp dem Landraub“ für den 1. Juli 2020 auf, auf der Israel „Vertreibung, Landraub, [und] Unterdrückung“ vorgeworfen wurden. So sprach ein Redner dabei von „Annexion und Apartheid“, einer „akute[n] Gefährdung für die Sicherheit der ganzen Region“ und dass Netanjahu und Trump ein „Großisrael“ errichten wollen.

In Bremen, der „wichtigste[n] Hochburg der antisemitischen BDS-Aktivitäten [...] gegen Israel“ (O-Ton Benjamin Weinthal in der „Jerusalem Post“), demonstrierten am 4. Juli 2020 die „palästinensische“ Gemeinde Bremen mit dem Linkspartei-nahen Bremer Nahost-Forum auf einer gemeinsamen Mahnwache „Gegen die Annexionspläne“ und „für Frieden und Gerechtigkeit in Israel/Palästina“. Sie begründeten dies mit einer „immer weiter eskalierenden Gefahr von völkerrechtswidrigen Annexionen durch die israelische Regierung“.

Neuerdings zeigt sich auch in der Bischofsstadt Münster eine Phalanx von BDS-Bewegten und linken Anti-Israel-Aktivistinnen. So berichtet Sharon Fehr, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Münster, in der „Jüdischen Allgemeinen“ am 30. Juli 2020, dass in Münster eine anti-israelische Kundgebung stattfand, bei der Linke gegen den „Landraub im Westjordanland protestieren und allen Palästinensern, die von Annexion, Rassismus und Besatzung (...) betroffen sind, eine Stimme verleihen“ wollten. Ein Redner nannte Israel ein „Apartheidsystem, das dem palästinensischen Volk unveräußerliche Menschenrechte und das Recht auf politische Selbstbestimmung verweigere“.

Israelbezogener Antisemitismus hat „hohen Stellenwert“ bei Rechtsextremen

Auch im Rechtsextremismus habe diese Variante des Antisemitismus gemäß

dem deutschen Verfassungsschutz einen „hohen Stellenwert“. So bei der neonazistischen NPD, die „das Existenzrecht Israels verneint und den jüdischen Staat diffamiert“. So veröffentlichte die NPD-Jugendorganisation ein Grundsatzpapier, das Israel zum „Feind aller Völker“ erklärt.

Nicht nur in der NPD manifestiere sich diese Variante des Antisemitismus, sondern auch bei der neonazistischen Kleinpartei „Der III. Weg“, die Israel als „Terrorstaat“ bezeichnet und „offen zum Boykott von Produkten aus Israel“ auffordert. Und erst im November 2020 wollte die neonazistische Kleinstpartei „DIE RECHTE“ in Braunschweig eine „Mahnwache gegen Zionismus“ vor einer Synagoge abhalten.

Bei den „Neuen Rechten“ gäbe es ein Lager, das „dezidiert israelkritisch“ ist und „in einer antiimperialistischen (und somit beispielsweise propalästinensi-

schen) Denktradition“ stehe. Man denke hierbei an den ehemaligen AfD-Politiker Wolfgang Gedeon, der im Dezember 2017 zum Bundesparteitag der AfD eine Resolution einbrachte, die forderte, dass sich Deutschland „auch wirtschaftliche Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegenüber Israel (sog. BDS-Politik) vorbehalten“ müsse.

Insofern unterstreichen all die genannten Fälle die Einschätzung des deutschen Verfassungsschutzes, dass „der antizionistische Antisemitismus die aktuell bedeutendste Form der Judenfeindschaft“ ist und widerlegen den FAZ-Feuilletonisten Patrick Bahners eindeutig.

Eine ausführliche Analyse zur israelbezogenen Judenfeindschaft, der Teile dieses Textes entstammen, findet man in meinem Artikel „Ein Lagebild des israelbezogenen BDS-Antisemitismus in Deutschland“, der am 9. September 2020 auf Audiatur-Online erschien.

Frage an Erzbischof Schick: Gibt es für Ihre Kirche wirklich nichts Wichtigeres als Trump-Kritik und den vermeintlichen „Putsch“ am Capitol?

Der amerikanische Präsident Trump versetzte hierzulande katholische Würdenträger mehr in Wallung als kircheneigene Kindesmissbrauchs-Skandale, Austrittswellen und seelsorgerisch unbetreute Corona-Patienten.

Von Peter Hahne

Er sei „entrüstet und fassungslos, immer noch und immer mehr!“ Das lässt der Bamberger Erzbischof Schick erregt via Pressestelle den „sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen“ mitteilen. Da wird man doch selbst als Lutheraner hellhörig. Vor allem, weil Schick zu den (nicht allzu vielen) geschätzten Bischöfen gehört, die sich zum Beispiel für Evangelisierung einsetzen und von mir oft zitiert werden. Was treibt ihm die Zornesröte ins Gesicht, was bringt ihn in Wallung, was erregt sein Gemüt? Schließlich sollen die Medien gerade diesen Aufruf ja veröffentlichen! Die dramatischen Kirchenaustritte, der sinkende Gottesdienstbesuch, die schleppende Aufklärung des verbrecherischen Missbrauchs?

All das, was linke Leute wie Prantl (SZ), Palmer (Grüne) oder jetzt auch der Influencer Lobo verzweifelt zur Sprache bringen. All die folgenschweren Schäden an den Schwächsten der Schwachen, den pflegebedürftigen Alten und den Kindern? Das ungetröstete Sterben in elender Einsamkeit, das staatliche Versagen bei den Impfungen...?

Oder vielleicht die bischöfliche Entrüstung „immer noch und immer mehr“ an dem Verschleudern von Ressourcen für einen synodalen Irr- und Holzweg? Über die Tötung fast aller ungeborenen Kinder mit Down-Syndrom, über den Gender-Wahn in der eigenen Kirche, den Ausverkauf von Ehe und Familie? Denn er dürfte doch das Apostelwort kennen, dass „das Gericht beginnen muss am Hause Gottes“ (1. Petrus 4, 17). Ach, mir fallen da viele Themen ein, die eines Bamberger Bischofs brennender Sorge bedürfen.

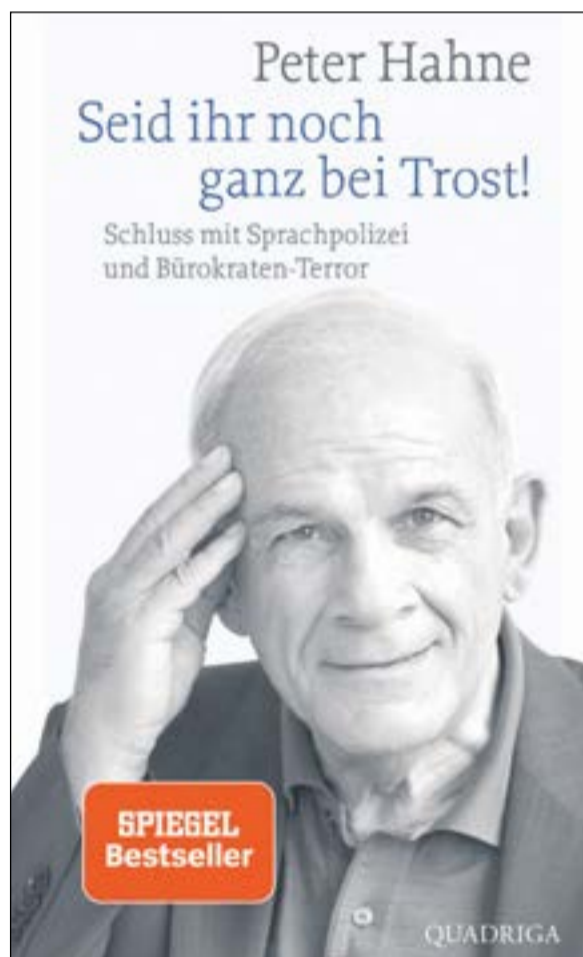
Nichts dergleichen! Schick findet es schick, sich in epischer Länge über ein Problem zu echauffieren, das 6.681 Kilometer entfernt liegt – der „Putsch“ im US-Kongress. Vom Bamberger Dom bis zum Washingtoner Capitol sind es exakt 4.151 Meilen. Es gibt jedoch im wahrsten Wortsinn naheliegendere

Probleme, Herr Erzbischof! Das nächste Altenheim, in dem durch staatliche Unfähigkeit und kirchliches Schweigen Unschuldige ungeschützt und ungetröstet sterben müssen, liegt gleich um die Ecke...

Was bewegt eigentlich Bischöfe, über Dinge quasi ex cathedra und via Presse (und nicht privat) zu urteilen, die sie schlichtweg nichts angehen? Für die sie qua Funktion kein Mandat haben. Über Dinge, die keine Priorität besitzen. Und dann noch dilettantischer, als jeder Jungredakteur es in den vielgescholtenen Medien machen würde. Fakten stören den Herrn Erzbischof nämlich nur, wenn er zum Beispiel ex cathedra bambergensis Richtung Washington brüllt, „einige evangelikale Gruppen haben keine gute Rolle gespielt.“ Ist die Tatsache über die 6.681 Kilometer-Strecke im Atlantik verdunstet, dass Millionen US-Katholiken bis in die Spitze des Episkopats hinein für Trump trommelten? Dass sie begeistert waren, als Trump eben keine evangelikale Texanerin, sondern die erz-katholische (und Todesstrafen-Befürworterin) Amy Coney zur Obersten Richterin ernannte?

In Bayern anfangen!

Ach, Herr Erzbischof, Sie tun mir leid. Einfach nur leid. Ich muss an meinen alten Lehrer Helmut Thielicke denken, den großen protestantisch-frommen Hamburger Theologen: „Da träumt der Brunnenfrosch vom großen Ozean.“ Einmal dabei sein zu wollen bei der großen Weltpolitik. Teilhaben an der Empörungswirtschaft, sich in den (heutigen) Schlagzeilen sonnen und Beifall heischen. Raus aus dem Dunkel. Endlich mal kein Missbrauch, keine Austrittswelle, kein Zölibat, kein Frauenpriestertum. Endlich raus aus der Babylonischen Gefangenschaft der immer gleichen Verteidigungsthemen. Endlich auf der „richtigen“ Seite und ohne Gegenwind. Endlich im Mainstream der Meinungen! Wie bil-



lig, wie wohlfeil, wie primitiv! Einfach mitschimpfen wie über das schlechte Wetter oder die hohen Mietpreise.

Sie haben sogar recht: „Politikerinnen und Politiker (Sie haben die anderen 62 Geschlechter allerdings völlig unkorrekt vergessen!) müssen Vorbilder sein für Vernunft, Wahrhaftigkeit, Dialogbereitschaft.“ Doch was schauen Sie da 4.151 Meilen nach Washington? 231 Kilometer bis München reichen doch, oder gar 61 nach Nürnberg: Dieser elende Hass, der dort von Ihren Amtskollegen beider Konfessionen oder der Staatsregierung gepredigt wird, diese Ausgrenzung ganzer Teile der Bevölkerung, der Wissenschaft, der Lehrer, der Ärzte, der Polizisten...

Wie Sektenführer, die verbissen und ohne die von Ihnen geforderte Dialogbereitschaft zerstörerisch agieren. Wer

nicht mitmarschiert, ist ein Nazi – so einfach ist das. Gleichschritt ist gefragt. Richard von Weizsäcker hatte recht: „Kirche ist nicht dazu da, Politik zu machen, sondern Politik möglich zu machen.“ Neudeutsch: Runde Tische statt zum Beispiel die geifernde, hasserfüllte Drohung, mit AfD-Anhängern dürfe man noch nicht mal Kaffee trinken. Auf Kirchentagen haben solche Elemente natürlich keinen Zutritt, ja man spricht ihnen öffentlich sogar das Menschsein ab.

Oder geben Sie etwa den renommierten Impfkritikern oder den namhaften Gerontologen und Kinderpsychologen, den verzweifelten Eltern oder den existenzbedrohten Gastwirten, den ungetröstet Sterbenden Raum und Stimme in „Dialogbereitschaft und Wahrhaftigkeit“? Ich sehe das nicht, habe dazu auch keine flammende Philippika a la Capitol im Ohr. Ja, Sie haben recht: „Es ist auch wichtig, dass Politiker (hier fehlen übrigens die Politikerinnen!) gewählt werden, die den Frieden fördern... und nicht die eigenen egoistischen Interessen.“ Fangen Sie in Bayern damit an! Vielleicht mit einem Hirtenbrief zur nächsten Wahl. Und scheuen Sie sich nicht, Namen zu nennen. Hinterlassen Sie Spuren für die Ewigkeit und keine reißerischen Schlagzeilen!

PS: Das Erzbistum Bamberg hat prozentual in Bayern die höchsten Kirchenaustritte.

Buchtipps

Seid ihr noch ganz bei Trost! Schluss mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror
 Von Peter Hahne
 Hardcover, 128 Seiten
 2020 Quadriga
 ISBN 978-3-86995-096-9
 12,00 Euro

Mit freundlicher Genehmigung des Erstveröffentlichers kath.net

Warum die JÜDISCHE RUNDSCHAU mit ihrem Einsatz für Israel und die Juden heute mehr gebraucht wird denn je (Teil 1)

Die Arbeit und die Alleinstellungsmerkmale der einzigen unabhängigen jüdischen Zeitung Deutschlands aus einer israelischen Perspektive betrachtet



Von Yonatan Shay

Auch der Pianist David Serebrjanik (hier bei einer Gala-Veranstaltung der JÜDISCHEN RUNDSCHAU) ist Teil der vielfältigen Autorenschaft von Deutschlands einziger unabhängiger jüdischer Zeitung.

Nach fünf Jahren in Deutschland habe ich viel über das Leben gelernt. Vor allem lernte ich, dass zwischen Deutschland und Israel ein gewaltiger Unterschied hinsichtlich der Mentalität und der Medienkultur besteht.

Ich habe zwei Jahre lang als Masterstudent in Düsseldorf gelebt, ein Jahr als Praktikant in Berlin gearbeitet und war weitere zwei Jahre als offizieller Vertreter des Staates Israel in Form einer Gesandtschaft der Jewish Agency for Israel in München tätig. Bereits als Student habe ich mitbekommen, dass etwas in der deutschen Gesellschaft nicht stimmt. Als ich mich mir unbekanntem Menschen gegenüber vorgestellt habe, sagte ich natürlich auch, dass ich aus Israel komme. Häufig schaute mich mein Gegenüber daraufhin komisch an.

Entweder wurde nichts gesagt und geschwiegen oder aber direkt nach dem Nahostkonflikt gefragt. Als ich dies meinen Kommilitonen und Kollegen erzählte, antworteten sie, dass das Schweigen aus den Schuldgefühlen resultiere. Anscheinend kannten sie das Ausmaß der Verbrechen ihrer Nazi-Großeltern und trauten sich aufgrund dieser Schande daher als Enkelkinder dieser Kriegsverbrecher nicht, einem Juden in die Augen zu schauen.

Damals war ich so naiv und dachte, dass dies wohl so stimmen möge.

Die „Tagesschau“ hat bei den Deutschen ganze Arbeit geleistet: Israel gilt als Hauptgefahr für den Weltfrieden

Einige Jahre später habe ich realisiert, wie falsch ich lag. Ich habe mich in die deutsche Gesellschaft gut integriert, fleißig Deutsch gelernt und kannte die „Grenzen des Sagbaren“. Vor allem erfuhr ich mit Schrecken, wie sehr der Antisemitismus in Deutschland noch immer gesund und munter existiert, ja sogar wächst und gedeiht, und mein Heimatstaat Israel – dank dem ein erneuter Holocaust nicht möglich ist – in Deutschland Umfragen zufolge eines der meistgehassten Länder ist.

Ich habe erfahren, dass für manche Menschen der Staat Israel nicht nur im Nahen Osten, sondern gleich für die ganze Welt, das Wurzel allen Übels darstellt. Und wir Israelis sind ohnehin die neuen Nazis.

Meine Beobachtungen werden in akademischen Untersuchungen bestätigt. Eine Umfrage der Europäischen Union aus dem Jahr 2003 zeigt auf, dass 65 % aller Deutschen den Staat Israel als die größte Gefahr für den Weltfrieden ansehen. 2003, also

nicht einmal 60 Jahre nach dem Holocaust, wird der Judenstaat derart be- und verurteilt.

Daraufhin legte ich meine Naivität ab.

Ich habe häufig die Überschriften unterschiedlicher Zeitungen gelesen, habe viele Gespräche mit verschiedenen Menschen während unterschiedlichster Veranstaltungen geführt und als Praktikant im Deutschen Bundestag ebenfalls mit einigen Politikern und Akademikern gesprochen.

Der Nazi-Vorwurf macht nicht einmal vor Juden Halt

Schritt für Schritt wurde mir klar, dass ein demütiger und fügsamer Jude in Deutschland aus seiner Jiddischkeit viel Kapital schlagen kann. Im Gegensatz dazu wird ein stolzer, zionistischer Jude, der sich für die historischen und biblischen Rechte der Juden auf das Heilige Land einsetzt, und sich weigert, sein Heimatland Israel als fremde, koloniale Besatzungsmacht zu betrachten, schnell mit dem Etikett eines „Braunen“ versehen. Dass der „Braune“ jüdisch ist, scheint für die Diffamierung kein Hindernis zu sein.

So begann ich im Laufe der Zeit das Problem in der Gesellschaft zu ver-

stehen, welches verbreiteter und verwurzelter war als ich zunächst dachte. Der Antisemitismus ist nur ein Teil des Problems. Auch viele Wahrheiten und Selbstverständlichkeiten dürfen in Deutschland nicht laut ausgesprochen werden. Zum Beispiel darf man andere Religionen nicht kritisieren, auch wenn sie in ihrem Kern viele Elemente des Hasses und der Gewalt beinhalten.

Auch das strukturelle Versagen der jüdischen Gemeinschaft darf nicht öffentlich kritisiert werden, genauso wenig wie der unproportional hohe Geldfluss, den die jüdischen Gemeinden (ebenso wie die evangelischen und katholischen) von deutschen Behörden erhalten.

Leider darf man auch nicht sagen, dass bestimmte, von breiten Teilen der Bevölkerung gelesene Zeitungen, aber auch etablierte politische Parteien eine Obsession mit den Juden und Israel haben, die an Antisemitismus grenzt. Daran ist am traurigsten, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland bei diesem widerwärtigen „Spiel“ mitmacht und in die Hände der Israelhasser spielt, die sie durch die Überfinanzierung erpressen. Der deutsche Politikwissenschaftler syrischer Herkunft, Bassam Tibi, hat ein-

mal gesagt: „Es gibt eine Atmosphäre der Selbstzensur in Deutschland.“

Dem kann ich nur vollumfänglich zustimmen. Aus meinem israelischen Blickwinkel denke ich mir, dass diese Selbstzensur auf einem ausgeklügelten Mechanismus basiert, der tief in der deutschen Kultur wurzelt. Jeder weiß das und trotzdem macht niemand seinen Mund auf. Wie frustrierend ist das denn? Zwar haben wir in Israel andere große Probleme, allerdings gehört die Selbstzensur nicht dazu.

Ein Funken Hoffnung

Doch eines Tages erlebte ich plötzlich auf meinem Computerbildschirm einen Funken Hoffnung. Denn ich stieß in einer, mir bis dato unbekannt, jüdischen Zeitung auf eine unzensurierte und auf den Punkt gebrachte Überschrift eines Artikels, der einfach nur die Realität widerspiegelte. Es handelte sich um einen Artikel von Ulrich Jakob Becker, der in der Jüdischen Rundschau Ende 2016 veröffentlicht worden ist. Er trug den Titel: „Im 21. Jahrhundert wurden alle antisemitischen Morde in Europa von Moslems begangen“.

Dieser Artikel hat einfach und verständlich analysiert und schließlich bestätigt, was mir bereits zuvor klar war, aber in Deutschland nicht frei ausgesprochen werden darf: Die größte Gefahr für Juden in Westeuropa ist heutzutage der muslimische Antisemitismus.

Diese Zeitung, die Jüdische Rundschau, ist die vernünftige jüdische Stimme, bei der noch nach der Wahrheit gesucht und diese auch benannt wird.

Ich erinnerte mich, dass ich ein paar Wochen zuvor ein Interview eines Bekannten von mir, namentlich des Hasbara-Machers Sacha Stawski, mit dem Titel „Der deutsch-jüdische Tausend-sassa“ gelesen hatte. In diesem Interview hat Sacha in alle Richtungen geschossen und dabei die Namen vieler deutscher Journalisten erwähnt, die den Ruf Israels in Deutschland beschädigen und mit ihren Reportagen ein verzerrtes Israel-Bild zeichnen und dadurch den Antisemitismus in Deutschland befördern.

Dann erinnerte ich mich noch, dass es eine jüdische Zeitung gewesen ist, die dieses Interview veröffentlicht hatte, und nach einer kurzen Recherche sah ich, dass es wieder die Jüdische Rundschau war. Daraufhin wurde die Jüdische Rundschau zu meiner favorisierten Zeitung.

Welche andere Zeitung würde einem zionistischen, jüdischen Freund Israels eine Bühne bieten? Einem Journalisten, der gegen die antisemitischen Mächte der Finsternis in den deutschen Medien kämpft, durch die das „Israel-Bashing“ eine blühende Industrie geworden ist?

So etwas ist nur bei der Jüdischen Rundschau möglich, der einzigen vernünftigen, jüdischen Stimme, auf die ich in Deutschland gestoßen bin. Sie ist eine einzigartige „Voice of the Voiceless“! Diese schuldet niemanden etwas, ist unabhängig und strahlt wie ein Leuchtturm in einer feindlichen Umgebung voller Fake-News und Zensur – genauso wie der Staat Israel ein Leuchtturm der Demokratie im Nahen Osten darstellt.

Keine Angst vor der Wahrheit

Diese Zeitung fürchtet sich nicht davor, die Wahrheit zu erzählen und die Vielfalt der Autoren, die für die Zei-



tung schreiben, ist enorm. Der Staat Israel, der in der Jüdischen Rundschau präsentiert wird, ist die Lösung – und nicht das Problem. Die Zeitung zeigt sowohl die Komplexität als auch die Herzlichkeit dieses Staates. Sie berichtet so, wie ich es von einer jüdischen Zeitung in Deutschland erwarten würde.

Im Laufe der Zeit habe ich erfahren, dass einige Autoren, die auch für diese Zeitung schreiben, Ansichten und Meinungen vertreten, die nicht mit der Meinen übereinstimmen. Sie befinden sich, milde ausgedrückt, auch nicht auf meiner Freundesliste.

Nichtsdestotrotz stellt dies eine Stärke dieser Zeitung dar, und keine Schwäche. Es zeigt vielmehr, dass die Zeitung pluralistisch und unabhängig ist und ein breites Meinungsspektrum abbildet.

Damals wusste ich es noch nicht, doch wie das Schicksal es wollte, begann ich zwei Jahre, nachdem ich die Jüdische Rundschau kennengelernt habe, selbst für die Zeitung zu schreiben. Dabei fand ich heraus, dass diese Zeitung auch als eine fantastische Plattform für die Bekämpfung von Antisemitismus dienen kann.

Ich bin mir sicher, dass sich der linksradikale Israelhasser und Journalist Andreas Zumach bis heute noch nicht von meinem Debütartikel für die Jüdische Rundschau erholt hat. In diesem Artikel habe ich sein wahres Gesicht gezeigt und seine „intellektuellen Verbrechen“ und Lügen

gegen das jüdische Volk und den Staat Israel aufgedeckt und entkräftet. Er hat das Erinnern anlässlich des 80. Jahrestages der Reichspogromnacht durch seinen antisemitischen Vortrag an der LMU München geschändet.

Und welche bessere Bühne gibt es, um auf die Umtriebe von Andreas Zumach hinzuweisen, als die Jüdische Rundschau? Die Jüdische Rundschau verkörpert für mich die wichtige Mitzwa „Zedek Zedek tirdof“ aus der Thora, was auf Deutsch „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit jage nach“ bedeutet (5. Buch Moses 16, 20).

Deutsche Kultur der Selbstzensur

Es ist schwierig den Israelis die Kultur der Selbstzensur, die in Deutschland herrscht, zu erklären. Man muss es hautnah erleben, um es zu verstehen.

Allerdings kann ich dennoch mit großem Stolz sagen, dass es in Deutschland auch eine mediale jüdische Stimme gibt, die nicht zum Schweigen gebracht werden kann.

Diese Zeitung nimmt sich die Freiheit und findet den Mut, um sich mit politisch unkorrekten Themen zu beschäftigen, die vielleicht nicht so attraktiv für das breite Publikum sind, aber doch dafür sorgen, dass die Wahrheit immer ans Licht kommen wird. Egal ob es sich um die widerliche Heuchlerei von deutschen Politikern hinsichtlich ihres „Fake-Kriegs“ gegen Antisemitismus und die BDS-Bewegung geht, um die Finanzierung linksradikaler, dschihadistischer und BDS-naher Organisationen in Israel mit deutschen Steuergeldern oder sogar um den Filz in jüdischen Einrichtungen und Institutionen, die sehr großzügig durch deutsche Behörden finanziert werden, damit diese sie kontrollieren können – die Jüdische Rundschau ist immer da, um die Themen zu beleuchten, die vom Großteil der deutschen Medien unter den Teppich gekehrt werden.

Auch das pikante Thema „Juden in der AfD“ ist dank der tollen Reportage der amerikanisch-jüdischen Journalistin Orit Afra aus dem Jahr 2018 nicht aus dem Blickfeld der Jüdischen

Rundschau verschwunden.

Die Zeitung hat keine Angst davor, die Heiligen Kühe der Deutschen zu schlachten, solange die Schlachtung kosher ist. Das heißt, eine sachliche, professionelle, anständige und fundierte Schreibweise ohne Schleimerei bei mächtigen und einflussreichen politischen und/oder jüdischen Figuren. Damit stellt sie einen Gegensatz zu anderen jüdischen Zeitungen in Deutschland dar.

Die „Süddeutsche“ interessierte sich nicht für die Gegendemonstranten

Zum Schluss möchte ich noch eine Anekdote erzählen: Vor acht Monaten habe ich der Jüdischen Rundschau ein Interview gegeben.

Die Zeitung wollte über den Protest der „Im Tirtzu“-Bewegung in Jerusalem angesichts des Besuchs von Bundesaußenminister Heiko Maas berichten, der die Ausweitung der israelischen Souveränität auf Teile Judäas und Samarias verhindern wollte. Während die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrem Bericht über diesen Besuch mich und andere Demonstranten als „Meschugge-Juden“ mit Megafonen dargestellt hat, die nur den Besuch stören und provozieren wollten, strebte die Jüdische Rundschau danach, der Sache auf den Grund gehen. Sie wollte durch das Interview die Hintergründe des Protestes nachvollziehen und vorstellen. Heraus kam ein tolles Interview, das die deutsch-jüdische Autorin Michal Kornblum geführt hat („Ist die israelische Sicherheit wirklich noch deutsche Staatsräson?“).

Das ist für mich die Jüdische Rundschau „in a Nutshell“: Eine Zeitung, die immer nach der Wahrheit strebt, die den Dingen auf den Grund geht und das „große Ganze“ präsentiert, das von den Mainstream-Medien in Deutschland gerne ignoriert oder übersehen wird.

Wie bereits oben erwähnt ist ein unabhängiger, zionistischer und starker Jude nicht unbedingt der Liebling der deutschen Medien. Ich bin froh, dass es die Jüdische Rundschau gibt, die solchen Menschen, Menschen wie mir, eine Stimme verleiht. Dafür trage ich sie in meinem Herzen.

Mazal Tov zu sechs erfolgreichen Jahren nach der Neugründung!

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“

bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Angela Merkel: Die nackte Kaiserin

Die Bundeskanzlerin lässt sich von ihren staatsnahen Medien und Parteifreunden als große Staatsfrau feiern, die wie keine Zweite das Volk vor der Pandemie rettet. Mit der deutschen Impfmisere aber drohen Schwindel und Versagen ihrer Politik immer deutlicher aufzufliegen. Jedenfalls konnten es Trump und Johnson trotz der nicht abreißenden hämischen Schelte unserer Medien deutlich besser.

Von Roland Tichy

Wer täuschen und betrügen will, braucht einen, der sich gerne täuschen und betrügen lässt. Um zu begreifen, was heute vor unseren Augen geschieht, hilft nur ein Ausflug in die Märchenwelt, in diesem Fall Hans-Christian Andersens „Des Kaisers neue Kleider“: Ein Kaiser lässt sich von zwei Betrügern für viel Geld neue Gewänder weben. Diese machen ihm vor, die Kleider seien nicht gewöhnlich, sondern könnten nur von Personen gesehen werden, die ihres Amtes würdig seien. Die Betrüger spielen aber nur vor, zu weben, zu nähen und zu schneiden und dem Kaiser die Kleider zu überreichen. Es gibt die Stoffe nicht. Aus Eitelkeit erwähnt der Kaiser nicht, dass er die Kleider selbst auch nicht sehen kann, und auch die Untertanen jubeln über die scheinbar schönen Stoffe. Der Schwindel fliegt erst auf, als ein Kind ruft „Aber der Kaiser ist nackt“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel steht mit ihrer Corona-Politik nackt da. Als eine, die sich hat täuschen lassen und dabei mitgespielt hat; und dafür noch bejubelt wird.

- Zunächst wurde das Auftreten der Krankheit in China als harmlos abgetan.
- Deutschland sei bestens vorbereitet.
- Nur „Rechte“ wollten die Bevölkerung mit ihren Warnungen „verunsichern“.
- Masken seien absoluter Unsinn und überflüssig.

Wir alle mussten für diese Fehler teuer bezahlen – mit Toten, mit dem Stillstand von Gesellschaft und Wirtschaft. Und mit der Maske vor Mund und Nase.

Dann sollte die Impfung die Rettung bringen.

Ja, da gibt es grandiose Erfolge: Ein bis



Bundeskanzlerin Merkel und ihr Gesundheitsminister Spahn wirken in Corona-Zeiten planlos und managen die Situation schlechter als andere Staatenlenker.

gen gekauft, um es angeblich Trump wegzuschnappen. Auch das ist ein tolles Unternehmen – aber weder hat es bisher geliefert, noch hat je Trump danach gegrabscht. Weg ist das Geld, aber der Impfstoff woanders.

Denn jetzt impfen die USA jeden Tag eine Million Bürger, und Israel hat bereits jeden Zehnten seiner Bürger geimpft. In Deutschland dagegen fahren Lastzüge Impfdosen durchs Blitzlichtgewitter einer begeisterten Presse. Nur sind die Lastzüge leer. So leer wie der Kaiser im Märchen nackt war. USA, Großbritanni-

ih Ministerpräsidenten Beifall, wie Markus Söder. Aber in den Altersheimen sterben unsere Eltern und Großeltern.

Weil versäumt wurde, Sicherungskonzepte zu entwickeln. Die sind aber möglich. Denn neben Heimen, in denen das Virus wütet, gibt es Heime, die es schaffen, das Virus fernzuhalten. Man muss es wollen, nicht södern:

Mit Konzepten, Personal, Material.

Diejenigen, die in ihrem Verantwortungsbereich Schutzmaßnahmen entwickelt haben, werden dafür bestraft:

immer noch in der Bürokratie von Wirtschaftsminister Peter Altmaier fest.

- Der Handel stirbt.
- Wer im Schnee mal Luft schnappen will, wird bestraft.

In Merkels Reich passt nichts zusammen.

Statt selbst genügend Impfstoff aus Mainz zu kaufen, hat sie ihre Freundin Ursula von der Leyen damit beauftragt. Die ist als EU-Kommissionsvorsitzende die Chefin der unfähigsten Bürokratie der Welt, die nur Gesetze im fernen Brüssel macht, aber nicht die Nöte der Menschen im wirklichen Leben kennt.

Kein EU-Beamter war je in einem deutschen Altersheim! Ursula von der Leyen hat die Bundeswehr ruiniert und versagt jetzt erneut.

Jetzt wird deutlich: Sie wollten sparen. Sparen und auf einen billigeren Impfstoff warten, der aber aus Frankreich kommt. Was für eine Dummheit! Menschen sterben wegen ein paar Euro, wo sonst nie gespart wird. Und weil es immer noch nicht reicht: Statt zu handeln, werden Kritiker beschimpft:

Als „Impf-Nationalisten“.

Ja, dann bin ich eben ein Nationalist, wenn dadurch Menschenleben gerettet werden!

Nein, ich will nicht sterben für dieses Europa der Versager, Bürokraten und seiner nackten Kommissarin und ihrer nackten Kaiserin. Mehr, als auf „Rechte“ zu schimpfen, hat diese Kanzlerin nicht drauf um von ihren Fehlern abzulenken. ARD und ZDF applaudieren dazu, verbreiten die Brüsseler Spitzenmärchen vom weitsichtigen Handeln der Kanzlerin und ihrer tüchtigen Kommissarin an die Eingesperrten vor den Fernsehgeräten.

Aber jetzt ruft ein kleines Mädchen:

„Die Kaiserin ist doch nackt“.

Wir sehen es alle.

Ein letzter Satz aus dem Märchen.

„Der Kaiser erkennt, dass das Volk recht zu haben scheint, entscheidet sich aber, „auszuhalten“ und setzt mit seinem Hofstaat die Parade fort.“



Dr. Drosten hantiert mit ungenauen Zahlen.

dahin unbekanntes Unternehmen aus Mainz hat den ersten wirksamen Impfstoff erfunden und produziert.

Die Kanzlerin hat damit nichts zu tun. Ihr Minister Peter Altmaier hat stattdessen für 300 Millionen Euro Anteile am Unternehmen Curevac aus Tübin-

en, Israel – die angeblich populistischen Politiker Trump, Johnson und Netanjahu impfen, was die Nadeln hergeben.

Merkel dagegen impft mit Nadeln, die es nur in ihrer Einbildung gibt. Bei Merkels Tempo dauert es Jahrzehnte, bis der rettende Stoff kommt. Und dazu klatschen

- Die Kneipe am Eck muss schließen, obwohl zwischen den Tischen Plexiglasabsperrungen stehen.

- Das Restaurant geht pleite, weil es trotz der teuren Abluftanlage zugesperrt wird.

- Die versprochenen Hilfen hängen

Das jüdisch-arabische Miteinander war in den 1970er Jahren trotz der damaligen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen generell spannungsärmer als heute

Asriel und Varda Simchoni sind Siedler der ersten Stunde. Sie erinnern sich an die Anfangsjahre ihrer Wahlheimat Ofra. Unausweichlich kommen sie auch auf die damals alles in allem guten Beziehungen mit den arabischen Nachbarn zu sprechen. Das klingt dann ganz anders als das, was vielfach über jüdisches Leben in Judäa und Samaria in den Leitmedien zu lesen und zu sehen ist.

(Israelnetz) In seinem geräumigen Wohnzimmer steht Asriel Simchoni vor einem großen Bücherregal: „Irgendwo hier muss er sein, der Koran.“ Der religiöse Jude sucht zwischen den zahlreichen Kommentaren jüdischer Gelehrter. Im obersten Regal wird er schließlich fündig. „Mein Vater hat Bücher geliebt. Er hat mir auch dieses Buch geschenkt. Schau, hier siehst du es: ‚Der Koran, aus dem Arabischen ins Hebräische übersetzt von Josef Rivlin, dem Vater unseres heutigen Präsidenten.‘ Freudig schlägt er das Buch auf und liest daraus vor. Dazu erklärt er: „Im Gegensatz zu den Eltern vieler meiner Freunde hat mein Vater uns nicht verboten, im Koran oder im Neuen Testament zu lesen.“

Diese Prägung kommt ihm heute zugute: Simchoni lebt in der Siedlung Ofra, die in unmittelbarer Nähe der arabischen Ortschaften Ejn Jabrud und Silwad liegt. Er ist ein Siedler der ersten Stunde. Geboren ist Simchoni 1946 im Jerusalemer Buchari-Viertel, einem der ersten Viertel außerhalb der Altstadtmauern. „Ich bin die vierte Generation im Land und gehöre zu den Sepharden“, den orientalischen Juden. Als sein Urgroßvater in den 1880er Jahren aus Turkmenistan ins verheißene Land kam, zählte er zu den Gründern des Buchari-Viertels. „Bis heute ist das von ihm gebaute Gebäude sehr präsent im Viertel und beherbergt eine der größten jüdischen Hochschulen, die Kamnitz-Jeschiva.“

Dass Simchoni religiöser Jude ist, wird bereits an seinem Hauseingang deutlich. In Stein gehauen sind die Worte aus Psalm 135: „Wenn ich dich vergesse, Jerusalem, so verdorre meine Rechte“. Weitere Bibelverse sind in großen Lettern an den Wohnzimmerwänden angebracht. Selbst ist Simchoni noch nie im Ausland gewesen, bringt aber eine große Offenheit für seine Mitmenschen und Andersdenkende zum Ausdruck: „In den zwei Jahren vor unserer Bar Mitzva ging mein Vater mit mir und meinen Geschwistern an jedem Schabbat in eine andere Synagoge in den Gottesdienst. Wenn mir der Gottesdienst irgendwo nicht gefiel, sagte mein Vater: ‚Dann gehen wir dort nächste Woche nochmal hin.‘ Manchmal hatten wir weit zu laufen, aber dadurch habe ich einen großen Weitblick bekommen.“

Sephardisch-askhenasische Ehe

Als Asriel 1973 Varda, eine Jüdin mit nord-europäischen Wurzeln, heiratete, war es trotzdem nicht immer einfach. Sie erzählt: „Weitgehend habe ich die Bräuche der Sepharden übernommen, aber natürlich war es vor allem anfangs nicht immer einfach, dass ich Askhenasin war und er Sepharde. Heute bin ich aber in jeder Hinsicht eine Sephardin.“ Ihr Mann wirft lachend ein: „Zumindest fast. Denn du gehst in eine askhenasische Synagoge.“ Ernster fügt er hinzu: „Aber, Gott sei Dank, unsere Tochter ist mit einem Jemeniten verheiratet und unser Sohn mit einer Askhenasin. Wir wollen jedem Menschen mit Offenheit begegnen, ganz gleich seiner politischen oder religiösen Ausrichtung.“

Asriel berichtet: „Nach unserer Hochzeit zogen wir nach Kiriath Jovel. Aber schon bald wollten wir nicht mehr in der Stadt wohnen und suchten nach einem Jischuv.

Als ich 1975 zum ersten Mal nach Ofra kam, gab es hier keine Erde. Nur Felsen. Es war so unheimlich still wie auf einem Friedhof. Man könnte fast sagen, es war eine ohrenbetäubende Stille, es gab keine Bäume, nicht einmal Vogelgezwitscher.“

Ein kahles Land

„Als ich nach Ofra kam, wohnten etwa 15 Familien hier. Wir begannen, mit LKW Erde heranzukarren. Zunächst kam ich einmal die Woche als Freiwilliger, um Wache zu halten. Am 19. Februar 1976 zogen wir dann nach Ofra. Ich erinnere mich an diesen Tag, als wäre es mein Geburtstag. Varda war schwanger mit unserem ersten Kind, der Jischuv war wenige Monate alt.“

Simchoni strahlt, wenn er sich an diese Gründerzeit erinnert: „Als mein Vater uns hier im Februar 1976 zum ersten Mal besuchte, war er so glücklich! Es war, als wären ihm Flügel gewachsen.“ Er geht mit großen Schritten durchs Wohnzimmer: „So ging er über diese Erde. Er sagte mir: ‚Dein Urgroßvater war ein Pionier und nun bist auch du Pionier, weil du außerhalb von Jerusalem siedelst.‘“

Heute hat Ofra rund 4.000 Einwohner. Der Ort ist knapp 30 Kilometer nördlich vom Jerusalemer Stadtzentrum gelegen, direkt an der Straße 60, die das nördliche Westjordanland mit der Hauptstadt verbindet. Die Atmosphäre ist idyllisch, Kinderlachen allgegenwärtig. Es gibt mehrere Kindergärten und Grundschulen, sogar eine weiterführende Mädchenschule.

„Ursprünglich war Ofra das Lager für die jordanische Legion“, erzählt Asriel über die Zeit vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967, als Jordanien das Gebiet kontrollierte. „Das Tal neben dem Tel Chatzor, wo das Militär stationiert war, hatte einen großen Vorteil: Man konnte die Straße entlangfahren, ohne dass man die Militärbasis sehen konnte. Die Jordanier hatten Häuser gebaut, sie aber nie fertiggestellt, sodass niemand drin gewohnt hatte. Wir jungen Israelis bezogen nun diese halfertigen Bauten, in denen der Fußboden aus Felsen bestand.“

Simchoni tritt vor die Tür und zeigt auf den gegenüberliegenden kahlen Hügel: „Schau, genauso sah Ofra damals aus.“ Es habe einen beduinischen Wächter gegeben, der war noch von König Hussein aus Jordanien eingesetzt. Das Dorf war voller Müll und Gestank. „Als wir kamen und aufräumten, freuten sich die Beduinen aus der Gegend.“ Varda erzählt: „Zu den Beduinen hatten wir gute Beziehungen. Wir kauften bei ihnen ein. Sie begrüßten uns stets und waren sehr herzlich.“ Lange sei es überhaupt nicht klar gewesen, ob „das Siedlungsprojekt“ weitergehen könne. „1977, als Schimon Peres übergangsweise Premierminister war, gingen einige von uns zu ihm, um seine Erlaubnis einzuholen. Er gab keine Erlaubnis, hinderte aber auch nicht am Weiterbau. Wahrscheinlich wollte er sich nicht unbeliebt machen und dachte, wir würden den schwierigen Lebensbedingungen ohnehin nicht lange standhalten.“

Respekt für die Nachbarn

Wenn Simchonis an die ersten Jahre in der Siedlung denken, denken sie immer wieder

auch an die guten Beziehungen zu den arabischen Nachbarn: „Wir bauten im Ort eine Feldschule auf, ein Programm, für das Schüler zu uns kommen, um eine praktische Ausbildung als Ergänzung zum theoretischen Unterricht zu erhalten. Uns war wichtig, dass die Schüler lernten, Rücksicht auf ihre Umwelt zu nehmen. Zum Beispiel durften sie niemals die bestellten Felder betreten oder die Früchte der Araber pflücken. Bei uns lernten sie auch, auf die Friedhöfe der umliegenden Beduinensämme achtzugeben, die für ungeübte Augen oft nicht erkennbar sind. Die Araber achteten uns dafür. Oft luden sie uns auf einen Kaffee ein.“

Asriel erinnert sich gern an die Zeit: „Oft kamen sie, um uns Trommeln, Zupfinstrumente, selbstgebaute Flöten oder anderen Krimskrams anzubieten. Unsere Leute kauften das gerne.“ Damals sei die Atmosphäre eine andere gewesen, die Beziehungen freundschaftlich. „Ich weiß nicht, ob sie uns wirklich mochten“, sinniert Asriel. „Aber sie waren immer freundlich und immer wieder hörten wir von Arabern, die sagten: ‚Es ist Gottes Wille, dass ihr auf diesem Land wohnt. Er hat euch diese Erde gegeben. Es ist gut, dass ihr hier seid.‘“

Sie hatten einen Wächter, aber eigentlich nie wirkliche Grenzen. Wie in allen Siedlungen üblich, ist auch Ofra heute umzäunt und die Einfahrt nur durch eine Schranke möglich. „Damals kamen die Araber, um in unserem kleinen Laden einzukaufen. Wir lernten von ihnen und sie von uns. Wir kannten uns mit Namen. Die Probleme begannen dann nach einigen Jahren, als Juden, die dafür bezahlt wurden, zu den Arabern kamen und ihnen sagten, wir Siedler hätten ihnen ihr Land weggenommen. Plötzlich redeten auch unsere arabischen Nachbarn von der ‚Besatzung‘. Die, die am lautesten von Menschenrechten redeten, säten eigentlich Zwietracht.“

Asriel ist zwar Landwirt, arbeitete aber viele Jahre auf dem Bau. Auch dort hatte er zahlreiche Kontakte zu Arabern. „Ich stellte fest, dass Arabisch viele Parallelen zu Hebräisch aufweist, also lernte ich etwas Arabisch. Durch die Sprache bekam ich eine Verbindung zu den Menschen. Ich fragte sie auch immer wieder nach neuen Wörtern, das brachte mir Respekt ein. Wir aßen gemeinsam, auch das hat Gemeinschaft geschaffen.“

Araber auf Suche nach einem Schwiegersohn

Varda erinnert ihren Mann lachend an einen der Arbeiter aus Bethlehem: „Erinnerst du dich, dass er dir deine Tochter zur Frau geben wollte?“ Asriel erzählt: „Da war diese große Baustelle. Wir waren etwa 400 Arbeiter. Und eines Tages lud mich der Vorarbeiter zum Kaffee ein und sagte: ‚Ich habe dich beobachtet. Du bist ein guter Mann. Ich möchte, dass du meine Tochter heiratest.‘ Ich wusste, das ist eine große Ehre. Aber es war mir unangenehm,



Die jüdischen Siedler Asriel und Varda Simchoni

ich war doch längst verheiratet! Also sagte ich ihm: ‚Aber hier sind so viele Muslime. Ich bin Jude. Warum willst du ausgerechnet mich zum Schwiegersohn?‘ Er sagte: ‚Wo ist das Problem: Ich glaube an Muhammad und du an Moschee. Aber wir beide essen kein Schweinefleisch. Ich sehe, wie du mit den Menschen hier umgehst. Du bist ein guter Mann.‘ Ich versuchte nochmals abzulehnen: ‚Aber ich bin doch schon verheiratet!‘ Da sagte er: ‚Na und? Bist du Sepharde oder Askhenase? Ihr Sepharden habt doch keinen Rabbi Gerschom, der euch verboten hätte, mehr als eine Frau zu nehmen.‘“

Dieser Mann habe recht gehabt: „Mein eigener Urgroßvater hatte mehrere Frauen. Ich war fasziniert, dass dieser Araber so viel über uns wusste! Er arbeitete als Steinmetz und war ein sehr fleißiger Mann. Ich fragte ihn, warum er diese schwere Arbeit tue. Er sagte mir: ‚Ich bin ein vermögender Mann. Ich habe Geld, Land, einen Laden, einen LKW und vermiete Häuser. Aber ich weiß, dass ich, wenn ich nicht mehr arbeiten würde, sterben würde.‘ Mir hat diese Arbeitsmoral stark imponiert.“

Varda ergänzt: „Natürlich war zwischen uns Juden und den Arabern nicht immer alles einfach. Aber wir haben immer wieder erlebt: Ein Zusammenleben ist möglich.“

Vom Wehrdorf zum „Friedenshindernis“

Zwischen 1950 und 1967 war das biblische Kernland Judäa und Samaria von Jordanien annektiert – die Völkergemeinschaft akzeptierte dies nie. Im Sechs-Tage-Krieg eroberte Israel dieses Land – nach und nach begannen Juden dort zu siedeln. Deutsche Leitmedien wie „Spiegel“ und „Zeit“ bezeichneten die Ansiedlungen zunächst verständnisvoll als „Wehrdörfer“ und berichteten durchweg positiv über sie und ihre Bewohner, die „Neuzeit-Pioniere“. Israel habe die Argumente auf seiner Seite, notierte etwa die „Zeit“ im September 1967, „solange arabische Nationalisten weiterhin den revolutionären Volkskrieg predigen, solange weiterhin Bombenleger und Hammeldiebe Israels Grenzen unsicher machen“. Seit Ende der 70er Jahre werden die Siedlungen in der europäischen Presse fast durchweg als „Friedenshindernis“ bezeichnet. Juden verwenden oft den neutralen Begriff „Jischuv“, „Ansiedlung“.

Diesen Artikel finden Sie auch in der Ausgabe 6/2020 des „Israelnetz“-Magazins.

Berühmter Philanthrop und Israel-Unterstützer Sheldon Adelson im Alter von 87 Jahren verstorben

Mit Sheldon Adelson stirbt eine Ikone des zeitgenössischen Zionismus. Der Milliardär galt zudem als einer der wichtigsten Unterstützer Netanjahus. Dieser würdigt den bekannten Wohltäter und großzügigen Spender als aufrichtigen „jüdischen Patrioten“.

(Israelnetz) Der jüdisch-amerikanische Multimilliardär und Israel-Unterstützer Sheldon Adelson ist tot. Er starb im Alter von 87 Jahren „nach langer Krankheit“ im kalifornischen Malibu. Das teilte sein Unternehmen „Las Vegas Sands“ am Dienstag mit. Adelson litt am Non-Hodgkin-Syndrom, einer Krebserkrankung des Lymphsystems.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) kondolierte „mit gebrochenem Herzen“: „Sheldon war einer der größten Spender in der Geschichte des jüdischen Volkes. Er gab für den Zionismus, für Siedlungen und den Staat Israel.“ Adelson sei ein „jüdischer Patriot“ gewesen. Netanjahu lobte Adelsons „Scharfsinnigkeit, ehrliches Denken und starke Persönlichkeit“: „Ich muss sagen, dass ich viele wundervolle Menschen kennengelernt habe. Aber dieser Gigant, eine Persönlichkeit wie Sheldon, tritt nur einmal in einer Generation auf.“

Der israelische Abgeordnete und ehemalige Minister auf verschiedenen Positionen, Naftali Bennett (Jamina), versicherte, Adelson werde in die jüdischen Geschichtsbücher eingehen. „Sheldon Adelson war kein praktizierender Jude, aber seine heroischen Taten für den (jüdischen) Staat und das Volk waren gottgefällig.“ Viele weitere Politiker und Personen der israelischen Öffentlichkeit brachten Trauer und Respekt zum Ausdruck.

Vermögender Philanthrop

Adelson wurde 1933 in einem ärmlichen Vorort von Boston geboren. Seine Eltern waren jüdische Einwanderer aus dem Russischen Reich. Nach Tätigkeiten als Kreditvermittler und Finanzberater arbeitete er sich zu einem der erfolgreichsten Kasino- und Immobilienmogule des Landes hoch. Das „Forbes“-Magazin listete ihn im November 2020 auf Platz 28 der reichsten Menschen der Welt, mit einem Vermögen von rund 33,5 Milliarden Dollar.

Der Unternehmer gehörte zu den bedeutendsten Geldgebern für jüdische und israelische Organisationen. Im Jahr 2006 spendete Adelson 25 Millionen Dollar für die Jerusalemer Holo-



Sheldon Adelson und seine Ehefrau zu Besuch bei einem Empfang von Präsident Trump und Premier Netanjahu im Weißen Haus im Januar 2020.

caust-Gedenkstätte Yad Vashem. Zwei Jahre später gab er der Birthright Israel Foundation, die jungen Diaspora-Juden eine kostenlose Reise nach Israel ermöglicht, 34 Millionen Dollar. Seit 2007 soll er für Birthright laut Medienberichten hunderte Millionen Dollar gespendet haben.

Die „Bibi-Zeitung“

Zugleich galt Adelson als einer der größten Unterstützer Netanjahus. So rief er im Jahr 2007 die Gratiszeitung „Israel Hajom“ ins Leben. Mitte 2010 überholte sie mit einem Marktanteil von 35 Prozent „Yediot Aharonot“ als meistgelesene Zeitung. Als Grund für das Projekt gab Adelson die aus seiner Sicht unfaire Berichterstattung über Netanjahu in Medien wie „Yediot Aharonot“ an. „Israel Hajom“ gilt bis heute als inoffizielles Sprachrohr Ne-

tanjahus. Die linksgerichtete „Ha'aretz“ schlug einst spöttisch vor, sie in „Bibi-Zeitung“ umzubenennen. Bibi ist Netanjahus Spitzname.

In seinem Heimatland, den USA, stand Adelson der Republikanischen Partei nahe. So unterstützte er im Wahlkampf 2012 den Republikaner Mitt Romney und kündigte an, bis zu 100 Millionen Dollar aus seinem Privatvermögen aufzuwenden, um eine Wiederwahl Barack Obamas zu verhindern. Zudem betrieb der Kasino-Mogul Lobby-Arbeit gegen das Atomabkommen mit dem Iran. Zu seinen kontroversen Vorschlägen gehörte ein nuklearer Präventivschlag gegen die Islamische Republik als Verhandlungstaktik.

Einfluss auf US-Politik

Im Jahr 2016 unterstützte Adelson die

Präsidenschaftskandidatur Donald Trumps. Für die Feierlichkeiten bei dessen Amtseinführung spendete er fünf Millionen Dollar. Adelson soll als eine treibende Kraft Trump überzeugt haben, die US-Botschaft 2018 nach Jerusalem zu verlegen. Wenig später kaufte Adelson das ehemalige Botschaftsgebäude in Tel Aviv für 67 Millionen Dollar. Viele sehen darin die Absicht, eine Rückverlegung der Botschaft zu erschweren.

Sheldon Adelson war seit 1991 in zweiter Ehe mit der zuvor verwitweten Medizinerin Miriam Adelson verheiratet. Sie haben zwei gemeinsame Kinder. Miriam Adelson nennt ihren verstorbenen Ehepartner in einem eigenen Nachruf die „Liebe meines Lebens“. Sheldon Adelson wird in Israel beigesetzt.

Israel ehrt und begräbt die Juden von Jericho neu

Alte jüdische Königsfamilie der Hasmonäer, deren Gräber von den arabischen Besatzern geschändet wurden, finden dank israelischer Initiative eine neue letzte Ruhestätte.

(Israel Heute) Die ordnungsgemäße Beisetzung der menschlichen Überreste von Juden aus der Zeit des Zweiten Tempels, deren alte Gräber in der Nähe von Jericho von arabischen Plünderern geschändet worden sind, wurde kürzlich mit der Enthüllung eines besonderen Gedenkgrabsteines endlich abgeschlossen.

Der Kreis, der sich jetzt schloss, begann bereits im vergangenen Jahr. Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ hatte Genehmigungen für landwirtschaftliche Arbeiten erteilt, was zur Schändung antiker Grabstätten in der hasmonäischen Festung von Jericho geführt hatte. Um

die Überreste der hasmonäischen Königsfamilie zu retten, wurde eine einzigartige Rettungsmission der Organisation Regavim ins Leben gerufen, die Volontäre im Rahmen des Projektes „Preserving the Eternal“ entsandte. Den Volontären bot sich ein schreckliches Bild: Katakomben waren geplündert, die Sarkophage gestohlen und menschliche Überreste, die dort seit über 2.000 Jahren geruht hatten, waren über das Gelände verstreut, das gepflügt und mit Dampfwalzen bearbeitet wurde.

Die antiken Grabhöhlen am Stadtrand von Jericho stammen aus der Zeit des

Zweiten Tempels und sind Teil der ausgedehnten Grabanlagen des Hasmonäerpalastes, die an diesem Ort freigelegt wurden.

Regavim alarmierte die Zivilverwaltung der israelischen Armee und initiierte eine Rettungsmission, um die geschändeten Überreste einzusammeln und auf dem jüdischen Friedhof in der nahe gelegenen jüdischen Siedlung Kfar Adumim umzubetten. Hunderte von Israelis nahmen an der ungewöhnlichen Beerdigung im Mai 2019 teil.

Mit einer bewegenden Grabsteinzeremonie endete die Aktion diese Woche auf dem speziellen Abschnitt des Friedhofs

von Kfar Adumim, der vom Regionalrat Binyamin für die Kohanim von Jericho eingerichtet wurde.

Regavim und „Preserving the Eternal“ haben die letzte Ruhestätte der hasmonäischen Königsfamilie nun beschriftet. Gemeinsam bekräftigte man „die unerschütterliche Verbindung zwischen dem jüdischen Volk, dem Land Israel und der jüdischen Geschichte und dem Erbe – genau die Werte, für die die Makkabäer, Mitglieder der hasmonäischen Königsfamilie, die in der Festung Jericho begraben sind, vor über zwei Jahrtausenden gekämpft haben.“

Seit Israel den Arabern Bethlehem übergab

Mitte der 1990er Jahre stimmte der Oslo-Prozess viele vorschnell optimistisch. Als Geste des Friedenswillens übergab Israel Städte wie Bethlehem an die „Palästinenser“. Dort folgte alsbaldige Ernüchterung und eine Geschichte der arabischen Gewalt, die bis in die Gegenwart reicht.

Von Daniel Frick

Aufgrund der Schilderung in zwei von vier Evangelien ist die Stadt Bethlehem als Geburtsort Jesu in aller Welt bekannt. Die biblischen Autoren sprechen dabei von einem Bethlehem „im jüdischen Land“. Vor 25 Jahren, am 21. Januar 1995, übergab der jüdische Staat Israel die Stadt allerdings an die „Palästinenser“ zur Selbstverwaltung – in der Hoffnung auf Frieden. Dieser blieb auf diesem Teil der Erde jedoch nur ein Versprechen: In den Folgejahren entwickelte sich Bethlehem zu einem Zentrum „palästinensischer“ Gewalt.

Die Übergabe vollzog sich im Rahmen des im September vereinbarten Zwischenabkommens zur „palästinensischen“ Autonomie, das auch als Oslo II bekannt ist. Nur das Rachel-Grab blieb unter israelischem Schutz. Jüdischen Israelis ist es bis heute verboten, die Stadt zu betreten – das entsprechende israelische Gesetz hat dabei auch den Schutz der Staatsbürger im Blick. Berichte aus der Zeit der Übergabe schildern protestierende Israelis am Weihnachtstag außerhalb der Stadtgrenzen, jubelnde „Palästinenser“ während der schlicht gehaltenen Übergabezeremonie – und die Skepsis der Christen.

Weihnachtliche Propaganda

Diese speiste sich aus Erfahrung. Die „New York Times“ notierte damals, dass einige Christen die Stadt schon in den Jahren zuvor wegen „Spannungen mit muslimischen Nachbarn“ verlassen hatten. Der christliche Bürgermeister Elias Fridsch, seit 1972 im Amt, bat den damaligen israelischen Premier Jitzchak Rabin, Bethlehem nicht an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ abzutreten – aus Sorge um die Zukunft seiner Glaubensgruppe in dieser Stadt.

Wohl um auch die „Toleranz“ der neuen Ära unter Beweis zu stellen, besuchte der „Palästinenser“-Führer und Präsident der Autonomiebehörde Jassir Arafat zwei Tage nach der Übergabe die Stadt. Sogar an der Weihnachtsmesse nahm er teil. Tags zuvor hatte er den jubelnden Massen auf dem Krippenplatz verkündigt, wie sie die Bedeutung des Augenblicks zu verstehen hätten: Bethlehem sei die „Stadt des palästinensischen Jesus“, die nun „befreit“ sei.

Seine Rede begann er auf Arabisch mit den bekannten Worten aus dem Neuen Testament: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ – während die am Krippenplatz aufgehängten Banner nicht nur sein Konterfei zeigten, sondern auch das des berühmten Hamas-Bombenlegers Jahja Ajasch, „der Ingenieur“. Dutzende Israelis sind in den Jahren zuvor dessen Bomben zum Opfer gefallen. Zwei Wochen später, am 5. Januar 1996, wurde er vom israelischen Inlandsgeheimdienst Schabak getötet.

Christen im Kreuzfeuer

Wer also wollte, konnte auch damals auf dem Krippenplatz ahnen, dass die Zukunft nicht allzu friedvoll sein würde. Eine Bestandsaufnahme vom September 2020 bestätigt dies. Der Journalist Bassam Tawil sammelte jüngst einige in den Medien berichtete Fälle von Diskriminierung und Gewalt: So verprügelten maskierte Angreifer den Frauenarzt Salameh Kumsije; Polizeibeamte töteten Marian al-Hadschal, als sie das Haus stürmten, um ihren Sohn wegen nicht bezahlter Schulden zu verhaften; ein Richter verweigerte der 76-jährigen



Oslo-Friedensverhandlung: Rabin schüttelt Arafat die Hand.

Fairus Idscha das Wort in einem Prozess um Land, das Muslime beschlagnahmt haben. Hinzu kommen Todesdrohungen und „Aufforderungen“, zum Islam zu konvertieren.

Ein Faktor für die Abwanderung der Christen war auch die „Zweite Intifada“ von 2000 bis 2005. Bethlehem liegt nur wenige hundert Meter südlich der Stadtgrenzen Jerusalems. Von dort gingen

mas und Islamischer Dschihad in den 15-köpfigen Stadtrat. Wenn christliche Geistliche über die Ursache der Misere sprechen, prangern sie oftmals die „Besatzung“ oder die „Sicherheitsmaßnahmen“ Israels an. Das klingt erstaunlich nach dem, was „palästinensische“ Machthaber hören wollen.

Ausnahmen sind herbei aber auch zu finden, wie etwa Naim Chury, der offen für Israel eintritt. Drei Anschläge auf sein Leben hat der Baptistenprediger hinter sich, auf seine Kirche wurden mehr als ein Dutzend Bombenanschläge verübt. Er hat Verständnis für Christen, die wegziehen, und ist dankbar für diejenigen, die trotz allem bleiben. „Der Preis dafür ist hoch. Sehr hoch. Doch trotz des Preises, oder gerade deswegen, scheint ihr Zeugnis für Jesus so hell.“ Der eine oder andere jüdische Israeli – wie der Publizist Barry Shaw – beobachtet diese Umstände und stellt sich die Frage, warum Kirchen zu den

„ Der christliche Bürgermeister Elias Fridsch, seit 1972 im Amt, bat den damaligen israelischen Premier Jitzchak Rabin, Bethlehem nicht an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ abzutreten – aus Sorge um die Zukunft seiner Glaubensgruppe in dieser Stadt. “

Dass Christen unter diesen Umständen die Stadt verlassen wollen, wird niemanden wundern. Hinzu kommt ein Mangel an Bildungs- und Wirtschaftschancen. Viele Christen zog es nach Chile, aber auch nach Nordamerika. Das genaue Ausmaß des „Exodus“ zu ermitteln ist schwierig. Nach der Übergabe sorgte Arafat etwa dafür, dass angrenzende Ortschaften mit muslimischer Mehrheit, darunter auch Flüchtlingslager, in die Stadt eingebunden wurden, was die Bevölkerungsverhältnisse verschob.

Von 80 auf 46 auf 12

Im Jahr 2016 bezifferte die damalige Bürgermeisterin Vera Babun den Anteil der Christen auf unter 12 Prozent. Die israelische Armee stellte 1967 nach dem Sechstage-Krieg einen Anteil von 46 Prozent fest, während es zur Mitte des 20. Jahrhunderts noch weit mehr als 80 Prozent waren. Bis Anfang der 1990er Jahre schien sich wieder eine christliche Mehrheit etabliert und gehalten zu haben, die dann in den Folgejahren aber schwand. Zugleich hat sich die Gesamtzahl der Einwohner stetig erhöht: 1967 waren es rund 14.400, im Jahr 2017 waren es 28.300, für das Jahr 2020 nennt das „palästinensische“ Statistikamt etwa 30.900 Einwohner.

immer wieder Terrorakte aus, die die israelische Hauptstadt traf; insbesondere kam der Ortsteil Giló unter Maschinengewehrfeuer. „Palästinensische“ Terroristen nutzten dabei auch christliche Wohnhäuser und Kirchen im Nachbarort Beit Dschalla als Stellungen, aber auch die Geburtskirche als Rückzugsort. Im April 2002 kam es dort zu einer fünfwöchigen Belagerung, in der 40 Kleriker und Nonnen als Geiseln genommen wurden.

Christen versuchen es in dieser Gemengelage auch mit „Pragmatismus“. Im Jahr 2005 öffnete sich der Bürgermeister – der per Gesetz immer ein Christ sein muss – der Zusammenarbeit mit der Hamas: bei den Kommunalwahlen kamen fünf Mitglieder der Terrorgruppen von Ha-



Ein Araber zeigt stolz seine mit dem Blut zweier Juden verschmierten Hände. Die beiden hatten sich 2000 in Ramallah verirrt. Der Täter mit den blutigen Händen ist schon wieder auf freiem Fuß - er kam 2011 bei dem Gefangenen austausch für Gilad Schalit frei.

Lebensbedingungen der Christen in Bethlehem so oft schweigen.

SPD-Schwesterorganisation Fatah feiert unverhohlen das Jubiläum ihres ersten Terroranschlags

Die Fatah (die aufs Herzlichste neu bestätigte Partnerorganisation der deutschen SPD-Jusos) verübte 1965 ihren ersten – glücklicherweise fehlgeschlagenen – Terroranschlag in Israel.



Von Stefan Frank

Fatah-Anhänger feiern die Gründung ihrer Bewegung in Gaza-Stadt.

Immer zu Jahresbeginn feiert die von Machmud Abbas, dem lebenslangen Chef der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, geführte Fatah nicht nur den Beginn des neuen Jahres, sondern gleichzeitig auch das Jubiläum ihrer Gründung, genauer gesagt: den ersten von ihr verübten Terroranschlag am 1. Januar 1965.

Damals drangen Fatah-Terroristen nach Israel ein und installierten eine Bombe am National Water Carrier, einem Kanal, der den See Genezareth mit der Negev-Wüste verbindet und die Bevölkerung im Süden Israels mit Trinkwasser versorgt. Die Bombe explodierte glücklicherweise nicht.

Terror als Karrierestart

Die Fatah begann ihre Karriere also mit einem versuchten Kriegsverbrechen an der israelischen Zivilbevölkerung. Das war ein Jahr nach dem Gipfel der Arabischen Liga in Kairo im Januar 1964, wo 13 Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga zusammengekommen waren, um über den Streit zwischen Israel und Jordanien um Wasserentnahme aus dem Jordan zu beraten.

Auf technischer Ebene war 1955 unter der Vermittlung des amerikanischen Diplomaten Eric Johnston ein beide Seiten zufriedenstellender Kompromiss gefunden worden – doch das Abkommen zu ratifizieren, hätte die Anerkennung Israels bedeutet, was für die arabischen Staaten damals nicht in Frage kam.

Stattdessen wurde der im Südlibanon geborene Jurist und Diplomat Ahmed El-Shukairy beauftragt, bis zum nächsten Treffen, das am 11. September 1964 in Alexandria stattfand, eine Organisation zu gründen, deren Vorsitzender er sein würde: die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO), ein Bündnis von sechs Terrorgruppen, gegründet am 28. Mai 1964 im jordanisch besetzten Jerusalem. Die Fatah war und ist die größte Gruppe innerhalb der PLO.

Wie das Institut „Palestinian Media Watch“ (PMW), das Medien und Regierungsverlautbarungen in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ auswertet und ins Englische übersetzt, berichtet, begannen die diesjährigen Geburtstagsfeierlichkeiten der Fatah bereits am 24. Dezember.

Anders als in früheren Jahren gab es wegen Corona diesmal keinen Fahnenzug; stattdessen wurde ein 30-minütiges Video vom letztjährigen Umzug gezeigt. PMW hat Ausschnitte daraus zu einem 80-sekündigen Film zusammengestellt. Darin ist zu sehen, wie vermummte Männer und Frauen – teils in Tarnfarbenuniformen, teils in Zivilkleidung – mit gelben Fahnen der Fatah und Sturmgewehren posieren und marschieren.

Die Veranstaltung soll in der Stadt Salfit, 26 Kilometer südwestlich von Nablus, stattgefunden haben. Laut einem Bericht der „Jerusalem Post“ war unter den Bewaffneten auch ein erst 13-jähri-

ges Mädchen. Das Video ist mit arabischem Kriegsgesang unterlegt, in dem es heißt:

„Wir geloben Allah – wir werden nicht weggehen!“

Wir geloben Allah – wir werden zu Tode hungern und nicht weggehen!

Wir geloben der Revolution, den Revolutionären und der Öffentlichkeit – wir werden nicht weggehen!

Wir sind ein Teil dieses Landes und wir geloben Allah – wir werden niemals weggehen!“

Auf ihrer Facebookseite platziert die Fatah dazu jedes Jahr blutrünstige Bilder und Texte, in denen der Märtyrertod – so nennt die Fatah es, wenn ein Terrorist bei der Verübung von Terroranschlägen stirbt – verherrlicht wird. So heißt es dann etwa: „So, wie der Boden von Mekka für die Anbetung ist, ist der Boden von Jerusalem für den Märtyrertod (Shahada).“

Terroristinnen als Vorbilder gepriesen

Die Fatah begeht das ganze Jahr über die Jubiläen von ihr verübter großer Terroranschläge. Jedes Jahr am 11. März wird Dalal Mughrabi gefeiert. Sie war die Drahtzieherin des sogenannten „Küstenstraßenmassaker“ am 11. März 1978, bei dem 37 Israelis getötet wurden, darunter zwölf Kinder.

„Palästinensische Autonomiebehörde“ betreibt um Mughrabi einen Heldenkult und benennt öffentliche Ein-

richtungen und Sportfeste nach ihr. Bei einer Veranstaltung in einer Mädchenschule aus Anlass des Weltfrauentages 2018 pries die Schulleiterin Nida Abd Rabbo Mughrabi als Beweis für die in der Fatah verwirklichte Gleichstellung von Mann und Frau. Kindern wird Mughrabi als Vorbild ans Herz gelegt. Damals wurde bekannt, dass eine vom belgischen Staat finanzierte Schule nach Mughrabi benannt ist, woraufhin Belgien die Gelder kürzte.

Jedes Jahr im September feiert die Fatah das Massaker an israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen in München. Die Täter werden von der Fatah als „Helden“ bezeichnet, die Ermordung der israelischen Sportler als „exzellente Operation“. 2016 postete die Fatah ein Bild von Muhammad Daoud (Abu Daoud), einem der Mörder von München, auf Facebook. Der Text dazu lautete:

„Muhammad Daoud ‚Abu Daoud‘, einer der Führer der Schwarzen-September-Organisation der Fatah und der Hauptplaner der München-Operation, die 1972 die israelische Olympia-Delegation exekutierte.“

Nach Salah Khalaf (Abu Iyad), einem anderen Verantwortlichen des Olympia-massakers, hat die Fatah eine Schule benannt: „Märtyrer-Salah-Khalaf-Schule“. An der „Palästinensischen“ Polytechnischen Universität in Hebron benannte der Studentenrat im November 2020 einen Eingang nach Salah Khalaf.

Das kurze Leben und der nasse Tod des Ulrich Alexander Boschwitz

Die Originalausgaben des deutsch-jüdischen, fast vergessenen Schriftstellers Ulrich Alexander Boschwitz, der 1942 bei einem U-Boot-Angriff der deutschen Marine starb, sind beim Klett-Cotta-Verlag erschienen.

Von Chaim Noll

Zwei Tragödien werfen ihre Schatten auf diese Bücher: die große, weltübergreifende der Schoah und die individuelle, nicht minder erschütternde ihres Verfassers, des jungen Deutschen und Juden Ulrich Alexander Boschwitz. Denn Boschwitz war beides: Sohn einer deutschen Mutter und eines jüdischen Vaters. Symbol einer Assimilation, die dauerhaft schien und abrupt zerstört wurde. Zu anderen Zeiten hätte aus ihm, folgt man dem Eindruck seines außergewöhnlichen, mit Anfang Zwanzig verfassten Romans „Der Reisende“, ein bedeutender Schriftsteller werden können.

Boschwitz kam jedoch im Alter von 27 Jahren ums Leben, im Oktober 1942, durch ein Torpedo, abgeschossen von einem U-Boot der Nazi-Kriegsmarine, das den britischen Transporter versenkte, auf dem der junge Emigrant aus der Internierung in Australien nach England zurückkehren sollte. Boschwitz war 1935 mit seiner Mutter aus Deutschland nach England geflohen, wo er – wie viele andere jüdische Flüchtlinge – in Lagern für „enemy aliens“ interniert wurde, erst auf der Isle of Man, dann im fernen Australien. Dieses Einsperren jüdischer Flüchtlinge ist eins der unrühmlichsten Kapitel der neueren britischen Geschichte. In den Erinnerungen anderer Internierter, etwa in Walter Kaufmanns „Schade, dass Du Jude bist“, kann man nachlesen, wie die unnötige Demütigung auf die Flüchtlinge wirkte, wie sie das Gefühl des Verstoßen-Werdens, der Verfolgung vertiefte. Mit Boschwitz versank das Manuskript eines weiteren, schon geschriebenen Romans in den kalten Fluten des Atlantiks. Wie viele andere Bücher gingen noch mit ihm unter, die der junge Schriftsteller „im Geiste“ bei sich trug?

Die spontane Annahme, Boschwitz hätte noch manches bedeutende Buch schreiben können, wird bestärkt durch die Lektüre der beiden Romane, die seinen frühen Tod überdauerten. Boschwitz ist ein Autor voller Menschenliebe, Hoffnung, Humor und Selbstdisziplin beim Schreiben. Seine Sätze sind kurz und prägnant, seine Figuren glaubwürdig, die Milieus authentisch. Auch durch seine düstersten Schilderungen weht ein Geist des Mitgefühls, sogar mit „negativen“ Figuren. „Es muss doch noch Leute geben“, lässt er seinen Protagonisten, den auf zielloser Flucht durch Deutschland reisenden Otto Silbermann denken, „die trotz aller Gelegenheit anständig und Menschen bleiben.“

Die längst überfällige, durch die Trägheit des deutschen Literaturbetriebs verschleppte Veröffentlichung seines Romans „Der Reisende“ wurde 2018 durch Herausgeber Peter Graf und den Klett-Cotta Verlag nachgeholt. Die Qualität dieser Edition, vor allem des posthumen Lektorats, spricht von Respekt und tiefgehendem Verständnis für einen außergewöhnlichen Autor. Geschrieben wurde der Roman „Der Reisende“ unterwegs, auf der Flucht, erst



von Berlin nach Stockholm, von dort nach Paris, schließlich ins vermeintlich sichere England. Dort erschien 1939, wenige Jahre vor Boschwitz' Tod, eine englische Übersetzung mit dem Titel „The man who took trains“ unter einem englisch klingenden Pseudonym, 1945 eine französische Ausgabe, Titel „Le fugitif“, auch dies lange vor dem Erscheinen des deutschen Originals in Deutschland und gleichfalls unter Pseudonym. Schon dieses Detail, das Verbergen des deutsch klingenden Namens, atmet das Elend der Zeit, die zunächst für Europas Juden, dann auch für viele Andere Verstoßung und Verachtung bedeutete.

Es spricht für Boschwitz' große Schreibdisziplin, für seine Determination als Schriftsteller, dass er sein Romanprojekt unter so widrigen, unberechenbaren Umständen zu Ende führte. Der Roman ist erschütternd in seinem kafkaesken Stillstand. Dabei vibriert er von der unterschwelligem Erregung und

Unsicherheit einer jüdischen Existenz in Zeiten von Verfolgung und Flucht. Otto Silbermann, der in einer absurden Welt verlorene Protagonist, reist ziellos, immer noch unentschlossen durch Deutschland, auf der Suche nach einem



Schlupfloch, einer Möglichkeit des Entkommens. Als er sie endlich gefunden zu haben glaubt, wird er von der Gesta-

po verhaftet. Dieses Sorry End scheint dadurch bestätigt, dass der junge Verfasser des Romans auf eine fast sinnlos wirkende Weise ums Leben kam.

Er hatte schon vordem, in einem 1937 in Stockholm veröffentlichten Roman „Människor utanför“, die tragische, todgeweihte Seite menschlicher Existenzen dargestellt. Auch dieses zweite erhaltene Manuskript ist erst Jahrzehnte nach der schwedischen Übersetzung im deutschen Original erschienen, 2019, wieder bei Klett-Cotta und ediert von Peter Graf, unter dem Titel „Menschen neben dem Leben“. Außen-seiter und Verachtete bilden das Figurenensemble der expressionistischen, an den prosaischen Radikalismus Jakob Wassermanns erinnernden Prosa. Boschwitz projiziert sein eigenes Lebensgefühl als nirgendwo Zugehöriger in Randexistenzen der Gesellschaft, die er ohne Sentimentalität, doch mit nie versiegender Empathie beschreibt.

Dürftiges Schattendasein eines „Mischlings“

Boschwitz, geboren 1915, war durch Geburt ein Außenseiter, Kind einer plötzlich verachteten Verbindung, der zwischen einer Deutschen und einem Juden. Die Nazis stuften ihn als „Mischling“ ein, somit wären ihm noch ein paar Jahre eines dürftigen Schattendaseins in Deutschland möglich gewesen, doch er fühlte sich offenbar jüdisch genug, das Land zu verlassen. Seine Schwester ging sogar ins damalige Mandatsgebiet Palästina, das heutige Israel. Lange hat es gedauert, bis seine Bücher ins Land seiner Geburt zurückkehren konnten und mit ihnen die Erinnerung an einen Autor, der im Wortsinn „untergegangen“ schien und nun überraschend entdeckt wird. Von daher, wenn auch verspätet, doch noch ein Happy End, zumindest für die deutsch-jüdische Literatur. Sie war nach grandiosen Jahrzehnten in Kaiserreich und Weimarer Republik von den Nazis zum Tode verurteilt worden, und wirklich gibt es ihrer in Boschwitz' Generation nur wenige Vertreter. Umso wichtiger die Wiederentdeckung dieses Autors, der auch literaturgeschichtlich eine Lücke füllt.

Bis heute hat sich die deutsch-Literatur nicht wirklich von ihrer Verstoßung aus dem deutschen Sprachraum erholt, und bis heute werden ihre noch immer raren Vertreter im deutschen Literaturbetrieb als eher peinliche Anmahnung, nicht selten als Fremdkörper empfunden. Peter Graf und der Klett-Cotta-Verlag haben hier ein Zeichen der Hoffnung gesetzt. Und durch die Qualität ihrer deutschen Ausgaben einen Maßstab. Möge er verbindlich werden für den Umgang mit den Werken deutsch-jüdischer Literatur.

Ulrich Alexander Boschwitz, *Der Reisende*. Roman (englische Erstausgabe 1939), Stuttgart (Klett-Cotta), 2018

Ulrich Alexander Boschwitz, *Menschen neben dem Leben*. Roman (schwedische Erstausgabe 1937), Stuttgart (Klett-Cotta), 2019

Gene Simmons, Frontmann der Rockband KISS: Juden „öffneten die Türen für afroamerikanische Musik“ in den USA

Der jüdische Rockmusiker sagte in einem kürzlich veröffentlichten Interview, dass „das wahre Geheimnis, über das nicht viel gesprochen wird“, der Beitrag der Juden zum Erfolg der „Black Music“ (afroamerikanische Musik) in den Vereinigten Staaten sei.

Von Shiryn Ghermezian
(Allgemeiner)

KISS-Frontmann Gene Simmons sagte in einem kürzlich veröffentlichten Interview, dass „das wahre Geheimnis, über das nicht viel gesprochen wird“, der Beitrag der Juden zum Erfolg der „Black Music“ (afroamerikanische Musik) in den Vereinigten Staaten sei.

Diese Bemerkung machte der jüdische Rock-'n'-Roll-Star, der als Chaim Witz geboren wurde und dessen Mutter eine Holocaust-Überlebende war, in einem Gespräch mit dem Magazin „American Songwriter“. Auf die Frage nach der „langen Geschichte in Amerika“, in der schwarze und jüdische Amerikaner eng zusammenarbeiteten, erinnerte der 71-Jährige an die Zeit, als „Musik von Schwarzen nicht im weißen Radio gehört werden durfte“ und sagte: „Es waren wirklich die Juden - [Jerry] Leiber und [Mike] Stoller, die ‚You ain't nothin' but a hound dog‘ und ‚Give me fever in the morning‘ schrieben, all diese afroamerikanische Musik.“

Die beiden von Simmons erwähnten Songs „Hound Dog“ und „Fever“ wurden ursprünglich von den afroamerikanischen Künstlern Big Mama Thornton und Little Willie John aufgenommen, bevor sie von weißen Sängern, Elvis Presley und Peggy Lee, populär gemacht wurden.

„The Coasters, Ben E. King und andere – geschrieben von zwei Juden“, fuhr er fort. „Zwei Juden, die den Broadway und



Rockstar Gene Simmons

die Art von Schnulzenmusik, die die anderen Juden machten, nicht ausstehen konnten. Sie liebten die afroamerikanische Musik und waren für einen großen

Teil der Musik verantwortlich, die dort herauskam. Elvis, Big Mama Thornton und viele andere.“

„Die Wahrheit ist, dass ohne [den ame-

rikanischen Plattenproduzenten] Sam Phillips und eine Menge anderer Leute der frühe Rock 'n' Roll, einschließlich Elvis, niemals stattgefunden hätte. Es waren diese Juden, denen die Plattenfirmen gehörten, die die Türen für die afroamerikanische Musik öffneten. Sam Phillips nahm Bo Diddley und viele andere Sachen auf, während der Rest der Plattenfirmen sie nie angefasst hätte.“

Simmons wurde in Israel geboren und wanderte im Alter von etwa 9 Jahren in die USA ein, ohne damals ein Wort Englisch sprechen zu können. Seine erste Berührung mit Musik war der afroamerikanische Sänger und Gitarrist Chuck Berry; als Berry 2017 starb, hielt Simmons selbst eine Trauerrede.

„Die ersten Künstler, die ich gehört habe und die mein Leben beeinflusst haben, waren im Grunde Afroamerikaner“, sagte er in dem Interview am Montag. „Danach Jackie Wilson und all die Anderen.“

Die weißen Jungs waren okay, sie gefielen den Mädels und so. Aber das echte Zeug war die afroamerikanische Musik. Die brachte deinen Hintern, deine Leistungsgedung zum Wackeln und bewegte sich auf eine Art und Weise, wie es weiße Musik nicht tat. Sogar [„Let's Twist Again“-Sänger] Chubby Checker.“ Simmons war der „Twist“-Champion an seiner Schule als er jünger war, erzählte er dem Magazin.

Übersetzung von
Maximilian Krupoc

Zeitenwende: Noch Martin Luther King sah sich auch als Advokat der damals unterdrückten sowjetischen Juden

Eine Rede des bekannten Anführers der schwarzen Bürgerrechtsbewegung aus dem Jahr 1966, in der er auch Gerechtigkeit für die verfolgten jüdischen Gemeinden in der UdSSR forderte, wurde anlässlich des jährlichen US-Feiertages zu seinen Ehren neu aufgelegt. Mit dem Erstarken des Islam hat sich die Einstellung der afroamerikanischen Gemeinschaft zu Israel und den Juden in großen Teilen ins deutlich antisemitische Gegenteil gedreht.

(Allgemeiner) Die Rede über das sowjetische Judentum von Dr. King wurde am 11. Dezember 1966 vor der Amerikanisch-Jüdischen Konferenz gehalten. Die National Coalition Supporting Eurasian Jewry (NCSEJ) – eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation, die jüdische Gemeinden in der ehemaligen Sowjetunion unterstützt – verbreitete die Rede zu Ehren des Dr. Martin Luther King Day online.

King eröffnete seine Ausführungen mit einem berühmten Zitat von John Donne – „Kein Mensch ist eine Insel“ – und fügte hinzu, dass diese Worte „die Interdependenz und Verwobenheit der Menschheit betreffen... besonders wenn wir an die Notlage von drei Millionen Juden in der Sowjetunion denken.“

„Jüdische Gemeinschaften werden von der sowjetischen Regierung elementarer Rechte beraubt, die es braucht, um auch nur ein bescheidenes Maß an Existenz und Wachstum zu ermöglichen“, so King. Er merkte an, dass „Juden in Russland zwar nicht körperlich ermordet werden wie in Nazi-Deutschland, aber sie sind jeden Tag mit einer

Art geistigem und kulturellem Genozid konfrontiert.“

Er argumentierte, dass Afroamerikaner die Notlage der sowjetischen Juden „gut verstehen und mitfühlen“ könnten. „Wenn man als Volk aus der Geschichte herausgeschrieben wird, wenn man keine andere Wahl hat, als die Mehrheitskultur zu akzeptieren, wird einem ein Aspekt der eigenen Identität verweigert. Letztendlich erleiden Sie eine Korrosion Ihres Selbstverständnisses und ihrer Selbstachtung“, erklärte Dr. King.

King beendete seine Ausführungen mit einem eindringlichen Aufruf zum Handeln.

„Wir können nicht selbstgefällig am Wegesrand sitzen, während unsere jüdischen Brüder in der Sowjetunion mit der möglichen Auslöschung ihres kulturellen und geistigen Lebens konfrontiert sind“, sagte er. „Diejenigen, die untätig herumsitzen, während andere sich anstrengen, sind zarte Schildkröten und erkaufen sich ihre Ruhe mit Schande.“

Aus dem Englischen
von Jan Bentz



Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Gemeinde.

Gottesdienst
Freitag, den 16. Februar, abends 5^{1/2} Uhr.
 Predigt: Neue Synagoge, abends 6 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Stier.
Sonnabend, den 17. Februar, in der Alten-, Kaiserstr.- und Rykestr.-Synagoge morgens 9 Uhr, in den anderen Synagogen morgens 9^{1/2} Uhr.
 Schriftklärung: Synagoge Lindenstrasse, vormittags 10^{1/2} Uhr: Herr Rabbiner Dr. Blumenthal.
 Jugendgottesdienst: Alte Synagoge nachmittags 4 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Weisse.
 Predigt: Synagoge Lindenstr., nachmittags 4 Uhr: Herr Rabbinatskandidat Dr. F. Goldmann.
 Abendgottesdienst 6 Uhr 3 Minuten.
 Gottesdienst an den Wechentagen: Morgens: Alte-, Kaiserstrassen- und Rykestrassen-Synagoge 7 Uhr; in den anderen Synagogen 7^{1/2}. Abends in allen Synagogen 5 Uhr.

Jüdischer Turnverein „Bar Kochba“, Berlin.

I. Männer-Abt. Auguststr. 67/68 Dienstag u. Sonnabend 8-10 Uhr abends.
 II. „ „ Kaiserstr. 29/30, Montag 8-10 Uhr.
 III. „ „ Schleswigerufer 14, Mittwoch u. Sonnabend 9-11 Uhr.
 IV. „ „ Niederwallstr. 7, Dienstag und Donnerstag 8-10 Uhr.
 I. Frauen-Abt. Auguststr. 67/68, Montag und Donnerstag 8-10 Uhr.
 II. „ „ Schleswigerufer 14, Montag und Donnerstag 8-9^{1/2} Uhr.
 III. „ „ Hüländstr. 9/11, Mittwoch und Sonnabend 9-10 Uhr.
 Lehrlings-Abt. Weissenburgerstr. 4a, Montag u. Donnerstag 8-10 Uhr.
 Mädchen-Abt. Auguststr. 67/68, Montag 6-7^{1/2} Uhr.
 Alte Herrenriege Auguststr. 67/68 Dienstag Abend.
 Niederwallstr. 7, Donnerstag Abend.
 Im Sommer Spiele im Freien, im Winter Eisbahn auf dem eigenen Spielplatz.
 Fechtübungen, Samariterkurse, Schwimmen, Turnfahrten, Gesellige und wissenschaftliche Unterhaltungsabende.
 Organ: JÜDISCHE TURNZEITUNG.
 Gäste stets herzlich willkommen!
 Anmeldungen werden auf den Turnsäulen entgegengenommen. Weitere Auskunft erteilt der Schriftführer
Erich Bürin, NW., Crefelderstr. 5.

Baumanns Hotel

כשר u. vornehmstes Restaurant der Residenz. כשר
BERLIN W. 8, Friedrichstr. 58 I, II, III.
 Unter Aufsicht des Rabbinats der Synagogen-Gemeinde Adass Jisroel.

Hebräische Gesänge



erster Sänger und Kantoren können Sie durch die echten

Edison-Goldguss-Walzen

vernehmen.

Verlangen Sie Spezialkatalog von der

Edison Gesellschaft
 m. b. H.

BERLIN N., Süd Ufer 126.

Als Gelegenheitskauf offeriere ich, solange der Vorrat reicht:

Moses Mendelssohn

Sein Leben und seine Werke.

Von Dr. M. Kayserling.

Preis: eleg. Leinwandband statt M. 6 nur M. 2,50.

Beste ausführlichste Biographie des berühmten Philosophen.

LOUIS LAMM, Verlagsbuchhandlung,
BERLIN C. 2, Neue Friedrichstrasse 61/63,

Mein letztes diesjähriges 1. Wintersemester für
STOTTERER

in Berlin beginnt am 15 Februar, Bülowstr. 99, hochp. Sprechst. v. 11-1 und 3-5 Uhr. Heilv. rationell, mehrfach staatlich ausgezeichnet, wiederholt d. S. M. Kaiser Wilhelm II. Prosp. kostenlos. Wiedereröffnung meiner Anstalt in Eisenach am 1. April.
Prof. Rud. Denhardt.

Aktien der Jüdischen Kolonialbank

(Jewish Colonial Trust)

sind gegen Einsendung von Mk. 20,50 für Namens-Aktien resp. Mk. 22,— für Inhaber-Aktien zu erhalten durch die Shareklub-Zentrale für Deutschland,

M. GOLDSCHMIDT, Hamburg, Stadthausbrücke 12-14.

Kantorale hebräische und musikalische Ausbildung. Hilfskantoren stets zur Verfügung.

Erste internationale

Kantoren-Schule

zu BERLIN.

Rosenthalerstr. 45.
 Begründet 1894.

Direktion Kantor
Alex Frommermann.



Sammelt Materialien und schickt sie nach Lübeck!



Wie die Balfour-Erklärung zustande kam (Teil 2)

Die Historiker diskutieren bis heute über die Balfour-Deklaration und über die doppelzüngige Politik der britischen Regierung. Ohne Balfour-Erklärung gäbe es keinen jüdischen Staat. Wenig bekannt ist die Geschichte, wie es zu dieser Erklärung kam. Eine besondere Rolle bei deren Zustandekommen spielte der spätere Präsident Israels Chaim Weizmann.

Von Karl Pfeifer

Eine seiner wichtigsten Bekanntschaften machte Weizmann bei einer gesellschaftlichen Zusammenkunft, zu der ihn seine Ehefrau Anfang November 1914 in Manchester gedrängt hatte. Bei diesem Nachmittagstee wurde er Mr. Scott, dem Herausgeber der bekanntesten liberalen Tageszeitungen „The Manchester Guardian“ vorgestellt. „Ich sah vor mir einen hohen, vornehm ausschauenden, älteren Herren, der aber sehr aufmerksam war und sich für meinen Ursprung und Arbeit interessierte“, und sagte ihm, „Ich bin ein Jude und wenn Sie mit mir darüber sprechen wollen, Mr. Scott, dann stehe ich Ihnen zur Verfügung.“

Der ältere Zeitungsherausgeber begann sich für Weizmann zu interessieren und Weizmann öffnete sein Herz einem völlig Fremden. Vielleicht fühlte er die gemeinsamen liberalen Werte. Es war der Anfang einer außerordentlichen Freundschaft. Nach ihrem zweiten Gespräch sagte Scott: „Ich möchte etwas für Sie tun.“ Er kannte die meisten Regierungsmitglieder und schlug vor, Herbert Samuel, den Verantwortlichen für die lokale Verwaltung zu treffen. Weizmann befürchtete, dass dieser wie die meisten der jüdischen Elite in England damals, keine Sympathien mit der zionistischen Bewegung habe. So sprach Scott zuerst mit Lloyd George und bat ihn, diesen außerordentlichen Zionisten aus Manchester zu treffen. Lloyd George stimmte zu, denn er hatte soeben über Zionismus mit Herbert Samuel gesprochen, vielleicht würde Dr. Weizmann mit beiden zusammentreffen. Lloyd George musste die Termine mehrmals verschieben, so dass er Weizmann bat, Samuel allein zu treffen. Am Nachmittag des 9. Dezembers nahm Weizmann den Zug nach London, übernachtete in der Wohnung von Achad Ha'am in Haverstock Hill und traf Samuel am nächsten Vormittag in seinem Whitehall Büro.

Weizmann erklärte die zionistische Position, die Samuel geduldig anhörte. Dann wurde er von Herbert Samuel überrascht: „Seitdem die Türkei in den Krieg gezogen ist, hat er [Samuel] viel daran gedacht. Die Verwirklichung des zionistischen Traums ist möglich.... Große Dinge wird man in Palästina machen müssen... Die Juden müssen Eisenbahnlinien, einen Hafen, eine Universität bauen und ein Netz von Schulen.“ Weizmann reagierte: „Wäre ich ein religiöser Jude, so würde ich denken, die Zeit des Messias ist nicht fern.“

Palästina britisch machen

Weizmann kehrte ganz aufgeregt zu Achad Ha'ams Wohnung zurück. Drei Tage später schrieb er in einem Brief an seinen Freund. „Er [Samuel] sagte: Wir werden den Tempel wiederaufbauen als Zeichen jüdischer Einigkeit“. An Scott schrieb er, Samuel „fühle seine Verantwortung als britischer Minister und [als] Jude.“

Doch damit gab sich Weizmann nicht zufrieden. Er hatte das Mitglied des britischen Kriegsrates, den konservativen Arthur James Balfour, bereits vorher zwei Mal getroffen. Nun bat er einen gemeinsamen Freund, eine dritte Besprechung möglichst zu machen. Es war eine kluge



Arthur James Balfour

Bitte, denn bislang hatte Weizmann nur liberale Politiker kennengelernt, die Konservativen teilten nicht die anti-imperialistischen Skrupel gewisser Liberaler, wie Grey. Sie waren nicht dagegen Palästina britisch zu machen.

Arthur James Balfour spielt nicht nur wegen seiner Deklaration eine große Rolle in der Geschichte des Zionismus, sondern auch für die Vorbereitung und seiner unterstützenden Haltung nach der Deklaration. Er kam aus der aristokratischen politischen Cecil-Familie, die von Lord Burghley, dem Berater der Königin Elisabeth I., abstammte. Familienmitglieder gab es im Parlament, im Foreign Office und unter seinen Diplomaten. Balfour verfasste auch gelehrte Bücher über Philosophie, in denen er versuchte den Darwinismus mit der Religion zu versöhnen. Er war ein Anhänger des parlamentarischen Systems für die englisch-

wicklung der zionistischen Bewegung seither. Balfour antwortete: „Sie werden ihre Arbeit nach dem Krieg viel schneller fortsetzen können.“

Weizmann erklärte einem skeptischen Philosophen und Politiker die Tragödie des Antisemitismus und was dagegen unternommen werden kann. Die beiden Männer sprachen von den Juden in Deutschland. Sie haben viel zur deutschen Größe beigetragen, „wie andere Juden zur Größe Frankreichs und Englands, auf Kosten des ganzen jüdischen Volkes, dessen Leiden, umso größer werden, wenn schöpferische Elemente von der umgebenden Gesellschaft absorbiert werden – denn diese machen uns später einen Vorwurf wegen dieser Absorbierung und reagieren mit Antisemitismus.“ Weizmann berichtete Achad Ha'am, dass Balfour aufmerksam zuhörte und ihn dann bei der Hand nahm und sagte, ich

„Wäre ich ein religiöser Jude, so würde ich denken, die Zeit des Messias ist nicht fern.“

sprachigen Völker und unterstützte den britischen Imperialismus.

Balfour schrieb an Weizmanns Freund: „Ich habe die lebhafteste und sehr angenehme Erinnerung an mein Gespräch mit Dr. Weizmann 1906... und werde ihn gerne empfangen.“

Weizmann traf den Aristokraten in dessen schönem Haus 12 Carlton Garden, nicht weit vom Foreign Office, am 12. Dezember. Weizmann war zufrieden mit seinem Gespräch: „Balfour erinnerte sich an alles, was wir vor acht Jahren besprachen“. Weizmann schilderte die Ent-

wicklung der zionistischen Bewegung seither. Balfour begriff sofort den wesentlichen Unterschied zwischen Weizmann und anderen Juden, die ihn um Hilfe für verfolgte Juden gebeten hatten. „Was für eine große Differenz“, sagte er Weizmann, „denn Sie bitten nicht um irgendetwas... Sie fordern, und man muss Ihnen zuhören, denn Sie sind ein Staatsmann eines moralisch starken Staates.“ Er begleitete Weizmann zur Tür und sagte, „Bitte besuchen Sie mich wieder, Ich bin tief bewegt und

interessiert, es ist kein Traum, sondern eine große Sache, die ich verstehe.“

Die katholische und orthodoxe Eifersucht

Weizmann fuhr nach Paris, wo mit Baron Edmond de Rothschild sprach. Am 15. Januar 1915 traf er Lloyd George und Herbert Samuel. Scott hatte ihn auf das Gespräch vorbereitet. „Sie werden vielleicht merken, dass er das Gespräch führen und Ihnen eine Menge Fragen stellen wird... er wird mehr wissen wollen über den jetzigen Umfang des jüdischen Elements in Palästina und die Möglichkeit eines raschen Wachstums; das Verhältnis zu der lokalen arabischen Einwohnerchaft, die viel größer ist; den Wert Palästinas als ‚Pufferstaat‘, wie wir eine nicht erwünschte Ausbreitung der militärischen Verantwortung vermeiden können und wie man die katholische und orthodoxe Eifersucht bezüglich der Obhut der Heiligen Orte zerstreuen kann.“

Weizmann war nervös als er in 10 Downing Street ankam, wo das Gespräch stattfand. Wie Scott voraussagte, bombardierte ihn der zukünftige Ministerpräsident mit Fragen. Weizmanns Charme wirkte auch bei ihm, Lloyd George wurde sein Unterstützer.

Weizmann versuchte auch im persönlichen Gespräch Lucien Wolf zu überzeugen, doch da scheiterte er. Dieser Vertreter der assimilierten Juden hatte sein eigenes Programm und es begann ein Wettbewerb um die Unterstützung der britischen Regierung.

Niemand hatte in Großbritannien mehr Erfolg bei der Assimilation als Edwin Montagu, er hatte von seinem Vater, dem Banker und liberalen Politiker Samuel Montagu (Lord Swaythling) ein riesiges Vermögen geerbt, er besaß ein Gut in Norfolk, wie andere Männer seiner Klasse ging er auch gerne auf die Jagd. Bereits als junger Mann war er Privatsekretär des Ministerpräsidenten Asquith und er heiratete die Aristokratin Venetia Stanley. Asquith konnte nicht vergessen, dass sein politischer Kollege ein Jude war, in seiner Korrespondenz mit Venetia, nannte er Montagu „den Assyrer“ und sein Londoner Haus „das seidene Zelt“.

Montagu war politisch raffiniert, emotional, boshaft und empfindlich. Er wusste, dass Asquith ihn nicht als einen Kollegen sah, der Jude war, sondern als einen Juden, der sein Kollege wurde. Montagu wollte anerkannt werden als Brite, dessen Religion jüdisch war. Am 16. März schrieb er einen Brief an Asquith, mit dem er sich gegen das Memorandum von Samuel wandte.

„Kann ich keine Juden sehen, die Olivenbäume pflegen“

„Palästina ist weder vom strategischen noch vom materiellen Standpunkt attraktiv“, der Besitz dieses Landes würde die Verteidigung von Ägypten und des Suez-Kanals nicht erleichtern. Die Juden würden auch nicht zufrieden sein als Landwirte. Was immer Zionisten, wie sein Vetter sagen, „kann ich keine Juden sehen, die Olivenbäume oder Schaffherden pflegen“.

Doch das war nicht alles. „Es gibt keine jüdische Rasse als ein homogenes Ganze. Es ist ganz offensichtlich, dass die Juden in Großbritannien so entfernt sind von

den Juden in Marokko oder die schwarzen Juden in Cochinchina wie die christlichen Engländer von den Mohren oder den Hindus.“

Als Wissenschaftler hatte Weizmann auch Zugang zum DMI, zum Chef der Military Intelligence, wo er auch Oberst Richard Meinertzhagen, den Nachkommen einer schon lang in England ansässigen dänischen Familie traf, der ihm bereits bei ihrer ersten Begegnung mitteilte einst Antisemit gewesen zu sein, und seine Meinung erst geändert zu haben, als er Aron Aronson im Nahen Osten traf und so zum Zionisten wurde.

Aronson war Agronom in Sichron Yaakov und als solcher auch in die USA eingeladen, um das Landwirtschaftsamt der Regierung zu beraten. Er hatte Charisma und beeindruckte einige zionistische Wohltäter, die sein Projekt, eine landwirtschaftliche Versuchsstation in Atlit (südlich von Haifa) aufzubauen, finanzierten. Es war ein idealer Ort, um sich mit britischen Agenten zu treffen. Aronson war nach Kriegsausbruch auch verantwortlich für amerikanische Wohlfahrtsstiftungen in Jerusalem, wo er Dschemal Pascha traf. Im Sommer 1915 überfielen Schwärme von Heuschrecken das Land und Aronson bekam die Aufgabe, sie zu bekämpfen. Er konnte so das ganze Land bereisen und notierte in sein Tagebuch nicht nur seine Beobachtung der Heuschrecken, sondern auch wo osmanische Truppen und Waffen konzentriert waren. Seine Gespräche mit Dschemal machten ihm klar, dass der Zionismus von den Osmanen keine Unterstützung erwarten könne. Während die Juden in Erez Israel meinten, man dürfe nichts gegen die Osmanen unternehmen, baute Aronson das Spionagenetz NILI, nach den Anfangsbuchstaben eines Satzes aus der Bibel „Netzach Israel lo jeschaker“ (die Ewigkeit Israels wird nicht lügen). Aronson konnte den britischen Nachrichtendienst in Port Said überzeugen, und bald landete in Atlit ein britischer Seemann, um ein Dossier zu übernehmen.

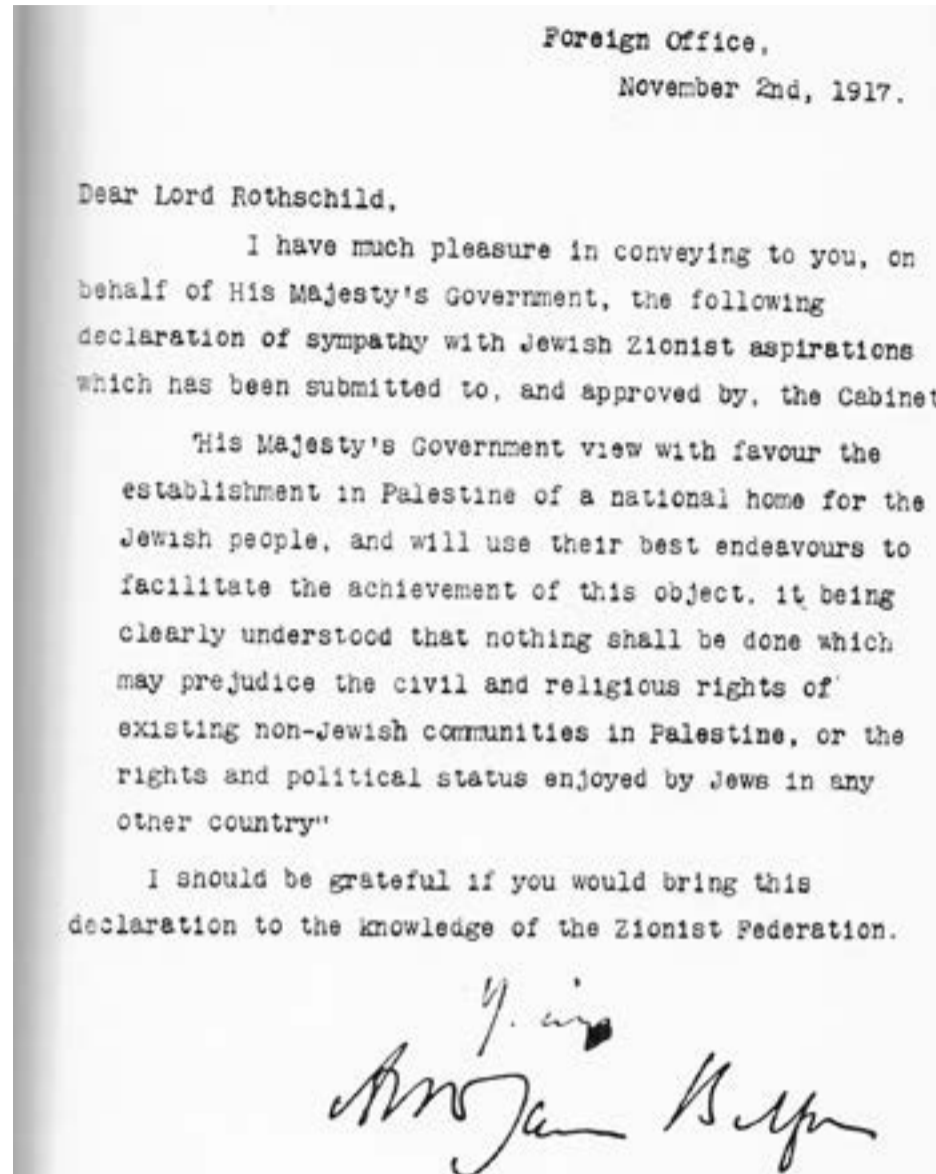
Juden, Araber und Armenier befreien

Im Oktober 1917 gelang es den Osmanen eine von NILI gesandte Taube abzufangen – und fast alle Aktivisten wurden hingerichtet. Sara, die Schwester von Aronson, beging Selbstmord. Aronson war zu dieser Zeit unterwegs auf einer abenteuerlichen Reise nach London. Dort machte er großen Eindruck auf Sir Mark Sykes, den Generalsekretär des Kriegskabinetts. Weizmann beschrieb diesen als einen frommen Katholiken, Großgrundbesitzer und Kenner des Nahen Ostens, der drei unterdrückte Völker befreien wollte, die Juden, die Araber und die Armenier.

Ein anderer Unterstützer von Weizmann war Leo Amery, der in Indien geborene Sohn eines britischen Offiziers und einer ungarischen Jüdin, die mit ihrer Familie zum Protestantismus konvertierte und nach England umzog. Amery war Klassenkamerad von Winston Churchill in Harrow, wurde konservativer Politiker und sollte später Kolonialminister werden.

Sykes vereinbarte 1916 mit dem französischen Diplomaten F.G. Picot die Aufteilung des Nahen Ostens in britische und französische Einflusszonen, im Frühjahr 1917 informierten die beiden Diplomaten sowohl die führenden arabischen Persönlichkeiten als auch die Zionisten über ihren Plan. Allerdings wurden die Araber nicht informiert über die pro-zionistische Haltung der britischen Regierung.

Am 21. Juni 1917 verließ Henry Morgenthau, der ehemalige US-Botschafter in Istanbul, auf einem Schiff mit 18 Kisten



Die berühmte Balfour-Deklaration

Gold im Wert von 400.000 Dollar für die Juden Erez Israels, die Stadt New York. Er beabsichtigte die Osmanen vom Vorteil eines Sonderfriedens zu überzeugen und wollte auch im Namen der Zionisten sprechen. Weizmann traf ihn nach einer abenteuerlichen Fahrt über Frankreich und Spanien in Gibraltar. Er sagte dem amerikanischen Diplomaten klipp und klar: „Auf keinem Fall darf die zionistische Organisation identifiziert werden oder irgendwie mit den Versuchen einen separaten Frieden in Verbindung gebracht werden.“

Juden gegen den Judenstaat

Am 2. November 1917 nach einer heftigen Diskussion im Kriegskabinetts hat Balfour seine bekannte Deklaration – aufgrund des Wunsches von Weizmann – an Lord Rothschild gerichtet. Edwin Montagu hielt eine emotionale Rede gegen die Deklaration und wiederholte alle antizionistischen Argumente. Die Heftigkeit, mit der seine Ansichten vorgetragen hatte, überraschte das Kabinetts, denn er hatte fast geweint. Deswegen wurde dann auch eine Kompromissformel ausgearbeitet.

Weizmann wartete draußen und Sykes brachte Weizmann das Dokument mit den Worten „Dr. Weizmann, es ist ein Bub!“. Weizmann bemerkte in seinen Memoiren: „Nun, ich hatte zunächst nichts übrig für den Buben. Es war nicht derjenige, den ich erwartet hatte. Aber ich wusste, das ist ein großes Ereignis. Ich rief meine Frau an und besuchte Achad Haam.“

Chaim Weizmann und seine Kollegen hatten dazu den wesentlichen Beitrag geleistet. Ihnen ist es während der ersten drei Kriegsjahre gelungen mit der Elite der britischen Juden einen Kontakt herzustellen und viele von ihnen zum Zionismus zu bekehren.

Die Befürworter der Assimilation, die das Foreign Office bedrängt haben hauptsächlich Juden in Russland und Rumänien zu schützen, konnten damit während des Krieges nicht weitermachen. Das

wichtigste aber war, die Fähigkeit von Chaim Weizmann mit den in Großbritannien, Frankreich und Italien herrschenden Kreisen in Verbindung zu treten und ihnen klarzumachen, welchen Vorteil ihnen das zionistische Projekt während und nach dem Krieg bieten würde.

Deutschland schätzte die Juden schon höher ein

Sie benützten den Glauben dieser Menschen an die Macht des „Internationalen Judentums“, insbesondere an die jüdischen Finanzen in den USA und den jüdischen Einfluss auf die Kriegsgegner in Russland. Das waren unverschämte Übertreibungen, die aber ihren Zweck erfüllten. Weizmann warnte das Foreign Office, dass Deutschland bereits die jüdische Macht erkannt hat, und Angebote macht. Seine Argumentation überzeugte sowohl Philo- als auch Antisemiten. Im Nachhinein entdeckten Historiker, dass die jüdischen Financiers in den USA schon vor der Balfour-Erklärung den Alliierten wohlgesonnen waren. In Russland kamen fünf Tage später die Bolschewiken zur Macht, die entschlossen waren – ohne die Juden zu fragen – Russland aus dem Krieg zu führen.

Großbritannien verwaltete das Land als Ergebnis einer militärischen Besetzung. Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die San-Remo-Konferenz 1920 bestätigten die britische Herrschaft, und der Völkerbund bestätigte dies mit einem unbefristeten Mandat.

USA Präsident Wilson erklärte: „Ich bin überzeugt, dass die alliierten Nationen, mit der vollen Unterstützung unserer Regierung, einverstanden sind, dass die Grundlagen des jüdischen Commonwealth in Palästina gelegt werden.“

Anfang 1918 beschloss die britische Regierung eine zionistische Kommission nach Palästina zu senden, um die Lage zu begutachten und Pläne im Sinne der Balfour-Erklärung auszuarbeiten. Die Abfahrt sollte am 8. März 1918 erfolgen. Ein

paar Tage vorher wurde Weizmann von Sykes informiert, dass König George V. ihn an diesem Tag empfangen wird. Der König wusste, dass Weizmann in Russland geboren wurde und sprach mit ihm über die russische Revolution, er sagte auch, „ich habe Nicky immer über die Risiken gewarnt sein Regime aufrechtzuerhalten; aber er hat nicht auf mich gehört“. Am Abend ging die Reise los über Frankreich nach Taranto in Italien. Von dort ging es mit einem Schiff neun Tage bis Alexandria. Hier traf Weizmann das erste Mal eine große sephardische Gemeinde und arabische Notabeln. Sie wurden gewarnt, Araber nie mit konkreten Fragen zu konfrontieren.

Zuerst konnte James de Rothschild ins Land fahren, wo er Gast des kommandierenden General Allenby war. Der nächste Gast von Allenby war Weizmann und erst danach kam der Rest der Kommission.

Judenfeindliche Briten

Das Hauptquartier befand sich in Bir Salem bei Ramleh in einem früheren deutschen Hospiz.

Die britischen Offiziere waren noch mit dem Krieg beschäftigt und nicht informiert über die Balfour-Erklärung. Eingeladen zum Abendessen bei General Allenby, beschwerte sich Weizmann über die feindliche Einstellung der britischen Zivilangestellten zur jüdischen Bevölkerung, die mit den Australiern und Neuseeländern hingegen keine Probleme hatte. Später aber besserte sich das Verhältnis der Administration zu den Juden.

Bald begann die zionistische Führung an den guten Absichten der Briten zu zweifeln. Ronald Storrs, der erste Militärgouverneur in Jerusalem, hat die Araber bevorzugt und der früher mit Zionisten verbündete Winston Churchill hatte 1922 in Kairo Transjordanien vom Mandatsgebiet getrennt. Und sogar Herbert Samuel, der erste britische Hochkommissar, schockierte die Zionisten, als er nach anti-jüdischen Unruhen im Mai 1921 die jüdische Einwanderung provisorisch einstellte und die arabischen Täter begnadigte. Nach 1922 gab es weniger Spannungen zwischen Briten und Zionisten. Doch 1930 erließ die Labour-Regierung das erste Weißbuch, das u.a. den jüdischen Landerwerb begrenzte. Der zionistische Protest war so stark, dass die Regierung dies zurücknahm. 1937 akzeptierte eine konservative Regierung die Vorschläge der Peel-Kommission zur Teilung des Landes. Doch 1939 erließ die Regierung Chamberlain wieder ein Weißbuch, die jüdische Einwanderung sollte auf 75.000 binnen der nächsten fünf Jahre und der Landerwerb ganz eingeschränkt werden.

Der 67 Wörter kurze Brief von Lord Balfour an Lord Rothschild wirft bis heute einen riesigen Schatten auf die Geschehnisse seitdem. Die Geschichte der jüdischen Staatswerdung begann nicht am 15. Mai 1948 mit der israelischen Unabhängigkeitserklärung, die viel der britischen Präsenz im Nahen Osten schuldet. Das Dreieck Briten, Araber und Juden war maßgebend für die demokratische Selbstverwaltung der Juden und die Schaffung von paramilitärischen Organisationen, die zum Kern des neuen Staates wurden. Dieses Dreieck erlebte Jahre der Harmonie, der Koexistenz und des Dialogs, während es miteinander nicht vereinbare Hoffnungen gab, ständig wachsende Spannung und am Ende einen totalen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung.

War die Balfour-Erklärung die Startrampe für den jüdischen Staat drei Jahrzehnte später? Oder Geburtsstunde eines hartnäckigen, noch zu lösenden israelisch-arabischen Konflikts?

Die Historiker geben verschiedene Antworten.

Islamischer Terror: Der vergessene „Disco-Brand“ von Göteborg am 29. Oktober 1998 mit 63 Toten

Der größte Brandanschlag Schwedens war wegen der islamischen Täter den hiesigen Medien nur eine kleine Randnotiz wert. In Wirklichkeit war die sogenannte „Brandkatastrophe“ kein Unfall, sondern ein Anschlag islamischer Jugendlicher auf eine Diskothek und ihre unschuldigen Besucher. Besonders erschreckend ist die Bereitschaft derartige Taten zu vergessen, wenn die Täter nicht ins Konzept von Politik und Leitmedien passen.



Von Simone Schermann

Freunde und Angehörige der Opfer von Göteborg prüfen die von der Polizei veröffentlichten Namenslisten.

Islamischer Terror tötet auf vielfältige Art, man könnte auch sagen, er ist „divers“. Der Geschlechtseintrag „divers“, von lateinisch diversus „ungleichartig, verschieden“ abgeleitet, stellt eine dritte Option neben „weiblich“ und „männlich“ zur Verfügung. Im Vergleich zum Islam sind Christentum und Judentum im 21. Jahrhundert längst zu zwei zivilisierten und friedlichen Religionen gereift. Es gibt kein einziges Beispiel in Deutschland dafür, dass ein gewaltbereiter Jude sich im Namen seiner Religion mit einem Messer oder einer Machete in der Hand auf Andersgläubige gestürzt hat; auch ist mir kein einziger Angriff auf eine Moschee oder Kirche bekannt, die unter dem Ausruf Baruch Hashem oder Adonaj elohejnu, Adonaj ehad geschehen wäre; ebenso wenig, dass ein Mensch im Namen des Christentums eine andersgläubige Person, dabei lautstark das Vaterunser rezitierend, mit einer Axt attackiert hätte.

Solche Vorfälle sind inexistent. Der Islam dagegen ist anders, und Gewalt ist seine ständige Option. Würde man sämtliche Ausdrucksformen der Gewalt, also die „Diversität“, die der militante Islam in den letzten Jahren in Europa sozusagen ausgeschöpft hat, mit einer digitalen App tracken können, würde sie vermutlich kol-

labieren. Man könnte es aber auch althergebracht handhaben und sämtliche Ehrenmorde, Messerattacken, Machetenangriffe, Attacken auf Kirchen und Synagogen, Enthauptungen, Zugschubserien mit Todesfolge, Clanmorde, Gürtelschnallenschläge, Gruppenvergewaltigungen, das Bestrafen von ungehorsamen Ehefrauen oder Lebenspartnerinnen, Hasspredigten gegen Juden und andere Ungläubige in Moscheen sowie sämtliche Terroranschläge in Europa gegen Zivilisten und die westliche Welt (die Aufzählung ist sicher unvollständig) mit Pins auf einer überdimensionalen Karte markieren – es ergäbe sich ein Horrorporträt islamischen Terrors, vor dessen entsetzenderem Ausmaß kein rational denkender Mensch mehr die Augen verschließen könnte.

In diese schier unendliche Reihe grausamster Gewalttaten gehört der traurige Fall einer medial äußerst spärlich wahrgenommenen, dafür aber umso mörderischeren Brandstiftung, die als größtes Feuer-Desaster in die Geschichte Schwedens eingehen sollte: die Brandkatastrophe von Göteborg, der nach Stockholm und vor Malmö zweitgrößten Stadt Schwedens.

Die Universitätsstadt Göteborg, deren Metropolregion ca. eine Million Einwohner hat, liegt an der West-

küste Schwedens. Mit ihrem eisfreien Meerhafen entwickelte sie sich im letzten Jahrhundert zum größten Exporthafen Nordeuropas. Göteborg, das eine weltberühmte Death-Metal-Szene hat, besitzt das kulturelle Flair einer Großstadt, das Zentrum erinnert an die Wiener Ringstraßenbauten, wozu auch die reichhaltige und lebendige Kaffeehauskultur passt. Die aus Saudi-Arabien finanzierte große Moschee, auch salafistische Bellevue-Moschee genannt, befindet sich im Stadtbezirk Bellevue.

375 Menschen bei einer mazedonischen Party

Wie oft im Leben gehen einem Unglück nicht selten menschliches Versagen und Fehler voraus, was auch bei der genannten Feuerkatastrophe der Fall war. Sie waren indessen nicht kausal: Der Brand selbst stellte einen hasserfüllten, niederträchtigen Anschlag auf unbeschwert feiernde Jugendliche dar.

Im Oktober 1998 waren rund 375 Menschen, viele davon Teenager, in der Hafengegend von Göteborg zusammengekommen, um eine Halloween-Party zu feiern. Ein mazedonischer Kulturverein hatte die Räumlichkeiten gemietet und bei den örtlichen Behörden eine Geburtstagsfeier für 50 Personen angemeldet.

Es war vor Mitternacht, als ein Feuer ausbrach, das schrecklicherweise seinen Ursprung auf der Treppe des Notausgangs genommen hatte und sich rasend schnell ausbreitete. Unbemerkt von den Feiernden nahm die Katastrophe ihren Lauf, da Rauch und Brandgeruch zunächst mit den in Diskotheken üblichen Nebelmaschinen in Verbindung gebracht wurden. Schließlich bemerkte einer der DJs das Feuer und rief die Gäste dazu auf, die Örtlichkeit so ruhig wie möglich zu verlassen. Viele der Anwesenden hatten zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Bedrohung noch nicht realisiert. Als Rauch den gesamten Tanzbereich flutete, begannen Chaos und Panik.

Der Tanzklub war lediglich für maximal 150 Personen ausgerichtet, sodass das Gebäude massiv überfüllt war. Der einzige Notausgang war blockiert, denn man hatte ihn leichtsinnig für das Aufstapeln von Tischen und Stühlen benutzt, um den Tanzbereich zu vergrößern. Dieser Ausgang war nun durch das Feuer und die entstandene Barrikade zur Falle geworden, sodass Dutzende Menschen über die einzige verbliebene Fluchtmöglichkeit zu entkommen versuchten: Alle Personen in dem Gebäude mussten über eine Treppe hinunter zum einzigen Ausgang, dem Haupt-

eingang, der außerdem weniger als einen Meter breit war.

Der erste Notruf erreichte um 23.42 Uhr die Einsatzkräfte. Wenige Minuten nach dem Anruf waren Feuerwehr, Polizei und Rettungswagen vor Ort. Der erste Feuerwehrwagen hatte bereits Verstärkung angefordert, denn er war eingetroffen, als bereits Menschen aus dem Fenster um ihr Leben sprangen. Ungefähr 40 Menschen überlebten den Sprung aus fünf Metern Höhe; viele von ihnen erlitten dabei schwerste Verletzungen.

Der Notausgang war versperrt

Feuerwehrmänner berichteten später von Bildern, die einem „komplett unwirklichen“ Szenario geglichen hätten, wie aus dem Bericht des Swedish Civil Contingencies Agency (MSB) zu entnehmen war. Das MSB (schwedisch: Myndigheten för samhällsskydd och beredskap, MSB) ist eine schwedische Verwaltungsbehörde für zivile Notfälle, die unter dem Justizministerium organisiert ist. Die Agentur ist für Fragen des Katastrophenschutzes, der öffentlichen Sicherheit, des Notfallmanagements und des Zivilschutzes zuständig und somit für Maßnahmen, die vor, während und nach einem Notfall oder einer Krise ergriffen werden. Das MSB arbeitet eng mit Gemeinden, den Kreisräten, anderen Behörden, Organisationen und dem Privatsektor zusammen, um mehr Sicherheit auf allen Ebenen der Gesellschaft zu erreichen.

Dem Bericht war zu entnehmen, dass sich bei Ankunft weiterer Rettungskräfte immer noch rund hundert Menschen in dem brennenden Gebäude befanden. Lediglich 40 von ihnen konnten über die Fenster und den Hauptaussgang gerettet werden, Angst und Panik hatten zu fürchterlichen Szenen geführt.

63 Todesopfer und drei Millionen Kronen

Die Bilanz der Katastrophe war verheerend. Aufgrund des Feuers starben 63 Menschen, über 200 Personen erlitten Brandverletzungen, 74 von ihnen benötigten eine Intensivbehandlung. Das jüngste Todesopfer war zwölf Jahre alt; alle im Gebäude befindlichen Besucher und Feiernden waren unter 20. Als Todesursache für die 63 Opfer wurden Kohlenmonoxidvergiftung, Tod durch Verbrennen oder ein tödlicher Sprung aus dem Fenster genannt.

Bereits um drei Uhr morgens nahm die Polizei die Ermittlungen auf, eine Stunde nach dem Löschen des Feuers, was das ganze Ausmaß dieser Katastrophe zeigte. Am Morgen nach dem Brand wurde in Göteborg ein Tag der Trauer ausgerufen.

Die örtlichen Behörden begannen unverzüglich mit der Suche nach der Brandursache. In der Folge wurden 1.500 Personen befragt. Im Dezember 1999 wurde schließlich eine Belohnung von drei Millionen Kronen ausgesetzt für die Aufklärung des Falles.

Die Schnelligkeit, mit der sich das Feuer ausgebreitet hatte, ließ in Fachkreisen sofort den Verdacht aufkommen, dass es kein „normales Feuer“ war, sondern dass es sich um Brandstiftung handeln musste.

Der Hintergrund dieser Fragestellung führt bereits zu einem fragwürdigen Gedankenspiel. Zudem war es erstaunlich, dass eine Regierung eine derart hohe Geldsumme für die Ursachenerforschung einer möglichen Brandstiftung bei einer Privatfeier als Prämie zur Verfügung stellte. Wer



Das 2008 eingeweihte Denkmal für die Feueropfer von Göteborg

sollte einen Geburtstag oder eine Halloween-Party von Kindern und Jugendlichen vorsätzlich in solch einer niederträchtigen Feuerkatastrophe enden lassen wollen? Welches Motiv könnte Menschen zu so einer abscheulichen und gewissenlosen Tat veranlassen?

Eine Erklärung für die hohe Belohnung wäre, dass bald nach dem schrecklichen Brand mit derart vielen Toten und Schwerverletzten Flugblätter in der Stadt kursierten. Der Inhalt der Flyer lautete: „60 junge Emigranten starben – nun werden 60 Schweden sterben.“

Da viele der Opfer einen Migrationshintergrund hatten, befand sich die Regierung offenbar in größter Besorgnis, dass Feuer könnte einen fremdenfeindlichen Hintergrund haben. Zahlreiche Opfer waren Kinder von Flüchtlingsfamilien und Emigranten. Sie kamen aus Mazedonien, Bosnien, Somalia, Äthiopien, Iran, dem Irak und aus Lateinamerika. Es war also eine multikulturelle, multiethnische und fröhliche Veranstaltung – 19 Nationalitäten waren vertreten – fernab von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Eltern mit Kindern, Jugendliche, Hinterbliebene fanden sich nach der Katastrophe am Ort des Geschehens ein, um Blumen niederzulegen oder Kerzen anzuzünden und so ihrer Trauer und ihrem Gedenken Ausdruck zu verleihen. Der schwedische Premierminister Göran Persson konnte seine Tränen kaum zurückhalten, als er den Unglücksort besuchte. Auf dem Boden verstreut lagen überall Kinderschuhe. Von der Diskothek war nur noch ein Skelett übrig und auf dem Fußboden des ausgebrannten Gebäudes, so Persson, „waren Stiefel und Schuhe, wie sie auch meine Kinder tragen“.

Jamal Fawaz, ein damals 15-jähriger Augenzeuge, berichtete, dass „jeder in dem Chaos versuchte, den Ausgang zu erreichen, und Menschen über am Boden liegende trampelten“. Rettungskräfte fanden 59 tote Kinder vor. Der Augenzeuge Binan Atta berichtete, dass viele Kinder schrien und er mit

eigenen Augen sah, wie zehn Personen aus dem Fenster sprangen, ohne dabei überhaupt einmal nach unten zu schauen.

Die Täter und das Wegsehen der deutschen Journalisten

Völlig unbeachtet von den deutschen Medien kam es im Januar 2000 zu Festnahmen. Einige der Festgenommenen waren bereits im Juni 1999 verhaftet und wieder freigelassen worden. Wie sich herausstellte, war das Feuer ein Racheakt von vier Jugendlichen im Alter von 17 bis 19 Jahren. Diese vier Heranwachsenden waren iranischer Herkunft und trugen die Verantwortung für das tödliche Inferno. Im Eingangsbereich der Tanzlokalität war es zu einem Streit gekommen, woraufhin ihnen der Eintritt verweigert worden war.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 19-jährige Shoresh Kaveh das Feuer gelegt hatte, und verurteilte ihn zu acht Jahren Haft. Alle vier Angeklagten wurden wegen schwerer Brandstiftung schuldig gesprochen. Housein Arsani und Mohammad Mohammadmini wurden jeweils zunächst zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, später wurde dieses Urteil auf sieben Jahre erhöht. Der vierte und jüngste Täter, Meysam Mohammadyeh, wurde lediglich zu drei Jahren Jugendhaft verurteilt. Die Ankläger argumentierten, die vier jungen Männer hätten sich mit ihrer Tat für einen Verweis aus der Disco rächen wollen. Zudem sah es das Gericht als erwiesen an, dass die Täter in „kompletter Gleichgültigkeit“ gehandelt hätten. Im internationalen Vergleich erscheinen daher die Strafen in Schweden für die erwiesenen Tatbestände relativ milde.

Die Tat von Göteborg erinnert an den 1. Juni 2001. Ein „palästinensischer“ Terrorist sprengte sich in einer Warteschlange vor der Tel Aviver Diskothek „Dolphinarium“ in die Luft und tötete 21 junge Menschen, 120 wurden verletzt. Die Diskothek an der Strandpromenade war vor allem bei jungen Israelis aus der ehemaligen Sowjetunion beliebt. Es starben

an diesem Tag ausschließlich Israelis mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen waren unter 20 Jahre alt, das jüngste Opfer war 14.

Die Hinterbliebenen des Brandes von Göteborg gründeten eine Non-Profit-Organisation (BOA Brandoffrens anhörig), um die Opferfamilien zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr sah man es als sinngebende Konsequenz an, gemeinsam daran zu arbeiten, die Menschen auf die Brandgefahr in Innenbereichen aufmerksam zu machen.

Am zehnten Jahrestag des Anschlags wurde 2008 ein Stein aus poliertem Granit zum Gedenken an die Opfer eingeweiht, in dem mit Goldbuchstaben alle Namen und das Alter der Kinder und Jugendlichen eingraviert sind.

Für die Hinterbliebenen ist es eine Notwendigkeit, mit diesen Instrumentarien zu einer Art Abschluss zu kommen, um weiterleben zu können und eine Form von Heilung für den Schmerz zu finden. Die Tat selbst und die Reaktionen darauf lassen uns aber noch heute in jeder Hinsicht sprachlos zurück.

Es war eine Zurückweisung, wie Menschen sie täglich erleben und wie sie auch die vier iranischen jungen Männer erfuhren, als ihnen der Eintritt verweigert wurde, die sie aber mit Hass und Rache beantworteten. Aber auch das war nicht genug und die Feindschaft hatte noch Luft nach oben, als aus der muslimischen Gemeinschaft statt Trauer und Mitgefühl für die Opfer lediglich noch mehr sinnloser Hass verbreitet wurde. Kein Abwarten einer Festnahme, kein faires Gerichtsurteil, stattdessen sollten Vergeltung und todbringende Strafe als offenkundig einzige Option fungieren. Diese hieß Rache an den „Schweden“. So lautete der Slogan: „60 junge Emigranten starben – nun werden 60 Schweden sterben.“

Die Schlussfolgerung dieses Flyers sah nur die Pflicht vor, eine Rechnung mit der schwedischen Gesellschaft begleichen zu müssen. Als Antwort auf den Tod von über 60 Kindern hatten die Verfasser lediglich eine Kriegserklärung anzubieten.

Schon Ralph Giordano mahnte

Man muss zu dem Schluss kommen, dass dem Islam mit seiner schabigen Frauenverachtung, dem sinnlos übersteigerten Männlichkeitswahn, seinem übertriebenen und schwülstigen Ehrverständnis, seiner schier maßlosen Intoleranz gegenüber allen westlichen Werten, dem offen artikulierten Hass gegenüber unserer liberalen Lebensweise und dem ständigen und noch deutlicher artikulierten Hass auf Juden und Christen eine Mentalität des Hasses, der Blutrache und der Vergeltung und eine tiefe Verachtung des Lebens selbst zugrunde liegt.

Ralph Giordano sagte einst: „Ich habe es mir angetan und habe den Koran gelesen. Von der ersten bis zur letzten, bis zur 114. Sure. Es ist eine Lektüre des Schreckens und des Wahnsinns. Es wird fortwährend dazu aufgerufen, die Ungläubigen zu töten, vor allem aber die Juden, die Juden, die Juden (...).“

Wir stehen im 21. Jahrhundert in Europa vor einer Schicksalsfrage. Wollen wir lediglich zuschauen und das überdimensionale Horrorgemälde des Schreckens weiter mit Gedenksteinen befüllen, auf welchen die Namen der zivilen, unschuldigen Opfer in Goldlettern verewigt sind?

Von Sommerfeld nach Valparaíso

Ein Nachruf auf und die dramatische Fluchtgeschichte des Juden Karl-Heinz Moses, der aus der Niederlausitz nach Chile floh.

Von Hans-Wilhelm Saure

Im Januar 1940 erreichte der damals 17-jährige Karl-Heinz Moses an Bord eines Schiffes aus Marseille den Hafen von Valparaíso. Es war das Ende einer dramatischen Flucht vor den Nazis aus Deutschland. Als erstes kaufte sich Moses damals Kirschen an einem Obststand. Für ihn war es nach all den schlimmen Erfahrungen als Jude in Nazi-Deutschland ein ganz besonderer Glücksmoment. Zur Erinnerung an die rettende Ankunft holte er sich zu jedem Jahrestag wieder Kirschen an einer Obsttheke. 80 Jahre lang. Dabei hätte Karl-Heinz Moses Chile fast nicht erreicht.

Vater und Sohn in französischem Lager

Ende August 1939 bestieg er mit seinen Eltern Simon und Eva Moses sowie seiner anderthalb Jahre jüngeren Schwester Ruth in Genua das italienische Schiff „Virgilio“. Der Vater von Karl-Heinz Moses hatte in der chilenischen Botschaft in Berlin Visa für seine Familie erhalten. Als kaum ein Land mehr jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufnahm, vergab Chile damals 5.000 Visa an die Verfolgten. Eine rettende Maßnahme, für die Karl-Heinz Moses dem Land immer zutiefst dankbar war.

Noch während der Überfahrt von Genua nach Valparaíso brach durch den Überfall Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg aus. In Marseille stoppten Franzosen das Flüchtlings-schiff und holten die jüdischen Männer von Bord. Obwohl sie sich auf der Flucht vor der NS-Diktatur befanden,



Karl-Heinz Moses mit Familie

galten sie für die Franzosen als Deutsche und somit als Feinde. Während die Mutter von Karl-Heinz Moses und seine Schwester weiter nach Valparaíso fahren durften, wurden er und sein Vater in das französische Internierungslager „Les Milles“ gebracht. In der alten Ziegelei war Moses mit jüdischen Emigranten wie dem Schriftsteller Lion Feuchtwanger in einem Trakt untergebracht und musste Steine schleppen.

Nach drei Monaten durfte Moses das Lager in Südfrankreich verlassen und nach Chile ausreisen. „Mein Vater hatte 6.000 Dollar als wir in Chile ankamen. Die Hälfte davon gaben wir für eine Krebsoperation meiner Mutter aus. Von der anderen Hälfte kauften wir uns etwas zu essen, bis wir eine Arbeit gefunden hatten“, erzählte Karl-Heinz Moses vor vier Jahren in einem Interview für eine Filmdokumentation über



Der deutsch-chilenische Jude Karl-Heinz Moses

jüdische Flüchtlinge in Chile, die bald veröffentlicht werden soll. Der 2.580 Kilo schwere Transport mit dem Umzugsgut der Familie wurde von der Gestapo in Hamburg beschlagnahmt und versteigert. Das Handgepäck von Karl-Heinz Moses und seinem Vater konfiszierten die Franzosen. Nur die Koffer seiner Mutter und der Schwester kamen in Chile an. Ein Aschenbecher war der einzige Gegenstand aus der Fünfeinhalb-Zimmer-Wohnung in Berlin-Charlottenburg, der übrig blieb. Den Großteil ihrer Wohnungseinrichtung musste die Familie vor der Flucht aus Berlin verschleudern, Konten und Aktien wurde von den Nazis beschlagnahmt.

Bis 95 Jahren als Buchhalter tätig

Karl-Heinz Moses, der in Deutschland unter der Nazi-Herrschaft weder Abitur noch eine Lehre machen durfte, arbeitete in Valparaíso zuerst als Hilfskraft in einer Reifenwerkstatt. Dann jobbte er bei einer Touristenagentur, danach bei einer Bank und schließlich hatte Moses viele Jahre eine eigene Firma für Buchhaltung und Steuerberatung. Bis zu seinem 95. Lebensjahr arbeitete der stolze

dem als Präsident die Comunidad Israelita de Valparaíso - Viña del Mar.

Danach engagierte er sich viele Jahre im Kultusbeirat und war der Geschichtsschreiber der Gemeinde. Zu jeder der 120 Familien der jüdischen Gemeinde konnte er eine Geschichte erzählen. Karl-Heinz Moses besaß ein phänomenales Gedächtnis, konnte sich nach Jahrzehnten an Namen und Einzelheiten erinnern. Auch Erlebnisse aus seiner Kindheit in Brandenburg und Berlin erzählte er mit umwerfender Detailgenauigkeit, viel Charme und Witz. Ihm zuzuhören war ein Vergnügen und ein Erlebnis. Er interessierte sich mit großer Leidenschaft für Politik und Geschichte, las unzählige Bücher.

„Ich werde sterben und nie verstehen, wie so etwas damals in Deutschland passieren konnte“

Geboren wurde Karl-Heinz Moses am 19. Juni 1922 in Sommerfeld (Kreis Crossen) in der Niederlausitz. Heute heißt die Stadt Lubsko und gehört zu Polen. Sein Vater betrieb dort ein Schuhgeschäft und ein Konfektionsgeschäft. Die Familie lebte in einem stattlichen Haus mit Kindermädchen

Ingenieure betrieben, die ihre Arbeit verloren hatten.

Bis zur Reichspogromnacht am 9. November 1938 arbeitete er als Verkäufer in dem jüdischen Lederwarengeschäft G. Strumpf in der Kantstraße 116 in Berlin-Charlottenburg. SA-Horden und andere Nazis verwüsteten das Geschäft und steckten es in Brand. Das Ehepaar, das den Laden betrieb, wurde später von den Nazis ermordet.

„Ich werde sterben und nie verstehen, wie so etwas damals in Deutschland passieren konnte“, sagte Karl-Heinz Moses in dem Filminterview. Als Bundespräsident Joachim Gauck im Sommer 2016 Chile besuchte, wurde er als Holocaust-Überlebender zu einem Empfang in die Botschaft nach Santiago de Chile eingeladen. „Ich bin einer der letzten Mohikaner“, sagte er Gauck, der sich mit ihm unterhielt. Dass ihm der Bundespräsident in Chile die Hand drückte, nachdem er in Deutschland als Mensch Zweiter Klasse verfolgt wurde, war ein ganz besonderer Moment für ihn.

Vor Schülern der Deutschen Schule Valparaíso hielt der gebürtige Brandenburger regelmäßig Vorträge über seine Erlebnisse in Nazi-Deutschland und diskutierte mit den jungen Leuten. Das war ihm ein besonderes Anliegen.

Im Oktober feierte der Familienmensch Goldene Hochzeit mit seiner geliebten Ehefrau Lucia Garay de Moses. Wegen Corona ging das nur im ganz kleinen Familienkreis. Sein Stamm-Café in Viña del Mar und seine Freunde konnte er seit Februar nicht mehr besuchen, Kinder und Enkel nur selten sehen. Die Einschränkungen durch die Epidemie schmerzten ihn, aber er nahm sie mit Verständnis und Gelassenheit und verlor nie seinen Humor. Karl-Heinz Moses starb im Alter von 98 Jahren am 3. November im Schlaf an einem Herzinfarkt in seiner Wohnung in Viña del Mar.

„Obwohl sie sich auf der Flucht vor der NS-Diktatur befanden, galten sie für die Franzosen als Deutsche und somit als Feinde.“

Vater einer Tochter und eines Sohnes und fünffache Großvater als Chefbuchhalter in der Export-Firma eines Freundes in Valparaíso. Deutschland verweigerte dem NS-Verfolgten, der seine deutsche Staatsbürgerschaft nie aufgab, eine Rente. Die Linkspartei bemühte sich 2012 im Bundestag vergeblich durch eine Härtefallregelung eine kleine Ehrenpension für Karl-Heinz Moses und die anderen jüdischen Flüchtlinge in Chile zu erreichen.

Vier Jahre lang leitete Moses außer-

und war in der jüdischen Gemeinde aktiv.

Mit der Machtergreifung Hitlers war die glückliche Kindheit von Karl-Heinz Moses vorbei. Einige Schulkameraden durften nicht mehr mit ihm spielen. Die Familie musste die Läden wegen der Nazis aufgeben und zog in die Mommsenstraße nach Berlin. Auf eine öffentliche Schule durfte Moses als jüdisches Kind bald nicht mehr gehen. Eine Zeitlang besuchte er ein privates Schul-Institut, das jüdische

Ein Brite für Israel

Wie ein nicht-jüdischer britischer Soldat zum ersten israelischen Fallschirmjäger wurde

Von Benjamin Tschernuchin

Die Fallschirmjägerkorps ist eine der besten Militäreinheiten Israels; es ist berühmt und der Traum vieler, die einberufen werden, dort ihren Wehrdienst leisten zu können. Interessant ist dabei der Umstand, dass die Gründung des Korps in den 1950er Jahren keinem Israeli, noch nicht einmal einem Juden zu verdanken ist, obwohl er in Israel unter dem „charakteristischen“ Namen David Appel weithin bekannt war.

In Wirklichkeit war der Mann Brite und hieß Tom Derek Bowden. Vor 100 Jahren am 17. Dezember 1921 geboren, ist Bowden als Soldat im Unabhängigkeitskrieg Israels 1948 in die Geschichte eingegangen, indem er Seite an Seite mit Juden in Latrun und Galiläa kämpfte. Es war kein Zufall, dass der Generalstabschef der israelischen Streitkräfte, Chaim Laskov, 1949 ausgerechnet Bowden beauftragte, für Israel die erste Fallschirmschule zu gründen und zu leiten. Dort, an dieser Schule, wurde er Kommandeur und Chefausbilder. Auch gelang es ihm, die benötigte Ausrüstung aus England zu beschaffen; er stellte für die Einheit das erste Lernprogramm zusammen, ins Hebräische von seiner Sekretärin Chava (Eva) Heilbronner, einer aus Deutschland eingewanderten Jüdin, übersetzt.

Warum nun entschloss sich ein britischer Offizier ohne Bezug zum Judentum für ein fremdes Land zu kämpfen?

Tom war das siebte Kind einer wohlhabenden Familie in Süd-London. Die Schule verließ er mit 15; mit 17 Jahren wurde er einberufen und zusammen mit dem Schottischen Kavalleriekorps nach Palästina verlegt, das damals unter britischem Mandat stand. Sein Kommandeur war der legendäre Orde Charles Wingate – ein Brite, der mit den Juden sympathisierte und die paramilitärischen Einheiten der Hagana, (einer paramilitärischen zionistischen Untergrundorganisation in Palästina zur Zeit des britischen Mandats, Vorgängerin der IDF, - Anm. d. Übers.) gründete, die überwiegend nachts agierten. Auch der junge Bowden begleitete den Widerstandskampf der Juden mit Bewunderung: „Sie waren wie die Siedler im Wilden Westen, ich mochte sofort ihre Geschichte und dieses Land“, erinnerte sich der Brite später.

Kämpfe gegen die Vichy-Franzosen in Syrien

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges führten die Briten von Palästina aus Razzien auf dem Territorium des benachbarten Syrien durch, das von der französischen pro-faschistischen Vichy-Regierung kontrolliert wurde. Bei einem dieser Einsätze wurde Bowden am Bein schwer verletzt, und sein Partner, Sergeant Mosche Dayan, verlor ein Auge. Bowden wurde lange Zeit in Jerusalem behandelt und erholte sich danach drei weitere Monate in Tel Aviv, wo er im Haus der Familie Appel lebte; deren Nachnamen machte er zu seinem Pseudonym. Im Winter 1942 versetzte man ihn in eine in Ägypten stationierte Fallschirmeinheit in der Nähe des Suezkanals.

Nach der Landung der angloamerikanischen Streitkräfte in Italien war er beteiligt an den Schlachten auf Sizilien und gehörte am 6. Juni 1944 – dem his-



Tom Bowden

torischen D-Day – zu den Fallschirmjägern, die die deutschen Stellungen in der Normandie stürmten. Im September desselben Jahres sprang er über den Niederlanden ab; die Schlacht um Arnheim, an der er teilnahm, wurde Teil einer der größten Landungsoperationen der Alliierten, die leider erfolglos blieb. Die Briten landeten zu weit von den Rheinbrücken entfernt, die eingenommen werden sollten; als Folge wurden sie fast alle von den Deutschen gefangengenommen. Bowden wurde in ein Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Hannover überstellt; es gelang ihm, zu entkommen, er wurde jedoch gefasst und in dasselbe Lager zurückgebracht. Dort fand man bei ihm im Zuge einer Durchsuchung hebräische Briefe jüdischer Freunde aus Palästina, was im Vergleich dazu die Flucht als Kavaliersdelikt erscheinen ließ. Der zuvor äußerst korrekte SS-Offizier änderte schlagartig seinen Ton und versprach, dem Engländer zu zeigen, wie die Nazis mit den Juden umgehen. Der SS-Mann hielt sein Versprechen: Bowden wurde in das Konzentrationslager Bergen-Belsen deportiert. Dort tobte zu dieser Zeit eine Typhus-Epidemie, und Bowden wurde einem Team zugewiesen, das die Leichen einsammelte und in eine gemeinsame Grube brachte. Einen Monat später wurde der Brite jedoch nach Hannover zurückgebracht, wo er freigelassen wurde.

Auch auf der anderen Seite standen Briten

Nach dem Krieg arbeitete Bowden eine Zeit lang als Ausbilder in Jugoslawien, verlor dabei jedoch Palästina nicht aus den Augen. 1948 wurde der jüdische Staat ausgerufen. Tom sah, wie der Staat Israel mit den arabischen Armeen zu kämpfen hatte, und ging erneut dorthin, um seinen Freunden zu hel-

fen. Später sagte er: „Mein Gedanke war, wenn wir kein zweites Bergen-Belsen wollen, muss ich dort sein. Ich wollte Juden helfen – und ich wollte ein Teil von dem werden und meinen Part bei dem leisten, was Gott selbst angefangen hat: Geburtshelfer zu sein bei der Wiedergeburt eines jüdischen Staates, zum ersten Mal nach zweitausend Jahren.“

Aus Jugoslawien kam er über Zypern nach Haifa und von dort – als Hauptmann David Appel – weiter; seine Aufgabe war, mit der 7. Brigade den Weg Tel Aviv – Jerusalem zu sichern. Erneut begegnete er Häftlingen aus den Konzentrationslagern, diesmal Ehemaligen, die mit der Waffe in der Hand die Unabhängigkeit ihres Landes verteidigten. Interessant war, dass die 7. Brigade gegen die



Bowden auf einem Flugzeugstützpunkt, 1948 (hinter Ben Gurion)

Transjordanische Arabische Legion ankämpfte, die ihrerseits von britischen Offizieren gegründet und ausgebildet worden war, möglicherweise von Toms „Waffenkameraden“ von gestern...

Nach dem Unabhängigkeitskrieg gründete Tom – David Appel – die Fallschirmjäger-Schule und verließ Israel 1949. Als britischer Offizier wurde er in den Süd-Jemen versetzt, einer damaligen Kolonie Großbritanniens. Bald darauf kam seine israelische Sekretärin Chava zu ihm

nach Aden; sie heirateten; das Paar bekam ihr erstes Kind. Jahre später, bereits als Eltern von insgesamt vier Kindern, ließen sie sich scheiden, bewahrten aber eine freundschaftliche Beziehung zueinander. Als Chava 2003 starb, war Tom unter denen, die sie auf dem letzten Weg begleiteten.

Rückkehr nach England

Aber das war später, und damals, 1950, kam Bowden samt Familie nach England zurück und widmete sich der Landwirtschaft. Einige Jahre später bildeten seine „Lehrlinge“ in Israel den Kern der berühmten 35. Fallschirmbrigade. Seit der Zeit ihrer Entstehung waren unter deren Kommandeuren Ariel Scharon und Rafael Eitan, Dan Schomron und Yitzhak Mordechai, Mosche Jaalon und Benny Gantz – später leitete jeder von ihnen den Generalstab der IDF oder hielten das Amt des Verteidigungsministers inne.

Stets verfolgte Tom Bowden die Ereignisse in Israel und besuchte das Land regelmäßig; seine Reisen passte er normalerweise dem Unabhängigkeitstag an. Er pflegte auch seine alten Freunde zu treffen, unter denen auch Ezer Weizman war: 1949 der Kommandeur der 101. Fliegerstaffel, danach Oberbefehlshaber der israelischen Luftwaffe und in seinen letzten Lebensjahren Präsident des Landes.

Der Gründer der ersten israelischen Fallschirmjäger-Schule verstarb 2019, er wurde 98 Jahre alt. Zu seiner Beisetzung in der Kirche St. Andrew's Church in South Lopham kamen der israelische Botschafter in Großbritannien, Mark Regev, der israelische Militärattaché und Kaplan der britischen Armee, Rabbiner Reuben Livingstone. „Tom kämpfte tapfer für den Sieg über die Nazis und für die Wiedergeburt des Jüdischen Staates“, hob Mark Regev hervor. „Die Erinnerung an ihn wird Israel ewig bewahren.“

Übersetzung von Irina Korotkina

„Je stärker die Sowjetmacht, desto weniger gibt es jüdisches Leben.“

Zum 125. Geburtstag des sowjetischen Jiddisch-Schriftstellers Perez Markisch

Der Schriftsteller David Markisch, siebenfacher Träger israelischer Literaturpreise, ist weit über die Grenzen des jüdischen Staates bekannt: Seine Bücher wurden in den USA, in Frankreich, Großbritannien, Deutschland, in der Schweiz, der Ukraine und in Russland veröffentlicht. Sein Vater, der herausragende Dichter Perez Markisch, dem als Einzigen in der UdSSR der Lenin-Preis für Werke in jiddischer Sprache verliehen wurde, kam am 7. Dezember 1895 im Gouvernement Volyn zur Welt. Wir sprechen heute mit David Markisch über seinen Vater, über das jüdische Leben in der UdSSR, den Preis der Loyalität der Staatsmacht gegenüber, über das Jiddische und den Zionismus.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: David, ihr Vater ist ein herausragender Lyriker, der auf Jiddisch schrieb; Sie hingegen beherrschen diese Sprache kaum, was leider typisch für die Mehrheit der Nachkommen sowjetischer Schriftsteller jüdischer Herkunft ist. Womöglich ist das die wahre Tragödie der jüdischen Kultur während der Sowjetzeit?

David Markisch: Ich bin 1938 geboren; zu dieser Zeit wurden jüdische Schulen, d. h., die jüdische Bildung, so gut wie zerstört. Meine Eltern sprachen zuhause Russisch, mit befreundeten Literaten dagegen diskutierte mein Vater ausschließlich in jiddischer Sprache. Ich verstehe Jiddisch kaum. Früher konnte ich Farsi, dann habe ich Hebräisch gelernt, wenn auch nicht perfekt, schreibe aber auf Russisch.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was verbindet Perez Markisch mit der Ukraine? Seine Familie stammte aus der Ukraine, dort ist er aufgewachsen und veröffentlichte seine ersten Werke...



Perez Markisch in jungen Jahren

David Markisch: Die Antwort auf diese wichtige Frage liefert eines seiner frühen Poeme – „Volyn“, das durchtränkt ist von der Liebe zu diesem Fleckchen Erde. Er selbst ist in der Siedlung Polonnoje geboren, beherrschte Ukrainisch von Kindesbein an, auch das sagt Einiges aus



David Markisch

Nach „Volyn“ kam ein anderes Poem in jiddischer Sprache aus seiner ukrainischen Zeit: „Di Kupe“ (1922); somit begann die Epoche des Konstruktivismus in der jüdischen Lyrik, und Markisch wurde zu einem der führenden jüdischen Dichter seiner Zeit.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Anfang der 1920er Jahre lebte Perez Markisch im Westen; was bewegte ihn dazu, zurück in die Sowjetunion zu gehen?

David Markisch: Mein Vater verließ die Ukraine 1922 und kam 1926 dorthin zurück. Dies war bezeichnend für die vielen jüdischen Literaturschaffenden dieser Generation, die seinerzeit emigrierten. Alle Exiljahre hindurch mussten sowohl mein Vater, als auch die Kiewer Dichter David Bergelsohn und David Hofstein bemerkt haben, dass die jiddische Literatur in Europa keinerlei Existenzgrundlage bildet. Zusammen mit Uri-Zwi Grinberg, Mejlach Ravitsch und Chagall, der für die Illustrationen sorgte, veröffentlichte mein Vater in Paris und Warschau 1922 zwei Ausgaben des Chaliaßtre-Almanach, und auch das war nicht einfach: Man war stets auf der Suche nach Geldquellen. Das war auch für meinen Vater und seinen Kollegen der Anlass, in die Sowjetunion zurückzukehren, denn das war damals das einzige Land, wo die jiddische Kultur staatlich gefördert wurde, vertreten durch zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, Theater, Schulen, Universitäten usw. So etwas

gab es nirgendwo sonst auf der Welt. Aber trotz alledem schrieb Perez Markisch 1927, ein Jahr nach seiner Rückkehr, einem Freund: „...Je stärker die Sowjetmacht ist, desto weniger gibt es jüdisches Leben. Ich habe einen Fehler begangen.“ Er versuchte noch, erneut in den Westen auszurei-

sen, die staatlichen Behörden jedoch erteilten ihm keine Erlaubnis mehr.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie passte Perez Markisch in den sowjetischen Kontext? Schließlich leitete er die Jüdische Abteilung der Schriftstellerunion der UdSSR!

David Markisch: Allen Künstlern in der Epoche der Bolschewiken wurde für ihre künstlerische Existenz ein hoher Preis abverlangt. Selbst Anna Achmatowa schrieb einige prosowjetische Gedichte, obwohl sie diese Staatsmacht zutiefst verachtete. Ebenfalls Pasternak; der einzige Dichter, der auf diese Weise sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, war Mandelstam, der für seinen „Gebirgler im Kreml“ mit dem Leben bezahlt hat (Anna Achmatowa, Boris Pasternak und Ossip Mandelstam, deren Poesie in dem sog. „Silbernen Zeitalter“ erblüht ist, zäh-



Perez Markisch mit der Ehefrau Esther und dem Sohn David, 1946

len zu den Größten in der poetischen Landschaft Russlands. Auch wenn sowohl Achmatowa, als auch Pasternak eines natürlichen Todes gestorben sind, mussten sie jahrelang sehr viele Schwierigkeiten und Schickanen der sowjetischen Macht über sich ergehen lassen. Mandelstam (1891 – 1938) wurde für ein Gedicht, wo er die fürchterliche Atmosphäre des Schreckens im Land, verbreitet von Stalin – dem „Gebirgler im Kreml“ -, beschrieb, in ein Lager nach Sibirien deportiert, wo er an Kälte und Hunger starb.

Mandelstam blieb eine Ausnahme; die Mehrheit der Künstler bekam für ihre Loyalität die Möglichkeit, zu leben... Das galt für die einzelnen Menschen wie für die verschiedenen Kulturen gleichermaßen.

Die jiddische Kultur war schwer kontrollierbar – im Gegensatz zu den anderen nationalen Kulturen, deren Vertreter ein eigenes Territorium besaßen: Diese konnte man leichter zentralisieren. Die Juden besaßen kein Territorium und dies sollte durch das „Projekt Birobidschan“ geändert werden (Ende der 1920er - Anfang der 1930er Jahren sollte im tiefsten Fernen Osten Russlands das Jüdische

autonome Gebiet, später Autonome Republik, entstehen, - Anm. Der Übers.): Es ist einfacher, Macht über Juden zu ergreifen, wenn sie an einem Ort leben.

Man kann jedoch nicht sagen, dass Perez Markisch sich der sowjetischen Kultur anpasste. Genau genommen, gab es keine solche. In meinem ganzen Leben traf ich nicht einen einzigen Menschen, der die Sowjetmacht „geliebt“ hätte. Die Mehrheit hasste sie, nur eben im Verborgenen, zuhause am Küchentisch. Die jüdische Kultur war relativ autonom, das war von Vorteil. Natürlich schrieb man auch in jiddischer Sprache über das „Bewegen des Weltalls“ und über ähnliche typisch sowjetische Themen, diese Graphomanie hatte allerdings nichts mit Kultur zu tun.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Es hieß immer, dass der Schriftsteller Alexander Fadejew, der „literarische General“ der damaligen Zeit, Ihrem Vater wohlgesinnt war, was ihm in den Jahren des Großen Terrors 1936-38 das Leben rettete.

David Markisch: Fadejew mochte Vater als Poet und, scharfsinnig wie er war, wusste er, dass er es mit einem hervorragenden Künstler zu tun hatte. Jedoch war Fadejew in den Jahren des Großen Terrors, trotz seines Einflusses, nicht imstande, jemanden zu retten: Man brachte ihm die Listen (mit den Namen jener, die für die Verhaftung bestimmt waren, - Anm. der Übers.) zum Unterschreiben, und er setzte sein Kürzel darunter. Allerdings gab es Gerüchte, dass 1937 in einer der Listen jüdischer Schriftsteller, die Stalin vorgelegt wurden, der Name Perez Markisch stand, und Stalin ihn durchstrich. Inwieweit das wahr ist, ist schwer zu sagen, zumindest erzählte Fadejew es so meiner Mutter. Wie dem auch sei, 1949 hat auch das nicht geholfen: In der Nacht vom 27. auf den 28. Januar 1949 wurde er als Mitglied des Präsidiums des „Jüdischen antifaschistischen Komitees“ festgenommen. Nach Folter und einem geheimen Prozess am 12. August 1952 wurde er erschossen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Stimmt es, dass Perez Markisch 1943 seine Teilnahme an einer Reise in die USA und nach Kanada, zusammen mit Solomon Michoels, als Vertreter des Jüdischen Antifaschistischen Komitees absagte?

David Markisch: Ja, das stimmt; dabei wurden aus Amerika zwei persönliche Einladungen zugeschickt – an meinen Vater und Michoels (Solomon Michoels 1890 – 1948 war ein jüdischer Regisseur und Schauspieler, der Gründer und spätere Direktor des Staatlichen Jüdischen Theaters in

Moskau, Mitglied des Jüdischen Antifaschistischen Komitees. Nach Schließung des Theaters im Zuge der Säuberungsaktionen Stalins, die im Grunde nichts anderes als antisemitische Repressionen waren, wurde Michoels ermordet; laut offizieller Version starb er bei einem Autounfall, der nachweislich inszeniert wurde, - Anm. der Übers.). Mein Vater lehnte diese Reise kategorisch ab, er sagte wortwörtlich, er würde nicht „auf jüdischem Blut tanzen“, d.h. auf Dinners erzählen, was mit Juden in den von Nazis besetzten Gebieten geschieht. Das hat er bereits früher getan – auf seine Art: In dem Poem „Die Tänzerin aus dem Ghetto“, das er 1939, in der Zeit des Molotow-Ribbentrop-Paktes, geschrieben hatte.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie hat Ihr Vater die Geburt des Staates Israel aufgenommen?

David Markisch: Er besuchte Eretz Israel bereits 1923. Golda Meir erzählte mir, dass er damals bei ihrer Schwester in Jerusalem wohnte. Das Problem meines Vaters und seiner Kollegen bestand darin, dass sie, und in erster Linie er, auf Jiddisch schreiben wollten, dies aber im Mandatsgebiet Palästina kaum möglich war. Und mein Vater reiste wieder aus. Sein Kollege und Freund Uri Zwi Grinberg blieb – er begann auf Jiddisch zu schreiben, ging aber zum Hebräischen über. Mit der hebräischen Sprache versuchte auch David Hofstein sein Schreibglück, kam jedoch nach eineinhalb Jahren in die UdSSR zurück, um sich wieder im Jiddischen zuhause zu fühlen.

Als 1948 die Entstehung des Staates Israel verkündet wurde, sahen mein Vater und seine Freunde das als größtes Ereignis überhaupt. Er befand sich in einer zwiespältigen Lage: In die israelische Botschaft lud man ihn nicht ein. Golda Meir, die erste Botschafterin des jüdischen Staates, verstand ganz gut, was eine solche Einladung für ihn hätte bedeuten können. Und trotzdem hat ihn diese Vorsicht nicht gerettet.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die Verhaftung Ihres Vaters 1949, seine Hinrichtung 1952, die Verbannung Ihrer Familie nach Qyzylorda (Kasachstan): Wie hat der Junge aus Moskauer Bil-



Perez Markisch (Mitte) unter jüdischen Dichtern und Schriftstellern, 1922

dungsschicht-Familie das alles verkraftet? Wie verheerend war der Schock?

David Markisch: Ich war 10, als der Vater abgeholt wurde. So endete meine Kindheit, und die weiteren drei Jahre bis zur Verbannung lebten wir wie in einem Käfig hinter Gitter. So gesehen, gab es keinen Schock: Wir erwarteten tagtäglich nur das Böse, wenn wir auch nicht wussten, was genau auf uns zukommt – Verhaftung, Verbannung oder Lager. Wir ahnten: Dieses Leiden wird uns nicht erspart bleiben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Für Ihren Vater war die jüdische Identität selbstverständlich – Jiddisch war seine Welt. Zurück in Moskau, worin bestand für Sie Ihre jüdische Identität, wie haben Sie sie erlangt?

David Markisch: Als wir nach Moskau zurückgekehrt sind, war ich 16, und ich wusste genau: Ich kann nur in einem

jüdischen Staat leben. Nur dorthin wollte ich. Ich lebte in Moskau, verdiente meinen Unterhalt mit Übersetzungen; ich galt als Spezialist für ein exotisches Thema: Ich veröffentlichte Artikel über die Taiga (nordliche Nadelwälder, größtenteils in Sibirien, Russland, - Anm. der Übers.), über die Berge, die Jäger –, aber nie über den „sozialistischen Aufbau“. 1958 und auch später versuchte ich, illegal auszureisen, es wurde aber erst 1972 nach einer langwierigen Prozedur möglich.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Waren Sie von Israel nicht enttäuscht?

David Markisch: Nein, ich habe es so angenommen, wie er war, denn zuvor hatte ich keine Phantasie-Bilder im Kopf wie ein „winziges Amerika“ oder, im Gegenteil, wie ein kleines jüdisches Schtetl.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie waren seinerzeit der Vorsitzende der

Schriftstellerunion russischsprachiger Autoren Israels. Existiert russische Literatur in Israel, wie jede fremdsprachige Literatur, lediglich für eine Generation?

David Markisch: Ja, das ist so. Dennoch sind meine Leser überall, wo meine Bücher zu bekommen sind. Was jedoch die russisch-jüdische Literatur anbelangt, ist sie nach dem Zweiten Weltkrieg gestorben; darüber schrieb bereits mein Bruder, Professor Schimon Markisch. Stattdessen ist zeitgenössische israelische Literatur in russischer Sprache entstanden, in der auch ich mich bewege.

Das Gespräch führte
Michail Gold.

Übersetzung aus dem Russischen
von Irina Korotkina

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion,
um die Rechnung zu erhalten.

Ignatz Nacher: Der jüdische Bierkönig

Vom Chef des zweitgrößten deutschen Brauereikonzerns zur Flucht am Bettelstab

Von Dr. Joseph Heid

Am 26. Juni 1913 kommt der in Detmold ansässige Brauereidirektor Ignatz Nacher bei der Hohen Fürstlichen Regierung in Detmold „gehorsamst“ mit dem Gesuch ein, seine „Naturalisation geneigtest vornehmen“ zu wollen. Naturalisation ist der Begriff, der in der Sprache der damaligen Zeit das bezeichnet, was in der Gegenwart „Einbürgerung“ genannt wird. Er sei österreichischer Staatsangehöriger und nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat „dispositionsfähig“, womit er seine Geschäftsfähigkeit darstellt, und über seine „untadelige“ Führung im In- und Auslande werde er noch einen Beweis erbringen.

Tausende, aufgrund der diskriminierenden Verhältnisse im zaristischen Russland oder im österreichischen Galizien ins Deutsche Reich geflohenen Juden, haben den Wunsch, sich naturalisieren zu lassen. Indes ist die Einbürgerung für die ausländischen Juden in Preußen bzw. in das Deutsche Reich durch immer weitere behördliche Auflagen zu einem nahezu unerreichbaren Ziel geworden. Kurz: Die Einbürgerung von Ostjuden in Preußen-Deutschland ist unerwünscht.

Die meisten Einbürgerungswilligen begründen ihren Antrag mit dem Hinweis auf ihren jahre- oder jahrzehntelangen Aufenthalt im Deutschen Reich. Durch die lange Zeitspanne, meinen viele, sei ihre kulturelle und geistige Bindung mit der alten Heimat verlorengegangen und an deren Stelle ein Empfinden und „Gefühl“ für Deutschland getreten, wohlwiegend, dass diese Haltung im Einbürgerungsverfahren ein ausschlaggebender Faktor ist. Da eine „deutsche Gesinnung“ allerdings keine messbare Größe ist, dient der Zweifel daran einzelnen Beamten als Vorwand für eine Ablehnung. Auf der anderen Seite ist der Wunsch vieler ausländischer oder staatenloser Juden, sich durch Einbürgerung aus ihrer unsicheren Rechtslage zu befreien, nur allzu verständlich. Ebenso einsichtig die Begründung vieler Antragsteller, durch die Sicherung ihres staatsbürgerlichen Status die Zukunft ihrer in Deutschland geborenen Kinder garantiert zu wissen.

Schwierige Einbürgerung

Der amtliche Vorgang einer Einbürgerung vollzieht sich in aller Regel so, dass der Ansuchende bei dem für ihn zuständigen Polizeiamt oder der übergeordneten Behörde beantragt, die deutsche bzw. preußische Staatsangehörigkeit erwerben zu wollen. Dieser Antrag muss ausführlich begründet werden. Voraussetzung ist der Nachweis des Antragstellers, seinem bisherigen Staat „entfremdet“ zu sein, die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen und sich ihrer auch im Alltag zu bedienen, über ein regelmäßiges ausreichendes Einkommen zu verfügen sowie sich bisher in politischer und strafrechtlicher Hinsicht einwandfrei geführt zu haben. Die Genehmigung, über die der Regierungspräsident entscheidet, hängt in erster Linie von dem bei der Polizei eingeholten Leumundsbericht sowie der Zustimmung der übrigen deutschen Bundesstaaten ab. Die letzte behördliche Hürde ist dann noch eine nicht gerade geringe Verwaltungsgebühr, die sogenannten Stempelkosten, nach deren Zahlung schließlich die Einbürgerungsurkunde ausgehändigt wird.

Der preußisch-deutsche Staat verfolgte von jeher die Zuwanderung von Juden



Die Engelhardt-Brauerei in der Danckelmannstraße in Berlin-Charlottenburg

aus dem Russischen Reich mit ausgesprochener Skepsis und Besorgnis und unternahm alles Mögliche, um diese Entwicklung zu unterbinden. In einem vertraulichen Runderlass an ostdeutsche Oberpräsidenten, der an die einzelnen Regierungspräsidenten der preußisch-deutschen Provinzen zur Kenntnismahme weitergeleitet worden war, warnte der Minister des Innern am 23. Dezember 1905: „Das von mehreren Seiten gemeldete Überströmen zahlreicher ausländischer Juden [...] darf nicht dazu führen, dass sich diese Elemente, insonderheit soweit sie den niederen Bevölkerungsschichten oder den [...] politisch besonders gefährlichen geistigen Proletariat angehören, im preußischen Staatsgebiet festsetzen“. Das Innenministerium ordnete folgende Maßnahme an: „Soweit es nicht möglich ist, schon ihren Übertritt über die Grenze zu verhindern und nicht die Sicherheit gegeben ist, dass sie anderweit das preußische Staatsgebiet verlassen, sind sie auszuweisen“. In einem eigenhändigen Zusatz ersuchte Theobald von Bethmann Hollweg, preußischer Minister des Innern, den Oberpräsidenten in Münster, die jüdische Zuwanderung sorgfältig zu überwachen und ergänzte: „Derartige Zuwanderer, welche sich persönlich lästig machen, sind sofort auszuweisen“.

Nacher ahnt nicht, als er Ende Juni 1913 seinen Einbürgerungsantrag stellt, dass Preußen am 22. Juli 1913, also gut einen Monat nach seinem Antrag, ein neues Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz erlässt. Vielleicht sind jedoch Inhalte und Regelungen dieses Gesetzes bereits an die Öffentlichkeit gelangt, die Nacher in seinem Gesuch aufführt. Nach Paragraph 8 des neuen Gesetzes ist eine Einbürgerung nur möglich, wenn ein Ausländer 1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig ist; 2. einen unbescholtenen Lebenswandel führt; 3. am Ort seiner Niederlassung

eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und 4. an diesem Ort sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist. All diese Voraussetzungen erfüllt Nacher.

Neben seiner Wohnung in Detmold besitze er noch eine weitere in Berlin in der Hohenzollernstraße. Nicht die schlechteste Adresse. Seine Vermögensverhältnisse, streicht er in seinem Gesuch heraus, seien die Besten und bringen den Leser zum Staunen, wenn er schreibt: „Ich besitze ein Vermögen von mehr als 1 Million Mark und zahle an Staatssteuern allein jährlich 5600 Mark“. Das ist kein großspuriges Gerede, um sich wichtig zu machen, und Nacher ist auch kein Prahler, wie noch deutlich wird.

Sein Wunsch, auch rechtlich als Deutscher zu gelten, führt er aus, fände seine Erklärung in seinem „Lebensgange“. Er habe eine deutsche Mutter, sei mit einer deutschen Frau verheiratet und von frühesten Kindheit an im Deutschen Reich als Deutscher erzogen worden. Da er seit vielen Jahren Arbeitgeber einer „großen Schar deutscher Arbeiter“ sei, sei es nur „zu natürlich“, dass er „so deutsch wie jeder andere fühle und nur schmerzlich“ empfinde, nicht voll und ganz als Deutscher angesehen zu werden. Er richte sein Gesuch gerade an dieses Land, weil er beabsichtige, durch Erwerb von Grundbesitz hier sesshaft zu werden und schmückt seine Bitte so aus: „Die landschaftlichen Reize dieses schönen Landes haben in mir schon früher diesen Wunsch wachgerufen; seine Erfüllung habe ich aber in eine Zeit zurückstellen müssen, in der die Geschäfte mir gestatten würden, ein meinen Neigungen entsprechendes Leben zu führen“.

Aus seinem beigefügten Lebenslauf geht hervor, dass Nacher am 25. November 1868 in Iskrizcin in Schlesien geboren wurde, das damals zu Österreich gehörte. Im Jahre 1901 hat sich Nacher, 33-jährig, von Mährisch-Ostrau kommend in Ber-

lin mit zwei Bierwagen und zwei Pferden als Gespann in das Abenteuer Bierbrauen gestürzt. Er erwirbt in Berlin die Brauerei Engelhardt „für eigene Rechnung“. Dieses „schnell emporblühende Unternehmen“ wird von ihm unter demselben Namen in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark umgewandelt und macht unter seiner Leitung solche Fortschritte, dass es unter den Berliner Großbrauereien bei einem Umsatz von ca. 300.000 Hektolitern Bier und einer Jahreseinnahme von etwa fünf Millionen Mark, von denen allein eine Million Mark für die Löhnung des fast 500 Mann starken Arbeitspersonals verwandt werde, bald an dritter Stelle steht. Bier wird in Deutschland immer und zu allen Zeiten getrunken.

Unbestraft und mosaischen Glaubens

Sein Lebenslauf schließt mit den Worten: „Ich bin unbestraft, mosaischer Religion, bei den deutschen und österreichischen Behörden gut beleumdet und habe meine königstreue Gesinnung allzeit stark unterstrichen“. Doch ohne massive Widerstände läuft das Naturalisationsverfahren durchaus nicht ab: Nach dem Gesetz müssen alle deutschen Staaten ihre Zustimmung zur Einbürgerung geben, in denen der Antragsteller zuvor gewohnt hat. Der Berliner Polizeipräsident spricht sich insofern „entschieden“ gegen die Naturalisation des Nacher aus, als der Antragsteller Jude sei, und im Allgemeinen Juden nicht als „wünschenswerten Zuwachs“ der Bevölkerung anzusehen seien. Außerdem, so die Berliner Argumentation, liege die Annahme nahe, dass Nacher erst Staatsangehöriger eines Bundesstaates – des Lippischen – werden wolle, um dann auf diesem „Umweg“ die preußische Staatsangehörigkeit leichter erwerben zu können.

Nacher ist sozusagen die Ausnahme von der in Preußen-Deutschland herr-

schenden Regel, nach der einbürgerungswillige Juden zurückgewiesen werden. Letztendlich obsiegen doch Nachers Vermögen und seine überzeugende dem Deutschtum zuneigende Gesinnung, so dass die Behörde keine Bedenken hat, dem Einbürgerungsantrag des Petenten am 25. September 1913 stattzugeben.

Ganze 21 Jahre kann sich Ignatz Nacher seiner so sehnlich gewünschten deutschen Staatsangehörigkeit erfreuen: Ab November 1934 betreibt der Reichs- und Preußische Minister des Innern ein Ausbürgerungsverfahren gegen Nacher mit der Begründung, dieser habe sich seine Staatsbürgerschaft „erschlichen“. Die Lippische Landesregierung ist jetzt der Auffassung, dass Nachers Einbürgerung wegen „arglistiger Täuschung“ der Regierung für nichtig zu erklären sei, da der Antragsteller seinerzeit angegeben habe, in Detmold sesshaft zu werden. Das sei nicht geschehen, da Nacher sich bereits zwei Wochen nach seiner Einbürgerung in Lippe nach Berlin abgemeldet habe und eine spätere Anmeldung nicht wieder erfolgt sei - für die Regierung ein Fall von „Scheinanmeldung“. Doch müssen die Behörden schließlich feststellen, dass die Einbürgerung seinerzeit formaljuristisch korrekt erfolgt sei. Nunmehr versuchen die Nazis, seit Ende Januar 1933 an der Macht, dem Ignatz Nacher auf anderem Wege beizukommen.

Pasteurisiertes Bier in Pfandflaschen

Bis zum Jahre 1933 ist die Engelhardt-Brauerei ein prosperierendes Unternehmen, inzwischen zum zweitgrößten Brauereikonzern in ganz Deutschland aufgestiegen, ein Brauereikonzern, zu dem im Oberbayrischen die Hofbräu- und die Henninger Reifbrauerei, im Ruhrgebiet die Gesenberg-Brauerei, in Hamburg die Winterhuder Bierbrauerei (heute Haake Beck) und im Westfälischen die Dortmunder Ritter- und Stiftsbrauerei gehören. Nacher ist ein erfolgreicher

Kaufmann, und ein Pionier obendrein: Als erster hat er – zusammen mit Louis Pasteur – Bier „pasteurisiert“, haltbar gemacht. Die „Pfandflasche“, in der er sein Bier verkauft, ist seine Erfindung. Doch „jüdisches“ Bier in „arischen“ Kehlen – das kann nicht schmecken.

Längst hat die Nazi-Administration ihr begehliches Auge auf das inzwischen zweitgrößte Objekt seiner Art geworfen, setzt alle Hebel in Bewegung, Konzernchef und Mehrheitsaktionär Nacher aus seinem Unternehmen zu drängen und den Eigentümer zu verleumden, zu beschuldigen, um ihn schließlich davonzujagen. Bereits im Mai 1933 wird Nacher so sehr eingeschüchtert und bedroht, dass er Aktien im Wert von 2,5 Millionen Mark herausgibt und notgedrungen seine Unterschrift unter ein vorbereitetes „Abkommen“ setzt, das seine Brauereien an eine „wirtschaftlich einwandfreie arische Unternehmergruppe“ überführt. Der Bier-Pionier und bis dahin erfolgreiche Konzernherr Nacher muss seinen Schreibtisch, auf dem zuvor ein Revolver gelegen hatte, mit dem er sich hätte erschießen sollen, räumen. Sein Unternehmen ist damit bereits Mitte 1933 in „arische“ Hände übergegangen. Die Nazis haben sich in enger Komplizenschaft mit der Dresdner Bank den Konzern angeeignet.

Nacher besitzt jedoch noch weitere Aktien, die er nicht verkaufen will. Ein „Industrieberater der Dresdner Bank“ droht, er werde Nacher „zwanzig Prozesse anhängen“ und dafür sorgen, dass er das Land „am Bettelstab“ verlasse, wenn er nicht verkaufe, so der Kommunikationswissenschaftler Johannes Ludwig.

Nacher klagt – doch gegen eine bereits gleichgeschaltete Nazi-Justiz, die unter dem Einfluss der Nazi-Granden steht, ist der Kläger auf verlorenem Posten. Von Korruptionsvorwürfen heimgesucht, erleidet er einen Nervenzusammenbruch, wird verhaftet, wird ins Krankenhaus

überführt und vorübergehend für haftunfähig erklärt.

Am 2. Januar 1934 sitzt Nacher auf der Anklagebank im Moabiter Schwurgerichtssaal. Es geht unter anderem um den Kaufpreis des „Engelhardt-Hauses“ am Berliner Alexanderplatz.

Auf der Aktionärsversammlung am 28. Februar 1934 traut sich Nacher erst gar nicht zu sprechen. Das übernimmt sein Anwalt und langjähriger Freund Walde-mar Koch, Wirtschaftsprüfer und Hochschuldozent von Beruf. Als er vom „sterbenden Löwen“ spricht, bricht ein Chaos aus: Unter lautem Gejohle wird Koch von SA-Schlägern verprügelt und der Versammlungsleiter kann gerade noch verhindern, dass der Anwalt aus dem Fenster gestoßen wird.

Der Vertreter der Dresdner Bank ist Hilar Giebel, der sich in den 1920er Jahren einen Ruf als Sanierungsexperte „erworben“ und in den NS-Jahren als „industrieller Berater“ der Dresdner Bank fungiert. In dieser Eigenschaft war er in den Vorstand der Engelhardt-Brauerei delegiert und mit der Durchführung der „Arisierung“ dieses Unternehmens betraut. Dabei ging er nach dem Urteil des Historikers Dieter Ziegler „äußerst brutal und ohne jede Rücksicht“ vor: Im Wesentlichen übernahm er durch auf Erpressung hinauslaufende Methoden die Kontrolle über die Aktienpakete der Firma von dem jüdischen Besitzer Ignatz Nachher. Giebel attackiert im Jargon übelsten Gosenantisemitismus Nachers Anwalt mit den Worten: „Es handelt sich um stinkende jüdische Interessen allerschlimmster Art, die Koch jetzt vertritt. Ich weiß nicht, ob es sich mit dem Ansehen der Technischen Hochschule vereinbart, wenn ein dort dozierender Lehrer in solcher Weise auftritt [...]“.

Der Raub vor der Flucht in die Schweiz

Auf Verhaftungen folgen weitere Prozesse. Nacher bleibt nichts erspart und findet

keine Ruhe mehr. Der schwer Zucker-krankte, dem in der Zelle das Insulin vor-enthalten wird, verkauft während seiner „Schutzhaft“ unter massivster Drohung seine Restaktien an die Dresdner Bank zu einem Spottpreis. Damit ist Nachers Aktienpaket übertragen – formal korrekt und alles ganz legal. Für eine weitere Inhaftierung besteht für einen psychisch gebrochenen Mann nunmehr kein Grund mehr. Er hat zwar seine Freiheit wieder, seine Brauereien ist er allerdings los.

Nacher ist nunmehr seines Vermögens beraubt, kann aber Deutschland nicht verlassen: Bei seinem ersten Strafprozess war ihm sein Reisepass eingezogen worden. Den Novemberpogrom 1938 übersteht er unbeschadet, während sein alter Geschäftspartner Willy Lensing mit einer Axt erschlagen wird.

Die Schauspielerin Camilla Spira, Nachers Schwiegertochter, drängt ihren „Onkel Ignatz“ nachdrücklich, das Land zu verlassen. Nacher kann sich mit einer bescheidenen Barschaft, die ihm geblieben ist, in die Schweiz flüchten. Zuvor hat Nazi-Deutschland im Fall Ignatz Nacher gemeinsam mit der Dresdner Bank als Mittäter ordentlich Reibach gemacht und presst aus dem Fluchtwilligen den letzten Rest des Übriggebliebenen aus: 688.000 Mark Judenvermögensabgabe; 531.278 Mark Reichsfluchtsteuer; 319.788 Mark Auswanderungsabgabe; 265.840 Mark „Dego“-Abgabe (Die Dego-Abgabe war eine Abgabe, die zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland bei Auswanderung an die Deutsche Golddiskontbank zu entrichten war.), macht summa summarum sagenhafte 1.796.906 Reichsmark, die als Raubgut in die Staatskasse fließen.

Ignatz Nacher kann sich seiner teuer erkauften Freiheit nicht lange erfreuen: Er stirbt am 15. September 1939 in Zürich, so wie es der „Industrieberater“ der Dresdner Bank prophezeit hatte – am Bettelstab, zwei Monate vor seinem 71. Geburtstag.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Eine jüdische Girlband in Mussolinis faschistischem Italien

Vor 85 Jahren kam die erste Schallplatte der drei jüdischen Lescano-Schwwestern heraus, die bis 1943 Stars im Italien des Duce waren.

Von Benjamin Tschernuchin

Diese Geschichte beginnt 1877, als in Budapest Alexander Leschan zur Welt kam, ein später erfolgreicher Zirkusakrobat. 1908, während einer Tournee in Amsterdam, begegnete ihm Eva De Leeuw – ein junges Mädchen, die in Operetten und zusammen mit ihrer Schwester bei Zirkusauftritten sang, um Pausen zu füllen. Zwischen dem 31-jährigen Witwer Leschan und der noch minderjährigen Eva entwickelte sich eine gegenseitige Sympathie, die immer stärker wurde... Die Familie De Leeuw war eine in den Niederlanden bekannte Musiker-Dynastie und war gegen diese Ehe, dennoch entschloss sich Eva ihr Schicksal mit dem Akrobaten zu verbinden.

1910, in der Stadt Gouda lebend, bekam das Paar eine Tochter; drei Jahre nach der Geburt Alexandrinas kam in Den Haag die zweite Tochter – Judik – zur Welt und 1919, ebenfalls in Den Haag, die jüngste – Katharina. Die Mädchen erbten die Talente ihrer Eltern: vom Vater die Fähigkeit zur Akrobatik und plastischen Bewegungen, und von der Mutter die Musikalität. Die zwei älteren Töchter wurden Ende 1928 im die Ballett-Truppe Dixon aufgenommen, während die jüngste, Katharina, an einem Internat ihre Schulbildung absolvierte.

Der Durchbruch in Verona

Im Ballett Dixon war Eva als Assistentin des Choreografen tätig; Vater Alexander arbeitete trotz eines schweren Traumas weiterhin an der Manege, mittlerweile als Clown und Conférencier. Die Eltern trennten sich Mitte der 1920er Jahre; dass die Mädchen zum Teil gezwungen waren, ihre eigene Karriere zu beginnen, war nicht zuletzt der schweren wirtschaftlichen Lage der Familie geschuldet. 1930 entstand auf der Basis des Ballett Dixon eine neue Künstlertruppe namens The Sunday Girls, die 1935 nach Italien ging. Eine Aufführung in Verona brachte den Schwestern unerwartet das Glück: Im Saal war der Programmdirektor des größten italienischen Radiosenders EIAR, Carlo Prato, anwesend, bekannt auch als Komponist, Interpret und Talentförderer. Nachdem er Alexandrina und Judik beim Vorsingen angehört hatte, wies er sie an, auch die dritte Schwester, Katharina, aus den Niederlanden zu holen.

Aber was hatte Carlo Prato mit ihnen vor? In den späten 1920er und frühen 1930er Jahren wurden in den Vereinigten Staaten weibliche Gesangstrios immer beliebter, so z.B. das Boswell-Trio, welches das bekannteste von ihnen war. Nach fast zehn Jahren erfolgreicher Aufführungen löste es sich 1935 auf. Ein Jahr darauf, 1936, zog sich auch das beliebte Trio der Pickens-Schwwestern von der Bühne zurück. 1937 entstand ein großartiges Trio der Andrews-Schwwestern, die das von dem aus der Ukraine stammenden Sholom Secunda Lied „Bai mir bistu shane“ berühmt gemacht haben. Dies passierte jedoch erst 1937, es gab also eine „Lücke“, in der es keine bekannten Frauengruppen gab. So beschloss Carlo Prato, die weibliche Gesangsgruppe der Leschan-Schwwestern zu fördern. Und die Arbeit begann – harte Arbeit, acht bis zehn Stunden täglich, auch an Feiertagen und Wochenenden, individuell mit jeder der Schwestern und mit allen zusammen: Es sollte ein harmonischer Klang erzielt



Das Trio Lescano, Anfang der 1940er Jahre

werden. Das neue Trio erhielt bald das Lob einer so anerkannten musikalischen Autorität wie dem berühmten Komponist Pietro Mascagni.

Laut einem Schreiben der Faschistischen Partei von 1924 (sie regierte seit 1922) mussten die Namen der Interpreten italienisch klingen, sodass die Schwestern kurzerhand zu Alessandra, Giuditta und Caterinetta Lescano wurden. Die Premiere fand in Triest statt. Es folgten ein Radio-Debüt und ein Vertrag mit der Plattenfirma Parlophone Records; die erste Schallplatte wurde im Februar 1936 verkauft.

Jüdischer Gesang nach den Reden des Duce

Die Popularität des Trios stieg im ganzen Land. Zuerst traten die Schwestern mit beliebten Sängern (in der Art des sogenannten Back Vocals) auf, aber immer öfter sangen sie auch unabhängig, begleitet von einem Orchester. Das Radio hatte in den 1930er Jahren seinen Aufstieg und spielte für den Erfolg der Sängerinnen eine besondere Rolle. Gesang von Mädchen mit den Stimmen in absoluter Harmonie, schöne Melodien – all dies wurde nach den knatternden Propagandareden des Duce mit Begeisterung aufgenommen. Den Sängerinnen wurden sogar Fehler in der Aussprache und ihr ausländischer Akzent verziehen. Die Auflage einiger Alben des Trios erreichte 300.000 Exemplare – eine für diese Zeit fast unvorstellbare Zahl. Das Einkommen der Schwestern überstieg 1.000 Lira pro Tag. Viele Italiener konnten von einem solchen Monatsgehalt nur träumen. Sie wurden geehrt und nach Mailand eingeladen, um an den ersten Testsendungen von Radiotelevisione, des zukünftigen italienischen Fernsehens, teilzunehmen.

1935 war der Einmarsch der italienischen Armee in Abessinien (Äthiopien) das bestimmende Ereignis des Jahres und das Land hatte eine Explosion pseudopatriotischer Gefühle. Viele beliebte Künstler ergänzten ihr Repertoire mit militärischen Märschen und Liedern, sogar der weltberühmte Tenor Beniamino Gigli nahm die Hymne der Faschistischen Partei, Giovinezza, auf. Das Lescano-Trio hingegen ließ sich von dieser Welle nicht beeinflussen – und das war vielleicht ein weiterer Grund für ihre Popularität, denn viele träumten davon, sich zumindest für eine Weile vom Krieg zu entfernen.

Mussolini persönlich war ein Fan

Anfangs haben die italienischen Behörden der Herkunft der Schwestern nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt. Aber im Oktober 1936 wurde der Freundschaftspakt mit Deutschland unterzeichnet, im Juli 1938 kam das „Rassenmanifest“ und im Oktober desselben Jahres das Gesetz zum

Schutz der Rasse, das die Nürnberger Gesetze Nazi-Deutschlands kopierte. Die neuen Bestimmungen ließen Juden praktisch keine Rechte; es wurde ihnen auch verboten zu arbeiten. Die Schwestern und ihre Mutter schienen zunächst nicht besorgt, schließlich mochte selbst Benito Mussolini das Trio. Augenzeugen erzählten, dass, als Mussolini die Schwestern auf dem Balkon ihres Hauses aus seinem vorbeifahrenden Auto sah, sein Auto stoppte, hinausging und die Mädchen begrüßte. Ein anderes Mal wurden sie bei einem der diplomatischen Empfänge vom Kronprinzen Umberto an dessen Tisch eingeladen, und bald würde Umberto der letzte König Italiens sein (obwohl er nur 34 Tage auf dem Thron blieb)! Die Presse war den Schwestern gegenüber weiterhin wohlgesinnt und machte ihnen nach wie vor Komplimente... Das überraschte die Mädchen selbst; eine von ihnen soll bemerkt haben: „Wir sind in die besten Häuser eingeladen, wir, die jüdischen Clowns-Töchter!“

Die Lescano-Schwwestern hatten die ungarische Staatsbürgerschaft – schließlich stammte ihr Vater aus Ungarn –, die sie gegen die italienische eintauschen wollten. Eine Bürgerschaft zu erlangen schien kein schwieriges Unterfangen zu sein; man erzählte, der Duce selbst sei bereit, die Mädchen zu protegiere. Die Zeit war reif: Laut einer Erklärung des Innenministeriums durften „die drei Schwestern sich als [...] Personen betrachten, die nicht dem jüdischen Glauben angehören“. Ein solcher Status wurde ihnen formell trotz ihrer gemischten Herkunft zugesprochen.

Die Einbürgerung 1942

Sie bemühten sich, einen ähnlichen Status für ihre Mutter zu erreichen. Das Gesuch war erfolgreich, und am 30. März 1942 gewährte der italienische König Victor Emanuel III. den Bittstellern die italienische Staatsbürgerschaft. Es war dabei zweifellos hilfreich, dass Ungarn und Italien im Zweiten Weltkrieg auf derselben Seite kämpften. Zeitungen begrüßten das Erlangen der italienischen Staatsbürgerschaft durch die Schwestern und übertrafen sich in Komplimenten: „Drei Grazien am Mikrophon“, „Drei Schwestern, die das Rätsel der Göttlichen Dreifaltigkeit verkörpert haben“...

Der Krieg brachte indes gewisse Änderungen auch fürs öffentliche Konzertleben mit sich. Ausländische, hauptsächlich amerikanische Lieder verschwanden aus dem Repertoire, nur italienische blieben übrig. Man konnte jedoch den Lauf der Dinge nicht stoppen; im Krieg kam es zum Wendepunkt, und im Juli 1943 landeten alliierte Truppen auf Sizilien und rückten langsam ins Landesinnere vor. Im September desselben Jahres nahmen die Deutschen die Macht in Italien selbst in die Hand, und obwohl die Lescano-Schwwestern als „arische“ Frauen anerkannt worden waren, sahen sie überhaupt nicht „arisch“ aus – und dies störte eindeutig jemanden. Es geschah, was geschehen musste: Im Gratacello-Theater in Genua wurden die Schwestern direkt während eines Konzerts festgenommen. Die Originalität der gegen sie erhobenen Anklage hätten selbst die Urheber der Stalinschen Prozesse nicht besser hibekommen: So wurde behauptet – man höre und staune –, dass in den Worten der Liedertexte des Trios Nachrichten an die Alliierten verschlüsselt wurden. Dabei wussten natürlich alle, dass der wahre Grund für die Inhaftierung der Mädchen ihre jüdische Herkunft war. Es gab Gerüchte, und Einige glaubten ihnen, dass die

Sänger eines anderen Trios, Capinere, tatsächlich in Spionage verwickelt seien; auf der Bühne waren sie weniger erfolgreich als die Schwestern Lescano, und daher hätten sie ihre Rivalinnen aus Neid beschuldigt.

Die Italiener hatten genug von allem, was sie an Mussolini erinnerte

Die Schwestern hatten Glück. Sie wurden nicht in ein Konzentrationslager geschickt und weder nach Ungarn noch in die Niederlande deportiert. Nach einer Zeit im Gefängnis kamen sie frei, jedoch wurden dem Trio weitere Auftritte untersagt. Schließlich versteckten sich die Lescanos, da das Land nun von den Deutschen kontrolliert wurde. Nach dem Ende des Krieges versuchten sie ihre musikalische Karriere fortzusetzen. Ihre Aufmerksamkeit widmeten sie erneut dem Radio, doch hatte sich die Situation verändert. So wollten die Italiener nicht an die Ära Mussolinis und an alles, was damit zu tun hatte, erinnert werden.

Am Schlimmsten waren diejenigen dran, die mit dem Nazi-Regime kooperiert und entsprechende Kriegslieder und Märsche gesungen hatten. Den Lescano-Schwwestern konnte man dies indessen nicht nachsagen. Doch wurden ihre Auftritte oft durch Propagandasendungen unterbrochen, was im Bewusstsein des Publikums haften blieb. Darunter litten die Popularität und damit auch die Einnahmen des Lescano-Trios spürbar.

Jahre später nach dem Krieg traten die Schwestern erneut in Italien auf und versuchten, neue Nischen für ihre Künstlerkarriere aufzutun. Impresario Nino Galizio organisierte entsprechende Auslandsreisen für das Trio, doch dann verfolgte die jüngere Schwester Katharina bereits andere Pläne: So wollte sie nicht auf Tour gehen, sondern lieber heiraten. Auf der dringenden Suche nach einem Ersatz wurde schließlich ein sehr junges Mädchen aus der Region, Maria Bria, in das Trio aufgenommen. 1948 tourte das Trio durch Südamerika und trat in Argentinien, Uruguay, Bolivien und Venezuela auf. Ein bedeutender Anteil der Bevölkerung dieser Länder stammt aus Italien, worauf die Hoffnung der Sängerinnen in erster Linie fußte, obwohl das Repertoire an den lokalen Geschmack angepasst wurde. Als aber auch hier das Interesse an den Auftritten des Lescano-Trios allmählich nachließ, löste sich das Kollektiv 1952 auf.

Filme über ihr Leben

Das Trio ist bis heute in Erinnerung geblieben. Immerhin haben die Schwestern mehr als 300 Lieder aufgenommen, von denen die meisten überdauert haben. In den Niederlanden wurde ihnen 2007 der Dokumentarfilm „Tulpenzeit: Aufstieg und Fall des Trios Lescano“ gewidmet, und das italienische Fernsehen präsentierte eine Miniserie mit dem Titel „Le Ragazze dello Swing“ („Swing Girls“), welche die Geschichte des Trios behandelt. Ein interessantes Detail am Rande: Die berühmte niederländische Schauspielerin Sylvia Christel, bekannt durch ihre Rolle als Emmanuelle im gleichnamigen Film, spielte die Rolle der Mutter der Schwestern – Eva de Leeuw.

Heute kann man auf YouTube leicht eine umfassende Sammlung von Aufnahmen des Trios Lescano finden – der jüdischen Mädchen, die im faschistischen Italien so außerordentlich Furore machten.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Im Jahr 135: Als die Römer Judäa den Namen Palästina aufzwingen

Im Nahostkonflikt wird viel mit der Geschichte argumentiert, dabei ist das Wissen über die Geschichte des jüdischen Staates erschreckend mangelhaft. Ein kurzer Überblick über die Geschichte Israels seit dem Jahr 1000 v. Chr. und darüber, wie alles begann.

Von Samira Kley

Um 1300 v. Chr. siedelten zwölf jüdische Stämme in den Bergen von Judäa und Galiläa. Sie lebten dort in Feindschaft neben Völkern wie den Kanaanitern und den Philistern, die den jüdischen Glauben nicht akzeptierten. Sie verehrten, anders als die Juden, mehrere Gottheiten, denen sie Opfergaben brachten.

Um 1000 v. Chr. bildeten die zwölf Stämme ein Königreich unter König David. Dieser war aus dem Stamme der Juda und eroberte Jerusalem. Sein Sohn Salomon führte nach dem Tod König Davids das Königreich weiter und errichtete in Jerusalem den ersten jüdischen Tempel. Nachdem auch Salomon verstorben war, zerfiel das Reich in Israel im nördlichen und Juda im südlichen Teil. Nach dem Ansturm der Assyrer im Jahre 721 v. Chr. wurde das nördliche Israel zerstört. Juda existierte noch etwa 100 Jahre weiter.

Die Thora war wichtig für den Zusammenhalt im Exil

Der in der Bibel als Tyrann bezeichnete Babylonier-König Nebukadnezar II. eroberte 587 v. Chr. dann schließlich auch das südliche Juda. Er zerstörte die heiligen Stätten der Juden und ließ jüdische Gelehrte, Adlige und Handwerker nach Babylon verschleppen. Um ihre Identität und den Glauben in der Fremden zu bewahren, wurde nun die Thora für die jüdische Minderheit in Babylon doppelt wichtig.

Als der Perser Kyros im Jahre 539 v. Chr. Babylon eroberte, erlaubte er den Juden, nach 50 Jahren in Knechtschaft, in ihre Heimat zurückzukehren. Nach ihrer Rückkehr erbauten die Juden in Jerusalem um 500 v. Chr. einen Tempel, der unter König Herodes I. prachtvoll umgestaltet wurde und seither als Herodianischer Tempel bezeichnet wurde. Das Tempelareal konnte zu Lebzeiten Herodes I. nicht vollständig fertiggestellt werden. Tatsächlich wurde daran bis zum Ausbruch des Jüdischen Krieges im Jahr 66 n. Chr. gearbeitet. Seine Reste bilden die heutige Klagemauer in Jerusalem, die von König Herodes Agrippa II. erbaut wurde.

Das Leben unter römischer Herrschaft

Die Römer zwangen die Juden zu schweren Arbeiten und besteuerten sie höher als andere ethnische und religiöse Gruppen. Andererseits gewährten sie ihnen und ihren Institutionen, wie Synagogen oder dem Sanhedrin, einem Zusammenschluss aus siebzig Männern, der das geistliche und gerichtliche Monopol der jüdischen Gemeinde darstellte, Autonomie. Nur Kapitalverbrechen mussten vor einem römischen Gericht verhandelt werden.

So lebten Juden weitestgehend in Frieden, allerdings unter besonderen Auflagen im Römischen Reich.

Als König Hadrian im Jahre 130 n. Chr. auf jüdischem Territorium ein Denkmal des römischen Staatsgottes Jupiter errichten ließ, war das ruhige Nebeneinander der Römer und der Juden Vergangenheit. Es kam zu Aufständen, denn das jüdische Volk fühlte sich durch die Errichtung des römischen Heiligtums auf seinem Boden verhöhnt.

Im Angesicht der hohen Steuerabgaben, die sie leisten mussten und der schweren



Oberteil einer Panzerstatue Hadrians, Fundort: Tel Shalem (heute Jerusalem, Israel-Museum)

Arbeit, zu der sie gedrängt wurden, rebellierten die Juden gegen diese Repressionen. Im Jahre 131 n. Chr. begann eine Revolte, die bis ins Jahr 135 n. Chr. anhielt und von Simon Bar Kochba angeführt wurde. Bar Kochba galt vielen Juden als der Messias, weshalb sie sich ihm anschlossen und seinen Befehlen gehorchten.

Er bekämpfte die Römer mit einer Guerillataktik, weil die jüdischen Bewohner Judäas in einem offenen Gefecht unterlegen gewesen wären. Insgesamt vier Jahre war er mit dieser Kampfart erfolgreich und die Römer hatten keine Chance den Aufstand zu beenden. Zumindest so lange nicht, bis der römische Befehlshaber Julius Severus ins Spiel kam und die Rebellenstützpunkte der Juden mit der gleichen Taktik, wie Simon Bar Kochba sie benutzte, nach und nach erstickte. Auf der Seite des jüdischen Volkes kam es nach den Jahren andauernden Aufständen zu über fünfhunderttausend Toten. Ein herber Verlust.

Umbenennung in Palästina im Jahr 135 n. Chr.

Nachdem die jüdischen Aufstände von den Römern beendet wurden, wurden die Zivilbevölkerung gezwungen Judäa zu verlassen, um einen vierten jüdischen Guerilla-Aufstand unmöglich zu machen. Daraufhin benannte König Hadrian die

Provinz um in Syria Palaestina. Er wollte damit den namentlichen Bezug zum jüdischen Volk zerstören. Das Wort Palaestina bezog sich auf die Erzfeinde der Juden, die Philister, deren Stadtstaaten als Pleschet bezeichnet wurden, wovon sich palaestina ableitete.

Nachdem die Juden aus Syria Palaestina vertrieben worden waren, bedrohte man sie mit der Todesstrafe, sollten sie das Land je wieder betreten. Sie wurden enteignet, ihre Heiligtümer wurden nach Rom verschleppt, die Thora wurde verboten und die jüdischen Gelehrten hingerichtet.

Nicht erst seitdem verstreute sich die jüdische Bevölkerung in sämtliche Länder des Nahen Ostens. Sie lebten in der Diaspora (oder hebräisch in der Tefutsot – der Zerstreuung der Juden). Anfangs wurde diese Zerstreuung als Strafe und Gefangenschaft im Exil empfunden. Später wandelte sich das Verständnis darüber und viele jüdische Menschen sahen sich als eine Saat, die auf den verschiedenen Territorien gesät wurde. Sie wurde als Chance gesehen, ein neues Imperium zu errichten. Denn eine Saat, die auf fruchtbaren Boden fällt, kann aufgehen.

Das jüdische Volk erlitt im Verlauf seiner Existenz viele Rückschläge und wurde mehrmals aus Gebieten, in denen es sich angesiedelt hatte, verbannt.

Durch den Ein-Gott-Glauben wurden die Juden von Völkern der Früh- und Spätantike nicht akzeptiert. Neben der Vertreibung aus Judäa und der Verschleppung nach Babylon durch Nebukadnezar II., wurden im Jüdischen Krieg 66-74 n. Chr. viele Juden vertrieben, versklavt und getötet und um 534 n. Chr. erließ der byzantinische Kaiser Theodosius II. sogenannte Judengesetze, die Juden zu Bürgern zweiter Klasse degradierten.

Im Mittelalter hatte die katholische Kirche in Europa das Machtmonopol

Juden wurden systematisch diskriminiert und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie durften nicht arbeiten, mussten einheitliche Kleidung tragen und schon im Jahre 1048 n. Chr. wurde erstmals überliefert, dass man Juden in Ghettos gesperrt hatte. Es kam zu Ritualmorden, gar Massakern am jüdischen Volk und zur Zeit der Kreuzzüge brachte man mehr als zwölftausend Juden um, woraufhin die verbliebenen Angehörigen in Richtung Osteuropa flohen.

Zu Beginn der Neuzeit besserten sich die Zustände nicht. Juden wurden weiterhin verfolgt. Im Rahmen der Inquisition der katholischen Kirche kam es zu über 30.000 jüdischen Opfern allein in Spanien. Den Höhepunkt fand die Verfolgung des jüdischen Volkes in der Schoah unter Adolf Hitler, in der über sechs Millionen Juden ihr Leben in Konzentrationslagern lassen mussten.

Erst seit diesem, die Welt wachrüttelnden grausamen Genozid, entspannt sich die Lage für die jüdische Gemeinschaft, obwohl sie auch heute noch unter Diskriminierung leidet. Antisemitismus ist ein altes allgegenwärtiges Problem und gerade seit der Öffnung der Grenzen im Jahre 2015, die muslimischen Antisemiten den Weg in das einst sichere Europa geebnet hat, hat Judenfeindlichkeit einen traurigen Aufschwung erlebt. Allein im Jahre 2019 wurden über 2.000



Münzprägung des Bar-Kochba-Aufstands, Vorderseite: Weintrauben, Inschrift: Jahr 1 der Erlösung Israels. Rückseite: Dattelpalme, Inschrift: El'azar der Priester

antisemitische Delikte in Deutschland verzeichnet, was einen Anstieg um 13 % zum Vorjahr bedeutet.

Sicherheit und (Glaubens-)Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, wie man an der bewegten Geschichte des jüdischen Volkes unschwer erkennen kann. Umso bewundernswerter ist die Standhaftigkeit der Juden, die aller Widrigkeiten zum Trotz ihren Glauben seit Jahrhunderten beibehalten.

Indien: „Sind wir die letzten Juden der Welt?“

Im 2. Jahrhundert vor der Zeitrechnung landeten die ersten Juden in Indien. Wegen ihrer jahrhundertelangen Isolation lebten sie in dem Glauben, die letzten Juden der Welt zu sein und kannten bei ihrer „Entdeckung“ durch andere Juden nicht einmal Chanukka, weil sie Eretz Israel bereits vor der Wiedereinweihung des zweiten Tempels im Jahr 164 v. Chr. verlassen hatten.



Von Rabbiner Elischa Portnoy

Jüdische Kinder in der Magen-David-Synagoge in Mumbai

Bekanntlich war die Mehrheit der Juden nach der Zerstörung des zweiten Tempels aus dem Heiligen Land vertrieben worden, und mit der Zeit sind Juden in alle Ecken der Welt gezogen. In jedem fremden Land hatte Juden ihre Erfolge, aber auch Probleme. Während in vielen westlichen und nahöstlichen Ländern jüdische Gemeinden wegen Antisemitismus, Pogromen und Vertreibungen gelitten hatten, genossen ihre Brüder und Schwestern in Fernem Osten oft Respekt und Bewunderung.

Aber sogar in diesem Kontext stellt die Geschichte der Juden im fernen Indien eine wunderbare Ausnahme dar.

Interessanterweise wird Indien schon in der Heiligen Schrift in der Esther-Rolle (1:1) erwähnt: „Und es passierte in den Tagen des Achaschwerosch, das ist der Achaschwerosch, der von Hodu bis Kusch über 127 Provinzen regierte“. Als Land „Hodu“ interpretieren die Kommentatoren einstimmig das Land Indien. Es ist nicht bekannt, ob schon zu Purim-Zeiten, also nach der Zerstörung des ersten Tempels, bereits Juden in Indien gelebt haben. Heutzutage gibt es jedoch mehrere jüdische Gemeinden in diesem exotischen Land, und jede dieser Gemeinden hat eine besondere und spannende Geschichte.

Die Gemeinde „Bnej Israel“

Die „Bnej Israel“-Juden, die heutzutage fast vollständig nach Israel ausgewandert sind, die jedoch noch immer etwa

5.000 Mitglieder in Indien zählen, sind eine der merkwürdigsten Gemeinden in der jüdischen Geschichte. Es gibt keine Dokumente, die die Geschichte dieser Juden bestätigen. Das jedoch, was sie selbst über sich erzählen, ist äußerst spannend.

Angeblich flohen mehrere Priester-Familien (Kohanim) im zweiten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung vor den Verfolgungen der griechischen Besatzer des Antiochos Epiphanes (kurz vor den Chanukka-Ereignissen) aus Galiläa. Sie flüchteten mit einem Schiff, und dieses Schiff landete aus irgendeinem Grunde im Indischen Ozean. Während eines Sturmes kamen fast alle ums Leben, außer sieben Männern und sieben Frauen, die auf wunderbare Weise gerettet wurden. Diese 14 Menschen siedelten sich an der westlichen Küste (Division Konkan) ca. 30 km von Mumbai an. In Eretz Israel waren sie Ölerzeuger und übten den gleichen Beruf auch in Indien aus. Die Gemeinde war niemals reich und hatte auch kein großes Ansehen unter der einheimischen Bevölkerung. Die Bnej Israel hatten außerdem keinerlei Kontakte zu anderen Juden. Sie dachten, dass sie die letzten Juden der Welt sind und bewahrten sorgfältig die jüdische Tradition (so wie sie sie kannten).

Die letzten Juden der Welt?

Kaum zu glauben – aber während hundert Jahre, als in Indien schon anderen jüdische Gemeinden entstanden waren, hatten die Bnej Israel keine Ahnung von

der Existenz dieser Gemeinden. Erst im 18. Jahrhundert entdeckten die Bnej Israel und andere Juden einander, und es war eine sehr große Überraschung für alle. Als die Gemeinde Bnej Israel entdeckt wurde, schien es so, als ob sie in einer Zeitgrube gefangen war: sie kannten weder das Chanukka-Fest, noch das Tischa beAw-Fasten, weil sie nie von den Chanukka-Ereignissen gehört und keine Ahnung hatten, dass der zweite Tempel zerstört worden war. Als ihre Vorfahren das Land Israel verlassen hatten, stand der Tempel in Jerusalem noch... Sie gehören zu keiner großen ethnischen Gruppe wie Aschkenasim oder Sephardim und hatten ihren eigenen Dialekt.

Im 18. Jahrhundert zogen immer mehr Bnej Israel-Familien nach Mumbai, wo sie das traditionelle Judentum kennengelernt haben. Diejenigen, die zu Hause blieben, hatten erkannt, dass ihr jüdisches Leben mangelhaft ist und luden Rabbiner und Schächter von Kotschin ein, um es zu berichtigen. Während im 19. Jahrhundert die Größe dieser Gemeinde auf ca. 6.000 Menschen geschätzt wurde, zählte Bnej Israel im 20. Jahrhundert bereits fast 20.000 Juden. Damit waren „Bnej Israel“ nicht nur die älteste, sondern auch die größte jüdische Gemeinde in Indien. Mit der Gründung des jüdischen Staates wanderten die meisten „Bnej Israel“ nach Israel aus.

Kotschin-Juden

Auch die zweitälteste jüdische Gemeinde Indiens, die sogenannten Kotschin-

Juden, hat eine lange und ergreifende Geschichte. Sie beginnt im 5. Jahrhundert, als vermutlich iranische (nach anderen Meinungen jemenitische) Juden nach Indien kamen und sich im südlichen Teil der Malabar-Küste überwiegend in der Stadt Kranganor niederließen.

Im Gegensatz zu den „Bnej Israel“ in Konkan genossen die Neuankömmlinge in Malabar unter den Indern hohen Respekt und Ansehen. Sie waren reiche Händler, besaßen eigene Häuser, Elefanten und Diener. Schon im 10. Jahrhundert gibt es die erste schriftliche Erwähnung (auf einer Kupfertafel) von Juden im Malabar: der örtliche Herrscher gab Josef Rabban großes Besitztum, erließ ihm Grund- und Wegsteuer und ernannte ihn zum Fürsten von Añjuvannam. Damit hatten die Juden von Malabar sogar eine Art von Autonomie.

Im Jahr 1341 wurde der Hafen von Kranganor durch Überschwemmung zerstört und mehrere Juden, die stark vom Handel abhängig waren, zogen nach Kotschin (heute Kochi) um. Ein paar Jahre später kam es zu einem Streit in der reichen und einflussreichen Familie Rabban, und als Konsequenz zog auch ein Teil dieser Familie nach Kotschin um. Ab dem 15. Jahrhundert kommen mehrere sephardische Juden nach Kotschin, die aus Spanien und Portugal vertrieben wurden. Damit wurde die jüdische Gemeinde in Kotschin immer größer. Als die Portugiesen dank Vasco da Gama Indien für sich entdeckt und

kolonisiert haben, wurden spanische und portugiesische Juden abermals von der Inquisition überrascht. Auch sie mussten aus Malabar nach Kotschin fliehen. Jedoch waren auch die Juden von Kotschin durch die Kolonisatoren bedroht und haben nur dank der Protektion des indischen Herrschers ein normales Leben gehabt. Es kam aber auch in Kotschin zum Pogrom: im Jahre 1662 belagerte die niederländische Flotte die Portugiesen. Da die Juden ihre Sympathien für die Niederländer nicht verheimlichten, attackierten erboste Portugiesen die Stadt, massakrierten viele Juden und zerstörten Synagogen, Tora-Rollen und wichtige Ahnen-Chroniken. Viele Juden waren in die Berge geflohen und mussten dort ausharren, bis die Niederländer die Portugiesen vertrieben haben.

Im 17. Jahrhundert kamen auch noch aschkenasische Juden nach Kotschin, die vor den Verfolgungen in Deutschland und Osteuropa flohen, und sogar einige Juden aus der Türkei. Jedoch war es keine Masseneinwanderung: nur wenige Familien schafften den langen Weg aus Europa in den Fernen Osten. Die Gemeinde in Kotschin war immer eine relativ kleine Gemeinde. Während all dieser Jahren gab es in Kotschin nie mehr als 2.500 Juden. Bei der Volkszählung im 1857 wurden sogar weniger als 1.800 Juden in Kotschin und rund um die Stadt gezählt.

Kasten-System unter Juden

Hochinteressant ist, dass wohl unter dem Einfluss des indischen Kastensystems, unter den Kotschin-Juden drei ethnische Gruppen entstanden: „Schwarze“, „Weiße“ und „Braune“ Juden!

Die „schwarzen“ Juden waren die Nachkommen der persischen Juden, die als erste nach Indien gekommen sind, und waren die größte Gruppe. Die „weißen“ Juden („Pardeschi“) waren die Neuankömmlinge aus Spanien und Deutschland. Die „braunen“ Juden („Meschuchrarim“) waren wohl die freigelassenen Sklaven von „schwarzen“ und „weißen“ Juden. Während „schwarze“ und „weiße“ reich und angesehen waren und mehrere prächtige Synagogen hatten, hatten die „braunen“ Juden ein ziemlich hartes Leben. Die „Meschuchrarim“ hatten lange keine eigene Synagoge (das erste Bethaus für sie wurde erst 1932 gebaut!), durften in den Synagogen der anderen Juden nicht sitzen (nur stehen) und wurden zur Tora außer an Simchat Tora nie aufgerufen. Es gab sogar eine halachische Frage an Radbaz (Rabbi David ben Abi Zimra), ob die Ehen zwischen „Meschuchrarim“ und anderen Juden erlaubt sind. Darauf antwortete Radbaz, dass man die „braunen“ Juden und Jüdinnen erst dann heiraten darf, wenn sie in die Mikwe für Gijur leChumra getaucht sind.

Die Kotschin-Juden waren nicht nur Händler. Sie waren auch als Berater, Diplomaten und sogar als Offiziere in der Armee sehr wichtig. Viele europäische Reisende vermerkten in ihren Reisetagebüchern, dass jüdische Offiziere in Indien äußerst mutig und klug waren, und außerdem führten sie am Schabbat keine Kämpfe aus.

Jüdische Gemeinde in Mumbai

Als die Briten Ende 18. Jahrhunderts die Herrschaft über Indien übernahmen, verschiebt sich der Handel nach Mumbai. Das hatte zur Folge, dass auch immer mehr Juden nach Mumbai zogen.



Indische Juden der Bnej Israel in Bombay (1856)

Dabei waren es nicht nur indische Juden aus Kotschin und von der Bnej Israel-Gemeinde, sondern auch aus dem Irak, dem Iran, Afghanistan und aus arabischen Ländern, die Baghdadi-Juden genannt wurden. Diese Gemeinde wuchs sehr schnell, sodass Ende 1947 schon fast 35.000 Juden im Mumbai lebten. Diese Gemeinde pflegte sehr gute Kontakte mit den beiden anderen jüdischen Gemeinden Indiens. Da jedoch unter den Neueingewanderten die strengreligiösen Juden aus Bagdad dominierten, hatten diese großen Zweifel an der „Echtheit“ der Bnej Israel-Juden und schlossen mit ihnen keine Ehen.

Als die Stadt Kalkutta Anfang 20. Jahrhundert bedeutend wurde, zogen mehrere jüdische Familien aus Mumbai dorthin. Zurzeit leben in Mumbai noch ca. 3.000 Juden.

Bnej Menasche – umstrittene Nachkommen vom Stamm Menasche

Es gab in Indien auch andere Gemeinschaften, die in der Neuzeit entdeckt wurden und deren Bezug zum Judentum nicht immer eindeutig war. Die

bekannteste Gemeinschaft, die sich für Juden hielt, ist zweifellos „Bnej Menasche“.

Die Menschen von den Ethnien Chin, Kuki, and Mizo, die im Nordosten Indiens (Manipur und Mizoram) ansässig sind, wurden im 19. Jahrhundert mit der Idee konfrontiert, dass sie jüdischer Abstammung sein könnten. Christliche Missionare, die diese Stämme noch als Götzendiener kennengelernt haben, entdeckten bei ihnen mehrere Überlieferungen, die der Geschichten im 2. Buch der Tora „Schemot“ ähnlich waren. Daraus entstand die Idee, dass diese Menschen Nachkommen von „verlorenen“ Stämmen Israels waren, die von Sanheriv aus dem Heiligen Land vertrieben worden waren. Entsprechend dieser Vermutung kamen die Juden vorwiegend aus dem Stamm Menasche über Afghanistan nach Indien. Einige Priester dieser Ethnien haben diese Idee aufgenommen und ihre Gemeinde zurück zu den jüdischen Wurzeln bewegt. Nach der Gründung des Staates Israel beanspruchten die

Bnej Menasche das Recht nach Israel auszuwandern, aber erst mehrere Jahre später wurden ihre Bitten ernstgenommen. Es gab dann eine große Diskussion, ob Bnej Menasche tatsächlich jüdischer Abstammung seien. Es gab mehrere Versuche über DNS-Proben ihre Verbindung zu den Juden nachzuweisen. Schließlich, nachdem Mitglieder dieser Gruppe Gijur gemacht hatten, wurden sie 2005 vom israelischen Oberrabbiner Schlomo Amar als Juden anerkannt und erhielten die Erlaubnis nach Israel auszuwandern.

Indien scheint also tatsächlich märchenhaft zu sein. In einem fernen Land, wo man kaum Juden vermuten würde, gab es sogar mehrere, ganz verschiedene Gemeinden. Mit Erfolg und ohne Erfolg, mit guten Kontakten zum Ausland und ohne überhaupt zu wissen, dass es noch andere Juden im Land gibt – in Indien gab es alles, was dem jüdischen Volk passieren konnte. Man kann ziemlich sicher sein, dass uns mit der Zeit noch mehrere Überraschungen bzgl. des Lebens von Juden in diesem exotischen Land erwarten.

Purim – der fröhlichste Tag im Jahr

Das Judentum ist reich an Feiertagen und es gibt nur wenige Monate im jüdischen Kalender, die über keinen Feiertag verfügen. Dennoch gibt es einen bestimmten Festtag, der sich vom üblichen „Style“ der anderen Feiertage unterscheidet und mit seinen Bräuchen auffällt: Richtig, Purim!

Von Dovid Gernetz

Die Purim-Geschichte

Die Geschichte, die hinter diesem Feiertag steht, passierte während des persischen Exils, kurz vor der Erbauung des Zweiten Tempels und wird daher verständlicherweise in der Tora nicht erwähnt:

Haman, Nachkomme von Amalek und großer Antisemit, wird zum Berater und zur Rechten Hand des mächtigen Königs Achaschwerosch (wahrscheinlich Xerxes I. 486-465 v.d.Z.) ernannt. Er schaffte es, den König davon zu überzeugen das gesamte jüdische Volk, Männer, Frauen und Kinder gnadenlos zu vernichten. Das riesige Königreich von Achaschwerosch reichte „von Indien bis Äthiopien“ (Ester Kap.1, Vers 1), sodass dies ein wahrer Genozid werden sollte. Durch ein Los (auf Hebräisch „Pur“) wurde der 13. Adar als Datum für das große Gemetzel ausgewählt.

Doch G'tt ließ das jüdische Volk auch im Exil nicht im Stich und im Inkognito-Modus (daher wird der Name G'ttes in der gesamten Megilat Ester nicht erwähnt) führte er die Dinge so, dass letztendlich Haman und seine zehn Söhne am Galgen landeten „und beim jüdischen Volk Erleichterung, Freude und Jubel“ (siehe Ester Kap.8, Vers 16) herrschten:

Alles begann damit, dass Waschti, die First Lady des persischen Königreichs, wegen Ungehorsam gegenüber dem König in Ungnade fiel und aus dem Königshaus verbannt wurde (manche vermuten auch, dass sie hingerichtet wurde). Um einen geeigneten Ersatz für Waschti zu finden, ließ Achaschwerosch alle Jungfrauen seines Königreichs versammeln und jede bekam eine private Audienz beim König. Unter den Jungfrauen, die dem König präsentiert wurden, befand sich auch Ester, eine Waise, die von ihrem Onkel Mordechai adoptiert und gegen ihren Willen ins Königshaus verschleppt wurde.

Der Perserkönig wusste nicht, dass Ester eine Jüdin ist

Durch die G'ttliche Führung erwies sich ausgerechnet Ester (zumindest für Achaschwerosch) als „Miss Persia“ und Achaschweroschs Wahl fiel auf die Waise. Dass sie in Wahrheit eine Jüdin ist, verriet sie ihm auf Mordechais Rat nicht.

Kurz darauf hörte Esters Onkel, Mordechai, „zufällig“ ein Gespräch von zwei Leibwächtern, dass sie eine Intrige gegen den König planen und ihn vergiften wollen. Mordechai leitete diese Information an Ester weiter, die ihrerseits den König warnte und somit sein Leben rettete.

Obwohl der Plan von Haman und Achaschwerosch nur unter vier Augen geschmiedet wurde, wusste Mordechai dennoch ebenfalls Bescheid, weil man ihn vom Himmel darüber in Kenntnis setzte, damit er etwas dagegen unternehmen kann. Mordechai verkündete ein dreitägiges Fasten für das gesamte jüdische Volk und wies sie an, Tschuva (Rückkehr zu G'tt nach einer Sünde - laut dem Talmud Megila 12a für die Teilnahme an der Feier von Achaschwerosch) zu machen. Währenddessen plante Haman eine spezielle „Behandlung“ für Mordechai, seinen Erzfeind, und ließ einen hohen Galgen (ca. 25 Meter) errichten, an dem Mordechai gehängt werden soll.



Zu Purim verkleidete Familie

Jedoch schafften es die Juden mit der Tschuva und dem Fasten, das böse Urteil abzuwenden und so offenbarte Ester dem König während einer privaten Party ihre jüdische Abstammung. Außerdem fand Achaschwerosch heraus, dass Haman vorhat, Mordechai, den Retter des Königs, umzubringen. Am 13. Adar kam es zum großen Showdown und das jüdische Volk tat mit seinen Feinden das, was eigentlich mit den Juden geplant war (natürlich waren Frauen und Kinder davon nicht betroffen). In Schuschan, der Hauptstadt des Persischen Reiches, wurden die Kämpfe auch am 14. Adar fortgesetzt und dessen Einwohner ruhten erst am 15. Adar. Mordechai, als Oberhaupt des jüdischen Volkes, entschied gemeinsam mit dem Sanhedrin (jüdischer Gerichtshof), dass der 14. Adar für alle kommenden Generationen als Feiertag gelten soll, an dem an diese im wahren Sinne des Wortes „wunderbare“ Rettung erinnert wird.

Obwohl das königliche Dekret nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, bewirkten Ester und Mordechai dennoch, dass es den Juden gestattet sei, sich selbst zu verteidigen. Am 13. Adar kam es zum großen Showdown und das jüdische Volk tat mit seinen Feinden das, was eigentlich mit den Juden geplant war (natürlich waren Frauen und Kinder davon nicht betroffen). In Schuschan, der Hauptstadt des Persischen Reiches, wurden die Kämpfe auch am 14. Adar fortgesetzt und dessen Einwohner ruhten erst am 15. Adar. Mordechai, als Oberhaupt des jüdischen Volkes, entschied gemeinsam mit dem Sanhedrin (jüdischer Gerichtshof), dass der 14. Adar für alle kommenden Generationen als Feiertag gelten soll, an dem an diese im wahren Sinne des Wortes „wunderbare“ Rettung erinnert wird.

Die 4 M-Mitzwot

Diese Weisen legten auch besondere Mitzwot (Gebote) fest, die an diesem Tag erfüllt werden sollen, um an den Ursprung dieses Feiertages zu erinnern und eine feierliche Atmosphäre zu schaffen. Diese Mitzwot werden als die vier M-Mitzwot bezeichnet: Mikra Megilla (Lesung der Megilat Ester), Matanot Le'Evyonim (Geschenke an die Bedürftigen), Mischloach Manot (Geschenke an Freunde und Bekannte) und Mische (feierliches Mahl).

Purim ist zwar nicht der einzige Feiertag, an dem eine Rettung und Erlösung gefeiert wird (vergl. Pessach; Chanukka), aber weil an Purim alles umgekehrt passiert ist, d.h. das, was zu Beginn als Gefahr und Unheil schien, später ein Grund

zur Freude war [Die Purim-Geschichte hatte auch zur Folge, dass der gemeinsame (jüdische) Sohn von Achaschwerosch und Ester, König Darius, den Juden später gewährte, ins Heilige Land zurückzukehren und ihnen sogar dabei half, den Zweiten Tempel wiederaufzubauen] und daher ist dieser Feiertag der fröhlichste Tag im jüdischen Kalender.

Bräuche an Purim

Aufgrund der besonders fröhlichen Natur von Purim haben sich im Laufe der Jahrhunderte verschiedene Minhagim (Bräuche) etabliert. Im Judentum haben Minhagim stets einen besonderen Status, weil sie auf den ersten Blick oft keine besondere Bedeutung zu haben scheinen, und erst nach gründlicher Suche nach dem Ursprung des Brauches offenbart sich ein tiefer Sinn. Purim ist ein perfektes Beispiel dafür:

Kostüme und Verkleidungen

Ungefähr im 11. Jahrhundert begann man, an Purim Masken zu tragen und sich zu verkleiden. Für die Entstehung dieses Brauches gibt es einige Erklärungen:

Wie schon erwähnt wird G'ttes Namen in der gesamten Megillat Ester kein einziges Mal erwähnt, weil G'tt diese Rettung „hinter den Kulissen“ in die Wege geleitet hat (Die ganze Purim-Geschichte dauerte ungefähr 12 Jahre). Daher verkleidet man sich, um auf die Art der Rettung zu erinnern.

Einen eher praktischen Grund schlägt der Baal Schem Tov (Rabbi Israel Ben Eliezer, 1700-1760) vor: Eines der vier Gebote an Purim ist Matanot Le'Evyonim (Geschenke an die Bedürftigen). Daher verkleiden sich alle, damit sich die Bedürftigen nicht schämen müssen.

Masken und lustige Kostüme bringen Menschen zum Lachen und darum geht es ja an Purim (Ozer HaMinhagim).

Hamantaschen

Dieser Brauch stammt aus dem 19. Jahrhundert und seine Herkunft ist

ebenfalls umstritten:

Laut der Überlieferung waren entweder Hamans Ohren oder sein Hut dreieckig und daher werden an Purim dreieckige Teigtaschen gegessen, um an den Untergang unseres Feindes zu erinnern.

Manche sind der Ansicht, dass dieser Brauch auf einen Sprachfehler zurückzuführen ist: Damals waren mit Mohn gefüllte Teigtaschen in Europa eine Delikatesse und an Purim wurden diese Mohnaschen für die feierliche Mahlzeit zubereitet. „Mohnaschen“ ähnelt sehr „Homon-Taschen“ (litauische Aussprache von „Haman“) und so entstand der Brauch an Purim Hamantaschen zu essen.

Raaschanim (Ratschen)

Viele denken, dass Raaschanim (Ratschen) nur ein weiteres Mittel sind, um bei der Erwähnung von Hamans Namen während der Lesung des Megillat Ester Lärm zu machen. Der Bnei Yissaschar (Rabbi Zvi Elimelech Shapiro aus Dynov, 1783-1841) erklärt jedoch, dass es einen viel tieferen Grund für diese lauten Ratschen gibt:

Während der Purim-Geschichte schwebte das jüdische Volk wirklich in Gefahr, weil sie an der verbotenen Feier von Achaschwerosch teilgenommen haben. Nur dank des von Mordechai initiierten 3-tägigen Fastens und der Tschuva des jüdischen Volkes wurde es verschont.

Indem wir den Raaschan von unten drehen, zeigen wir, dass das Schicksal des Menschen in seinen Händen liegt und je nachdem, ob der Mensch den Willen von G'tt erfüllt, wird er bestraft oder belohnt.

Ob man sich an Purim verkleidet oder nicht, ist letztendlich Geschmackssache, ebenso Hamantaschen und der Lärm der Raaschanim. Am Wichtigsten ist, dass man am fröhlichsten Tag im jüdischen Kalender wirklich von Freude erfüllt wird und G'tt für diese und alle anderen Rettungen dankbar ist!